

Schweizerisches Bundesblatt.

57. Jahrgang. II.

Nr. 13.

22. März 1905.

Jahresabonnement (portofrei in der ganzen Schweiz): 5 Franken.

Einrückungsgebühr per Zeile oder deren Raum 15 Rp. — *Inserate* franko an die Expedition.

Druck und Expedition der Buchdruckerei Stämpfli & Cie. in Bern.

Botschaft

des

Bundesrates an die Bundesversammlung zu einem Gesetzesentwurf betreffend die Ergänzung des Entwurfes eines schweizerischen Zivilgesetzbuches durch Anfügung des Obligationenrechtes und der Einführungsbestimmungen.

(Vom 3. März 1905.)

Tit.

In unserer Botschaft zum Entwurfe eines schweizerischen Zivilgesetzbuches vom 28. Mai 1904 hatten wir bereits darauf hingewiesen, daß wir der hohen Bundesversammlung mit Beförderung einen Entwurf betreffend die Aufnahme des schweizerischen Obligationenrechtes in das Zivilgesetzbuch und den Erlaß der Einführungsbestimmungen zu diesem samt einer besondern Botschaft vorzulegen gedenken. Wir beehren uns hiermit, Ihnen diesen Entwurf in deutschem und französischem Text zur Prüfung vorzulegen und zur Annahme zu empfehlen. Über die Art der Behandlung gilt für ihn das gleiche, was wir in unserer Botschaft vom 28. Mai bereits in betreff des ganzen Entwurfes ausgeführt haben.

Durch das Bundesgesetz über das Obligationenrecht vom 14. Juni 1881 ist ein Teil des Zivilrechtes vereinheitlicht worden, der in der Wissenschaft und Gesetzgebung seit dem zweiten Drittel des vorigen Jahrhunderts nahezu ausnahmslos systemgemäß als ein besonderer Abschnitt des gesamten Zivilrechtes behandelt wird.

Die Umgrenzung der Kompetenz auf dem Gebiete des Zivilrechts in Art. 64 der Verfassung von 1874 nötigte den Bundesgesetzgeber allerdings, für das Obligationenrecht ein eigenes Spezialgesetz aufzustellen, mit dem die Kantone, so gut es ging, systematisch und inhaltlich das übrige Zivilrecht auszugleichen hatten. Allein wenn nun die Bundesgesetzgebung, auf Grund der Verfassungsrevision vom 13. November 1898, dazu schreitet, das gesamte Zivilrecht einheitlich zu gestalten, so muß sie nothgedrungen auf das Obligationenrecht zurückkommen. Die Kodifikation der anderen Abschnitte des Zivilrechtes ist gar nicht möglich, ohne daß das Obligationenrecht davon beeinflußt wird. Und zwar nicht nur wegen der formellen und materiellen Verknüpfung des Obligationenrechts mit dem Familien-, Sachen- oder Erbrecht, sondern namentlich auch weil das Obligationenrecht seinerzeit, um in seiner Stellung als Spezialgesetz gewissen Instituten die wünschenswerte Vollständigkeit zu verleihen, Gegenstände mitbehandelt hat, die systematisch gar nicht dem Obligationenrecht angehören und die jetzt selbstverständlich in ihren natürlichen Zusammenhang gebracht werden müssen, wie namentlich in bezug auf den Erwerb des Eigentums an Mobilien im Rechtsverkehr, das Mobiliarpfandrecht, die Vertragsfähigkeit im allgemeinen und insbesondere die Verpflichtungsfähigkeit der bevormundeten Personen und der verheirateten Frau (Art. 34 und 35).

So wurde denn auch bei der Ausarbeitung des Zivilrechtsentwurfes gleich von Anfang an die Frage ins Auge gefaßt, wie sich dieser mit dem geltenden Obligationenrecht am richtigsten auseinandersetzen werde. Bereits das Memorial vom 1893 über die Art und Weise des Vorgehens bei der Ausarbeitung des Entwurfes eines einheitlichen schweizerischen Zivilgesetzbuches hat in dieser Beziehung die Frage aufgeworfen, ob das Bundesobligationenrecht dem Zivilgesetzbuch einzugliedern, oder als Spezialgesetz weiter zu führen sei. Die Frage wurde von den Kantonen Zürich, Schaffhausen, Nidwalden, St. Gallen und Genf in ersterem Sinne beantwortet, und ebenso auch vom Bundesgericht in seinem Bericht über das Memorial vom 31. Oktober 1894.

Nach dem Abschluß der Vorarbeiten für den Departemental-entwurf hat das eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement mit Zirkular vom 5. Januar 1900 eine Anzahl von Experten um die Begutachtung der Frage der Anpassung des Obligationenrechtes an das Zivilgesetzbuch ersucht, und es sind daraufhin Gutachten eingelaufen von den Herren Professor Alfred Martin, Genf, Professor Meili, Zürich, Professor Hugo Oser, Freiburg, Professor Virgile Rossel, Bern, Prof. Schneider, Zürich, und Bundesrichter Soldan, Lausanne. Ferner hat Herr Notar

Albert Gampert, Genf, dem Departement 1900 ein ausführliches Gutachten speziell über die Revision des Aktiengesellschaftsrechtes eingereicht.

Des weitern wurde die gleiche Frage vom schweizerischen Juristenverein zum Gegenstand seiner Beratungen für die Jahresversammlung vom 27. August 1900 gewählt, und es gelangten zwei eingehende Referate von den Herren Professor Grenier, Lausanne, und Rechtsanwalt Dr. Janggen, St. Gallen, zur Veröffentlichung. Endlich hat der schweizerische Juristenverein die Frage der Revision des Aktiengesellschaftsrechtes und des Wechselrechtes für seine Jahresversammlung von 1904 zur Diskussion gestellt, und sind diesfalls über die erstere Frage Referate der Herren Professor Rehfoos, Genf, und Direktor von Waldkirch, Zürich, und über die letztere solche der Herren Professor Karl Wieland, Basel, Dr. Berta, St. Gallen, und Professor Béguelin, Neuenburg, veröffentlicht worden.

Im Mai 1901 hat sodann das eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement eine Spezialkommission zur Prüfung der Frage der Anpassung und Revision des Obligationenrechts ernannt, der zugleich auch die Beratung der Einführungsbestimmungen zugewiesen worden ist. Sie bestand aus den Herren Professor Alfred Martin, Genf, Professor Meili, Zürich, Professor Hugo Oser, Freiburg, Professor Reichel, Abteilungschef für Gesetzgebung und Rechtspflege im Justiz- und Polizeidepartement, Bern, Professor V. Rossel, Bern, E. Rott, Bundesrichter, Lausanne, Professor A. Schneider, Zürich, Hans Weber, Bundesrichter, Lausanne, war aber schließlich, nachdem Professor Schneider gestorben und die Herren Bundesrichter Rott, Hans Weber und Professor Meili, sowie auch Herr Professor Roguin die Mitwirkung wegen dringender Abhaltungen hatten ablehnen müssen, aus folgenden Herren zusammengesetzt:

Bühlmann, Nationalrat, Großhöchstetten;
 Dr. Grenier, Professor, Lausanne;
 Dr. A. Hoffmann, Ständerat, St. Gallen;
 Isler, Ständerat, Aarau;
 Dr. Alfred Martin, Professor, Genf;
 Dr. Hugo Oser, Professor, Freiburg;
 A. Reichel, Professor, Abteilungschef, Bern;
 Dr. V. Rossel, Professor, Bern.

Diese Kommission ist unter dem Vorsitz von Herrn Bundesrat Brenner, dem Vorsteher des eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements, am 19. September 1904 in Langenthal zusammengetreten und hat sowohl die Frage der Anpassung und der Revision

des Obligationenrechts als die Einföhrungsbestimmungen auf Grund von zwei Entwürfen, die Herr Professor E. Huber, Bern, dem Departement bereits Ende 1903 eingereicht hatte, sowie einem von dem Redaktor ausgearbeiteten gedruckten Motivenbericht, bis zum 7. Oktober durchberaten. Als Referent funktionierte Herr Professor E. Huber, als Protokollführer bis zum 28. September Herr Fürsprecher Krentzel, Bern, nachher Herr Oberrichter E. Reichel, Langenthal.

I. Anpassung und Revision des Obligationenrechts.

Wir schlagen Ihnen vor, das Obligationenrecht nicht als Spezialgesetz neben dem Zivilgesetzbuch beizubehalten, sondern es als letzten, fünften Teil in dieses aufzunehmen. Für dieses Vorgehen haben sich außer den schon angeführten Vernehmlassungen der Kantone Zürich, Schaffhausen, St. Gallen, Genf und des Bundesgerichtes, sämtliche genannten Experten und, auf den Vorschlag der beiden Referenten, auch der schweizerische Juristenverein in seiner Jahresversammlung von 1900 und die Expertenkommission in Langenthal ausgesprochen. Zur Unterstützung dieser Auffassung wird namentlich angeführt, daß die Kodifikation des Zivilrechtes eine sehr unvollständige wäre, wenn nicht auch das Obligationenrecht darin aufgenommen würde. Der Bericht des Bundesgerichtes gibt diesem Argument in folgenden Worten Ausdruck: „Das Schweizervolk verlangt wohl ein ganzes, d. h. vollständiges und einheitliches, sämtliche Materien des Privatrechtes umfassendes, nach Form und Anordnung so beschaffenes Gesetzbuch, daß es sein bürgerliches Recht verstehen und sich mit demselben vertraut machen kann; nicht eine in verschiedenen Gesetzen — von welchen zudem keines eine Rechtsmaterie vollständig beherrscht — zerstückelte Regelung, deren Durcharbeitung und Verständnis selbst dem Juristen Schwierigkeiten bereiten und welche, statt zur Rechts- und Verkehrssicherheit, nur zur Verwirrung föhren würde.“

Notwendige Folge dieser Einverleibung ist aber eine Revision des bestehenden Bundesgesetzes, über deren Umfang freilich die Ansichten sehr auseinandergehen können. Als unvermeidlich erschien uns jedenfalls eine formelle Anpassung an die Redaktion des Zivilgesetzbuches in sprachlicher Hinsicht und durch Anbringung von Randtiteln, die dann wieder hie und da eine Änderung in der Reihenfolge der Artikel notwendig machte. Immerhin haben wir dabei nicht außer acht gelassen, daß die Rücksicht auf die bereits bestehende Gerichtspraxis und Literatur des geltenden

Rechtes bei dieser rein formellen Revision des Gesetzes eine möglichste Zurückhaltung dringend empfiehlt.

Des weitern war mit der Einverleibung ganz unerlässlich die Modifikation verbunden, daß einzelne Vorschriften des jetzigen Bundesobligationenrechtes in das Sachenrecht, oder in das Familien- oder Personenrecht verwiesen werden mußten. Sie scheiden aus dem bisherigen Verbande aus und erscheinen, mit mehr oder weniger Abänderung, in der Kodifikation des gesamten Zivilrechts in anderem Rahmen.

Dazu kommen weitere, materielle Eingriffe, mit denen das Obligationenrecht im Vergleich zu dem geltenden Bundesgesetz erweitert und vervollständigt werden mußte.

So besteht einmal auf der Basis des einheitlichen Privatrechtes kein Grund mehr, über den Liegenschafts Kauf oder die Schenkungen im Obligationenrecht zu schweigen. Berühren diese Institute auch sehr enge das Sachenrecht oder das Erbrecht, so daß sie der Bundesgesetzgeber allerdings bei der Ordnung des Obligationenrechts sehr wohl in das kantonale Recht verweisen konnte, so sollen sie jetzt, wo alle Teile des Zivilrechtes eine einheitliche Ordnung erfahren, doch in denjenigen Rahmen gestellt werden, in den sie ihrer Natur nach systematisch gehören, und dies ist eben das Obligationenrecht.

Sodann konnte die Frage nicht umgangen werden, ob nicht der Anlaß benutzt werden solle, auf eine materielle Revision des Bundesgesetzes überhaupt einzutreten. Zwar steht dasselbe noch nicht lange in Kraft. Allein durch das deutsche Bürgerliche Gesetzbuch ist dem Obligationenrechte im allgemeinen eine neue Gestalt verliehen worden, die ganz unzweifelhaft auf die Wissenschaft und Rechtsprechung einen steigenden Einfluß gewinnen wird. Unser Bundesgesetz hat sich bekanntlich in wesentlichen Stücken auf eine Vorarbeit zu dem bürgerlichen Gesetzbuch gestützt, nämlich den Dresdener Entwurf von 1866. Nach den Verbesserungen, die diesem in den Beratungen des deutschen Kodifikationswerkes zu teil geworden sind, würde er uns heute nicht mehr, wie früher, als Vorbild dienen können, sondern wir hätten alle Veranlassung, aus dem geltenden deutschen Gesetz nach der materiellen wissenschaftlichen Richtung hin dem Obligationenrecht die Gestalt zu geben, die dem heutigen Stande der Doktrin entspricht. Man hätte also unter Anlehnung an das Obligationenrecht des deutschen Bürgerlichen Gesetzbuches den Plan verfolgen können, das Gute aus diesem nachzuahmen und dasjenige, was in der Praxis und Literatur des deutschen Gesetzes sich bisher nicht bewährt hat, besser zu machen. Allein dies würde ander-

seits eine völlige Umwälzung des geltenden Obligationenrechtes in sich schließen, und hierzu bieten weder der Stand unseres Gesetzes und die in der Praxis damit gemachte Erfahrung, noch auch alle die wohl anzuerkennenden Vorzüge des jungen deutschen Reichsrechtes genügende Veranlassung. Die Praxis und Wissenschaft des deutschen Obligationenrechtes ist überdies noch zu wenig entwickelt, als daß sich hoffen ließe, bei solcher Nachbildung eine wirkliche Verbesserung des deutschen Obligationenrechtes schaffen zu können, und so bestände für uns nur die Gefahr, in eine bloße Nachahmung des deutschen Gesetzes zu verfallen, wie sie von der Bundesgesetzgebung, allerdings mit mehr Berechtigung, bei den handelsrechtlichen Instituten befätigt worden ist.

Empfehlenswerter fanden wir es daher, auch wenn auf die materielle Revision eingetreten werden mußte, doch von einer völligen Umgestaltung des gesamten Obligationenrechtes abzusehen, sich mit seinen Unvollkommenheiten im großen und ganzen weiter abzufinden, gestützt darauf, daß es der Rechtspflege in seiner schlichten Sprache und verständigen Ordnung der Institute genügende Anhaltspunkte gibt, da zu helfen, wo dem Gesetzestext geholfen werden muß. Und nur in denjenigen Instituten oder Artikeln, die dringend der Revision bedürftig erscheinen, soll auf eine materielle Abänderung oder Ergänzung eingetreten werden. So darf man dies namentlich für geboten erachten mit Hinsicht auf die Ordnung der Schuldübernahme, die im geltenden Gesetz ganz übergangen ist, jetzt aber bei der Ordnung des Grundpfandwesens im einheitlichen Rechte ganz besondere Wichtigkeit und Rücksicht beansprucht. Ferner in bezug auf den Dienstvertrag, dessen Ordnung im Bundesgesetz doch wohl allgemein als unzureichend anerkannt ist, und einiges andere. Damit gelangten wir dann auch in materieller Hinsicht, wie in bezug auf die redaktionelle Umgestaltung, zu der Maxime, das Bundesgesetz bei seiner Einverleibung in das Zivilgesetzbuch in seiner jetzigen Gestalt im allgemeinen beizubehalten und nur diejenigen Abänderungen, Ergänzungen oder Streichungen vorzunehmen, deren Vornahme notwendig oder doch dringend wünschenswert und durch die Erfahrungen, die bishin mit dem Gesetz gemacht wurden, geboten war.

Endlich war die Frage aufzuwerfen, ob das ganze jetzige Obligationenrecht (mit Ausnahme der ohnedies in andern Zusammenhang verwiesenen Regelungen) in das einheitliche Zivilgesetzbuch aufzunehmen sei oder aber eine Ausscheidung gewisser, namentlich handelsrechtlicher Materien zu erfolgen habe. Von der Aufstellung eines besonderen Handelsrechtes hat man anläßlich der Beratung des Obligationenrechtes mit allem Bedacht

Umgang genommen, und es erscheint nicht als geraten, nach so kurzer Zeit von einem System abzugehen, für das so viele gute Gründe angeführt worden sind, und das auch in der Praxis keine eigentlichen Übelstände gezeigt hat. Es hat sich erwiesen, daß der allgemeine bürgerliche Verkehr mit den handelsrechtlich ausgestalteten Instituten ganz wohl auszukommen vermag, und die größere Einfachheit, die Vermeidung der so sehr kontroversen Abgrenzung des Handelsrechtes vom allgemein bürgerlichen Obligationenrecht spricht heute noch dem in das geltende Recht aufgenommenen Prinzip so gut das Wort wie vor dreißig Jahren. So hat denn das Bundesgericht in seinem zitierten Bericht sich ebenfalls für die Beibehaltung der bisherigen Einheit ausgesprochen, und auch in den Gutachten der Experten findet sich nirgends die Meinung vertreten, daß ein Handelsrecht nach dem Beispiel von Frankreich oder Deutschland geschaffen werden sollte. Allein eine andere Frage war es doch, ob es nicht empfehlenswert sei, bei Anlaß der Einverleibung des Obligationenrechtes einzelne Institute, die jetzt darin behandelt sind, davon auszuschließen und der Spezialgesetzgebung zuzuweisen.

Es gibt eine Reihe von obligationenrechtlichen Gebilden, die, sei es wegen ihres nicht in den überlieferten Rahmen des obligationenrechtlichen Systems passenden Gegenstandes, oder dann wegen ihres Zusammenhanges mit dem öffentlichen Rechte und der Notwendigkeit, administrative Einrichtungen dem materiell geordneten Institute zur Seite zu stellen, regelmäßig oder doch vorherrschend nicht im allgemeinen kodifizierten Rechte, sondern durch die Spezialgesetzgebung geordnet werden. Auch auf dem Boden der Bundesgesetzgebung tritt uns diese Erscheinung entgegen. Man denke nur an die Bundesgesetze über den Markenschutz, die Erfindungspatente, das Autorrecht, die Haftpflicht der Fabriken und Transportanstalten, das Transportwesen und anderes, wozu in nächster Zeit auch noch das Gesetz über den privaten Versicherungsvertrag kommen wird. Alle diese Spezialgesetze würden als solche neben dem Obligationenrecht auch beibehalten, wenn die Kodifikation des gesamten Zivilrechts gar nicht in Frage stände, und sie werden diesen Charakter neben einem einheitlichen Zivilrecht, in das das Obligationenrecht einverleibt ist, selbstverständlich bewahren. Wenn man nun aber nach dem Charakter, der diesen Spezialgesetzen eigen ist, die Titel und Institute des geltenden Obligationenrechtes einer Prüfung unterzieht, so kann man kaum verkennen, daß wenigstens einige sich darunter befinden, die man nach ihren Eigentümlichkeiten und der besonderen Art ihres Inhaltes und ihrer Ordnung, ebenso gut oder besser von Anfang an der Spezialgesetzgebung zugewiesen hätte. Und so entsteht für uns die Frage, ob nicht

die Einverleibung und Revision des Obligationenrechtes dazu benützt werden solle, diese Materien der Spezialgesetzgebung zuzuweisen. Die Referenten des schweizerischen Juristenvereins haben diese Frage bejaht, und die Jahresversammlung hat nach gewalteter Diskussion ihren Anträgen mit großer Mehrheit beige- stimmt. Ebenso befürworten einige der Expertengutachten diese Ausscheidung, wenn auch in verschiedenem Umfange. Als leitender Gedanke für diese Ausscheidung wird dabei namentlich empfohlen: Auf den Weg der Spezialgesetzgebung sind zu verweisen alle Institute, bei denen noch auf eine häufigere Revision Bedacht genommen werden muß, und ebenso alle diejenigen, deren Ausgestaltung durch die Gesetzgebung sich in technischen Einzelheiten ergeht und ergehen muß, die nur dem Fachmanne vertraut sind, der dann auch eine in alle Details gehende Ordnung gerne entgegen- nimmt, während dem allgemeinen Publikum eine solche keine rechten Dienste zu leisten vermag. So haben die Referenten des Juristenvereins sich für die Ausschließung des Handelsgesellschafts- rechtes, insbesondere des Rechtes der Aktiengesellschaften und Genossenschaften, sowie für die Ausscheidung des Wechselrechtes und des Rechtes der Wertpapiere ausgesprochen. Allein man darf bei solchen Ausscheidungen niemals übersehen, daß der Grund- gedanke der Kodifikation ihnen eigentlich doch zuwider ist. Sie rechtfertigen sich nur als Ausnahme und sind so spärlich als möglich vorzunehmen. Man wird sie also, anlaßlich der Einver- leibung des Obligationenrechtes in das Zivilgesetzbuch doch nur in dem Umfange anordnen, in welchem sie durch den eigentümlichen Charakter der Materie und die besondere Revisionsbedürftigkeit der gesetzgeberischen Ordnung begründet sind, und gelangt damit zu einer Ausscheidung, die unsere Vorlage folgendermaßen vor- genommen hat.

Der Spezialgesetzgebung sind zugewiesen das Aktien- gesellschafts- und das Genossenschaftsrecht. Diese beiden Institute befinden sich noch in einer großen Umbildung. Sie sind seinerzeit von unserer Legislative in Anlehnung an die deutsche Gesetzgebung ausgebildet worden, während diese selber inzwischen in diesen Materien gewaltige Änderungen erfahren hat. Es läßt sich auch nicht verkennen, daß das schweizerische Rechts- leben auf dem Boden der Vergesellschaftung eigene Bahnen be- treten hat, die unsere Gesetzgebung je länger je mehr dazu ver- anlassen werden, sich nicht zu sehr in die dem Auslande ent- lehnten Formen einzuschnüren, sondern dasjenige zur Entwicklung zu bringen, was unseren Verhältnissen entspricht und eigen ist. Zu diesem Zwecke aber wird für die Aktiengesellschaften und Ge- nossenschaften ein Recht geschaffen werden müssen, dessen Aus- gestaltung der Spezialgesetzgebung zuzuweisen ist. *

Ferner ist der Spezialgesetzgebung zugewiesen das Wechselrecht. Auf diesem Gebiete kann von einem besonderen schweizerischen Rechte natürlich nicht die Rede sein. Die Anlehnung erfolgt hier an eine der großen Wechselgesetzgebungsgruppen, und zwar ist es die modernste, die sich hier empfiehlt, d. h. diejenige, die durch die deutsche Wechselordnung begründet worden ist. In dieser Gestalt besitzt das Wechselrecht einen eigenartigen Charakter, der es schon jetzt im Rahmen des Obligationenrechtes als eine Art von Fremdkörper erscheinen läßt. Man hat also guten Grund, diesen Titel in eine besondere Wechselordnung umzugestalten, mit deren Revision dann auch späterhin alle die Umänderungen verfolgt und nachgeahmt werden können, zu denen früher oder später, auf dem Boden des Einzelstaatenrechtes oder der internationalen Konventionen, das Wechselrecht gelangen wird.

Dagegen würde in bezug auf alle anderen Materien, obgleich sie mit dem Handelsrecht mehr oder weniger intensiv verknüpft sind, die Ausscheidung aus dem Obligationenrecht doch wohl richtiger vermieden. So ist das der Fall mit dem Firmenrecht. Der jetzt von der Gesetzgebung beschrittene Weg, im Gesetz nur die Hauptfragen zu ordnen und die Entscheidung in allem übrigen den Verordnungen zu überweisen, ist bei der eigentümlichen Natur der Materie mit ihrem formalistischen und doch wieder den Verkehrsbedürfnissen sich enge anschmiegenden Ordnungsvorschriften, und damit auch die Stellung im Obligationenrecht (mit oder ohne materielle Abänderungen), für die Zukunft beizubehalten. Weiter ist es unerläßlich, über die Wertpapiere in das Obligationenrecht selbst eingehendere Bestimmungen aufzunehmen. Man bedarf derselben namentlich im Hinblick auf die im Sachenrecht vorgenommene Ausgestaltung des Grundpfandtitels als Wertpapier, und überdies ist das Fehlen einer Ordnung für die Wertpapiere im allgemeinen auch schon unter der Herrschaft des geltenden Rechtes in vielen Fällen als ein empfindlicher Mangel des Gesetzes empfunden worden. Man denke nur an das Fehlen besonderer Vorschriften über die Namenpapiere und die hieran sich knüpfende bundesgerichtliche Praxis.

Sonach gelangen wir dazu, Ihnen mit unserer Vorlage eine formelle Anpassung des Obligationenrechtes an das Zivilgesetzbuch, dem es als besonderer Teil einverleibt wird, vorzuschlagen, unter Vornahme derjenigen materiellen Änderungen, die entweder geradezu notwendig sind, als Folge der einheitlichen Systematisierung des ganzen Zivilrechtes, oder die doch ohne Bedenken als wünschenswert bezeichnet werden können, und unter Ausscheidung des Aktiengesell-

schafts- und Genossenschaftsrechtes, sowie des Wechselrechts, und deren Verweisung in die Spezialgesetzgebung.

Ganz anders würde sich die Sache gestalten, wenn man das Obligationenrecht neben dem Zivilgesetz als Spezialgesetz weiter bestehen lassen wollte. Man würde in diesem Falle in dem Einführungsgesetz diejenigen Bestimmungen aufstellen, die sich als Abänderungen, Streichungen oder Ergänzungen am Obligationenrecht mit dem Inkrafttreten des Zivilgesetzbuches als notwendig oder doch dringend wünschenswert erweisen. Man würde mit dem Obligationenrecht gerade so verfahren, wie nach unserem Vorschlage mit dem Bundesgesetz betreffend Schuldbetreibung und Konkurs, das auch nicht unverändert belassen werden kann, in seiner Stellung als Spezialgesetz aber durch die Kodifikation des Zivilrechtes nicht weiter beeinflußt wird, als daß eben gewisse Modifikationen und Zusätze angebracht werden müssen, die die Vereinheitlichung namentlich des Sachenrechtes, insbesondere des Grundpfandrechtes, mit sich bringt, und die im Einführungsgesetz aufgeführt werden. Bei diesem Vorgehen könnte allerdings das Gesetz im wesentlichen unverändert beibehalten werden, nach dem Wortlaut und nach der Artikelfolge, was für die Benutzung der bishin entwickelten Literatur und Rechtsprechung von großem Vorteil wäre. Dagegen müßten in die Einföhrungsbestimmungen nach einer ungefähren Zusammenstellung wenigstens 180 Artikel zur Abänderung und Ergänzung des geltenden Gesetzes aufgenommen werden. Erweckt schon dieser Umstand einige Bedenken, so kann vollends nicht übersehen werden, mit welch schwierigen Folgen dieses Vorgehen im ganzen begleitet wäre: Wir würden kein einheitliches Zivilgesetzbuch erhalten, es würden sich Zweifel aus dem Verhältnis des Spezialgesetzes zum Zivilrecht im allgemeinen ergeben, und es würde gar mancher Übelstand einfach weiter geschleppt, der auf dem von uns vorgeschlagenen Wege hier gleich beseitigt werden kann. Vor allem aber würde ein Zustand geschaffen, der, so bequem er für die Zeit des Überganges sein könnte, doch auf die Dauer lästig werden müßte. Er vermöchte nur für den Augenblick zu befriedigen, nicht aber für eine fernere Zukunft.

So erachteten wir denn die Gründe, die für die Einverleibung des revidierten Obligationenrechtes in das Zivilgesetzbuch sprechen, als überwiegend und haben über die Art, in der diese Anpassung und Revision nach unserer Vorlage vorgenommen werden soll, im allgemeinen nur noch folgendes zu bemerken.

Das Obligationenrecht soll als fünfter Teil des Zivilgesetzbuches dem Personen-, Familien-, Erbrecht und Sachenrecht an-

gefügt werden, so daß nach den allgemeinen Voraussetzungen der personenrechtlichen Ordnung und der Regelung der familienrechtlichen und erbrechtlichen Institute im Sachen- und Obligationenrecht die vermögensrechtlichen Verhältnisse die größere zweite Hälfte des ganzen Entwurfes darstellen.

Redaktionell sind hierbei diejenigen Änderungen getroffen worden, die zur Herstellung etwelcher Übereinstimmung dieses Teiles mit den andern, neuredigierten als unerläßlich oder doch sehr wünschenswert erschienen sind. Sie bestehen wesentlich in folgendem:

1. Einteilung des ganzen Teiles in drei Abteilungen: „Allgemeine Bestimmungen“, umfassend die fünf ersten Titel des bisherigen Gesetzes, die schon jetzt als sogenannter allgemeiner Teil in der Literatur unterschieden worden sind, „die einzelnen Vertragsverhältnisse“, die in der bisherigen Reihenfolge ohne weitere Unterabteilungen in fortlaufenden Titeln angefügt werden, und „Handelsregister, Geschäftsfirma und Geschäftsbücher“, entsprechend dem 33. Titel des geltenden Gesetzes. Weggefallen, weil durch andere Bestimmungen des Zivilgesetzes ersetzt, sind die bisherigen Titel 6 und 28. Weggelassen, weil der Spezialgesetzgebung zu überweisen, werden die bisherigen Titel 26, 27 und 29.

2. Anbringung von Randtiteln für die einzelnen Artikel und, damit in Verbindung, Durchführung einer systematischen Gliederung innerhalb der einzelnen Titel. Dabei konnte in der Systematisierung allerdings nicht so weit gegangen werden wie bei den neu redigierten Teilen des Zivilgesetzbuches. So weit als nur möglich wurde vielmehr die Artikelfolge des bisherigen Gesetzes beibehalten. Nur wo sich aus dieser eine systematische Gliederung schlechterdings nicht gewinnen ließ, entschloß man sich zur Änderung der Reihenfolge der Artikel. Es ist dies namentlich notwendig gewesen bei den Vorschriften über die unerlaubten Handlungen (Titel 27, zweiter Abschnitt der ersten Abteilung, bisher Art. 50 bis 69 des Obligationenrechts), bei dem Erlöschen der Obligationen (Titel 29, Art. 140 bis 145, des Obligationenrechts), und bei der Ordnung von Miete und Pacht (Titel 34, bisher Art. 275 bis 318).

3. Redaktionelle Änderungen im Texte der einzelnen Artikel, wobei aus angeführten Gründen nur dasjenige angebracht worden ist, was zur Herstellung einer mit den übrigen Teilen des Zivilgesetzbuches übereinstimmenden Redaktion und Sprache oder dann zur Vornahme sofort einleuchtender Verbesserungen der bisherigen Redaktion als angezeigt erschien. Bei der Herstellung eines

angepaßten französischen Textes erwies sich eine ähnliche, aber mit den Modifikationen im deutschen Text nicht zusammenhängende Durchsicht gleichfalls als notwendig.

4. Beseitigung einzelner Artikel, die bisher auf das kantonale Recht verwiesen haben, während sich jetzt die Vorschriften in den anderen Teilen des Zivilgesetzbuches finden (vgl. Art. 10, 105 Schluß, 141, 170, 198 u. a. m.).

Materiell dagegen hat sich die Revision in folgenden Richtungen betätigt:

1. Abänderung einzelner Artikel zur Herstellung des Zusammenhanges mit dem übrigen Recht in seiner neuen Gestalt oder zur Verbesserung der bereits an sich aufgestellten Vorschriften, sei es durch Modifikation einzelner Absätze oder durch Anfügung neuer Absätze (z. B. Art. 4 — Vertragsabschluß mittelst Telephon —, Art. 18, 63, 69, 92, 115, 122, 124, 125, 146, 184, 189 u. s. w.).

2. Einfügung neuer Artikel zur Ausfüllung gewisser Lücken, die entweder in der bisherigen Anwendung des Gesetzes fühlbar geworden sind, oder erst jetzt und in Verbindung mit der Kodifikation des gesamten Zivilrechts in rationeller Weise ausgefüllt werden können.

3. Einfügung neuer Abschnitte mit der Ordnung ganzer Institute oder Vertragsarten, oder wesentliche Ergänzung der bis jetzt schon im Obligationenrecht behandelten, aber ungenügend geordneten Vertragsarten (Schenkung, Schuldübernahme, Grundstückkauf u. a. m.).

Die materiellen Änderungen der ersten Art bedürfen keiner eingehenderen Erläuterung. Sie sind auch zumeist nicht gerade von großer Bedeutung. In der zweiten und dritten Kategorie dagegen sind zum Teil sehr eingreifende, aber notwendige Änderungen und Ergänzungen des bisherigen Rechtes enthalten. Zwar wird auch hier die Ausführung in den einzelnen Artikeln einer einlässlicheren Begründung nicht bedürfen. Allein es empfiehlt sich doch, auf diese Neuerungen jeweils ganz speziell hinzuweisen und deren Aufnahme in den revidierten Entwurf wenigstens mit einigen kurzen Worten zu motivieren. Wir folgen hierfür der Reihenfolge der Vorlage selbst.

Erste Abteilung.

Allgemeine Bestimmungen.

Aus dem Titel über die Entstehung der Obligationen ist auf folgendes zu verweisen:

1. Das Obligationenrecht enthält keine Bestimmungen über die Auslobung. Man hatte geglaubt, mit den allgemeinen Bestimmungen über den Vertragsschluß auszukommen. Allein bei näherer Prüfung reichen diese zur Ordnung des Verhältnisses eben doch nicht aus, es bedarf wenigstens hinsichtlich der Haftung des Auslobenden oder Preisausschreibers einer besonderen Vorschrift. Sie findet sich nunmehr aufgestellt in dem neuen Art. 1023, der dem bisherigen Art. 6 angefügt ist.

2. Vorschriften über die Requisite der für die schriftliche Vertragsform geforderten Unterschrift hat das Obligationenrecht nicht aufgestellt, die Praxis aber ist über die Zulässigkeit von Stempeln, namentlich sogenannten Faksimilestempeln oft in Zweifel gewesen. Diese sollen gehoben werden durch Erweiterung der Vorschriften der Art. 12 und 13, neu Art. 1029. Angefügt ist hier auch eine Bestimmung, die sich aus schlimmen praktischen Erfahrungen rechtfertigt, daß nämlich Blinde in allen Fällen nur mit amtlicher Beglaubigung eine verbindliche Unterschrift sollen geben können.

3. Mit Hinsicht auf den Gegenstand der Vertragsschließung bedarf einmal das Verbot der unsittlichen Verträge einer allgemeineren Formulierung, als sie im jetzigen Art. 17 aufgestellt ist. Denn ein Vertrag kann unsittlich sein, auch wenn seine Leistung an sich rechtlich und sittlich möglich ist. Aus diesem Grunde wurde dem neuen Art. 1034 eine erweiterte Fassung gegeben.

Der Inhalt der Verträge gibt aber auch noch nach anderen Richtungen zu Zweifeln Anlaß, die von der Gesetzgebung nicht wohl ignoriert werden dürfen, und zwar um so weniger, als in den Gesetzen der benachbarten Staaten die betreffenden Fragen beantwortet sind. Wir rechnen hierzu namentlich folgende Momente:

a. Inwieweit sind die Vorschriften des Obligationenrechtes bezüglich des Inhaltes der Verträge von absoluter oder nur dispositiver Bedeutung? Man darf hierauf antworten, daß die Abänderlichkeit die Regel bildet, also nur in bestimmt formulierter Ausnahme dem Gesetze eine absolute Geltung beigelegt wird. In diesem Sinne hat Art. 1035 eine Bestimmung aufgenommen.

b. Inwieweit kann ein Vertrag wegen Übervorteilung als unverbindlich angefochten werden? Das geltende Recht glaubt, diesfalls mit den Vorschriften über den Irrtum und den Betrug auszukommen. Und einer rein geschäftsmäßigen Auffassung des Verkehrslebens mag dies auch entsprechen. Allein es gibt Fälle im bürgerlichen Verkehr, wo es, ohne daß wesentlicher Irrtum oder Betrug vorläge, doch als sehr unbillig erscheint, wenn auf der Ausführung eines die Gegenpartei übervorteilenden Vertrages bestanden wird, nämlich jedenfalls dann, wenn das Mißverhältnis durch Ausbeutung einer Notlage, des Leichtsinns oder der Un- erfahrungheit des Verletzten herbeigeführt worden ist. In diesem Sinne findet sich nun ein Vorbehalt aufgestellt in Art. 1036.

c. Daß ein Vertrag als Vorvertrag auch den Abschluß eines Vertrages zum Gegenstande haben kann, ist trotz des Schweigens des Obligationenrechts niemals bezweifelt worden. Allein mit Hinsicht auf die Form solcher Verträge hat sich die Praxis in großer Unsicherheit befunden. Gilt, so fragte man sich, für den Vorvertrag betreffend einen an eine Gültigkeitsform gebundenen Hauptvertrag diese gleiche Form oder das allgemeine Prinzip der Formlosigkeit der Verträge? Diesen Zweifeln will nun Art. 1037 ein Ende bereiten, indem er dasjenige ausdrücklich festsetzt, was eine vorsichtige Praxis schon bishin als dem Rechte entsprechend anerkannt hat.

4. Mit bezug auf die Entstehung von Obligationen durch unerlaubte Handlungen hält der Entwurf an der Grundlage des geltenden Rechtes fest, daß nämlich die Verschuldenshaftung Regel und die Haftung ohne Verschulden nur in bestimmt genannten Fällen gesetzliche Ausnahme sein solle. Dies schließt jedoch eine Klärung und Ergänzung der bisherigen Bestimmungen des Obligationenrechts nicht aus, die freilich auch hier auf das Dringendste beschränkt worden ist. Wir heben folgende Punkte hervor:

a. Die Voraussetzung der Haftbarkeit ist begründet in dem subjektiven Momente irgend einer Art von Verschulden und in dem objektiven der Widerrechtlichkeit, wozu in allen Fällen der Kausalzusammenhang kommen muß. Es entspricht gewiß einer richtigen Auffassung und trägt zur Klärung bei, wenn hier noch ausdrücklich beigelegt wird, daß Schadenszufügung gegen die guten Sitten der Handlung gegen das objektive Recht, wenigstens wenn sie absichtlich erfolgt, gleich gestellt werden soll (Art. 1058, Abs. 2, D. B. G. B., § 826). Man denke z. B. an das Ausschwatzen von Geheimnissen unter Freunden, die sich verfeindet, oder Verlobten, die miteinander gebrochen haben.

b. Die Regelung der Schadensausmessung wird klarer, wenn der Fall der rein persönlichen Unbill von dem des nicht bestimmt nachgewiesenen Schadens getrennt und nicht, wie jetzt in Art. 55, mit diesem zusammengestellt wird. Allerdings wird es sich bei Tort Moral häufig auch um eine Abschätzung des Schadens handeln. Allein es gibt einerseits doch Fälle, wo diese Abschätzung erfolgen muß, ohne daß Tort Moral vorliegt, und andererseits ist die Zusprechung einer Geldsumme bei Tort Moral auch da anerkannt, wo überhaupt gar kein Schadenersatz, also auch kein unbestimmter Schaden, geltend gemacht wird, sondern nur eine Leistung zur Genugtuung in Frage kommt. Diese Trennung der Gesichtspunkte ist nun mit Art. 1059 und 1063, insbesondere Abs. 2, vollzogen, unter Anlehnung an Art. 29 des Personenrechts.

Eine Erweiterung der Fassung hat im übrigen bei der Schadensberechnung auch Abs. 2 des bisherigen Art. 51 erfahren, unter Festhaltung seines in der Praxis sehr glücklich entwickelten Grundgedankens, der vor andern, in der neuesten Gesetzgebung aufgetauchten Ordnungen entschieden den Vorzug verdient (Art. 1059, Abs. 3).

c. Unter den besondern Fällen der Ordnung der Verschuldenshaftung führt neben der Tötung und Verletzung von Menschen Art. 1062 speziell den unlauteren Wettbewerb an. Zwar ist zuzugeben, daß die Praxis aus der Anwendung des bisherigen Art. 50 einen privatrechtlich ausreichenden Schutz gegen den unlauteren Wettbewerb geschaffen hat. Allein es ist eben doch immer nur die Praxis, die diesen Schutz gewährt, und nicht das Gesetz, und daraus ergeben sich im internationalen Verkehr insofern mißliche Folgen, als etwa der Schutz gegen den unlauteren Wettbewerb im Ausland vom Nachweis des Gegenrechtes abhängig gemacht wird. Dem begegnet man mit der Aufnahme einer besondern Bestimmung, die allerdings in der Formulierung weit genug gehalten werden muß, um die gleichen Vorteile für die Praxis darzubieten, wie sie mit Art. 50 an sich gegeben sind.

d. In bezug auf die Haftung mehrerer aus Verschulden, hat in Abs. 1 des Art. 1064 eine Klärung stattgefunden die übrigens dem Sinne des jetzigen Art. 60 entspricht.

e. Art. 1065 führt neben der Notwehr (Art. 56) in Abs. 2 und 3 auch den Notstand und die Selbsthülfe auf, und gibt damit zugleich eine Umschreibung sowohl des Notstandes als der unerlaubten Selbsthülfe, soweit dies für die Zwecke des Zivilrechtes als wünschenswert erscheint. Aus diesem Grunde kann

auch davon Umgang genommen werden, ein Verbot der Selbsthilfe in entsprechender Umschreibung aufzustellen, wie dies in andern Gesetzgebungen geschehen ist. Würde dieser Erweiterung des Art. 56 nicht beigespflichtet, so könnte in der Einleitung des Zivilgesetzbuches eine Bestimmung eingefügt werden, die, materiell mit Abs. 3 übereinstimmend, angeben würde, in welchem Umfange die Selbsthilfe erlaubt oder verboten sein soll.

f. Was die Ausnahmen anbelangt, in denen eine Haftung auch ohne eigene schuldhaft Verursachung des Schadens für bestimmte Personen aufgestellt wird, so hat sich die Vorlage zunächst durchaus an das geltende Recht angeschlossen. In bezug auf die Hausgewalt kann auf die Festsetzung der betreffenden Pflicht durch das Familienrecht verwiesen und darf darin eine Klärung des bisherigen Rechtes erblickt werden (Entwurf des Z. G. B. Art. 338 ff.). Die Haftbarkeit der juristischen Personen braucht gegenüber den Bestimmungen des Personenrechtes (Art. 61 ff.) nicht mehr besonders hervorgehoben zu werden. Des fernern enthält die Vorlage dann aber eine Erweiterung der Haftung ohne Verschulden, die sich nach der Praxis als wünschenswert erwiesen hat.

Sie hängt mit der Haftung des Werkeigentümers zusammen. Diese ist nach dem geltenden Rechte festgehalten. Daneben aber wird der Grundeigentümer für die Überschreitung seines Eigentumsrechtes auch für die Fälle haftbar erklärt, wo von einer fehlerhaften Herstellung oder mangelhaften Unterhaltung nicht die Rede ist. Diese Bestimmung (Art. 1073) findet sich bereits im Entwurfe des Sachenrechtes (Art. 670). Wird sie hier aufgenommen, so kann sie im Sachenrecht gestrichen werden. An irgend einer Stelle aber ist sie Bedürfnis und wird von niemand, der diese Verhältnisse überblickt, entbehrt werden wollen. Man denke beispielsweise an den Fall, wo ein Grundeigentümer in seinem Gebäude eine Dynamomaschine aufstellt, nachdem er durch Expertise versichert worden ist, daß die Nachbargebäude nicht in unzulässiger Weise belastigt würden. Nachher bewirkt aber der Betrieb der Maschine doch einen unerlaubten Schaden. Verschulden liegt nicht vor, mangelhafte Unterhaltung oder fehlerhafte Herstellung eines Werkes ebensowenig, und doch ist der Grundeigentümer offenbar eher gehalten, den Schaden zu tragen, als seine Nachbarn. Er soll diesen also, ganz abgesehen von dem Verbot künftiger Störung, den gestifteten Schaden ersetzen.

In Erwägung wurde gezogen, ob nicht ein allgemeineres Prinzip der Haftung für Schaden aus Werkanlagen, Betriebseinrichtungen und andern Vorkehrungen, die eine außergewöhnliche Gefährdung von

Personen oder Sachen herbeiführen, angefügt werden solle. Es war nicht zu verkennen, daß eine solche Vorschrift dem Grundgedanken der Gefährdungshaftung, dem die Haftung für Tier- oder Werkschaden ja auch entsprungen ist, entsprochen haben würde, und daß damit für viele Fälle der Praxis die Möglichkeit geboten worden wäre, die Lücken, die sich in der Rechtsordnung in dieser Hinsicht zeigen, in entsprechendem Sinne auszufüllen. Da sich nun aber aus einem solchen allgemeinen Satze die Folge ergeben hätte, daß Gewerbe, die nicht der Fabrikhaftpflicht unterstellt sind, in gewissen Fällen strenger als diese zu haften gehabt hätten, so hielten wir es für richtiger, von einer solchen Erweiterung der Haftungsfälle zurzeit überhaupt Umgang zu nehmen.

g. Von den übrigen Veränderungen, die an dem bisherigen Rechte in diesem Abschnitt angebracht worden sind, haben wir nur noch die Bestimmung betreffend die Verjährung anzuführen, wonach (Art. 1076, Abs. 3) der Verletzte dasjenige, worauf sich sein Gegner durch unerlaubte Handlung einen rechtlichen Anspruch verschafft hat, nicht etwa trotz Ablauf der Verjährung zu leisten hätte. Man denke an ein durch Betrug erwirktes Versprechen auf Eigentumsübertragung. Die einseitige Unverbindlichkeit hilft hier nicht, wenn das Versprechen zwar im Zusammenhang mit dem Betruge, aber nicht direkt in dessen Folge gegeben worden ist. Kann nun auch der Verletzte den Schadenersatz wegen Verjährung nicht mehr wirksam beanspruchen, so soll er doch nicht zur Ausführung des Versprechens angehalten werden können.

Die Revision des Schadenersatzrechtes bildete den Gegenstand der Beratungen des schweizerischen Juristenvereins vom Jahre 1903, auf Grund von Referaten der Herren Professoren C. Chr. Burckhardt, Basel, und de Félice, Lausanne, durch die einige der vorgeschlagenen Änderungen am geltenden Recht angeregt worden sind.

5. In dem dritten Abschnitt der Entstehungsgründe wird nur die ungerechtfertigte Bereicherung angeführt. In bezug auf die weiteren Gründe kann stillschweigend auf die übrigen Institute des Zivilrechts verwiesen werden. Die Redaktion ist in Art. 1080 (74) der Fassung im Sachenrecht, Art. 977 ff., nachgebildet.

In dem Titel über die Wirkungen der Obligationen sind nur wenige Veränderungen oder Zusätze vorgeschlagen, über die folgendes zu bemerken ist:

6. Betreffend den Verzug des Gläubigers wurde in Art. 1116 ein Zusatz aufgenommen, der eine Lücke im geltenden Recht ausfüllt, indem dieses für die Fälle, wo der Gläubiger einer Nichtsachleistung in Verzug gerät, keine Bestimmung enthält. Es erscheint als möglich und ratsam, einfach, entsprechend dem französischen Recht, ein Rücktrittsrecht dem leistungsbereiten Schuldner zu gewähren, wie es der Gläubiger im allgemeinen gegenüber dem Schuldner hat. Dann aber wird die Frage mit einer Verweisung auf das Rücktrittsrecht des Gläubigers hinreichend beantwortet.

7. Über das Maß der Haftung bei Nichterfüllung im Vertragsverhältnis finden sich im geltenden Rechte (Art. 113) lange nicht die eingehenden Bestimmungen wie bei den unerlaubten Handlungen, und es ist kontrovers, inwiefern die letzteren Vorschriften analog auch bei den Vertragsverhältnissen zur Anwendung gebracht werden dürfen. Es empfiehlt sich, hierüber im Gesetz etwas zu sagen, und zwar schlägt die Vorlage die Anerkennung der analogen Anwendung jener Bestimmungen für die Vertragsverhältnisse vor (Art. 1121, Abs. 3). Daraus ergibt sich dann auch eine Abänderung des Art. 116 (1125, Abs. 2).

Art. 115 ist redaktionell und materiell in bessere Übereinstimmung gebracht mit der Regelung der entsprechenden Haftung außer Vertrag (Art. 1123 im Verhältnis zu 1068 und 1069).

8. Die Regelung des Rücktrittsrechtes des Gläubigers hat zwei Änderungen erfahren. Einmal ist ein der Praxis entsprechender Zusatz in Abs. 2 des Art. 1131 aufgenommen worden. Sodann aber fanden wir es für angemessen, der Kontroverse über die Natur und Bedeutung des in O.-R. Art. 124 und 125 gegebenen Schadenersatzanspruches ein Ende zu machen, indem wir an Stelle des Schadenersatzes im Falle des Rücktrittes bei Verschulden des Gegners eine Klage auf Schadenersatz wegen Nichterfüllung anstatt des Rücktrittes aufgenommen haben, in Anlehnung an die Regelung im deutschen Reichsrecht (B. G. B. § 325).

9. Über die Umstellung der Artikel im Tit. 29 haben wir schon oben gesprochen. Eine Erläuterung bringt bei der Novation Art. 1140, Abs. 3, jedoch ohne materielle Änderung am geübten Recht.

Neu ist sodann die Bestimmung über den Konto-Korrent-Vertrag in Art. 1141. Das Obligationenrecht enthält bekanntlich über diesen gar keine Vorschriften. Es erscheint als angemessen und auch als genügend zur Ausfüllung dieser Lücke, wenn wenigstens für die Hauptwirkung dieses Vertrages festgelegt

wird, es bewirke die Saldoziehung eine Novation für die einzelnen Posten.

Entbehrlich ist im neuen Gesetz gegenüber dem einheitlichen Schuldbetreibungs- und Konkursrecht der bisherige Art. 133 des Obligationenrechts.

Gestrichen haben wir den Abs. 2 des bisherigen Art. 139, in der Meinung, daß es doch richtiger in das Ermessen des Richters gestellt wird, zu beurteilen, wann das Versprechen der Barzahlung als Verzicht auf die Kompensationseinrede ausgelegt werden dürfe.

10. Der dritte Abschnitt des Tit. 29 handelt von der Verjährung. Ein besonderer Vorbehalt des öffentlichen Rechts und der andern Teile des Zivilrechts, wie ihn Obligationenrecht 161 aufstellt, ist gegenüber dem einheitlichen Zivilgesetzbuche nicht mehr notwendig. Fraglich war es, ob nicht eine allgemeine Klagenverjährung von 30 Jahren, entsprechend dem französischen Rechte, hier aufgenommen werden solle. Sie war als Bestimmung der Einleitung in Vorschlag gebracht, dann aber dort wegen des Zusammenhanges mit der übrigen Ordnung des Institutes abgelehnt und eventuell in diesen Titel verwiesen worden. Allein bei eingehender Prüfung erscheint es doch als genügend, wenn Vorschriften über die Verjährung für die einzelnen Ansprüche unter den betreffenden Abschnitten angefügt werden, wie hier im Obligationenrecht und an den gegebenen Stellen im Familien-, Sachen- und Erbrecht. Was übrig bleibt, wird sich der Hauptsache nach als ein Verhältnis darstellen, bei dem die Anerkennung einer Verjährung überhaupt zweifelhaft ist. Man darf denn auch wirklich, wie dies im französischen Recht anerkannt ist, die allgemeine Klagenverjährung nicht ausnahmslos aufstellen. Man denke nur an die Statusrechte und Ähnliches. Unter diesen Umständen gelangt man dazu, von der Aufstellung dieser allgemeinen Bestimmung überhaupt Umgang zu nehmen.

Im übrigen beschränkt sich die Revision des Verjährungsrechtes auf einige redaktionelle Änderungen.

11. In dem Titel von den besonderen Verhältnissen bei Obligationen hat die Ordnung der Solidarität gar keine materielle Änderung erfahren, weggelassen wurde nur, aus dem gleichen Grunde wie oben, die konkursrechtliche Vorschrift des bisherigen Art. 167. Ebenso ist der Abschnitt über die Bedingungen unverändert. Beim Haftgeld haben wir eine Bestimmung über den Lohnabzug angefügt, Art. 1184, wie sie sich nach der Praxis der Gewerbegerichte als wünschenswert herausstellt.

Bei der Konventionalstrafe ist der Fälle gedacht, wo Waren auf Kredit gegen Ratenzahlung verkauft werden unter der Abrede,

daß das Eigentum dem Verkäufer verbleibe, bis alle Raten bezahlt seien, und daß alle bezahlten Raten als Entschädigung aufzufassen, der Vertrag aber als dahingefallen zu betrachten sei, sobald eine Ratenzahlung nicht entrichtet werde. Mit dem vorgeschlagenen Zusatz soll für die Fälle des Eigentumsvorbehaltes die Möglichkeit geschaffen werden, auf den Verfall solcher Teilzahlungen die Herabsetzungsklausel des Art. 1189 (182) anzuwenden. Zugleich werden hiermit die Bedenken gegen die Zulassung des Eigentumsvorbehaltes einigermaßen vermindert, wie dies im Verhältnis zu Art. 702 des Zivilgesetzbuchentwurfes bereits in der Botschaft hervorgehoben ist.

12. Von größerer Wichtigkeit sind die Änderungen, die zum 31. Titel in Vorschlag gebracht werden. So wird in Art. 1191 nunmehr für die Abtretung einfach die schriftliche Form verlangt. Es geschieht dies nicht nur, weil die jetzige Vorschrift des Art. 184 im Rechtsverkehr leicht Verwirrung angestiftet hat, ohne den Parteien etwas zu nützen, sondern auch weil für die Namenpapiere, die im Entwurfe ihre besondere Regelung erfahren, damit eine sehr brauchbare Ordnung geschaffen ist.

Erläutert ist dann weiter die Geltendmachung der Einreden gegen den Cedenten gegenüber dem Cessionar für einen in der Praxis streitigen Fall in Art. 1196, Absatz 2, eine Vorschrift, die, wenn man überhaupt etwas sagen will, keinen Bedenken begegnen wird.

Weggelassen ist der dem Betreibungsrecht angehörige bisherige Art. 196, aus dem gleichen Grunde wie oben.

Vor allem nun aber wird in diesem Titel die Schuldübernahme als ein Verhältnis, bei dem, analog der Cession auf der aktiven Seite, eine Singularsuccession ohne Novation auf der passiven Seite vorliegt, gesetzlich geordnet. Bei dem Schweigen des Bundesgesetzes war es für das geltende Recht als zweifelhaft zu bezeichnen, ob solche Schuldnachfolge anzuerkennen sei oder nicht. Allein die Bedürfnisse haben so deutlich nach dieser Institution gerufen, daß man sich ihrer auch ohne gesetzliche Grundlage, und nur mit dem notdürftigen Schutz der Abreden des einzelnen Falles, eben doch bedient hat und bedienen mußte. Der Gesetzgeber kann nicht anders, als bei der gebotenen Gelegenheit diese Lücke auszufüllen. Überdies ist er bei der Kodifikation des gesamten Zivilrechts hierzu auch deshalb um so eher veranlaßt, als die Schuldübernahme im Grundpfandverkehr eine ganz besondere Wichtigkeit hat.

Die Regelung, die der Entwurf in Art. 1204 bis 1212 dem Institute gibt, schließt sich an die vorherrschende gemein-

rechtliche Lehre und die Ordnung des deutschen Bürgerlichen Gesetzbuches an. Vgl. die Abhandlung von E. Schurter in der Zeitschrift für schweizerisches Recht n. F. XX, S. 303 ff. Unterschieden werden die Abrede zwischen dem Schuldner und dem Übernehmer einerseits und die Einwilligung des Gläubigers anderseits. Jene Abrede hat ihre Bedeutung auch ohne diese Einwilligung. Der Übernehmer soll eben den Schuldner von seinen Verpflichtungen befreien und ist hierfür, auch wenn der Gläubiger den Schuldnerwechsel nicht annehmen will, verantwortlich (1204).

Daneben aber kann dann auch der Vertrag mit dem Gläubiger direkt geschlossen werden, wobei der bisherige Schuldner gar nicht Vertragspartei zu sein braucht (Art. 1207).

Fortgesetzte Schuldübernahmeverträge müssen nach den gleichen Gesichtspunkten beurteilt werden. Wenn die Schuld des A von B, dann von C, weiter von D, von E, von F übernommen wird, so hatte der Gläubiger jedesmal die Möglichkeit, den Übernehmer ausdrücklich oder stillschweigend anzuerkennen gegen Entlassung des bisherigen Schuldners. Allein solange der Gläubiger nicht ausdrücklich oder stillschweigend beigetreten ist, kann der bisherige Schuldner den Übernehmer von seiner Pflicht befreien und auch der Übernehmer seine Stellung durch Abrede der Übernahme seitens eines Dritten wieder aufgeben. Vergleiche Art. 1205, Absatz 3. Danach verliert also der Gläubiger die Möglichkeit, einen Übernehmer als seinen Schuldner anzunehmen, sobald dieser seine Übernahme auf einen Dritten abgewälzt hat, wogegen dieser Dritte vom Gläubiger angenommen werden kann. Freilich muß der ursprüngliche Schuldner, dem gegenüber der Übernehmer als Schuldner aus der Übernahme verpflichtet ist, in die Übernahme der Schuld durch einen Folgenden auch wieder einwilligen. Allein wenn dies geschehen ist, so scheidet der zweite, sobald ein dritter eingetreten, und dieser gegenüber einem vierten u. s. w., einfach aus der Haftbarkeit aus. Es ist wünschenswert, daß diese Ordnung gesetzlich festgestellt werde. Sie besitzt namentlich für den Grundpfandverkehr, bei Übernahme von Grundpfändern im Liegenschafts Kauf, eine größere Bedeutung.

Die Wirkungen der Schuldübernahme betreffend Nebenrechte und Einreden (Art. 1208 bis 1210) geben zu keinen Bedenken Anlaß. Dagegen bedürfen noch einige besondere Fälle der Regelung.

Einmal die Übernahme von Aktiven und Passiven eines Geschäftes. Notwendig ist hier eine Haftung des Übernehmers mit der Veröffentlichung oder Mitteilung der Übernahme an die Gläubiger, so daß, nachdem diese erfolgt ist, die Befreiung vom Schuldner nicht mehr zugestanden werden kann, Art. 1211,

Absatz 1, im Gegensatz zu dem in Art. 1205 aufgestellten Prinzip. Dagegen wird der bisherige Schuldner infolge solcher Veröffentlichung oder Mitteilung nicht ohne weiteres frei. Vielmehr behalten die Gläubiger seine Haftung neben der des Übernehmers. Nur darf man ihnen zumuten, daß sie gegen den alten Schuldner binnen einer kürzeren Frist auch wirklich vorgehen, wenn sie ihn behaften wollen, und so kommt man zu einer Frist, nach deren unbenütztem Ablauf die Gläubiger nur noch den Übernehmer als ihren Schuldner haben. Die zwei Jahre, auf die 1211, Absatz 2, diese Frist ansetzt, werden nicht unangemessen sein.

Diese gleiche Ordnung, nur nach zwei Richtungen wirksam, reicht dann auch aus für den Fall, wo mehrere Geschäfte sich vereinigen oder ein Gesellschaftsunternehmen das bisherige Einzelgeschäft übernimmt. Art. 1212 verweist auf die Anwendbarkeit der angeführten Regeln auch für diesen Fall.

Die besondere Ordnung die das Grundpfandrecht mit sich bringt, ist im Sachenrecht aufgestellt. Nur in einer Beziehung muß auch diesfalls hier noch eine Ordnung getroffen werden: Für die Schuld, um deren Übernahme es sich handelt, kann ein Grundpfand bestellt sein, und zwar auf einem Grundstück, das nicht dem Schuldner gehört. Wenn nun der Pfandeigentümer sein Pfand auch für die Verpflichtung des Übernehmers gelten lassen müßte, so könnte daraus unter Umständen eine bedeutende Erschwerung seiner Stellung erwachsen. Richtiger ist es daher, das Pfand überhaupt zunächst nur für die Schuld des alten Schuldners, zu dessen Gunsten es errichtet worden ist, haften zu lassen. Soll es dann auch für den neuen Schuldner wirksam werden unter Befreiung des bisherigen, so muß der Pfandeigentümer hierzu seine Einwilligung gegeben haben. Das erfolgt, indem er der Schuldübernahme und der Entlastung des bisherigen Schuldners zustimmt. Da es sich hierbei um eine Singularsuccession ohne Novation handelt, so behält das Pfandrecht seinen bisherigen Rang. Die gleichen Bestimmungen gelten dann auch für das Fahrnispfand und für die Bürgschaft, worauf in Art. 1208, Absatz 2, im allgemeinen verwiesen ist.

Zweite Abteilung.

Die einzelnen Vertragsverhältnisse.

In der zweiten Abteilung des Obligationenrechts, die von den einzelnen Vertragsverhältnissen handelt, sind in bezug auf die im geltenden Gesetz behandelten Vertragsarten nur wenige

wichtigere materielle Änderungen aufgenommen worden. Dagegen war es unerlässlich, einigen weiteren Instituten die wünschenswerte gesetzliche Regelung zu verschaffen, indem sie an passender Stelle eingefügt worden sind. Wir fassen diese Modifikationen im folgenden im großen und ganzen nach der Reihenfolge des bisherigen Gesetzes ins Auge.

1. In der Ordnung des Kaufes war es notwendig, zwischen dem Fahrniskauf und dem Grundstückkauf zu unterscheiden, welcher letzterer selbstverständlich nicht mehr, wie bisher, dem kantonalen Rechte zugewiesen werden kann. Daraus ergab sich die Notwendigkeit, den Titel über den Kauf in mehrere Abschnitte zu teilen, deren erster die allgemeinen Bestimmungen für jede Art von Kauf enthält und im wesentlichen den bisherigen Art. 229 bis 231 entspricht. Zu erwähnen ist hier folgendes:

In Art. 1213 (229) wird, in Übereinstimmung mit dem schon jetzt geltenden französischen Text, von der Verpflichtung des Verkäufers gesprochen, dem Käufer den Kaufgegenstand zu Eigentum, anstatt zu vollem Recht und Genuß, zu übertragen. Ferner wird der Käufer als verpflichtet bezeichnet, den Kaufpreis, und nicht den verabredeten Preis, zu entrichten, denn der Kaufpreis kann, wie unter Art. 1215 näher ausgeführt wird, auch durch andere Momente als durch Abrede bestimmt sein. Des weitern ist die Bestimmung des Art. 204 betreffend den Übergang von Nutzen und Gefahr beim Kauf aus den mobiliarsachenrechtlichen Vorschriften hierher gezogen worden, und zwar ohne materielle Änderung. Er ist anwendbar nicht bloß für den Fahrniskauf, sondern auch für den Grundstückkauf, wenngleich es sich sehr fragen läßt, ob nicht für alle Käufe, oder wenigstens für den letzteren, der Übergang von Nutzen und Gefahr richtiger auf den Zeitpunkt der Übergabe der Sache verlegt würde, unter Vorbehalt natürlich von andern Abreden. Es schien uns in jedem Falle empfehlenswert, die einheitliche Regel für jede Art von Kauf bestehen zu lassen, namentlich mit Rücksicht auf die vielen Käufe, wo Immobilien und Mobilien zugleich veräußert werden. Zu einer Abänderung des geltenden Rechtes für alle Käufe aber ist gegenüber der Entscheidung, die nach langem Schwanken bei dem Erlaß des geltenden Rechtes getroffen wurde, zurzeit keine genügende Veranlassung gegeben.

An dem Vorbehalte des kantonalen Rechtes betreffend die Klagbarkeit aus Kleinvertrieb geistiger Getränke und Wirtszeche ist festgehalten, Art. 1217 (231).

Bei der Regelung des Fahrniskaufes im zweiten Abschnitte, der im allgemeinen dem Kaufrecht des geltenden Rechtes ent-

spricht, war es vorerst nötig, die Scheidung zwischen den beiden Arten des Kaufes nach dem Kaufgegenstand möglichst präzise festzustellen. Es geschieht dies mit Art. 1218 und insbesondere betreffend Früchte und Bestandteile von Grundstücken mit Art. 1219. Weitere Bestimmungen betreffend die Rechte der Grundpfandgläubiger beim Verkauf von Bestandteilen haben wir, als in diesem Zusammenhang wohl entbehrlich, nicht aufgenommen (vgl. Entwurf d. Z. G. B., Art. 794 ff., 797 ff.). Ein vollständiges Verbot des Verkaufs der hängenden oder stehenden Früchte, wie es sich heute noch in einigen Rechten findet, geht in der Einschränkung der Bewegungsfreiheit weiter, als nötig ist.

Im übrigen ist an dem Fahrniskauf gegenüber dem geltenden Rechte eine Änderung nicht vorgesehen. Die Zusätze betreffend den Selbsthülfeverkauf und den Deckungskauf und die Geltendmachung des sogenannten abstrakten Schadens (Art. 1223 und 1256) bringen keine Neuerung, sondern bestätigen nur, was bereits von der Praxis angenommen worden ist. Immerhin wird man es billigen, wenn diese wichtigen Regeln nicht nur auf dem Wege der Übung und Gerichtspraxis ihre Existenz erhalten, sondern ausdrücklich vom Gesetze anerkannt werden.

Über den Grundstückskauf stellen zurzeit nur die Kantone mit kodifiziertem Rechte detailliertere Bestimmungen auf. Die anderen behelfen sich mit einigen in die Liegenschaftsordnungen aufgenommenen Formvorschriften, und alle verweisen entweder ausdrücklich oder doch in der Praxis in bezug auf die Lücken in ihrer Ordnung des Liegenschaftskaufes auf das Bundesgesetz als subsidiäres Recht. Man kann schon daraus entnehmen, daß das Bedürfnis nach einer besonderen Ordnung für den Liegenschafts-kauf nur in sehr beschränktem Umfang, d. h. nur in einigen wenigen, aber allerdings wichtigen Beziehungen vorhanden ist. So erklärt sich denn der geringe Umfang dieses Abschnittes aus der Natur der Sache. In Betracht ziehen wir hier, unter Anlehnung an die kantonalen Rechte, namentlich folgende Momente:

Für die Gültigkeit des Grundstückskaufes wird eine Form verlangt, und zwar die öffentliche Beurkundung. Alle Kantone stellen heute schon Formvorschriften auf, bis auf zwei, und auch bei diesen gilt die Formlosigkeit zum Teil nur mit Vorbehalt (in Aargau). Meistens begnügen sich die kantonalen Rechte dabei allerdings mit der bloßen Schriftlichkeit, stellen jedoch diese zum Teil dann wieder in eine engere Beziehung zur Fertigung oder Eintragung in das Grundbuch. Es vereinfacht die Grundstücksordnung ungemein, wenn sowohl für die Gebundenheit der Parteien als für die Voraussetzung der Erfüllung der Übertragungsform

(Eintragung in das Grundbuch) die gleiche Formvorschrift aufgestellt wird, und als solche nennt schon der Entwurf des Zivilgesetzbuches die öffentliche Beurkundung (Art. 654). Man wird sich auch in den Kantonen, die bisher die bloße Schriftlichkeit genügen ließen, um so leichter hiermit befreunden können, als die Bestimmung darüber, was unter der öffentlichen Beurkundung zu verstehen sei, dem kantonalen Rechte vorbehalten bleibt. Die Botschaft zum Entwurfe des Zivilgesetzbuches hat hierüber das Nötige bereits ausgeführt.

Immerhin empfiehlt es sich dann doch, den anderen Anschauungen insofern entgegen zu kommen, als bei den Vorverträgen, d. h. Kaufsversprechen, und ebenso bei den Nebenverträgen betreffend Vorkauf und Rückkauf, die Verbindlichkeit schon mit der Beobachtung der schriftlichen Form für die Parteien anerkannt wird. Der Vorvertrag kann nicht in das Grundbuch eingetragen werden, seine Abmachung gelangt nicht vor das Grundbuchamt. Als Voraussetzung der Eintragung kann also die schriftliche Abrede hier gar nicht in Betracht fallen. Andererseits aber hat es kein Bedenken, dem Promissar aus dem schriftlichen Vertrag eine Klage auf den Abschluß des Kaufgeschäftes, d. h. die öffentliche Beurkundung des Kaufs einzuräumen, weil der Promittent sich ja demgegenüber mit allen Einreden verteidigen kann, die ihm aus irgendwelchem Willensmangel oder aus anderen Gründen gegeben sein mögen. Betreffend den Vorkauf und den Rückkauf aber, die allerdings im Grundbuch vorgemerkt werden können, fällt in Betracht, daß diese Verträge, insbesondere ersterer, häufig in Verbindung mit anderen Verträgen abgeschlossen werden, und daß es in diesen Fällen, z. B. bei einem in einem Mietvertrag eingefügten Vorkaufsrecht, außerordentlich lästig wäre, hierüber noch eine öffentliche Urkunde aufnehmen zu müssen. Bei dem Vorvertrag ist überdies, um ungerechten Käufen entgegenzutreten, in Nachahmung einiger kantonalen Rechte, wie St. Gallen, Aargau, Graubünden, Freiburg, ein Rücktrittsrecht gegen Reugeld angefügt worden und überdies wird seine Verbindlichkeit auf sechs Monate beschränkt, unter Möglichkeit der Erneuerung. Vgl. Abs. 2 des Art. 1260.

Weiter erscheint es als notwendig, über den bedingten Kaufabschluß eine Bestimmung aufzustellen. Das Grundbuchrecht des Entwurfes gestattet zur Wahrung der Übersichtlichkeit der Grundbuchverhältnisse die Eintragung von Bedingungen nicht. Danach würde den Parteien nur die Alternative bleiben, entweder den Kauf sofort als unbedingt zu fertigen, oder aber bis zur Entscheidung über das Schicksal der Bedingung, d. h. bis zur Vollziehbarkeit des Geschäftes, mit der Eintragung zuzuwarten. Es

empfiehlt sich demgegenüber, den bedingten Kauf überhaupt zu untersagen, ein Verbot, das auch auf den Verkauf mit Eigentümervorbehalt ausgedehnt worden ist. Soweit ein Bedürfnis vorliegt für solche bedingte Grundstückskäufe, genügt die Anerkennung des bedingten Vorvertrages (Art. 1261).

In bezug auf die Gewährleistung kann für den Grundstückkauf auf die Vorschriften über den Fahrniskauf verwiesen werden. Nur die eine Frage erheischt eine Klärung, wie es sich nämlich verhalte mit der Wirkung des Grundbuches gegenüber der Gewährleistungspflicht des Verkäufers. Das Grundbuch gewährleistet nicht den körperlichen Bestand des Grundstückes. Es hat eine Rechtskraft nur mit bezug auf die eingetragenen dinglichen Rechte, und zwar in dem Sinne, daß der gutgläubige Erwerber alle die Rechte beanspruchen kann, die zu gunsten des Kaufgegenstandes eingetragen sind. Andererseits muß er die eingetragenen Belastungen gegen sich gelten lassen. Für den körperlichen Bestand nun aber ist das Grundbuch eine Publizitätsquelle gewöhnlicher Art, der die Publizität des sichtbaren körperlichen Bestandes gleichwertig zur Seite steht. Wenn also im Grundbuch ein Gebäude als auf dem Grundstück stehend angemerkt ist, und in Wirklichkeit steht das Gebäude nicht darauf zur Zeit des Kaufes, so kann der Käufer, der von der tatsächlichen Lage der Sache Kenntnis hatte oder haben mußte, keine Gewährleistung für einen Mangel geltend machen. Nur in bezug auf den Flächeninhalt des Kaufobjektes liegen die Verhältnisse etwas anders. Hier darf in Betracht gezogen werden, daß man dem Käufer ein Ausmessen des Grundstückes auf den Kauf hin, wenn eine grundbuchliche Vermessung und Flächenangabe vorliegt, nicht zumuten kann. Er soll sich auf diese Angabe verlassen können, und wenn nachträglich das wirkliche Maß sich als kleiner herausstellt, als das im Grundbuch angegebene, so soll der Verkäufer ihm hierfür Gewährleistung schuldig sein. Inwiefern dieser dann die Grundbuchorgane haftbar machen kann, ist eine Frage des Grundbuchrechtes. Vgl. Art. 994 des Entwurfes des Z. G. B. Freilich muß dann ein ganz anderer Fall wohl von dem genannten unterschieden werden: Der Käufer kauft das Grundstück nach dem Bestand, wie er für das Grundstück grundbuchlich gegeben ist. Liegt also die Sache so, daß er ein gewisses im Grundbuch aufgenommenes Grundstück gekauft hat, während er sich das Grundstück nach den äußerlich wahrnehmbaren Verhältnissen anders, namentlich größer gedacht hat, so kann er keine Gewährleistung anrufen. Das, was er gekauft, nach Grundbuchrecht, besitzt das im Grundbuch angegebene Maß, und er trägt den Schaden, wenn er sich durch eine Hecke, einen Graben oder dergleichen über die im Grund-

buch genau angegebenen Grenzen ohne Schuld des Gegners durch die äußere Erscheinung der Bodenfläche hat täuschen lassen. Art. 1263 bezieht sich also nur auf die Fälle, wo das Grundstück, so wie es im Grundbuch aufgenommen ist und Gegenstand des Kaufes gebildet hat, tatsächlich nicht das Maß besitzt, das im Grundbuch angegeben ist. Die Gewährleistung verjährt auch beim Grundstückkauf nach denselben Vorschriften wie beim Fahrnis-kauf. Nur wenn ein Gebäude Kaufgegenstand ist, darf in Betracht gezogen werden, daß beim Werkvertrag die Gewährleistung für ein Bauwerk auf fünf Jahre angesetzt ist (Art. 1416, O.-R. 362), und demgemäß auch beim Kauf die Frist auf fünf Jahre erhöht werden (Art. 1263, Abs. 2).

Über die Tragung von Nutzen und Gefahr haben wir schon oben gesprochen. Die Gründe, aus denen wir an der bisherigen Regel des Überganges (Art. 204) für den Fahrnis- wie den Grundstückkauf festgehalten haben, können uns zwar nicht verhindern, anzuerkennen, daß für den letztern eine andere Ordnung des Verhältnisses wünschenswert wäre. Allein die Sache hat deshalb weniger praktische Bedeutung, weil die Parteien beim Grundstückkauf fast in allen Fällen, namentlich wo ihnen daran überhaupt etwas gelegen ist, über diese Verhältnisse sich vertraglich zu bereden pflegen. Nun kommt aber eine Abrede sehr häufig in den Grundstückkäufen vor, daß nämlich der Käufer die Liegenschaft auf ein bestimmtes Datum übernehmen werde, und zwar unabhängig von der Eintragung in das Grundbuch, die vor oder nach der tatsächlichen Übernahme des Kaufgegenstandes stattfinden kann. Diese Übergabe, vergleichbar der körperlichen Tradition der beweglichen Sache, vermag nun unter dem Grundbuchrecht in keinem Falle den Eigentumsübergang zu bewirken oder zu verschieben, denn dieser erfolgt ausschließlich mit der Eintragung. Allein man darf jenem Zeitpunkt doch die Bedeutung beimessen, daß die Parteien damit, wenn sie nichts anderes bestimmt haben, auch den Übergang von Nutzen und Gefahr hätten festsetzen wollen. Vermutungsweise greift also dann eine solche Regel in die Vorschrift des Art. 1216 (204) ein und verlegt den Übergang von Nutzen und Gefahr auf den Zeitpunkt der vertraglich bestimmten Übernahme des Kaufgegenstandes, Art. 1264.

In die Ordnung des Grundstückkaufes ist auch eine Vorschrift aufgenommen, die der Entwurf in Art. 1262 gegen die Güterschlächtereie (Hofmetzgerei) in Vorschlag bringt. Man sucht den in dieser Richtung auftretenden Mißständen wesentlich auf zwei verschiedenen Wegen abzuhelpen: Mit behördlicher Kontrolle und Erschwerung der Verkaufsformen oder mit Beschränkung der Veräußerung des Kaufgegenstandes durch den

Käufer. In der schweizerischen Gesetzgebung hat mit dem Gesetz vom 9. Februar 1896 gegen Mißbräuche bei Veräußerung von Liegenschaften der Kanton Thurgau wesentlich den erstern Weg beschritten, indem er zugleich in bezug auf den Vertragsinhalt einige den Verkäufer vor Übervorteilung schützende Bestimmungen aufgestellt hat. Am wirksamsten dürfte aber bei der besondern Art der vorhandenen Übelstände eine Vorschrift sein, die den Zweck trifft, zu welchem diese Güterkäufe stattfinden, nämlich die Spekulation selbst, und diese kann durch ein Verbot des Weiterverkaufs innerhalb einer gewissen Frist wohl unzweifelhaft unmöglich gemacht oder doch wesentlich beeinträchtigt werden. In diesem Sinne sind verschiedene Vorschläge gemacht worden, und der Entwurf schließt sich dem an, indem er zugleich für die Fälle, wo eine durchaus zu rechtfertigende Spekulation vorliegt, wie namentlich bei Ankauf von Land für Quartieranlagen zu Baustellen oder beim Verkauf durch die Erben des Käufers, Ausnahmen vorsieht und für deren Prüfung die Kontrolle einer Behörde einführt, die ausnahmsweise den Weiterverkauf vor Ablauf der gesetzlichen Frist (fünf Jahre) gestatten kann. Ein weiterer Schutz in der gleichen Richtung wird zudem in der Anfechtung wegen Übervorteilung gefunden werden dürfen, von dem wir oben gesprochen haben (Art. 1036). Immerhin ist auch in dieser Einschränkung das Verbot eine Neuerung, die in vielen Kantonen nicht als Bedürfnis empfunden, sondern als lästige Verkehrsfessel abgelehnt wird. Aus diesem Grunde hielten wir es für angezeigt, die Vorschrift nicht als eine bundesrechtliche Bestimmung anzuordnen, sondern deren Erlaß fakultativ und unter Vorbehalt eingehenderer Ordnung den Kantonen anheimzustellen.

Der Abschnitt über die besondern Arten des Kaufes hat in bezug auf die im geltenden Rechte behandelten Kaufgeschäfte, Kauf nach Muster und Kauf auf Probe, keine Änderung materieller Art erfahren. Dagegen sind als weitere Arten der Vorkauf, der Rückkauf und die Versteigerung angefügt.

a. Der Vorkauf ist grundsätzlich als persönliches Recht des Promissars auf Vollziehung des Kaufes für den Fall des Verkaufs der Sache, Fahrnis oder Grundstück, an einen Dritten geordnet (1271). Die zeitliche Beschränkung rechtfertigt sich zur Vermeidung allzu drückender Belastungen (1272 und hat schon im Sachenrecht Ausdruck gefunden (Art. 672). Dingliche Wirkung hat das Vorkaufsrecht bei Fahrnisgegenständen überhaupt nicht, denn wenn die Sache dem dritten Käufer, der dessen Existenz kennt oder kennen sollte, mit Erfolg abgestritten werden kann, so geschieht dies, weil er nicht gutgläubig ist und deshalb auch nicht das Eigentum erworben haben kann, also mit einer

Klage auf Herausgabe der Sache. Bei Grundstücken aber kann allerdings das persönliche Recht des Vorkäufers im Grundbuch vorgemerkt werden und hat dann gleichsam dingliche Wirkung, indem jeder Dritte gemäß der Publizitätswirkung des Grundbuches eben die Sache nur unter dem Vorbehalt des Rechtes des Vorkäufers erworben haben kann. Die Klage hat in diesen Fällen der Vorkäufer gegen den dritten Erwerber der Sache zu richten.

b. In gleichem Sinne ist auch das Rückkaufsrecht, zeitlich beschränkt, als persönliches Recht geordnet mit demselben Vorbehalt im Verhältnis zu gutgläubigen Dritten, der aber, sobald ein Grundbucheintrag vorliegt, bei Grundstücken keine Wirkung mehr hat.

c. Was sodann die Versteigerung anbelangt, so muß zwischen der gerichtlichen Zwangsversteigerung und der freiwilligen Versteigerung ein Unterschied gemacht werden. Beiden kann man zwar die gleiche Konstruktion im Verhältnis von Offerte und Akzept zu Grunde legen, und zwar haben wir uns, in Anlehnung an die tatsächlichen Verhältnisse und die unbefangene Auffassung der Beteiligten selbst, zu der Ordnung bekannt, wonach der Ausruf erst eine Aufforderung zur Stellung von Offerten bedeutet, das Akzept aber mit der Annahme des Angebotes (als der Offerte), folglich mit dem Zuschlage stattfindet (1274). Notwendig ist dabei nur die weitere Vorschrift, daß der Bietende, wenn keine anderen Bedingungen aufgestellt sind, an seine Offerte gebunden sei, bis entweder sofort die Annahme erklärt oder ein höheres Angebot gemacht wird (1275). Für die Zahlung des Steigerungspreises kann auf die Steigerungsbedingungen verwiesen, im Falle des Mangels an solchen aber Barzahlung verlangt werden (1276). Dagegen besteht in bezug auf die Gewährleistung zwischen Zwangsversteigerung und freiwilliger Versteigerung ein Unterschied. Bei der erstern kann von Gewährleistung nur die Rede sein, insoweit bestimmte Zusicherungen gemacht oder absichtliche Täuschungen vorgekommen sind. Bei der freiwilligen Versteigerung aber liegt kein Grund vor, von der allgemeinen Gewährleistungspflicht des Verkäufers abzugehen. Selbstverständlich kann der Versteigerer dann aber auch in den Steigerungsbedingungen die Gewährleistung beliebig ordnen oder auch ganz ablehnen, unter Vorbehalt der Unmöglichkeit, sich der Haftung für doloses Verhalten zu entziehen (1277). Der Eigentumsübergang vollzieht sich für die Grundstücke nach gewöhnlicher Regel, also mit der Eintragung in das Grundbuch, wobei aber bei der Zwangsversteigerung die Versteigerungsbehörde die Pflicht hat, diese Eintragung durch Anzeige an das Grundbuchamt zu erwirken. Bei Fahrnis dagegen kann der Zuschlag sehr wohl die Tradition ersetzen, da ja doch die Versteigerung

öffentlich ist. Der Eigentumserwerb wird deshalb mit dem Zuschlag als vollzogen anerkannt (1278).

An der Gleichstellung des Tauschvertrages mit dem Kaufvertrag hat die Vorlage nichts geändert. Art. 1279, 1280 (272, 273).

Die Betrachtung der Schenkung verschieben wir an den Schluß der Abteilung.

2. Die Veränderungen, die an den Bestimmungen über Miete und Pacht vorgeschlagen werden, sind bis auf wenige und nicht wichtige Punkte rein redaktioneller Natur. Anzuführen sind folgende Momente:

In Art. 1298 wird den aus Art. 276 und 277 entnommenen Bestimmungen die Vorschrift angefügt, daß bei Mängeln, die die Gesundheit des Mieters einer erheblichen Gefahr aussetzen würden, der Rücktritt dem letztern auch im Falle der Kenntnis der Gefahr im Zeitpunkt des Vertragsabschlusses gestattet und ein Verzicht auf dieses Recht nicht verbindlich sei. Die Bestimmung erklärt sich aus sich selbst und findet sich in neueren Polizeiverordnungen in verschiedenem Sinne anerkannt.

Art. 1300 enthält eine ausführlichere Vorschrift über das Verfahren bei kleineren Mängeln, die materiell dem bestehenden Rechte entspricht.

Art. 1305 gestattet, die Miete an Grundstücken durch Eintragung in das Grundbuch mit dinglicher Wirkung auszurüsten, und zwar mit einer allgemeinen Regel, die bisher gegenüber dem kantonalen Recht nicht möglich war, nun aber den Absichten entspricht, die mit einer solchen Einrichtung verfolgt werden wollen. (Vgl. im geltenden Recht Art. 281, Abs. 3.)

In bezug auf die Sicherung des Vermieters findet sich in Art. 1318 die Neuerung vorgeschlagen, daß dieser, wenn der Mieter die Mieträume nicht mit Gegenständen ausrüste, an denen der Gläubiger eventuell sein Retentionsrecht auszuüben vermöchte, die Leistung anderer Sicherheit beanspruchen könne. Die Vorschrift rechtfertigt sich namentlich aus dem Umstande, daß der Vermieter regelmäßig bei der Vertragserfüllung die Vorleistung hat.

Endlich stellt Art. 1319 eine Regel auf betreffend die Haftung des Mieters für den Zustand der gemieteten Sache, wobei einerseits die Haftung für die Abnutzung, die sich aus dem vertragsmäßigen Gebrauch der Sache ergibt, abgelehnt, andererseits aber die Vermutung aufgestellt wird, der Mieter habe den Gegenstand in gutem Zustande empfangen.

Für die Pacht bleibt die Verweisung auf das Mietrecht im allgemeinen in bisheriger Weise bestehen. Neuerungen mit Rücksicht speziell auf diesen Vertrag sind wiederum nur wenige anzuführen.

Art. 1323, Abs. 3, verweist betreffend die Teilpacht ausdrücklich auf die Ortsübung, wobei das bisherige kantonale Recht dieser Übung bis zum Beweise des Gegenteils Ausdruck zu geben vermag. (Vgl. Art. 7 des Entwurfes des Z. G. B. und die Gesetzgebungen namentlich von Waadt und Freiburg.)

Fräglich war, ob nicht, im Anschluß an die Vorschriften, die im Familienrecht betreffend die Aufkündigung von landwirtschaftlichen Gemeinderschaften aufgestellt worden sind (Art. 348), in Art. 1338 der bisher (O.-R. 309) angegebene Martinstag durch einen Frühjahrstermin ersetzt werden solle. Für den bisherigen Termin spricht das Interesse des Verpächters, der an den vollen Scheunen im Herbst ein reichliches Retentionsobjekt findet, für den Georgstag oder einen andern Frühjahrstermin dagegen das Interesse des Pächters, der in diesem Zeitpunkt bei leeren Vorratsräumen mit dem Verpächter oder Pachtnachfolger leichter abrechnen kann, während er für die bereits geleistete Jahresarbeit ohnedies zu entschädigen ist. Als dispositive Regel schien sich uns die Verweisung auf einen dem Ortsgebrauch entsprechenden Herbst- oder Frühjahrstermin zu empfehlen.

Neu angefügt sind den Bestimmungen über die Pacht einige Regeln über die Viehpacht und Viehverstellung. Der bisherige Art. 320 hat diesfalls auf das kantonale Recht und den Ortsgebrauch verwiesen. Man darf denn auch hieran in erster Linie festhalten, wobei das kantonale Recht wiederum dem Ortsgebrauch Ausdruck gibt bis zum Beweise des Gegenteils. Wo es nun aber an einem solchen Anhaltspunkte fehlt, erscheinen einige gesetzliche Regeln als wünschenswert. Sie bestimmen, wer den Nutzen vom eingestellten Vieh beziehe, und was der Einsteller gegen den Bezug der Nutzung zu entrichten habe. Die Aufhebung des Vertrages soll unter billiger Rücksicht auf die beidseitigen Interessen erfolgen. Der Einsteller ist für das übernommene Vieh haftbar, wenn er nicht beweisen kann, daß der eingetretene Schaden trotz aller Betätigung der schuldigen Hut und Pflege nicht habe vermieden werden können, gerade so wie auch in anderen Verträgen mit Sachübergabe die Beweislast geregelt ist. Im übrigen vgl. Art. 1349 bis 1352.

3. Die Titel über die Gebrauchsleihe und das Darlehen haben keine materielle Modifikation erfahren. In Art. 1366 wird als Absatz 2 einzig die neue Bestimmung angefügt, daß

versprochene Zinse mangels einer anderen Abrede als Jahreszinse zu betrachten seien.

4. Anders verhält es sich mit dem folgenden Titel, der vom Dienstvertrage handelt. Das Obligationenrecht widmet dieser wichtigen Vertragsart im ganzen 12 Artikel und behandelt einläßlicher nur die Terminbestimmungen für die Lohnzahlung und die Beendigung des Verhältnisses. Von verschiedener Seite wurde seit längerer Zeit auf das Ungenügende dieser Regelung hingewiesen und eine eingehendere Ordnung namentlich in bezug auf den Inhalt des Vertrages, die wechselseitigen Rechte und Pflichten angeregt, unter Berücksichtigung der verschiedenen Arten, in denen das Dienstverhältnis auftritt. So wurde dieses Postulat auch von den Referenten der Jahresversammlung des Schweiz. Juristenvereins 1900 aufgestellt, und die Versammlung hat ihnen beigeprlichtet. Aus den direkt interessierten Kreisen sind namentlich von seiten des schweizerischen kaufmännischen Vereins einläßliche Vorschläge zur Revision dieses Titels gemacht worden. Und nicht unbeachtet darf bleiben, daß im deutschen Bürgerlichen Gesetzbuch (§§ 611 bis 630), sowie in der neuen Redaktion des deutschen Handelsgesetzbuches (§§ 59 bis 83) über den Dienstvertrag ausführlichere Bestimmungen aufgestellt worden sind. Endlich hat der Schweizerische Juristenverein sich in seiner Jahresversammlung von 1902 eingehender mit der Revision dieses Vertrages beschäftigt auf Grund von Referaten der Herren Prof. Lotmar, Bern, und Dr. Gabriel de Weiß, Lausanne.

Nach unsern Vorschlägen soll die Revision folgende Momente betreffen:

a. Der Begriff des Dienstvertrages bedarf einer genaueren Abgrenzung sowohl gegenüber dem Auftrage als gegenüber dem Werkvertrag. Denn je nachdem eine Erscheinung unter das eine oder das andere Vertragsverhältnis gehört, ergeben sich für deren Inhalt in Recht und Pflicht ganz andere Konsequenzen, und die Praxis zeigt in verschiedenen, für die davon Betroffenen sehr wichtigen Beziehungen ein peinliches Schwanken, dem so viel als möglich abgeholfen werden sollte.

Als entscheidend hebt Art. 1369 in Abs. 1 hervor, daß der Dienstvertrag eine Dienstleistung gegen Lohn auf bestimmte oder unbestimmte Zeit bedeute. Wo die Dienstleistung die Herstellung eines Rechtsgutes oder die Vornahme einer Handlung mit Rücksicht auf das Resultat der geleisteten Dienste und ohne Rücksicht auf die Zeit, während welcher der Dienstpflichtige im Dienste des Dienstherrn stehen soll, zum Inhalte hat, handelt es sich nach unserem geltenden Obligationenrecht (im ersteren Falle) um

einen Werkvertrag oder (in letzterem) um einen Auftrag. An dieser Abgrenzung muß auch festgehalten werden, wenn die Löhnung nicht nach der Zeit, sondern nach dem Resultat der Arbeit entrichtet wird. Wenn der Stickereifabrikant die Arbeiter, die bei ihm angestellt sind, nach der Zahl der Stiche, die Metallwarenfabrik sie nach der Zahl der fertiggestellten Nägel, Schrauben oder dergleichen ablöhnt, so stehen diese doch unter den Regeln des Dienstvertrages, sobald sie auf unbestimmte oder bestimmte Zeit als Arbeiter des betreffenden Arbeitsherrn angestellt sind. (Vergleiche Abs. 2 und 3 von 1369.) Entscheidend ist also, ob ein Arbeiter seine Arbeitskraft einem Arbeitgeber auf bestimmte oder unbestimmte Zeit zur Verfügung stellt, oder ob er nur die Vornahme einer Handlung oder die Herstellung eines Werkes übernimmt, ohne zeitlich gebunden zu sein, so daß mit der Vornahme der Handlung oder der Herstellung des Werkes das Rechtsverhältnis beendet wird. Liegt letzteres vor, so kann es sich nicht um einen Dienstvertrag handeln. Bleibt der Arbeiter aber, auch wenn er die ihm übergebene Stickerei etc. beendet hat, Arbeiter seines Dienstherrn, so werden die Regeln über den Dienstvertrag zur Anwendung gebracht.

Diese Scheidung bereitet in der Praxis regelmäßig keine Schwierigkeiten. Die Fabrik hat ihre Arbeiter, ihr Personal, mit dem sie wirtschaftet, und wer hier beitrifft, wird ohne weiteres so aufgefaßt, als stehe er nunmehr in einem persönlichen Verhältnis zu diesem Arbeitsherrn. Mag auch der Lohn nach der geleisteten Arbeit entrichtet werden, so wird eben die Arbeit immer wieder neu verrichtet, und es ergibt sich eine regelmäßige Beschäftigung, die ja tatsächlich nicht immer regelmäßig verläuft, aber doch in dem begründeten Rechtsverhältnis als regelmäßig von beiden Seiten angenommen wird. Auch der Schneidermeister, der seinen Arbeitern Hausarbeit gibt und sie nach Maßgabe der geleisteten Arbeit ablöhnt, befindet sich zu ihnen in dem Verhältnis des Dienstvertrages und unterscheidet sich dadurch von seinem Kunden, der bei ihm ein Kleid im Werkvertragsverhältnis bestellt hat. Jene Hausarbeiter sind seine Betriebsgehilfen, seine Angestellten und damit durch Dienstvertrag mit ihm verbunden.

Unter dem Dienstvertrag stehen danach: Das gesamte Gesinde, die Gesellen, die Hausarbeiter eines Gewerbetreibenden, die Gehilfen in irgend einem industriellen, kaufmännischen, handwerksmäßigen oder sonstwie gewerblichen Betrieb. Und dazu rechnet der Entwurf dann auch die Lehrlinge, wenngleich bei diesen die Ausbildung im Berufe neben der Leistung der Arbeit eine ganz besonders wichtige Bedeutung hat. Man könnte freilich sagen, gerade diese Ausbildung sei hier die Hauptsache, und dem-

gemäß sei aus dem Lehrvertrag eine besondere, mit dem Auftrag näher verwandte Vertragsart zu bilden. Allein die rechtlichen Beziehungen würden damit wohl eher verdunkelt als geklärt. Denn tatsächlich arbeitet der Lehrling eben doch unter den Bedingungen des Dienstvertrages. Diese Arbeit ist rechtlich das erste, und sie hat beim Lehrvertrag nur die Eigentümlichkeit, als Mittel der Ausbildung zu dienen, wobei dann diese Funktion auch bis auf einen gewissen Grad die Löhnung zu ersetzen vermag. Man erkennt dieses Verhältnis am besten, wenn man ins Auge faßt, daß der Lehrling häufig, ja regelmäßig für längere Dauer zur Arbeit verpflichtet wird, als es seine Ausbildung bedingen würde. Was er in späterer Zeit arbeitet, entschädigt alsdann den Meister für die geringere Arbeitsleistung des Angestellten in der früheren Zeit und für die Mühe des Unterrichts. Es ist deshalb auch wohl begründet, die Pflicht des Meisters zur Ausbildung des Lehrlings in Art. 1383 als Korrelat der Löhnung im Dienstvertrag zu behandeln.

Freilich kann dann doch nicht die gesamte Ordnung des Lehrvertrages dem obligationenrechtlichen Dienstvertrag zugewiesen werden. Handelt es sich um minderjährige Lehrlinge, so findet das Vormundschaftsrecht Anwendung, also bishin kantonales Recht, und der Entwurf des Z. G. B. hat diesfalls die erforderlichen Vorschriften vorgesehen. (Vergleiche Art. 413 und 430, Ziffer 11.) Im ganzen bleibt es den Kantonen gemäß Art. 8 des Entwurfes unbenommen, durch öffentlich-rechtliche Vorschriften, namentlich Polizeiverordnungen und Bestimmungen über die berufliche Ausbildung, dasjenige vorzukehren, was ihnen zur vollständigen Ordnung dieser Materie als angezeigt erscheint.

b. Die Begründung des Dienstvertrages kann formlos erfolgen. Sie bietet aber nach verschiedenen Richtungen Anlaß zu näheren Vorschriften. So kann die Anstellung auf Grund eines Reglementes und mit tarifmäßiger Festsetzung der Löhnung erfolgen, wobei vorzusehen ist, daß der Arbeitgeber seine Gehülfen gehörig mit diesen allgemeinen Bedingungen der Anstellung bekannt macht (Art. 1370, Abs. 1). Oder die Bedingungen können bei der Begründung kollektiv festgestellt werden zwischen Arbeitgebern und Arbeitergenossenschaften (Tarifverträge, kollektive Vertragsschließung). Dabei wird regelmäßig dem Arbeitgeber nicht der Arbeiter selbst, sondern ein anderer als Vertragspartei gegenüber stehen. Allein der einzelne Arbeiter, der sich daraufhin in das Dienstvertragsverhältnis begibt, steht doch unter den vereinbarten Bedingungen, denn er kann sich darauf berufen, daß der Inhalt des mit ihm abgeschlossenen Dienstvertrages durch die

vorangegangene generelle Verabredung zu seinen Gunsten fixiert, er also in die Ansprüche aus dem Vertrag zu gunsten Dritter versetzt sei. Vgl. Art. 1371, Abs. 2, und 1377, Abs. 1. Über die Rechtsnatur des Tarifvertrags selbst, die in der Theorie controvers ist, braucht das Gesetz nichts zu bestimmen.

c. Der Inhalt des Dienstvertrages, d. h. seine Wirkung kann nach Belieben festgestellt werden, soweit nicht positive Gesetzesvorschrift oder die gute Sitte eine Schranke aufstellen (Art. 1373). Allein erfahrungsgemäß werden diese Verträge gar häufig nicht mit aller Ausführlichkeit und Umsicht, sondern sehr summarisch festgestellt, während anderseits doch für gleichartige Dienstverhältnisse der gleiche, übereinstimmende Inhalt in der Natur der Sache begründet liegt. Aus diesem Grunde ist schon mehrfach die Anregung gemacht worden, Typen von verschiedenen Verträgen aufzustellen, nach denen im einzelnen Falle die Verhältnisse zu beurteilen wären. Diesen Anschauungen kann nun dadurch Rechnung getragen werden, daß für die verschiedenartigen Verhältnisse dasjenige, was ihnen angemessen ist, als rechtliche Wirkung vermutungsweise, d. h. für den Fall, daß nichts anderes verabredet ist, festgestellt wird, aber nicht durch das Zivilgesetzbuch, sondern durch die Aufstellung und Publikation von Normalverträgen. Das hätte in der Weise zu geschehen, daß Berufsgenossenschaften und gemeinnützige Verbindungen für die einzelnen Vertragsarten, wo ein Bedürfnis hierzu vorhanden ist, schematisch den Vertragsinhalt festsetzen würden, der alsdann auf deren Vorschlag von der zuständigen kantonalen Behörde als Normalvertrag anerkannt und veröffentlicht würde. Diese Normalverträge aber hätten als Ausdruck des Parteiwillens für den einzelnen Vertragsschluß zu gelten, insoweit in dem Verträge selbst keine Ausnahmen aufgestellt sind. Schon jetzt liegen in dieser Richtung Anfänge vor, wie z. B. mit der Aufstellung eines Dienstbotenvertrages durch den schweizerischen gemeinnützigen Frauenverein, oder der Ausarbeitung von Vertragstypen durch verschiedene Berufs- oder Interessentengenossenschaften. Denkt man diese gemäß Art. 1373, Abs. 2, ergänzt durch die behördliche Feststellung des Vertragstypus und die Publikation, so würde damit nach unserem Vorschlag die Vermutung begründet, daß alle Verträge der betreffenden Art nun künftig nach diesem Muster geschlossen seien. Man kann sich fragen, ob diese Prüfung und Auskündung richtiger dem Bunde oder den Kantonen zugewiesen werden. Der Entwurf hat sich für letzteres entschieden, von der Annahme ausgehend, daß häufig solche Normalverträge auf die Gebräuche und Anschauungen kleinerer Landesteile Rücksicht nehmen werden und daß bei Ordnungen, die das ganze Land betreffen, die Approbation durch die

Behörden der Kantone, in denen hierfür ein Bedürfnis vorhanden ist, von seiten der schweizerischen Berufsverbände u. dgl. unschwer zu erwirken sein dürfte. Notwendig wird dabei immerhin eine Kontrolle durch die Bundesexekutive sein, wie dies in Art. 1373, Abs. 3, vorgesehen ist.

Mit einer solchen Ordnung läßt sich die Vielgestaltigkeit der Dienstvertragsverhältnisse zu einer den Umständen entsprechenden Regelung bringen, ohne daß durch die Gesetzgebung irgend ein Zwang ausgeübt oder das praktische Leben in unzulässiger Weise reglementiert wird. Die Freiheit besteht, in den oben hervorgehobenen Schranken, nach wie vor für jedermann, allein für die außerordentlich zahlreichen Fälle, wo die Parteien sich nicht im einzelnen verständigt haben, wird doch eine Grundlage geschaffen, die den Beteiligten die Rechtssicherheit gewährt, die gerade im Dienstvertragsverhältnis so dringend notwendig und bis jetzt oftmals vermißt worden ist.

Man muß sich fragen, ob diese Einrichtung der den Parteilichen präsumtiv feststellenden, aus Berufs- und Fachkreisen hervorgehenden Formulierungen nicht auch für andere Verhältnisse, als gerade den Dienstvertrag, verwertbar wäre. Und es ist denn auch für die Einleitung zum Zivilgesetzbuch eine solche allgemeine Vorschrift vorgeschlagen gewesen. Wurde die Anregung auch in dieser generellen Gestalt nicht aufgenommen, so rechtfertigt sie sich doch ganz besonders für den Dienstvertrag. Man darf sich von ihr bei aller Freiheit der Vertragsschließenden eine Klärung des Vertragsinhaltes, und zugleich eine Beweglichkeit und Bildsamkeit der Dienstvertragsordnung versprechen, die der Ausgestaltung dieses für so weite Kreise des Volkes wichtigsten obligationenrechtlichen Verhältnisses außerordentlich förderlich wird.

Nun würde es sich bei solchen Typen und Normalverträgen doch immer nur um dispositives Recht handeln, während es Verhältnisse gibt, bei denen gewisse zwingende Maßregeln nicht zu entbehren sind. Wir haben uns gefragt, ob nicht der Erlaß solcher Vorschriften, soweit sie erforderlich sind, den Verordnungen der Vollziehungsbehörden zugewiesen werden könnte, die den wechselnden Umständen leichter Rechnung tragen und immer wieder die unumgänglichen, den Verhältnissen sich anpassenden Modifikationen vornehmen würden, unter Mitwirkung der gleichen Organe, wie bei der Aufstellung jener Vertragstypen. Allein in diesen Fragen handelt es sich zumeist um Ordnungen, die teils dem öffentlichen Recht und teils der Spezialgesetzgebung zuzuweisen sind, so daß es uns richtiger schien, von einer solchen weiteren Neuerung im Entwurfe abzusehen.

Auf der gezeichneten Grundlage stellt des weiteren das Gesetz in den Hauptfragen die Pflichten sowohl des Dienstpflichtigen als des Dienstherrn fest.

1) Über die Dienstleistung des Pflichtigen in Person enthält schon das geltende Recht die nötige Wegleitung (Art. 339), Art. 1374. Es ist aber wünschenswert, daß das Gesetz noch über weitere Fragen die erforderliche Klarheit schaffe. So namentlich über das Maß der Sorgfalt, die von dem Pflichtigen in der Ausführung der Dienste unter seiner Haftbarkeit verlangt werden darf. Grundsätzlich soll man vom Dienstpflichtigen die Prästation aller Sorgfalt verlangen dürfen. Allein das praktische Maß derselben wechselt sehr nach den einzelnen Fällen. Als Momente, nach denen die Abschätzung alsdann zu erfolgen haben wird, hebt Art. 1375 hervor: die ausdrückliche oder nach den Umständen anzunehmende Abrede im Anstellungsverhältnis, der Bildungsgrad oder die Fachkenntnis, die zur Arbeit verlangt wird, und die Kenntnis von den Eigenschaften des Dienstpflichtigen, die der Dienstherr beim Abschluß des Vertrages gehabt hat oder bei schuldiger Sorgfalt hätte haben müssen. Wenn sich der Handlanger als gelernter Maurer ausgibt, so übernimmt er auch die Haftung für die Sorgfalt eines solchen, wenn aber der Dienstherr den Handlanger, den er als solchen kennt, zu Maurerdiensten verwendet, so wird er nicht die gleiche Haftung desselben beanspruchen können.

Besondere Regelung ist sodann notwendig mit Hinsicht auf die Fälle, wo der Dienstpflichtige mit Stoffen umzugehen und Fachkenntnisse zu prästieren hat, wie etwa ein Unternehmer im Werkvertrag. Es entspricht der richtigen Würdigung der Verhältnisse, wenn für diese Fälle, sobald der Arbeiter auf Stücklohn oder auf Akkord arbeitet, dann auch die Regeln über die Haftung aus dem Werkvertrag zur Anwendung gebracht werden, wie dies in Art. 1376 vorgesehen ist.

2) Die Pflichten des Dienstherrn gehen auf die Entrichtung des Lohnes, der dem Vertrage entspricht. Da es sich aber um eine Ausstellung handelt, so kann der Dienstpflichtige auch beanspruchen, daß ihm eine lohnende Arbeit, soweit als möglich, übertragen werde. Käme der Arbeitgeber schuldhaft dieser Verpflichtung nicht nach, indem etwa in fahrlässiger Weise ein Arbeiter bei der Verteilung der vorhandenen Arbeit übergangen worden wäre, so würde dieser also hieraus auf Schadenersatz klagen können, soweit er auf eine Fortdauer des Vertragsverhältnisses einen rechtlichen Anspruch hat (Art. 1378).

Die Entrichtung des Lohnes findet der allgemeinen Sitte entsprechend präsumtiv postnumerando, d. h. nach geleisteter Arbeit, oder auf gewisse Termine innerhalb der Arbeitszeit statt, wie dies schon im geltenden Rechte vorgesehen ist und durch den Gesetzgeber schwerlich abgeändert werden kann (Art. 1379). Allein die Verhältnisse des Arbeiters verdienen doch innerhalb dieses Satzes eine gewisse nähere Berücksichtigung. In der Regel lebt der Dienstpflichtige aus dem Verdienst von der Hand in den Mund, und wenn außerordentliche Ereignisse seine Mittel in ungewohnter Weise angreifen, kann er um seine Subsistenzmittel kommen, bevor der Zahltag für die laufende Arbeitszeit herangekommen ist. Für solche Fälle darf der Arbeitgeber, der hierzu die Möglichkeit besitzt, wohl verpflichtet werden, dem Arbeiter die Vorschüsse zu gewähren, die der bereits verflossenen Arbeitszeit entsprechen, vorausgesetzt, daß es sich eben um die Mittel für den Unterhalt des Arbeiters oder seiner Familie oder um die Abwendung einer wirtschaftlichen Gefahr handle. Andernfalls würde zu besorgen sein, daß der Arbeiter sich andern Personen verschulden müßte, vielleicht durch eine sehr drückende Verpfändung seines noch nicht fälligen Lohnanspruches, und es kann auch nicht im Interesse des einsichtigen Arbeitgebers liegen, daß sein Personal wirtschaftlich auf solche Abwege gelange, solange er durch Vorschüsse sie davor zu bewahren vermag (Art. 1380).

Art. 1381 entspricht dem geltenden Art. 341, Abs. 1, ergänzt aber die Vorschrift nach zwei Richtungen. Einmal wird die Kontroverse über die Bedeutung des Abschlusses des Dienstvertrages „auf längere Dauer“ und die „verhältnismäßig kurze Zeit“ der Dienstverrichtung in dem Sinne gelöst, daß diese Dauer nicht nach der Frist, auf die eine Kündigung erfolgen kann, sondern nach der Zeit der bishin dem Arbeitgeber geleisteten Dienste beurteilt werden soll. Und sodann regelt Abs. 3 die in der Praxis ungleich entschiedene Frage betreffend die Anrechnung von Krankengeldern in dem Sinne, daß der Arbeitgeber dieselben im Verhältnis der von ihm entrichteten Krankenkassenbeiträge an der Lohnzahlung anrechnen dürfe. Als Militärdienst, während dessen der Lohn zu entrichten ist, soll nur die obligatorische Dienstleistung gelten.

Mehrleistung über den Vertrag hinaus darf der Arbeitgeber in guten Treuen vom Arbeiter verlangen gegen entsprechende Mehrlohnung (Art. 1382).

Endlich erscheinen als wünschenswert Vorschriften über Material und Werkzeuge (Art. 1384), die vom geltenden Recht schon jetzt für den Werkvertrag (Obligationenrecht 353), nicht aber für den Dienstvertrag aufgestellt sind, ferner über Arbeitsräume und Schutz-

vorrichtungen (Art. 1385) und über die Verrechnung zwischen Lohn, Schadenersatz oder andern Forderungen, die nur insoweit zulässig sein soll, als das Lohnguthaben pfändbar wäre (Art. 1386). Besonderes Gewicht legen die Postulate des kaufmännischen Vereins auf eine Vorschrift über die Gewährung der notwendigen Freizeit, insbesondere zur Umschau nach neuer Arbeitsgelegenheit, und die Zeugnispflicht. Soweit diese Regeln mit den Interessen des Arbeitgebers in guten Treuen vereinbar zu sein scheinen, haben sie in Art. 1387 und 1388 Aufnahme gefunden.

3) Weitere Vorschriften betreffen die Hausgemeinschaft und den Unterhalt des Dienstpflichtigen, worüber bereits Art. 1381 (O. R. Art. 341, Abs. 2) eine Regel aufgestellt hat, auf die in Art. 1389, Abs. 2, verwiesen ist. Die Bestimmungen über die Hausgewalt im Familienrecht vermögen hier die Regelung des Dienstvertrages bedeutend zu entlasten (vgl. Art. 1389 und Art. 338 ff. des Entwurfes des Z. G. B.). Auf den Lehrvertrag ist diesfalls wiederum in betreff des Zweckes des Rechtsverhältnisses durch eine besondere Umschreibung der bezüglichlichen Verpflichtung Rücksicht zu nehmen (vgl. Art. 1383, Abs. 2).

d. In den Vorschriften über die Beendigung des Dienstvertrages kann sich die Vorlage im wesentlichen an die schon bestehenden Regeln des Obligationenrechts anschließen. Empfehlenswert schien es uns, in bezug auf die subsidiären Kündigungsvorschriften eine kürzere Frist für Verhältnisse, die erst kürzere Zeit gedauert haben, und eine längere für solche von über jähriger Dauer aufzustellen. Für die erstern genügt eine Frist von 14 Tagen, wie es von seiten der Arbeiter wie der Dienstherrn gewünscht wird. Für die letztern aber ist deshalb eine längere Frist empfehlenswert, weil das Verhältnis in diesen Fällen häufig einen intensivern persönlichen Charakter angenommen haben wird. Man kann hierfür sechs Wochen, auf Ende des laufenden Quartals, vorsehen (vgl. Art. 1392, Abs. 2, mit Art. 1393). Die Vorschrift über die Probezeit (Obligationenrecht 344) hat in Art. 1394, unter Bestätigung der Regel für Dienstboten und Gesellen, eine Verallgemeinerung erfahren. Die Regel betreffend die Unverbindlichkeit der Verträge auf Lebensdauer einer Partei wird in Art. 1395 dahin erweitert, daß auch ein Vertrag auf länger als fünf Jahre jeweils auf sechs Monate vom Dienstpflichtigen soll gekündigt werden können.

Die Beendigung mit einseitigem Rücktritt vom Vertrage hat in verschiedener Richtung eine nähere Umschreibung erfahren. So wird, wie es schon im Obligationenrecht betreffend den wichtigen Grund im Gesellschaftsrecht geschehen ist (O.-R. Art. 539), nunmehr auch hier dieses Moment den Verhältnissen und der bis-

herigen Praxis gemäß umschrieben (Art. 1396, Abs. 2) und über die Lohnzahlung wie betreffend den Schadenersatz eine nähere Vorschrift aufgestellt (Art. 1397, O.-R. Art. 346). Dabei fügt Art. 1396, Abs. 3, am Schlusse an, daß die Leistung obligatorischen Militärdienstes in keinem Falle als wichtiger Grund anerkannt werden dürfe. Ferner nennt Art. 1398 ausdrücklich die Lohngefährdung als Grund zum einseitigen Rücktritt.

Die Beendigung infolge Todesfalles (O.-R. Art. 347) wird durch die Bestimmung erläutert, daß die in solchen Fällen etwa plötzlich eintretende Beendigung des Dienstverhältnisses bei dem Ausmaß der Löhnung in billige Berücksichtigung gezogen werden solle (Art. 1399).

e. Ferner hat die Vorlage die Regelung des Dienstvertrages noch ergänzt durch die Anfügung von Vorschriften über das Konkurrenzverbot. Die Praxis hat, bei dem Schweigen des geltenden Gesetzes über diese Frage, die Lücke allmählich, und zwar namentlich unter Anschluß an die deutsche Rechtsprechung, in verschiedenen Richtungen ausgefüllt. Deutschland aber hat in der neuen Redaktion des Handelsgesetzbuches über das Verhältnis eingehendere Bestimmungen aufgestellt, die auch unserm Entwurfe, bei der Übereinstimmung der Grundlage in den gerichtlichen Urteilen, als Vorbild dienen konnten (vgl. deutsches Handelsgesetzbuch, §§ 74 und 75).

Wichtig ist hier namentlich, daß das Konkurrenzverbot nur innerhalb einer zeitlichen und örtlichen Beschränkung und außerdem nur, wenn dessen Übertretung wirklich schädliche Wirkung für den Prinzipal mit sich führen könnte, soll geltend gemacht werden dürfen (vgl. Art. 1400 und 1402, Abs. 1). Überschreitet das Verbot das erlaubte Maß, so soll es der Richter nicht, wie bisher, einfach als ungültig bezeichnen, sondern nach der Meinung des Abs. 2 von Art. 1400 auf das Zulässige herabsetzen. Kommt es zu gerichtlichem Austrag, so erscheint die Vermutung nicht unbegründet, daß durch Entrichtung einer allfällig verabredeten Konventionalstrafe eine jede weitere Schadenersatzpflicht beseitigt und überhaupt der Pflichtige von dem Verbot befreit werde (Art. 1401). In Nachahmung der deutschen Regelung nimmt Art. 1402, Abs. 2, auch eine Hinfälligkeit der Klage an, wenn der Arbeitgeber das Verhältnis selber ohne erheblichen Anlaß oder aus selbst zu verantwortendem Anlaß aufgehoben oder dem Angestellten durch sein Verschulden einen Grund zur Aufhebung des Dienstvertrages gegeben hat.

f. Betreffend die Verweisung auf die wissenschaftlichen Dienste und den Vorbehalt des öffentlichen Rechtes sind

die Art. 348 und 349 des Obligationenrechts beibehalten, mit der Ausnahme, daß neben der wissenschaftlichen auch die künstlerische Ausbildung genannt wird, und daß die Dienstvertragsvorschriften auf die freien Dienste ausdrücklich nur in dem Falle für anwendbar erklärt worden, wo überhaupt die Voraussetzungen des Dienstvertrags vorliegen. Gewiß ist dies schon die Meinung des geltenden Rechtes, das nur sagen will, es soll ein Verhältnis, wenn bei einer Dienstleistung die Merkmale des Dienstvertragsbegriffes vorhanden seien, nicht um seiner Wissenschaftlichkeit willen von der Anwendung des Dienstvertragsrechtes ausgeschlossen sein, nicht dagegen, daß jede wissenschaftliche Dienstleistung als im Dienstvertrag stehend betrachtet werden müsse. So wird der Spitalarzt, der Gemeindearzt allerdings in Dienstvertrag stehen, nicht aber der Arzt, der die Behandlung eines Kranken im einzelnen Falle übernimmt. Ferner gehört der Rechtskonsulent einer Aktiengesellschaft in die erstere Kategorie, nicht aber der Anwalt bei der Durchführung des einzelnen Prozesses (vgl. diesfalls O.-R. Art. 394, Abs. 2).

Der Vorbehalt der Gesetzgebung über die Arbeit in den Fabriken ist, soweit es sich um die Bundesgesetzgebung handelt, unter die Einführungsbestimmungen verwiesen, soweit aber die kantonale Arbeiterschutzgesetzgebung in Frage steht, ist er mit dem Vorbehalt des öffentlichen Rechts der Kantone hinreichend gewahrt und ausgesprochen.

5. Der Titel über den Werkvertrag hat keine erhebliche materielle Modifikation erfahren. Einer Anregung, für die Klage gegen den Architekten in Art. 1416 (362) bei Bauwerken die gleiche Verjährungsfrist wie gegenüber dem Unternehmer aufzustellen, haben wir keine Folge gegeben, weil der Architekt, wenn er nicht Unternehmer ist, aus Auftrag oder Dienstvertrag haftet, also mit der gewöhnlichen zehnjährigen Verjährungsfrist. Wollte man eine Sonderbestimmung aufnehmen, so müsste sie bei diesen Vertragsverhältnissen eingefügt werden, wo aber die Ausnahme von vornherein nicht als motiviert erscheinen wird. Erweitert haben wir die Fassung des Art. 364, jetzt 1419, betreffend die Forderung für Mehrkosten des Unternehmers, indem eine solche auch dann anerkannt zu werden verdient, wenn bei der Vertragschließung beide Parteien von der Voraussetzung ausgegangen sind, daß Umstände, die zu Mehrkosten führen könnten, ausgeschlossen seien. Der Titel über den Verlagsvertrag ist ebenfalls inhaltlich unverändert, mit der Ausnahme, daß der Art. 1442 betreffend das Recht des Autors auf Freiexemplare neu aufgenommen worden ist. Auch in dem Titel über das Mandat ist höchstens auf die

nähere Umschreibung zu verweisen, die im zweiten Abschnitt die Anweisung erfahren hat, Art. 1462, Abs. 2 (406). An der Konstruktion der Anweisung als Doppelmandat hat die Vorlage festgehalten, obgleich sie der heutigen wissenschaftlichen Auffassung nicht mehr entspricht. Ebenso werden die Handelsvollmacht, die Kommission und Spedition und der Frachtvertrag in ihrer Stellung als Mandatsarten belassen und inhaltlich nicht verändert. Zu verweisen ist höchstens auf den Zusatz, der beim Kommissionsgeschäft in Art. 1488, Abs. 2 (435), angebracht ist, und auf die Erweiterung des Abs. 1 von Art. 1493 (440), sowie beim Frachtvertrag auf den Zusatz zu O.-R., Art. 457, in Art. 1509, Abs. 2. Endlich ist auch der Titel über die Geschäftsführung ohne Auftrag materiell unverändert geblieben.

6. Titel 45, der vom Hinterlegungsvertrag handelt, hat eine Erweiterung erfahren. Zwar sind auch hier die jetzt im Gesetze stehenden Vorschriften materiell unverändert belassen, ausgenommen, daß bei der Regelung der Haftung der Gast- und Stallwirte diesen ausdrücklich ein Retentionsrecht an den Sachen, für die sie haftbar sind, zuerkannt (Art. 1545) und die Haftbarkeit für nicht zur Verwahrung übergebene Geldsummen oder Wertpapiere im Falle des Art. 1543 (486) auf das Maximum von Fr. 1000 beschränkt wird. Dagegen erscheint es als angemessen, in diesem Zusammenhange eine Lücke im bisherigen Gesetz auszufüllen und dem Lagergeschäft eine gesetzliche Ordnung zu verschaffen. Das Obligationenrecht nimmt in verschiedener Richtung auf das Lagergeschäft bezug, in der Annahme, daß im allgemeinen die kantonale Gesetzgebung das nötige vorsehen werde, wo ein Bedürfnis hierfür vorhanden sei (vgl. die Gesetze von Genf, Solothurn, früher auch Baselstadt). Richtiger ist es nun wohl, diese Ordnung gleich selbst aufzustellen, wie dies in den Art. 1537 bis 1541 vorgeschlagen ist. Der Lagerhalter bedarf hiernach zur Ausgabe von Warenpapieren, die auf das deponierte Gut lauten, einer behördlichen Bewilligung, die sich aus der eminenten öffentlichen Vertrauensstellung rechtfertigt, die ihm zukommt. Für die Aufbewahrungspflicht desselben kann auf das Kommissionsgeschäft verwiesen werden. Besonderer Regelung bedarf höchstens die Berechtigung des Einlagerers zur Vornahme von Erhaltungsmaßnahmen und zur Entnahme von Proben, sowie die Frage, inwiefern der Lagerhalter zur Vermengung gleichartiger Güter (z. B. Getreide) befugt sei. Für die Ansprüche, die der Lagerhalter, ähnlich einem Frachtführer, zu erheben berechtigt ist, soll er, wie dieser, ein Retentionsrecht haben. Die Rückgabe des Gutes erfolgt nach den Vorschriften über die Hinterlegung und gegebenen Falles nach Wertpapierrecht. Im übrigen ist betreffend diese Ordnung

auf die Regelung zu verweisen, die das Geschäft in der neuen Redaktion des deutschen Handelsgesetzbuches erfahren hat (§§ 416 bis 424).

7. Die Ordnung der Bürgschaft ist unverändert belassen, bis auf einen Zusatz zu O.-R. Art. 508 in Abs. 2 von Art. 1565, der aber der bisherigen Praxis entspricht, indem der Gläubiger für die Unterlassung der schuldigen Beaufsichtigung des Schuldners als verantwortlich bezeichnet wird. Auch betreffend Spiel und Wette schienen keine Modifikationen dringend geboten zu sein.

8. Der Titel über den Leibrentenvertrag ist insofern erweitert, als dieser Vertragsart die für unsere Verhältnisse wohl ebenso wichtige Ordnung des Verpfändungsvertrages angefügt wird (Art. 1580 bis 1589). Die Vorlage ordnet hier den begrifflichen Inhalt des Vertrages, unter besonderer Rücksicht auf die häusliche Gemeinschaft und auf die eigentlichen Pfrundanstalten. Als Entstehungsform wird die Form des Erbvertrages genannt, was sich schon wegen der Wichtigkeit der Abrede und dann auch deshalb rechtfertigt, weil mit der Verpfändung häufig eine Erbeinsetzung verbunden wird. Bei Abschluß des Vertrages mit Pfrundanstalten kann einfache Schriftlichkeit genügen. Zur Sicherung des Pfründers wird für den Fall, daß dieser dem Pfrundgeber ein Grundstück übertragen hat, für seine Ansprüche ein gesetzliches Pfandrecht anerkannt, das in Art. 824 des Entwurfes des Z. G. B. anzufügen sein wird. Die Leistung weiterer Sicherheiten wird dagegen den Parteien anheimgestellt. Eingehender ist sodann die Aufhebung zu regeln, die mit Kündigung oder dann mit Anfechtung erfolgen kann. Letztere ist denkbar wegen Verletzung der Pflichtteilsbestimmungen des Erbrechtes, und wegen Beeinträchtigung der verwandtschaftlichen Unterstützungspflicht. Davon verschieden ist der einseitige Rücktritt wegen Vertragsverletzung und aus wichtigen Gründen, wobei auch eine bloß teilweise Aufhebung vorgesehen werden muß, bestehend in der Ersetzung der bisherigen häuslichen Gemeinschaft mit Unterhaltsleistung durch eine Leibrente. Der Anspruch aus dem Verpfändungsvertrag muß als unübertragbar bezeichnet werden und ist demgemäß nicht verwertbar. Für den Fall des Konkurses des Pfrundgebers muß die gleiche Regel zur Anwendung kommen, wie sie schon im geltenden Rechte für die Leibrente aufgestellt ist (O.-R. Art. 522). Beim Tode des Pfrundgebers ist dem Pfründer die Alternative einzuräumen, die Fortsetzung des Vertrages mit dessen Erben, oder aber die Liquidation analog dem Konkurse des Pfrundgebers zu wählen (Art. 1588 und 1589). Die hiermit aufgestellte Ordnung schließt sich im allgemeinen der bestehen-

den Ordnung der kantonalen Rechte, namentlich derjenigen des Zürcherischen P. G. B. an.

9. Im Gesellschaftsrecht ist es fraglich, ob nicht eine durchgreifendere Änderung in der Richtung vorzunehmen sei, daß, dem wirklichen Verhältnis der Gesellschafter entsprechend, ein Gesamteigentumsverhältnis unter ihnen ausdrücklich durch das Gesetz festgestellt werde, nach dem Beispiel der neuesten deutschen Gesetzgebung. Wenn nun die Vorlage sich ihrer allgemeinen Tendenz entsprechend zu dieser eingreifenden Modifikation des geltenden Rechtes nicht entschlossen hat, so erschien es doch gegenüber den Bestimmungen des Sachenrechtsskizzenentwurfes über die zwei Arten des gemeinschaftlichen Eigentums (Art. 640 bis 648) als geboten, der richtigen Auffassung des Eigentumsverhältnisses unter Gesellschaftern nicht durch die Wahl des Ausdruckes „Miteigentum“ hindernd entgegen zu treten, sondern in Art. 1610, Abs. 1 (O.-R. Art. 544, Abs. 2) von gemeinschaftlichem Eigentum zu sprechen. Damit ist angegeben, daß die Gesellschafter unter sich nicht unter den Miteigentumsregeln schlechtweg stehen, sondern unter den Wirkungen, die ihr Vertragsverhältnis für sie und die dritten, mit denen sie verkehren, geschaffen hat. Dementsprechend ist dann auch in Abs. 2 von Art. 1610 der bisherige unbestimmte Ausdruck „Anteil“ durch „Recht am Ergebnis der Liquidation“ ersetzt worden. Im übrigen hat der Abschnitt über die einfache Gesellschaft keine materielle Veränderungen erfahren, als daß in Art. 1609 mit der Ermächtigung zur Geschäftsführung vermuthungsweise auch die zur Vertretung gegenüber Dritten verbunden wird, sowie daß mit Art. 1614 die Fortsetzung der Geschäfte nach dem Eintritt der Auflösung eine nähere Regelung erfährt. Eine Gleichstellung des Abschlusses der Gesellschaft auf fünf Jahre und darüber in Art. 1611, Ziff. 6, mit demjenigen auf Lebenszeit, entsprechend der Neuerung in Art. 1395, haben wir nicht für angezeigt erachtet.

Für die Kollektiv- und die Kommanditgesellschaft ist ebenfalls das bisherige Recht unverändert geblieben, abgesehen von einigen abklärenden Zusätzen, z. B. 1629 (561) betreffend die Vertretung von Filialen u. a. Nur in einem Punkte schien uns hier eine materielle Änderung dringend empfehlenswert. Sie betrifft die Ordnung für die Gewinn- und Verlustbeteiligung Art. 1623 und 1624 (556 und 557). Die neue Redaktion des deutschen Handelsgesetzbuches (§§ 120 bis 122) hat hier eine Änderung vorgenommen, die viel Anklang findet, indem die Verzinsung der Einlagen nicht mehr einfach als Passivum der Gesellschaftsbilanz behandelt wird, sondern nur insoweit beansprucht

werden darf, als der Gewinn hierfür ausreicht. Zinse für die Gesellschaftseinlagen sollen also nicht, wie bishin, sogar dann buchmäßig den Gesellschaftern gutgeschrieben und von ihnen erhoben werden können, wenn sich daraus ein Verlust ergibt, sondern nur insoweit, als ein Gewinn vorliegt, wogegen ein vertraglich festgesetztes Arbeitshonorar wie bishin als Gesellschaftsschuld behandelt wird. Haben wir seinerzeit das deutsche Recht in der früheren Redaktion nachgeahmt, so dürfen wir die unzweifelhafte Verbesserung, die in der dortigen Gesetzgebung vorgenommen worden ist, doch wohl auch für unsere Revision nicht unbeachtet lassen. Ferner sind, ebenfalls in Anlehnung an die neue Redaktion des deutschen Handelsgesetzbuches, in Art. 1647, 1652 und 1653 einläßlichere Vorschriften über die Voraussetzungen und das Verfahren bei der Liquidation der Gesellschaft aufgenommen worden. Endlich erwies sich eine Anpassung der Vorschriften über das Vorgehen der Privatgläubiger gegen die Gesellschaft an das einheitliche Konkursrecht in Art. 1637, 1641, 1644 und 1677 (569, 570, 574, 577 und 607) als notwendig, indem diese Privatgläubiger regelmäßig gegen das schuldnerische Gesellschaftsmitglied nur auf dem Wege des Konkurses vorgehen können.

In dem Abschnitt über die Kommanditgesellschaft ist auf den Zusatz zu Art. 596 des Obligationenrechts in Art. 1665, Abs. 2, zu verweisen, der eine bisher zweifelhafte Ordnung ausdrücklich feststellen will.

10. Eine wesentliche Erweiterung und Vervollständigung hat Platz gegriffen in bezug auf die Vorschriften über die Wertpapiere. Während das Wechselrecht aus früher angegebenem Grund in die Spezialgesetzgebung verwiesen worden ist (vgl. Art. 1689), wird nun auch für die übrigen Wertpapiere eine nähere Regelung aufgestellt, die sich schon unter dem geltenden Recht als ein dringendes Bedürfnis herausgestellt hat und unter dem einheitlichen Recht mit Hinsicht auf die Grundpfandtitel zur Ergänzung der sachenrechtlichen Vorschriften gar nicht mehr entbehrt werden kann.

Der Titel über die Wertpapiere zerfällt in fünf Abschnitte:

a. Der erste handelt in drei Artikeln von den Wertpapieren im allgemeinen. Er stellt, im Anschluß an die herrschende Anschauung, das gemeinsame Merkmal aller Wertpapiere fest: Verbindung eines Rechts mit einer Urkunde, so daß ohne die Urkunde das Recht, auf das sie lautet, weder gegenüber dem Schuldner geltend gemacht, noch auf andere übertragen werden kann. Grundsätzlich darf jeder Anspruch aus Vertrag mit einer Urkunde derart verknüpft werden, es genügt, daß der Schuldner

dies durch den Wortlaut und Charakter der Urkunde deutlich ausgesprochen hat. Daraus ergibt sich die Möglichkeit, Urkunden auf einen bestimmten Gläubiger, oder auf einen solchen und zugleich an dessen Ordre, oder auf den Inhaber als Gläubiger auszustellen. Die Vorlage unterscheidet dementsprechend die drei bekannten großen Kategorien der Wertpapiere: Namenpapiere (Rektapapiere), Ordrepapiere und Inhaberpapiere. Die Praxis des geltenden Obligationenrechtes hat bekanntlich die Existenz von Namenpapieren als Wertpapieren bei dem Schweigen des Gesetzes über diese Wertpapierart verneinen zu müssen geglaubt. Allein sie hat damit den tatsächlich gegebenen Verhältnissen einen unzulässigen Zwang auferlegt. Einmal konnte diese Ablehnung doch nicht konsequent durchgeführt werden, indem das Gesetz selbst gewisse einzelne Namenwertpapiere direkt oder indirekt anerkannt hat, wie den Rektawechsel und die Namenaktie. Sodann läßt es sich keinesfalls aus der Welt schaffen, daß solche Papiere bei uns hergestellt oder vom Auslande her in den Verkehr gebracht werden. Wenn nun aber Depositenscheine oder Sparkassenhäfte derart ausgestellt werden, daß der Schuldner selbst auf denselben ausdrücklich erklärt, nur mit der Urkunde könne das Recht geltend gemacht werden, so besteht kein Grund für den Gesetzgeber, ihm zu sagen, er habe sich geirrt, es könne trotzdem der Gläubiger sein Recht auch ohne die Urkunde geltend machen. Vielmehr hat man alle Veranlassung, den Verpflichtungswillen in seiner Eigenart zu respektieren, und damit wird das Namenpapier als Wertpapier zugelassen. Die kantonalen Rechte hatten denn auch vor der Einführung des Obligationenrechtes in großem Umfange gar keinen Anstand genommen, solche Verpflichtungsscheine oder -urkunden als Wertpapiere anzuerkennen.

Die Wertpapiere begründen, weil der Gläubiger sein Recht gegen den Schuldner nur gegen die Vorweisung der Urkunde und deren Herausgabe geltend machen kann, sogenannte Holschulden. So wenigstens, wo nicht besondere Ausnahmen vorgesehen sind. Eine solche kann auf dem Papier selbst durch eine sachbezügliche Bemerkung begründet werden, oder sie ergibt sich beispielsweise beim Wechsel aus der Domizilnahme des Schuldners beim Gläubiger, oder sie kann auch durch das Gesetz selbst vorgesehen werden, wie dies in gewisser Richtung für die Grundpfandtitel in Art. 826 ff. des Entwurfes des Zivilgesetzbuches gesehen ist.

Für die Wertpapiere, die in großen Massen ausgegeben werden, die Emissionspapiere, erweist es sich als ein Bedürfnis, unter den zahlreichen Gläubigern aus dem gesamten Forderungsverhältnis eine nähere Verbindung herzustellen, die es

ermöglichen soll, im Falle, daß gegenüber dem Schuldner gewisse Maßregeln getroffen und Beschlüsse gefaßt werden müssen, überhaupt ein gemeinsames Handeln herzustellen. Denn ohne dieses Hilfsmittel fehlt gar leicht die Möglichkeit, die zahlreichen Gläubiger zusammenzubringen und eine gemeinsame Aktion auszuführen. In der neuern deutschen Gesetzgebung ist denn auch hierfür eine besondere Ordnung erlassen worden. Vgl. das Reichsgesetz betreffend die gemeinsamen Rechte der Besitzer von Schuldverschreibungen, vom 4. Dezember 1899. Man kann sich diesfalls auf verschiedene Arten helfen. Die zahlreichen Obligationen werden als Partialen eines Gesamttitels dargestellt und zur Geltendmachung der Rechte aus diesem, und damit zugleich zur Vertretung der Interessen aller der Gläubiger, wird ein Vertreter bezeichnet, der auf dem Titel und in den Partialen genannt ist und dessen Obliegenheiten, in Verbindung mit der Organisation einer Mitwirkung von Gläubigerversammlungen etc., auf der Urkunde genau angemerkt werden. Oder es wird auf den Titeln selbst, als eine der Obligationsbedingungen, der Vorbehalt aufgenommen, daß die Gläubiger nötigenfalls sich vereinigen und mit einer irgendwie zu bestimmenden Mehrheit Beschlüsse fassen können, die für alle verbindlich sind. Für die Emission von Grundpfandtiteln ist eine solche Vertretung im Sachenrecht ausdrücklich als zulässig bezeichnet worden. Vgl. Art. 846 des Entwurfes des Zivilgesetzbuches. Wenn nun diese rechtsgeschäftliche Regelung nicht als genügend erachtet werden sollte, so wäre entweder unter den allgemeinen Bestimmungen über die Wertpapiere oder in einem Spezialgesetz eine entsprechende Vorschrift aufzustellen, die sich an das deutsche Gesetz oder an die Bestimmungen des Bundesgesetzes über Verpfändung und Zwangsliquidation von Eisenbahnen anlehnen könnte und der Hauptsache nach folgende Vorschrift enthalten müßte: „Werden Wertpapiere für eine gesamte Schuld von Fr. 500,000 oder darüber mit 1000 oder mehr Titeln ausgegeben, so können die Gläubiger aus diesen Titeln auf Ansuchen einer Minderheit, die wenigstens einen Zehntel des Kapitals beträgt, durch den zuständigen Richter zu einer Versammlung einberufen werden, in der die (näher zu bestimmende) Mehrheit der vertretenen Titel in bezug auf die Geltendmachung der Gläubigerrechte gegenüber dem Schuldner in einer für alle verbindlichen Weise Beschluß fassen kann.“ Die große Bedeutung, die einer solchen Vorschrift zukommen würde, und ihr offenkundiger Zusammenhang mit dem Konkursrecht lassen es uns jedoch als angezeigt erscheinen, sie hier nicht vorzuschlagen, sondern stillschweigend der Spezialgesetzgebung vorzubehalten.

b. In dem Abschnitt über die Namenpapiere ist vor allem die Art der Übertragung näher zu ordnen. Sie erfolgt durch einen doppelten Akt: Cession in der gewöhnlichen Form (nach der Vorlage Schriftlichkeit, Art. 1191) und Übergabe der Urkunde. Einer dieser zwei Akte für sich allein genügt nicht zur Übertragung. Der Cessionar ohne die Urkunde kann nicht als Gläubiger auftreten und ebensowenig der Empfänger des Titels ohne die Cessionsurkunde. Deshalb darf aber die bloße Übertragung des Titels oder die bloße Ausstellung der Cessionsurkunde doch nicht als rechtsunwirksam betrachtet werden. Vielmehr rechtfertigt es sich, wenn aus dem einen oder andern der Erwerber einen persönlichen Anspruch gegen den Veräußerer auf Nachholung des fehlenden zweiten Aktes erhält. Er ist mithin allerdings noch nicht der wirkliche Erwerber, kann also im Konkurse noch nicht als Gläubiger behandelt werden, allein er hat einen persönlichen Anspruch darauf, es zu werden, der allerdings nur gegenüber seinem Gegner und nicht gegenüber dessen Gläubigern wirksam ist (vgl. Art. 1684 und 1685).

Anzuerkennen ist bei der Regelung der Namenpapiere die Möglichkeit, daß der Schuldner sich das Recht vorbehält, jeden Inhaber als legitimiert zu betrachten. Würde er sich hierzu verpflichten, so läge ein Inhaberpapier vor. Ist aber nur eine Berechtigung, nicht eine Pflicht, den Inhaber als legitimiert zu betrachten, ausgesprochen, so bleibt das Papier ein Namenpapier (sog. hinkendes Inhaberpapier). Vgl. Art. 1686. Ebenso kann umgekehrt sich der Schuldner auch das Recht vorbehalten, ohne Vorweisung des Titels Quittung zu erteilen, ein Fall, der aber im Gesetz nicht besonders erwähnt zu werden braucht.

Weiter muß darauf hingewiesen werden, daß ein anderes Wertpapier, namentlich ein Inhaberpapier, nachträglich in ein Namenpapier verwandelt werden kann, wozu etwa Veranlassung gegeben ist, wenn das Gläubigerrecht zu größerer Sicherheit mit der Person verknüpft werden will, wie dies gelegentlich bei Inhaberpapieren geschieht, die sich in vormundschaftlicher Verwaltung befinden. Doch muß hier unterschieden werden: Der Schuldner, der ein Inhaberpapier ausgegeben hat, ist berechtigt, als Schuldner aus einem solchen seine Rechte geltend zu machen, also den Inhaber als berechtigt zu behandeln, und kann einseitig nicht um dieses Recht gebracht werden. Solange er nicht zu der Umschreibung auf einen bestimmten Namen seine Zustimmung gegeben hat, bleibt der Titel für ihn ein Inhaberpapier. Eine vollwirksame Umschreibung setzt also die Mitwirkung des Schuldners voraus (sog. Vinkulierung). Erfolgt eine Umschreibung ohne diese Mithülfe, so kann sie immerhin doch Bedeutung haben für

die Sicherung des Gläubigers, indem dieser alsdann gegebenenfalls um so leichter seine Eigentumsrechte geltend zu machen und den abhanden gekommenen Titel zu vindizieren vermag, oder um so leichter auch den bösen Glauben des Erwerbers nachweist. Dagegen ist die Urkunde, trotz der einseitigen Umschreibung, ein Inhaberpapier geblieben. (Vgl. Art. 1637.)

Endlich bedarf die Ordnung der Namenpapiere noch einer Ergänzung, die im geltenden Recht gemangelt und deren Mangel namentlich zur Ablehnung der Existenz von Namenpapieren als Wertpapieren geführt hat: Namenpapiere, die dem Berechtigten abhanden gekommen sind, müssen kraftlos erklärt werden können, damit der Gläubiger bei gehörigem Verfahren entweder in den Besitz einer neuen Urkunde gelangt, oder gegebenenfalls auch ausnahmsweise ohne Urkunde, und allerdings auch ohne jedes Risiko für den Schuldner, sein Recht geltend machen kann. Es muß sich fragen, ob hierfür ein besonderes Verfahren gebildet, und wenn nicht, ob die Vorschriften für die Kraftloserklärung der Inhaberpapiere oder des Wechsels in Anwendung gebracht werden sollen. Schon bei der Kraftloserklärung der Grundpfandtitel im Sachenrecht ist der letzteren Ordnung der Vorzug gegeben worden (Art. 856 ff.). Die Vorschriften über die Kraftloserklärung der Inhaberpapiere eignen sich sehr wohl auch für die anderen Wertpapiere, mit Ausnahme der Ordrepapiere, speziell des Wechsels, der mit seiner meist kurzen Umlaufzeit nicht der längeren Fristen bedarf, wie sie schon jetzt für die Amortisation der Inhaberpapiere aufgestellt sind. (Vgl. Art. 1688.)

c. Über die Ordrepapiere stellt schon das geltende Recht, im Anschluß an die Wechselordnung, eine Reihe von Bestimmungen auf, die im allgemeinen auch für unseren Abschnitt genügen.

Ordrepapiere müssen stets ausdrücklich an Ordre lauten, mit einziger Ausnahme des Wechsels, der präsumtiv ein Ordrepapier ist (Art. 1689). Für alle verschiedene Arten gilt die gemeinsame Regel, daß ihr Schuldner sich nur solchen Einreden bedienen kann, die sich aus dem Inhalt der Urkunde ergeben oder ihm unmittelbar und persönlich gegen den Kläger zustehen (Art. 1690).

Unter den Ordrepapieren, die nicht Wechsel sind, kann man unterscheiden:

Wechselähnliche Ordrepapiere. Sie sind bereits in den Art. 838 bis 842 des Obligationenrechts geordnet, dessen Bestimmungen wir ohne materielle Änderung in die Vorlage aufgenommen haben. (Vgl. Art. 1691 bis 1695.)

Andere indossable Papiere, soweit sie überhaupt Wertpapiere sind und das Indossament nicht als bloße Form der

gewöhnlichen Cession aufweisen. Auch hierüber gibt das geltende Recht bereits die nötigen Vorschriften (Obligationenrecht 843 bis 845), die wir ebenfalls ohne materielle Änderung aufgenommen haben. (Vgl. Art. 1696 bis 1698.)

d. In bezug auf die Inhaberpapiere erweist sich zwar die Ordnung des geltenden Rechtes im allgemeinen als genügend, und es folgt denn auch die Vorlage den Art. 846 bis 858 des Obligationenrechts, allein doch nur mit Ausnahme einiger wenigen und wichtigen Punkte, in denen wir eine Abänderung oder Ergänzung des geltenden Rechtes für dringend geboten erachten.

Zunächst fehlt es dem Obligationenrecht an einer ausreichenden Bestimmung dessen, was als Inhaberpapier betrachtet werden soll. Die Umschreibung des Abs. 1 von Art. 846 Obligationenrecht ist, wenigstens dem Wortlaute nach, zu enge. Sie wird ersetzt durch Art. 1699, Abs. 1. Sodann muß auch der Vorbehalt des Abs. 2 erweitert werden. Der Schuldner darf nicht nur dann den Inhaber nicht als berechtigt betrachten, wenn er ein amtliches Zahlungsverbot erhalten hat, sondern auch dann nicht, wenn er weiß, daß der Inhaber gar nicht berechtigt ist. Das ist natürlich auch die Meinung des geltenden Rechtes. Der Bankier, der ein Inhaberpapier einlöst, obgleich er weiß, daß der Präsentant es gestohlen hat, handelt sicherlich schon jetzt nicht dem Rechte gemäß. Es ist aber empfehlenswert, in einer praktisch so wichtigen Frage eine ausdrückliche Bestimmung in das Gesetz aufzunehmen.

Sodann ist betreffend die Einreden und ihre Beschränkung durch Art. 847 O.-R. folgendes zu sagen: Das geltende Recht schließt nicht nur die persönlichen Einreden aus der Person der Vormänner des Inhabers, sondern auch diejenigen gegen ihn selber aus, während diese im Wechselverkehr (O.-R. Art. 811) und bei den Anweisungen (O.-R. Art. 409) zugelassen sind. Von Anfang an gingen die Ansichten auseinander, ob diese Rigorosität ein Bedürfnis sei, ob sie vom Gesetzgeber wirklich gewollt, oder ob die persönlichen Einreden gegen den jedesmaligen Inhaber nur infolge eines redaktionellen Versehens in Art. 847 nicht erwähnt worden seien. Namentlich störend fand man diesen Ausschluß bei der Kompensationseinrede. Denn wenn es auch guten Grund habe, sagte man, die Einrede aus dem Inhaberpapier gegen den in Konkurs geratenen Schuldner und Gegengläubiger auszuschließen, so sei für den umgekehrten Fall eine Ratio der Ausschließung nicht ersichtlich, indem doch, wenn der Gläubiger in Konkurs gekommen ist, keine Gefahr bestehe, daß der Schuldner aus dem Inhaberpapier sich bei Zulassung der Aufrechnung mit einer Gegenforderung einen unrechtmäßigen Gewinn aneignen würde. Die

offenbar doch vom Gesetzgeber gewollte Ausschließung der persönlichen Einreden wird sich nun aber daraus erklären lassen, daß der Inhaberpapiergläubiger, der zugleich Schuldner des Inhaberpapierschuldners ist, ja ohnedies leicht der persönlichen Einrede seines Gegners sich entziehen kann, indem er das Papier durch einen anderen zur Bezahlung präsentieren läßt. Allein die Gesetzgebung darf es an dieser gelegentlichen Rechtsfolge genügen lassen und schießt über das Ziel hinaus, wenn sie deshalb jede persönliche Einrede ausschließt. Hat der Schuldner faktisch einmal eine persönliche Einrede gegen den Inhaber, der Bezahlung verlangt, so soll er sie auch geltend machen dürfen. Man denke nur an die Einrede der Arglist, die sich aus der Voraussetzung ergeben kann, die wir schon bei Abs. 2 von Art. 1699 ins Auge gefaßt haben. Der Negotiabilität des Papiers wird durch diese Zulassung der persönlichen Einreden kein Abbruch getan, da ja nur der jedesmalige Inhaber selbst von der gerade ihn berührenden Einrede betroffen wird.

In Art. 1700, Abs. 2, haben wir den Ausschluß der Einrede, daß die Urkunde wider den Willen des Schuldners in den Verkehr gelangt sei, aufgenommen, im Anschluß an § 794 des deutschen Bürgerlichen Gesetzbuches, womit der doktrinen Konstruktio (Kreation oder Begebung) nicht vorgegriffen werden will.

Abs. 3 aber fügt noch eine spezielle Ausschließungsbestimmung an, die dem in der Praxis jetzt vorherrschenden Rechte entspricht, bei uns aber bisher noch nicht zu gerichtlicher Austragung gekommen ist. Der Schuldner schützt sich gegen den Ausschluß der hier erwähnten Einrede dadurch, daß er die Kapitalschuld nur gegen Aushändigung der nicht eingelösten Zinscoupons oder mit einem entsprechenden Abzug abzahl, der ihn bis zur Verjährung der Couponsforderungen decken soll.

Die Bestimmung des jetzigen Art. 848 hat für alle Wertpapiere Geltung und ist deshalb in den Art. 1683 unter die allgemeinen Bestimmungen versetzt.

In bezug auf die Kraftloserklärung der Inhaberpapiere (Art. 1701 bis 1707, O. R. 849 bis 858) schien uns eine materielle Abänderung in folgender Beziehung dringend geboten:

Das geltende Recht unterscheidet zwischen der Amortisation von Inhaberpapieren mit Couponsbogen (849) und solchen ohne ein Recht auf wiederkehrende Leistungen (857), hat aber für diese ein ungenügendes und für jene ein zu langwieriges Verfahren vorgesehen. Den praktischen Bedürfnissen entspricht besser einerseits eine Kraftloserklärung für alle Inhaberpapiere mit Ausnahme der einzelnen Coupons, wobei die Frist auf höchstens, anstatt wie bishin

auf mindestens drei Jahre angesetzt werden kann, und andererseits eine Kraftloserklärung für einzelne Coupons, wobei die Erhebung des deponierten Betrages bereits nach Ablauf von drei Jahren gestattet werden darf. In diesem Sinne ist mit Art. 1701 ff. und 1706 das geltende Recht einer Modifikation unterzogen worden, während im übrigen dessen Vorschriften unverändert beibehalten werden können.

e. Einen fünften Abschnitt mußte die Vorlage bilden aus den Vorschriften über den Check, der sowohl Namen- als Inhaberpapier sein kann (vgl. O. R. Art. 832). Das Obligationenrecht schien uns in bezug auf dieses Wertpapier nur einer Ergänzung zu bedürfen, nämlich der Erwähnung der Grundlage der Checkziehung, des Checkvertrages, womit sich eine Vorschrift über die Verantwortlichkeit des Gläubigers betreffend Verwahrung der Checkformulare verbunden hat (Art. 1709). Im übrigen haben wir den Vorschriften des Obligationenrechts nur drei Modifikationen angefügt: Das Datum soll einer verbreiteten Übung entsprechend nicht mit Worten geschrieben werden müssen (1710, Ziff. 4). Ferner soll ausdrücklich gesagt sein, daß der Namencheck auch dann Ordrepapier ist, wenn er nicht ausdrücklich an Ordre lautet (1712, Abs. 2). Und in Art. 1716 ist angefügt, daß der Check durch den Konkurs des Ausstellers nicht widerrufen wird, eine Bestimmung, die einer ungleichen Beantwortung dieser Frage durch die Praxis vorbeugen soll. Vgl. Art. 1710 bis 1717 (830 bis 837).

11. Die Vertragsarten, die in der Vorlage neu geordnet sind, konnten überall im Rahmen der schon im Obligationenrecht behandelten Verträge oder doch im Anschluß an dieselben eingeordnet werden. Nicht so die Schenkung. Sie findet sich in der Vorlage zwischen dem Kauf und der Miete eingeschoben als 33. Titel (Art. 1281 bis 1295).

Bei der Feststellung des begrifflichen Inhaltes der Schenkung empfiehlt es sich, einigen besonders wichtigen Fragen gegenüber mit bestimmten Anweisungen Stellung zu nehmen. So geschieht dies in Abs. 2 und 3 des Art. 1281, betreffend den Verzicht auf ein noch nicht erworbenes Recht und die Erbschaftsausschlagung, in welchen beiden Fällen das Vorliegen einer Schenkung verneint werden muß. Ebenso ist von der Erfüllung einer sittlichen Pflicht zu sagen, daß sie zwar eine Zuwendung ohne entsprechende Gegenleistung darstellt, allein in anderer Beziehung doch nicht als Schenkung behandelt werden darf, nämlich nicht in bezug auf die Anfechtung, den Widerruf, die Herabsetzung und die formalen Kautelen der Schenkung. Es erscheint demgemäß als empfehlenswert, die Anwendung der Schenkungsregeln für diesen Fall ausdrücklich auszuschließen.

Aus der Natur der Schenkung als Vertrag folgt, daß sie vor der Annahme durch den Beschenkten noch nicht perfekt geworden ist. Demgemäß ist sie für den Schenker denn auch bis dahin regelmäßig unverbindlich oder widerruflich gleich einer Offerte (vgl. Art. 1286).

Bei der Festsetzung der persönlichen Fähigkeit und Freiheit des Schenkers ist an die Schranken zu erinnern, die im Erbrecht (Entwurf des Z. G. B., Art. 530) und im Familienrecht (Art. 185 u. a.) aufgestellt sind. Personen, die wegen Verschwendung bevormundet werden, können zwar nicht mit rückwirkender Kraft für handlungsunfähig erklärt werden, allein es liegt das Bedürfnis doch auf der Hand, daß mit bezug auf Schenkungen, die vielleicht gerade das entscheidende Symptom für das Vorhandensein des Bevormundungsgrundes gebildet haben, irgend eine Rechtshilfe gegeben sein muß. Die Vorlage gewährt sie, in Nachahmung mehrerer kantonaler Rechte, mit der Vorschrift von Abs. 3 des Art. 1282.

Beschenkt werden kann auch ein Handlungsunfähiger, sobald er urteilsfähig ist. Doch muß man dem gesetzlichen Vertreter die Möglichkeit einräumen, die Annahme der Schenkung seinem Mündel zu untersagen oder die Rückleistung zu verlangen, was in Art. 1283 so gefaßt ist, daß alsdann überhaupt keine Schenkung zu stande gekommen sein soll.

In der Ordnung der Schenkungserrichtung folgt die Vorlage der Unterscheidung, die die bernische Gesetzgebungsgruppe aufgestellt hat: Schenkung von Hand zu Hand und Schenkungsversprechen. Für letzteres wird in Art. 1285 die schriftliche Form verlangt. Diese dient dann auch als Voraussetzung für die Eintragung im Grundbuch bei Schenkung von Grundstücken. Ein vollzogenes Schenkungsversprechen steht der Schenkung von Hand zu Hand gleich.

Besondere Bedeutung kommt bei der Schenkung den Bedingungen und Auflagen zu, deren Ordnung die Vorlage wesentlich nach den Rechten der Zürchergruppe vorgenommen hat.

Schenkungen, die erst mit dem Tode des Schenkers vollziehbar werden sollen, kann man füglich unter die Vorschriften über die Verfügungen von Todes wegen stellen, soweit nicht die Bestimmungen über den Ehevertrag Platz greifen (Art. 1287).

Klage auf Vollziehung einer Auflage soll nicht nur dem Schenker gewährt werden, sondern nach dessen Tod, wenn die Auflage in öffentlichem Interesse liegt, auch der zuständigen Behörde. Über den Wert der Schenkung hinaus muß aber in der Regel der Beschenkte sich mit Kosten für die Auflage nicht beschweren (Art. 1288).

Wird der Rückfall der geschenkten Sache ausbedungen, was nur an dem Schenker selbst für den Fall, daß der Beschenkte vor ihm stirbt, vorgesehen wird, so kann bei Schenkung von dinglichen Rechten an Grundstücken hiervon im Grundbuch Vermerkungen genommen werden (vgl. Art. 1289).

Abgesehen von der Regelung der Verantwortlichkeit, die keine Neuerung enthält (Art. 1290), bedarf dann namentlich noch der Ordnung die Aufhebung der Schenkung. Die Vorlage kennt eine solche in folgenden Gestalten:

Rückforderung bei der Schenkung von Hand zu Hand aus den Gründen, die für die Enterbung aufgestellt sind (Art. 482), sowie bei ungerechtfertigter Nichterfüllung einer Auflage (Art. 1291),

und bei dem Schenkungsversprechen, solange es noch nicht vollzogen ist, Rückforderung aus denselben Gründen und außerdem auch bei Verschlechterung der Vermögensverhältnisse oder Vermehrung der familienrechtlichen Pflichten des Schenkers (Art. 1292);

Aufhebung des Schenkungsversprechens von Gesetzes wegen durch Eintritt der Insolvenz des Versprechenden (1293.)

Der Widerruf wird für den Schenker auf ein Jahr, nach erlangter Kenntnis vom Widerrufsgrunde, befristet. Auf die Erben geht diese Klage über, wenn der Schenker vor Ablauf des Jahres stirbt, und zwar für den Rest dieser Frist. Außerdem darf man die Klage den Erben geben, wenn der Beschenkte den Schenker vorsätzlich und rechtswidrig getötet oder am Widerruf gehindert hat, eine Ordnung, die in der Erbunwürdigkeit ihr Seitenstück findet.

Wiederkehrende Leistungen, zu denen sich der Schenker verpflichtet hat, dürfen, ähnlich wie bei der Leibrente, als mit dem Tod des Verpflichteten dahingefallen vermutet werden (1295).

Es war fraglich, ob nicht noch fernere Vertragsarten in das revidierte Obligationenrecht aufgenommen werden sollten. Wir haben alles weitere abgelehnt und wollen hierüber nur noch in folgenden Momenten unsere Gründe anfügen:

Bei der Ordnung des Kaufes hätte eine Regelung der Gewährleistung im Viehhandel Platz greifen können. Allein es scheint diesfalls die Rechtsüberzeugung und das Verkehrsbedürfnis immer noch nicht zur völligen Abklärung gebracht zu sein. Nachdem einmal die Regelung in die Spezialgesetzgebung

verwiesen und auf diesem Wege bundesrechtlich erfolglos versucht worden ist, erscheint es als zweckmäßiger, zuzuwarten, bis die Frage in den verschiedenen Interessenskreisen selbst zu einer befriedigenden Lösung gebracht worden ist und dann nochmals ein Spezialgesetz in Vorschlag zu bringen.

Im Gesellschaftsrecht mußte es sich fragen, ob nicht die Stille Gesellschaft und die Gesellschaft mit beschränkter Haftung aufgenommen werden sollen. Erstere ist s. Z. in das geltende Obligationenrecht mit allem Bedacht nicht eingereiht worden, und man kann nicht sagen, daß aus dieser Lücke Übelstände entstanden seien. Letztere ist ein neues Gebilde des deutschen Reichsrechtes und dortselbst notwendig geworden wegen der einengenden Vorschriften über die Aktiengesellschaften. Es ist sehr wohl möglich, daß auch unsere Gesetzgebung zu der Anerkennung und Ordnung einer solchen Gesellschaftsform gelangt. Allein vorläufig ist hierfür bei der weit größeren Freiheit unseres Aktiengesellschaftsrechtes kein dringendes Bedürfnis vorhanden, und im übrigen erheischt der Zusammenhang mit dem Aktiengesellschaftsrecht, daß diese Frage bis zu der in Aussicht genommenen Revision dieses letztern vertagt wird.

Betreffend das Leibgeding gibt der Verpfändungsvertrag Vorschriften, die in Verbindung mit den Bestimmungen über die Leibrente ausreichen sollten.

Für den Vergleich schienen uns besondere Vorschriften nicht notwendig zu sein, da die allgemeine Ordnung der einseitigen Unverbindlichkeit genügt, um den Beteiligten gegenüber unbilligen Vergleichsabschlüssen zu ihrem Rechte zu verhelfen, wie denn auch das Fehlen einer gesetzlichen Regelung des Institutes im geltenden Recht nicht als Übelstand empfunden worden ist.

Endlich finden wir in einigen kantonalen Rechten Vorschriften über die Editionsspflicht und den Schiedsgerichtsvertrag. Beides steht mit dem Prozeßrecht in enger Verbindung, so daß aus diesem Grunde schon das einheitliche Obligationenrecht die beiden Institute nicht geordnet hat und das Zivilgesetzbuch füglich sie auch weiterhin stillschweigend dem kantonalen Recht, soweit ein solches aufgestellt ist, und im übrigen den allgemeinen Rechtsgrundsätzen überlassen darf.

Dritte Abteilung.

Handelsregister, Geschäftsfirmen und Geschäftsbücher.

In dem Tit. 33 des Obligationenrechtes betreffend das Handelsregister, die Geschäftsfirmen und Geschäftsbücher

haben einige kleine Änderungen und Zusätze Aufnahme gefunden, die im allgemeinen nur das bestehende Recht bestätigen. So ist dies der Fall mit Art. 1719, Verweisung auf die Verordnungen des Bundesrates, Art. 1722, Öffentlichkeit des Handelsregisters, Art. 1734 und Art. 1738 ff., Pflicht zur Führung und Aufbewahrung der Geschäftsbücher, unter Miterwähnung der Kopierbücher.

Von erheblicher Bedeutung ist in diesem ganzen Titel nur eine Änderung. Wenn wir uns auch nicht entschließen konnten, nach so kurzer Zeit seit dem Inkrafttreten des Obligationenrechts und nachdem erst vor einem Dutzend Jahren zahlreiche Firmen sich dem Grundsatz der Firmenwahrheit, wie ihn das geltende Recht aufstellt, angepaßt haben, die im Obligationenrecht mit allem Bedacht angenommenen Prinzipien zu verlassen und zu der Ordnung des deutschen Rechtes, das die Übertragbarkeit und Vererblichkeit der Firmen anerkennt, überzugehen, so war doch hinsichtlich der Firmen der Aktiengesellschaften und Genossenschaften einem offenbaren Übelstande abzuhelpen. Es geschieht dies mit der vorgeschlagenen Fassung des Art. 1734 (873), wonach diese Gesellschaftsarten ihre Firma frei wählen können, aber in jedem Falle derselben den Zusatz „Aktiengesellschaft“, „Kommanditaktiengesellschaft“ oder „Genossenschaft“ ohne Abkürzung beifügen müssen. Damit erscheinen die Interessen des allgemeinen Verkehrs genügend gewahrt und wird doch der Übelstand des geltenden Rechts beseitigt, daß diese Firmen keinen Namen einer bestimmten lebenden Person enthalten dürfen. In bezug auf die Firmen der andern Gesellschaften, sowie die Einzelfirmen soll es dagegen beim bisherigen Rechte verbleiben.

II. Der Schlußtitel. Vorschriften über die Einführung und Anwendung des Zivilgesetzbuches.

Die zur Einführung und für die Anwendung des einheitlichen Zivilrechts notwendigen oder wünschenswerten Bestimmungen können entweder in einem Schlußtitel oder in einem besonderen Einführungsgesetz erlassen werden. Auf dem ersteren Wege ist deren Verbindung mit dem Gesetz besser gewahrt. Sie werden bei den Ausgaben und Bearbeitungen des Zivilgesetzbuches überall als ein Teil desselben behandelt. Dieser Umstand scheint uns, wenngleich nicht verkannt werden darf, daß die Einführungsbestimmungen zum Teil nur vorübergehende Bedeutung haben, entscheidend zu sein, und so schlagen wir Ihnen vor, die Vorschriften über die Einführung und Anwendung des Zivilgesetzbuches in einem Schlußtitel zusammenzustellen, der in drei Abschnitte zerfällt:

Vorschriften über die Anwendung fremden oder schweizerischen Rechtes, solche über die Anwendung bisherigen oder neuen Rechtes, und eigentliche Einführungs- oder Übergangsbestimmungen. Die beiden letztern Abschnitte schließen sich an die Ausführungen an, die bereits dem Departementalentswurf eines Zivilgesetzbuches vom 15. November 1900 beigegeben waren. Der erstere fußt ebenfalls materiell auf den Bestimmungen dieses Entwurfes, gibt aber die Bestimmungen über das internationale Privatrecht in zusammenfassender Ordnung. Es erscheint freilich als zweifelhaft, ob diese Art des Vorgehens den Vorzug vor der andern verdiene. Der Entwurf von 1900 hatte jeweils den einzelnen materiellen Ordnungen des Zivilrechtes angefügt, in welchem Umfange sie zur Anwendung kommen, und in welchem umgekehrt in dem betreffenden Institut ausländisches Recht anzuwenden sei. Damit war der Zusammenhang der einzelnen Vorschriften mit den Instituten, auf die sie sich beziehen, auch äußerlich gewahrt, und namentlich ließen sich die Gerichtsstandsbestimmungen, die im materiellen Rechte selber nicht entbehrt werden können, häufig mit der Regelung der Anwendung einheimischen oder fremden Rechtes direkt verbinden. Allein es ergab sich ein Übelstand, auf den schon damals in den Erläuterungen zum Entwurf hingewiesen worden ist, daß nämlich durch eine solche Zerstreuung der Vorschriften über das internationale Privatrecht die Einheit dieser Materie beeinträchtigt wurde, und zwar um so mehr, als einige Hauptsätze oder allgemeine Bestimmungen dann doch nicht fehlen durften, so daß man zu einer grundsätzlichen Regelung in der Einleitung oder im Schlußtitel und dann erst noch zu jener über alle Institute verteilten Ordnung gelangt war. Dazu fällt weiter in Betracht, daß in den letzten Jahren die Bestrebungen für die Ordnung dieser Verhältnisse durch internationale Konventionen einen großen Aufschwung genommen haben und daß demgemäß in näherer oder fernerer Zukunft eine Regelung aller dieser Beziehungen durch Staatsverträge in Aussicht steht, die natürlich die Vorschriften in zusammenfassender Ordnung aufstellen werden. Endlich darf auch bedacht werden, daß wir zurzeit bereits im Bundesgesetz betreffend die zivilrechtlichen Verhältnisse der Niedergelassenen und Aufenthalter wenigstens für einen Teil der Institute des Zivilrechts eine zusammenfassende Spezialordnung des interkantonalen und internationalen Rechtes besitzen.

So gelangen wir also zur Bildung eines besondern Abschnittes für das internationale Privatrecht, der alle Bestimmungen des früheren Entwurfes zusammengefaßt und, wo nötig, ergänzt hat. Eine erste Redaktion dieses Abschnittes wurde den Abgeordneten des Bundesrates für die Haager Konferenzen über das internationale

Privatrecht, den Herren Professoren F. Meili, Zürich, und Ernst Roguin, Lausanne, zur Begutachtung vorgelegt, und die modifizierte Vorlage in einer Konferenz des Redaktors mit Herr Prof. Roguin, an der sich auch Herr Prof. Grenier, Lausanne, beteiligte, während Herr Prof. Meili an der Teilnahme verhindert war, durchberaten. Auf Grund dieser Verhandlungen sind die Vorschriften in den Schlußtitel eingesetzt worden, wie er dann von der eingangs erwähnten Kommission mit den andern Abschnitten dieser Vorlage durchberaten worden ist.

Erster Abschnitt. Die Anwendung schweizerischen und fremden Rechtes. Die Vorlage stellt hier zunächst einige allgemeine Vorschriften auf (Art. 1741 bis 1743), in denen das Verhältnis von Staatsvertrag und Gesetz in der internationalen Rechtsanwendung festgelegt, die Beweislast betreffend die Existenz fremden Rechtes bestimmt und, soweit wünschenswert, eine Übereinstimmung zwischen dem Gerichtsstand und dem anzuwendenden Rechte hergestellt wird. In diesen letztern Beziehungen wird damit das bereits geltende Recht bestätigt (vgl. Art. 2 des zitierten Bundesgesetzes). Dann werden drei Kategorien von materiellen Rechtsinstituten unterschieden: Personen-, Familien- und Erbrecht einerseits und anderseits Sachenrecht, sowie Obligationenrecht.

1) Für die Fragen des Personen-, Familien- und Erbrechtes steht in erster Linie und ganz hauptsächlich in Frage, ob und inwieweit die neue Regelung von den Grundsätzen abweichen oder an ihnen festhalten soll, wie sie in das zitierte Bundesgesetz von 1891 aufgenommen worden sind. Die Durchführung des Territorial- oder Domizilprinzipes im Gegensatz zum Nationalitätsprinzip erfolgte damals nach sehr langem Kampf, der freilich bereits in der Bundesverfassung von 1874 zu einem gewissen Austrag gebracht worden war. Allein gegen die hier getroffene Lösung läßt sich nunmehr einwenden, daß inzwischen das Nationalitätsprinzip, namentlich weil das deutsche Recht sich ihm angeschlossen, ganz wesentlich an Ansehen gewonnen hat, so daß zu erwarten ist, es werden die in Aussicht stehenden internationalen Konventionen eben dieses zur Grundlage erhalten. Und ferner darf nicht außer acht gelassen werden, daß die Feststellung des Domizilprinzipes für die Rechtsanwendung in der Bundesverfassung und im zitierten Bundesgesetz wesentlich doch mit Hinsicht auf das interkantonale Recht erfolgte, während es eine ganz andere Sache ist, die Grenzen der Anwendbarkeit des Bundesrechtes im Verhältnis zu den Ausländern festzulegen, wenngleich die Bundesgesetzgebung bishin das Domizilprinzip auch gegenüber diesen als Grundlage angenommen hat.

Wenn man nun auch die Perspektive vor sich sieht, auf dem Wege der internationalen Vertragsschließung später zum Nationalprinzip zu gelangen, so scheint es uns doch für den gegenwärtigen Zeitpunkt und die gegenwärtige Aufgabe angemessener, im wesentlichen an den Grundsätzen des Bundesgesetzes von 1891 festzuhalten, dabei aber eine nicht unwichtige und durch die Umstände wohl gerechtfertigte Einschränkung des Domizilprinzips anzubringen.

Es kann nämlich nicht verkannt werden, daß die Wahl des Domizilprinzips im geltenden Rechte wesentlich dadurch mit veranlaßt ist, daß wir verhältnismäßig sehr viele Ausländer bei uns domiziliert haben, die tatsächlich seit Jahrzehnten oder seit Generationen in der Schweiz niedergelassen sind, ohne doch unsere Staatsangehörigen zu werden. Wir stellen uns dem Ausländer so hochherzig gegenüber, daß er, selbst wenn er ein Staatsamt bekleidet, in keiner Weise gezwungen wird, Schweizerbürger zu werden, wir behandeln ihn so engherzig, daß wir ihm das Schweizerbürgerrecht vorenthalten, selbst wenn er und seine Vorfahren bereits aufs engste mit unserem Lande verwachsen sind. Daraus ergibt sich das Resultat, daß bei uns vielfach ausländischer Nationalität ist, wer im Auslande schon längst mehr oder weniger zwangsweise oder von Rechts wegen nationalisiert wäre. Wir behandeln in größerem Umfange die Niedergelassenen ausländischer Herkunft als Ausländer, als dies in anderen Ländern der Fall ist. Würden wir hierin anders verfahren, so könnte auch nach dem Nationalitätsprinzip das einheimische Recht auf einen viel weiteren Kreis von Personen angewendet werden, als es jetzt der Fall ist. Aus dieser Erwägung hat schon der Entwurf von 1900 den Ausweg vorgeschlagen, zwischen den ausländischen Niedergelassenen, die mit uns näher verknüpft sind, und allen anderen zu unterscheiden, auf erstere aber das schweizerische Recht, auf letztere das ausländische anzuwenden, erstere also nach Domizilprinzip, letztere nach Nationalitätsprinzip zu behandeln. An diesem Vorschlage hält auch unser Entwurf fest, nur hat er die unterscheidenden Merkmale zwischen den beiden Kategorien von Ausländern anders festgestellt. Es war zunächst vorgeschlagen, sich diesfalls das neu erlassene Bundesgesetz über den Erwerb und Verlust des Schweizerbürgerrechtes zum Vorbild zu nehmen und die Anwendung des Domizilrechts für diejenigen Ausländer vorzusehen, für die das Gesetz eine gewisse Erleichterung der Einbürgerung wenigstens fakultativ in Aussicht nimmt. Da aber nun hiermit auf die Dauer des Wohnsitzes in der Schweiz ganz besonders Bezug hätte genommen werden müssen und vermutlich sich dabei die wünschenswerte Sicherheit oft hätte vermissen lassen, gaben wir schließlich der einfachen

Unterscheidung den Vorzug, daß als Ausländer, die dem schweizerischen Rechte nach Domizilprinzip unterstellt sein sollen, diejenigen fremden Niedergelassenen bezeichnet werden, die in der Schweiz geboren sind. Alle andern Ausländer dagegen sollen nach dem Rechte beurteilt werden, das ihre Heimat für sie als maßgebend erklärt.

Sonach wird also in dieser ersten Gruppe von Rechtsinstituten im allgemeinen das Domizilrecht als anwendbar erklärt, allein einerseits für die Schweizer mit dem Vorbehalt, den bereits das geltende Recht kennt (Art. 4, insbesondere Abs. 2 und 3, zitiertes Bundesgesetz Art. 28 ff.), und anderseits für die Ausländer mit der angeführten Unterscheidung (Art. 1745). Einer Anregung, dem Domizilrecht auch diejenigen in der Schweiz niedergelassenen Ausländer allgemein zu unterstellen, deren Heimatstaat die dort wohnenden Schweizer dem dortigen Rechte unterstellt, haben wir keine Folge gegeben, da wir finden, daß allfälligen Mißständen diesfalls mit der Bestimmung des Art. 1773 genügend entgegengewirkt werden kann.

Des näheren wird sodann zwischen den einzelnen Instituten unterschieden, wobei der Entwurf, soweit es nur immer als angängig erschien, an dem bisherigen Rechte festgehalten hat und Neues nur bringt in Gestalt der Einfügung einiger Ergänzungen und Modifikationen.

a. In bezug auf die Handlungsfähigkeit der Ausländer wird der Vorbehalt aufgestellt, der sich bereits in Art. 10 des Bundesgesetzes betreffend die persönliche Handlungsfähigkeit findet (Art. 1746).

b. Die Anwendbarkeit des Verschollenheitsrechtes auf Ausländer in der Schweiz wird in Art. 1747 in der Weise umschrieben, daß im allgemeinen das schweizerische Recht für sie Platz greifen soll, soweit es sich um Rechtsverhältnisse handelt, die diesem unterstellt sind. Die Zusätze in Abs. 2 und 3 lehnen sich an die Ordnung dieser Beziehungen im deutschen Einführungs-gesetze an.

c. Juristische Personen sollen unter ihrem heimatlichen Rechte stehen, wobei als ihre Heimat das Land ihres Domizils gilt, immerhin mit dem im öffentlichen Rechte begründeten Vorbehalt, daß die Persönlichkeit in keinem Falle von ihnen in größerem Umfange beansprucht werden kann, als ihn das schweizerische Recht den eigenen juristischen Personen gewährt. Zudem sollen öffentlichrechtliche juristische Personen des Auslandes zum Erwerbe von Liegenschaften in der Schweiz einer Bewilligung des

Bundesrates bedürfen, was aus politischen Gründen wünschenswert ist (Art. 1748).

d. Die Eheschließung steht unter den Vorschriften, die schon jetzt vom Bundesrechte aufgestellt sind, mit den Modifikationen, die die Erfahrungen in der Praxis als wünschenswert erscheinen lassen (Art. 1749 bis 1752). Das gleiche ist von der Ehescheidung zu sagen (Art. 1753 und 1754), wobei Art. 1755 auch die Trennung oder die (im deutschen Rechte bestehende) Aufhebung der ehelichen Gemeinschaft dem gleichen Rechte unterstellt wie die Scheidung.

e. In bezug auf das eheliche Güterrecht wird ebenfalls an dem bisherigen internationalen Rechte festgehalten, allein es ergeben sich doch daraus einige Modifikationen, daß das materielle Recht des Entwurfes die Unterscheidung zwischen dem innern und dem äußern Güterrechtsverhältnis der Ehegatten im Sinne des Bundesgesetzes von 1891 (Art. 19) nicht mehr kennt. Dafür verlangt Art. 1756, daß Ehegatten ihr ausländisches Recht bei Verlegung ihres Wohnsitzes in die Schweiz Dritten gegenüber nur dadurch aufrechterhalten können, daß sie sich der im Gesetze vorgesehenen Publizitätsmaßregel (Eintragung in das Ehegutsregister) bedienen. Ferner gilt der öffentlichen Ordnung halber in bezug auf den Abschluß eines Ehevertrages und die Anordnung der gesetzlichen oder richterlichen Gütertrennung das schweizerische Recht notwendig auch für Ehegatten, die unter ausländischem Rechte stehen. Art. 1757 entspricht dem Art. 31, Abs. 2, des zitierten Bundesgesetzes.

f. Das eheliche Kindesverhältnis verlangt in der Richtung nach einer ausführlicheren Regelung als im geltenden Gesetz (Art. 8), daß auch auf die Wirkung gegenüber dem Kinde Rücksicht genommen und festgestellt wird, es müsse das heimatliche Recht des Kindes die betreffenden Wirkungen anerkennen. So insbesondere in bezug auf die Legitimation und die Adoption (Art. 1759).

Mit dieser Ordnung wird der Vorbehalt des Art. 8 des zitierten Bundesgesetzes betreffend das heimatliche Recht des Vaters oder Adoptierenden entbehrlich. Ebenso kann der Vorbehalt des heimatlichen Rechtes betreffend die Unterstützungspflicht (Art. 9, Abs. 2, des zitierten Bundesgesetzes) für das internationale Recht füglich weggelassen werden.

g. In bezug auf das außereheliche Kindesverhältnis muß gleichfalls auf das möglicherweise verschiedene Recht der Eltern und des Kindes Rücksicht genommen werden. Stehen alle unter dem gleichen Rechte, ob schweizerischem oder ausländischem,

so bestimmt sich die Rechtsanwendung nach dem grundlegenden Prinzip. Stehen sie unter verschiedenem Recht, so kann man für die bloßen vermögensrechtlichen Folgen das Recht, unter dem Mutter und Kind stehen, entscheiden lassen, wogegen in diesem Fall in bezug auf die Standesfolgen gegenüber dem Vater offenbar verlangt werden muß, daß solche nur eintreten, wenn sie sowohl nach dem Rechte des Vaters als nach dem des Kindes begründet sind (Art. 1761).

Ergänzt werden diese Bestimmungen durch die Vorschrift über den Gerichtsstand eines im Auslande wohnenden Schweizers, womit die Gerichtsstandsbestimmungen des Art. 320 des Entwurfes des Zivilgesetzbuches zu vergleichen sind.

h. Über die Bevormundung von Ausländern in der Schweiz und von Schweizern im Auslande ist wiederum im wesentlichen das geltende Recht beibehalten. (Vgl. Art. 23 und 24 und Art. 29 und 33 des zitierten Bundesgesetzes.) Für die Beistandschaft kann die territoriale Rechtsanwendung festgehalten werden, da es sich um Maßregeln handelt, die einen vermögensrechtlichen Schutz oder eine Hülfe bezwecken, die der Natur der Sache nach regelmäßig von der Domizilbehörde zu vollziehen sein wird (Art. §1764).

i. Die Vorschriften über das Erbrecht, Art. 1765 bis 1767, entsprechen dem bisherigen Rechte (zit. Bundesgesetz Art. 22 ff.) mit den Abänderungen, daß die wesentlich auf das interkantonale Recht zielende Ausnahme des Art. 22, Abs. 2, zit. Ges. nicht mehr erwähnt zu werden braucht und in betreff der Vorbehalte bezüglich der Erbverträge und der erbrechtlichen Verhältnisse des überlebenden Ehegatten gegenüber dem einheitlichen schweizerischen Recht auf die allgemeinen Grundsätze (Art. 1745) verwiesen werden kann. Erfolgt die Eröffnung der Erbschaft eines Ausländers in der Schweiz nach schweizerischem Recht, während dessen heimatliches Recht dessen Anwendung nicht anerkennt, so verlangt unser Recht mit Fug, daß gleichwohl das schweizerische Erbrecht maßgebend sein soll für alles bewegliche und unbewegliche Vermögen des Erblassers, das sich nicht im Heimatland des Erblassers befindet. In betreff der Form der letztwilligen Verfügungen (Art. 1767) ist überdies an Art. 1786 der Vorlage zu erinnern.

2) Für das Sachenrecht ist die Geltung des Rechtes der gelegenen Sache als selbstverständlich zu betrachten (Art. 1768). Die Anwendung dieser Regel auf Mobilien bedarf aber der näheren Bestimmung, die, im Anschluß an die herrschende Anschauung und die Regelung im deutschen Einführungsgesetz, darin gefunden

werden kann, daß man bewegliche Sachen als in der Schweiz liegend auch dann behandelt, wenn über sie von einer schweizerischen Behörde ein zur Eintragung des Berechtigten bestimmtes Buch geführt wird oder in bezug auf sie für die Geltendmachung der Berechtigung der schweizerische Richter zuständig ist. Für Immobilien gilt diese Vorschrift natürlich ebenfalls, fällt aber für sie praktisch mit dem erstangeführten Grundsatz zusammen.³

3) In betreff des Obligationenrechts hat sich die Vorlage der herrschenden Anschauung angeschlossen, wonach bei Verträgen der Erfüllungsort der Obligation über die Rechtsanwendung entscheidet. Das führt für die Wertpapiere, die Holschulden darstellen, zur Anwendung des Domizilrechtes des Schuldners. Doch muß diesen Grundsätzen gegenüber dann immer noch die Ausnahme zugestanden werden, daß etwas Anderes in den Papieren oder in dem Verkehr mit diesen bestimmt sein kann, und für das Wechselrecht kommen die Vorschriften der Wechselordnung in Anwendung (O.-R. Art. 822 ff). Eine Bestimmung diesfalls in das Gesetz selbst aufzunehmen, hielten wir nicht für notwendig. Dagegen hat es sich empfohlen, betreffend die Forderungen aus unerlaubten Handlungen das schweizerische Recht ausdrücklich für anwendbar zu erklären, sobald sie in der Schweiz begangen worden sind. Vgl. Art. 1769. Weitere Vorschriften schienen bei der geringen praktischen Bedeutung, die den betreffenden Materien zukommt, entbehrlich zu sein.

Besonderer Betonung bedarf dagegen noch der allgemeine Grundsatz, daß der schweizerische Richter die Bestimmungen, die um der öffentlichen Ordnung und Sittlichkeit willen aufgestellt sind, unter allen Umständen und ausschließlich zur Anwendung zu bringen hat (Art. 1770).

In bezug auf die Formvorschriften muß unterschieden werden. Die Frage, ob ein Rechtsgeschäft zu seiner Gültigkeit einer Form überhaupt bedürfe, muß sich nach dem Rechte richten, dem das formal zu gestaltende Rechtsgeschäft unterstellt ist. Allein in bezug auf die Erfüllung dieser Form ist die Frage anders zu stellen. Das Rechtsgeschäft, das im Ausland abgeschlossen wird, kann häufig gar nicht in die vom inländischen Recht geforderte Form gekleidet werden, weil es an den Mitteln hierfür gebricht. Soll es nun, sobald es einer Form des inländischen Rechtes zur Gültigkeit bedarf, im Ausland deshalb gar nicht gültig begründet werden können? Zu einer solchen rigorosen Ordnung liegt keine Veranlassung vor. Vielmehr ist zu unterscheiden: Für die letztwilligen Verfügungen ist ohne weiteres eine freiere Auffassung üblich und auch in der Vorlage anerkannt (Art. 1767). In den andern

Fällen kann im allgemeinen ebenfalls für die unter schweizerischem Rechte stehenden Geschäfte, die im Auslande abgeschlossen werden, diejenige Formbeobachtung genügen, die dortselbst möglich ist, wenn nur der vorgenommene Akt formal nach den dort geltenden Formvorschriften errichtet ist. So wird also eine in der Schweiz zu erfüllende Bürgschaftsverpflichtung, auch wenn sie im Auslande abgeschlossen wird, zwar gemäß der schweizerischen Vorschrift der Schriftlichkeit bedürfen, diese Form aber als beobachtet beurteilt werden, wenn sie den Formvorschriften entweder des schweizerischen oder des ausländischen Rechtes entspricht. Insofern gilt auch nach dem Entwurfe der Satz: *locus regit actum*. Dagegen muß für alle die Fälle, wo das schweizerische Recht eine Form um der öffentlichen Ordnung willen vorschreibt, die absolute Geltung des schweizerischen Rechtes gewahrt bleiben, so daß in dieser Hinsicht die Beobachtung einer ausländischen Form (wie z. B. Eintragung in ein öffentliches Register) die Erfüllung der schweizerischen Vorschrift nicht zu ersetzen vermag (Art. 1772).

Fraglich ist es, ob für die Beziehungen zum Auslande ein allgemeiner Vorbehalt der Retorsion zu empfehlen sei. Das deutsche Recht hat ihn aufgestellt, und er ist auch wirklich unter besondern, allerdings seltenen Umständen nicht wohl entbehrlich. Immerhin soll diese einschneidende Maßregel nicht in das Ermessen des Richters gelegt werden, sondern es muß Sache der politischen Behörden sein, darüber das Erforderliche anzuordnen. Art. 1773 vindiziert diese Kompetenz dem Bundesrate, der jedoch hierfür die Zustimmung der Bundesversammlung einzuholen hat.

Zweiter Abschnitt. Die Anwendung bisherigen und neuen Rechtes. Die Vorschriften des zweiten Abschnittes betreffen das intertemporale Privatrecht. Das Prinzip, das in Art. 1774 aufgestellt ist, entspricht der Regel des Art. 882 des Obligationenrechts. Art. 1775 und 1776 enthalten Vorbehalte, die als allgemein anerkannt bezeichnet werden können.

In bezug auf die einzelnen Rechtsinstitute ist auf folgendes zu verweisen:

1. Das Personenrecht kommt grundsätzlich mit dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes für alle Verhältnisse sofort zur Anwendung. Der Absatz 2 des Art. 1777 entspricht dem Art. 12 des Bundesgesetzes betreffend die persönliche Handlungsfähigkeit. Der Vorbehalt des Art. 1779 betreffend die juristischen Personen ist zu vergleichen mit Art. 898 des Obligationenrechts (betreffend die Aktiengesellschaften und Genossenschaften).

2. Betreffend das Familienrecht, das ebenfalls im allgemeinen mit dem Inkrafttreten sofort zur Anwendung kommt, ist namentlich auf Art. 1781 zu verweisen, der diesem Prinzip gemäß für das eheliche Güterrecht die Wandelbarkeit ausspricht, im Gegensatz zur herrschenden Lehre, aber in Übereinstimmung mit einigen neueren kantonalen Gesetzen, wie namentlich demjenigen von Baselstadt von 1884. Die Wandelbarkeit, d. h. die sofortige Unterstellung der Ehen unter das neue Recht, ist mit den Interessen des allgemeinen Verkehrs besser verträglich als die Anerkennung der Unwandelbarkeit. Es würde den Verkehr auf lange Zeit hinaus sehr bedrücken, wenn erst die seit dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes geschlossenen Ehen dem neuen Rechte unterstellt würden. Mit den Interessen der Ehegatten selbst aber wird diese Regel dadurch ausgeglichen, daß diesen die Möglichkeit eröffnet ist, sich ihr bisheriges Güterrecht zu erhalten, indem sie einen Ehevertrag abschließen, der auch Dritten gegenüber wirksam wird, wenn sie ihn vor dem Inkrafttreten des Gesetzes in das Ehegutsregister eintragen lassen. Da in jedem Falle eine beträchtliche Frist zwischen der Erhebung des Entwurfes zum Gesetz und dessen Inkrafttreten aufgestellt werden muß, bleibt den bestehenden Ehen reichlich Zeit, sich durch die genannten Vorkehrungen, wenn sie es wünschen, das bisherige eheliche Güterrecht zu sichern.

Im außerehelichen Kindesrecht ist der Zeitpunkt zu fixieren, nach welchem sich die Anwendung des alten oder neuen Rechtes zu richten hat, und zwar haben wir hierfür in Übereinstimmung mit der neuern Anschauung und Gesetzgebung den Zeitpunkt der Geburt des Kindes und nicht der Zeugung gewählt. Immerhin muß die Anerkennung des Kindes dem Vater nach neuem Rechte auch dann zustehen, wenn das Kind vor dessen Inkrafttreten geboren worden ist (1783).

3. Im Erbrecht kann die sofortige Anwendbarkeit des in Kraft getretenen neuen Rechtes wiederum nicht zweifelhaft sein. Notwendig ist nur ein Vorbehalt betreffend die vor dem Inkrafttreten des Zivilgesetzbuches errichteten Verfügungen von Todes wegen. In betreff der Verfügungsfreiheit versteht sich die Anwendung des neuen Rechtes auf alle nach seinem Inkrafttreten eintretenden Erbfälle von selbst (Absatz 3 von Art. 1786). Dagegen muß in bezug auf die Beurteilung der Verfügungsfähigkeit und die Verfügungsform auf das Recht, das zur Zeit der Verfügung gegolten hat, eine Rücksicht genommen werden, die in Absatz 1 und 2 des zitierten Artikels näher umschrieben ist.

4. Einer besonders einläßlichen Ordnung bedarf in bezug auf die Anwendung des neuen Rechtes das Sachenrecht.

Von vornherein hat man diesfalls anzuerkennen, daß sich mit dem Inkrafttreten des Sachenrechtes notwendig ein Übergangszustand verbinden wird, der dadurch wieder in zwei Abschnitte zerfällt, daß von der Einführung des materiellen Rechtes diejenige des Grundbuches unterschieden werden muß.

a. In bezug auf den Schutz der bestehenden dinglichen Rechte im allgemeinen ist folgendermaßen zu unterscheiden:

Als grundlegend ist der Satz zu betrachten, daß mit dem Inkrafttreten des neuen Rechtes keine andern dinglichen Rechte mehr entstehen können als solche, die nach dem neuen Rechte möglich sind. Nur in den Gebieten, in denen das Sachenrecht die Fortdauer des kantonalen Rechtes vorbehält, ist selbstverständlich auch die Neubegründung kantonalen Verhältnisse immer noch möglich, wie z. B. betreffend die Pfandrechte an Alpen oder Alp-rechten (Art. 786, Absatz 2, des Entwurfes des Zivilgesetzbuches).

Anderseits ist ebenso grundlegend, nach dem an der Spitze dieses Abschnittes stehenden Prinzip, daß der Bestand der zur Zeit des Inkrafttretens des Sachenrechtes erworbenen dinglichen Rechte durch das neue Recht nicht angetastet wird. Diese Regel muß auch für die durch bisherige Gesetzesvorschrift begründeten dinglichen Rechte Geltung haben, wie z. B. in bezug auf die *hypothèque légale* des französischen Rechtes, insofern es sich nicht um Verhältnisse handelt, die überhaupt ihre Existenz und ihren Inhalt nach dem jeweils geltenden Rechte besitzen, wie das Nachbarrecht. Dagegen dürfen Verhältnisse, die ihre Herstellung zwar auf Grund einer Gesetzesvorschrift, aber erst infolge einer besonderen Veranstaltung erfahren, so daß das Gesetz nur den Anspruch auf Rechtserwerb, nicht aber das Recht selbst aufgestellt hat (wie z. B. beim Notweg), erst dann, wenn das Recht wirklich in Anspruch genommen ist, zu den erworbenen Rechten gerechnet werden (vgl. Art. 1787).

b. Ist nur der Rechtsgrund, z. B. der Vertrag, unter dem alten Rechte begründet worden, während die Konstituierung des dinglichen Rechtes unter dem neuen Rechte stattfinden soll, so wird das Vorhandensein dieses Rechtsgrundes nach altem Rechte beurteilt. Immerhin sollen diese Ansprüche auf die Begründung eines dinglichen Rechtes billigkeitshalber, auch wenn sie dem alten Recht nicht entsprechen, doch für genügend erachtet werden, wenn sie nur den Vorschriften des neuen Rechtes folgen.

Das gleiche darf auch gelten hinsichtlich des durch Rechtsgeschäft unter dem alten Rechte bestimmten Inhaltes eines dinglichen Verhältnisses.

Der gesetzliche Inhalt der dinglichen Verhältnisse dagegen beurteilt sich nach dem Inkrafttreten des neuen Rechtes nach diesem, soweit es sich wenigstens um Verhältnisse handelt, die überhaupt nach neuem Rechte möglich, und soweit nicht besondere Ausnahmen begründet sind. Ist ein Verhältnis nach neuem Recht nicht mehr möglich, ohne doch gegen die neue öffentliche Ordnung zu verstoßen, so behält es seinen Inhalt nach bisherigem Recht (vgl. Art. 1788).

c. Wie der gesetzliche Inhalt der Rechtsverhältnisse, so steht auch der Besitz mit dem Inkrafttreten des neuen Rechtes unter diesem (vgl. Art. 1805). Dies gilt in jedem Falle für die Besitzeswirkungen im allgemeinen, wogegen die Besitzesvoraussetzungen, soweit das Grundbuch noch nicht eingeführt ist, oder es sich nicht um Verhältnisse handelt, die nach neuem Rechte nicht mehr begründet werden können, unter dem bisherigen kantonalen Rechte verbleiben. Auch die Ersitzung richtet sich mit dessen Inkrafttreten nach dem neuen Recht. Allein wenn eine Ersitzung unter dem alten Rechte begonnen hat, die auch dem neuen Rechte entspricht, so darf und soll die bisher abgelaufene Ersitzungszeit nicht unberücksichtigt bleiben. Man wird deren Anrechnung am richtigsten in der Art vornehmen, daß nur noch die Quote der neuen Frist verlangt wird, die nach Abzug der bereits abgelaufenen Fristquote des alten Rechtes in proportionaler Berechnung übrig bleibt. Betrug also die alte Frist 20 Jahre, während das neue Recht nur 10 Jahre verlangt, und es sind unter dem alten Recht 12 Jahre abgelaufen, so wird unter dem neuen noch der Ablauf von 4 Jahren verlangt (Art. 1789). Alle andern Berechnungen oder Ansätze, wie sie bei Erlaß der Übergangsbestimmungen zum Obligationenrecht betreffend die Verjährungsfristen erwogen worden sind, erscheinen, wie auch die Lösung in Art. 883 des Obligationenrechts selbst, als wenig begründet.

d. Betreffend den Vorbehalt des Art. 1790 hinsichtlich der Bäume auf fremdem Boden kann auf Art. 669 des Entwurfes des Zivilgesetzbuches und die Erläuterungen zum Entwurf von 1900 verwiesen werden.

e. Für die Grunddienstbarkeiten läßt man es im allgemeinen bei der Regel bewenden, daß die zur Zeit des Inkrafttretens des Grundbuches bestehenden Rechte und Pflichten, sowie sie durch Rechtsgeschäft begründet worden sind, bestehen bleiben, und zwar betrifft dies nicht nur ihre Existenz, sondern auch ihren Inhalt. Dagegen muß die Besitzeswirkung nach dem neuen Rechte beurteilt werden, soweit nicht in bezug auf Verjährung und Ersitzung besondere Wirkungen anerkannt sind

(Art. 1791). Allein dieses Verhältnis kompliziert sich, sobald man die Wirkung der Einführung des Grundbuches auf die schon bestehenden Grunddienstbarkeiten ins Auge faßt. Man hat in den Kantonen bei der Einführung der öffentlichen Bücher vielfach das Verfahren beobachtet, daß die bestehenden Rechte an Grundstücken öffentlich zur Anmeldung aufgefordert und bei nicht rechtzeitiger Anzeige als verwirkt erklärt worden sind. Und gewiß bietet dieses Verfahren, wenn nur die Fristen den Umständen angepaßt und nicht allzu rigoros gehandhabt werden, den großen Vorteil, daß damit eine vollständige Durchführung der Formvorschriften binnen kürzerer Zeit gesichert und die davon zu erwartende Klärung der Belastungsverhältnisse für alle Beteiligten hergestellt wird. Dennoch haben wir Bedenken getragen, dieses Verfahren in die Übergangsbestimmungen aufzunehmen, und scheint uns folgender Weg vollkommen zu genügen:

Man erläßt bei der Einführung des Grundbuches allerdings die öffentliche Aufforderung zur Anmeldung und Eintragung der bestehenden Dienstbarkeiten nach Maßgabe des neuen Rechtes. Diejenigen Dienstbarkeiten aber, die alsdann nicht angemeldet werden, gehen deshalb nicht unter, sondern behalten ihre Gültigkeit, können auch später jederzeit noch in das Grundbuch eingetragen werden. Der Nachteil der sie trifft, ist nur der, daß sie, solange sie nicht eingetragen sind, gegenüber gutgläubigen dritten Erwerbern von dinglichen Rechten an dem betreffenden belasteten Grundstück nicht geltend gemacht werden können. Sie haben diesen gegenüber keine Rechtskraft nach Grundbuchrecht. Kennt der Dritte dagegen das Belastungsverhältnis, so ist er nicht in gutem Glauben, und dann gilt die Dienstbarkeit auch ihm gegenüber.

Damit wird die peinliche Konsequenz des anderen Verfahrens vermieden, daß auch unter den Parteien, den Eigentümern der beteiligten Grundstücke selbst, ein wohl erworbenes Recht einfach infolge der Nichtanmeldung unter Umständen gegen alle gute Treue seine Existenz verlieren kann. Zum mindesten sollte bei diesem Verfahren doch für die Fälle ein Vorbehalt gemacht werden, wo nachweisbar der Belastete von der Dienstbarkeit volle Kenntnis gehabt hat. Richtiger aber und nach den grundbuchlichen Zwecken auch vollkommen ausreichend ist das Verfahren, wie es in beschriebener Weise mit Art. 1791 vorgeschlagen wird.

Freilich ist zuzugeben, daß schließlich doch das Ziel der Grundbucheinrichtung dahin gerichtet sein muß, keine dinglichen Rechte an Immobilien bestehen zu lassen, die nicht aus dem Buche ersichtlich sind. Allein die letzte Konsequenz wird sich

mit der Zeit von selbst einstellen oder doch später viel leichter ziehen lassen, da ja für alle neu begründeten Verhältnisse nur das neue Recht in Betracht fällt und überdies bei jeder Handänderung die Beteiligten im eigenen Interesse darauf bedacht sein werden, etwa versäumte Eintragungen nunmehr nachzuholen. Dadurch wird schließlich ein Zustand herbeigeführt werden, bei dem es keine erheblicheren Schwierigkeiten mehr bietet, eine letzte, längere Frist festzusetzen und auszukünden, innerhalb welcher alle diese Berechtigungen durch Anmeldung und Eintragung bereinigt werden müssen, bei Gefahr ihres Unterganges. Doch kann man diese weiteren Maßregeln einer späteren Gesetzgebung überlassen.

f. Das Pfandrecht wird im allgemeinen nach den angeführten Grundsätzen zur Einführung gelangen können. Für das Fahrnispfandrecht sind entsprechende Bestimmungen notwendig, wie sie bei der Einführung des geltenden Obligationenrechtes aufgestellt wurden, indem für die Überführung der alten Formen in die neuen eine besondere Frist (von sechs Monaten) zugestanden wird (vgl. Art. 1802 f., und O.-R. Art. 884 und 885). In betreff des Retentionsrechtes genügt eine dem bisherigen Art. 887 des Obligationenrechtes entsprechende Bestimmung, die in Art. 1804 aufgestellt ist. Für das Grundpfand sind einlässlichere Vorschriften unentbehrlich. Sie finden sich in folgendem:

1) Die zur Zeit des Inkrafttretens bestehenden Pfandtitel bleiben selbstverständlich in Kraft, ohne daß deren Anpassung an das neue Recht verlangt wird. Die Urkunden sind also nicht einzufordern und nicht umzuschreiben oder neu auszufertigen. Freilich haben die Kantone die Befugnis, eine solche Neuausfertigung der Pfandtitel anzuordnen, wo diese Maßregel aus besonderen Gründen nach den bestehenden Verhältnissen oder Mißständen als geboten erscheint. Sie werden damit verfahren, wie schon jetzt gelegentlich bei den sogenannten hypothekarischen Bereinigungen, wie sie namentlich in Verbindung mit der Neuanlage von öffentlichen Büchern verbunden zu werden pflegen (Art. 1792).

2) Neue Pfandrechte können nach dem Inkrafttreten des neuen Rechtes nur nach den von diesem anerkannten Arten errichtet werden. Bis zur Einführung des Grundbuchs aber erscheint es als unerlässlich, daß hierfür die bisherigen kantonalrechtlichen Formen benutzt werden, soweit wenigstens die Errichtungsform in Gestalt der Fertigung oder dergleichen in Frage kommt. Der Rechtsgrund für die Errichtung steht nach dem früher Gesagten unter dem Rechte, das zur Zeit seiner Begründung be-

standen hat, ist aber, was die Form anbelangt, durchaus gültig, wenn seine Form nur den Vorschriften des alten oder des neuen Rechtes entspricht (vgl. Art. 1793).

3) Die Tilgung und Umänderung der Titel, die Pfandentlassungen und dergleichen stehen mit dem Inkrafttreten des neuen Rechtes unter diesem, wobei aber die Formen wiederum bis zur Einführung des Grundbuches sich nach kantonalem Rechte bestimmen. Sache der Kantone wird es hierbei sein, das Notwendige vorzusehen, um durch die Führung der vorgeschriebenen Kontrolle und in anderer Beziehung diese Funktion ihrer hergebrachten Formen sicher zu stellen (Art. 1794).

4) Die Rechte und Pflichten des Gläubigers und des Schuldners beurteilen sich für die unter dem früheren Recht entstandenen Pfandrechte nach dem bisherigen Recht, soweit es sich um Vertragswirkungen handelt, während für die gesetzlich von selbst eintretenden und vertraglich nicht abzuändernden Wirkungen das neue Recht sofort auch für die schon bestehenden Pfandrechte in Kraft tritt. Dies bedarf aber nach dem in Art. 1796 aufgestellten Grundsatz in verschiedenen Beziehungen noch einer näheren Erläuterung.

Was vom Pfandrecht ergriffen wird, bestimmt sich nach neuem Recht. Die alten Pfandrechte erhalten also sofort die Pfandhaft nach Maßgabe des neuen, mag diese weiter oder enger sein als die bisherige. Nur in bezug auf die Zugehör darf diese Regel nicht entscheiden, soweit es sich wenigstens um eine nach den bisherigen kantonalen Rechten zugelassene vertragsmäßige Verpfändung von Mobilien als Zugehör handelt. Hier hat der Gläubiger durch Vertrag eine Zusicherung erhalten, die ihm einseitig nicht genommen werden darf, so daß also solche Pfandrechte an Mobilien, obgleich sie den Vorschriften des neuen Rechtes nicht entsprechen, in Kraft bleiben. Bei den gesetzlichen Pertinenzen dagegen entscheidet die Erwägung, daß der Gläubiger schon unter dem bisherigen Rechte sich der Vorschrift des Gesetzes unterworfen hat, das nun auch als neues Recht für ihn maßgebend bleiben muß (vgl. Art. 1795).

Wofür das Pfandrecht verlangt werden kann, ist nach der gleichen Erwägung zu beantworten. Der vom früheren Gesetz gewährte Schutz für Zinse u. a. ist also unter dem neuen Rechte für die bisherigen Pfandrechte nur insoweit anzuerkennen, als in dem Vertrage selber die Zusicherung für diese Sicherheit formrichtig aufgestellt worden ist. Liegt dagegen eine solche Pfandbestellung nicht vor, so hat der Gläubiger sich von Anfang an den gesetzlichen Vorschriften unterworfen, die nun nach dem neuen

Rechte für ihn maßgebend sind. Das Pfandrecht für Zinse u. dgl. steht also unter dem der Regelung zu Grunde liegenden allgemeinen Prinzip (Art. 1796).

Die Rechte des Gläubigers während des bestehenden Verhältnisses, wie namentlich die Sicherungsrechte, und ebenso die Befugnisse des Schuldners stehen auch für die alten Pfandrechte unter dem neuen Recht. Dies gilt namentlich auch für die im neuen Rechte anerkannte Ausdehnung der Gläubigerrechte auf Sicherung für erhaltende Auslagen u. a. (vgl. Art. 1797).

Anders verhält es sich mit der Kündbarkeit und der Übertragung der Forderung, die sich nach dem bisherigen Rechte jedenfalls für so lange richten, als nicht das Grundbuch auf sie anwendbar geworden ist. Doch ist dabei zu beachten, daß das neue Recht betreffend die Kündbarkeit und die Übertragung für die einzelnen Arten der Pfandtitel (Gült, Inhaber-, Namenstitel) verschiedenartige Vorschriften aufgestellt hat. Bringt man damit in Verbindung, daß die alten Pfandtitel bei dem Inkrafttreten des neuen Rechtes einer der neuen Arten gleichgestellt werden können (Art. 1801), so erfolgt alsdann, soweit das geschieht, selbstverständlich die Kündigung und Übertragung nach den Vorschriften, die das neue Recht für jene Art des Pfandtitels aufstellt. Im übrigen vgl. Art. 1798.

Ist unter dem alten Recht ein Solidargrundpfand auf mehrere Grundstücke gelegt, so bleibt es auch unter dem neuen Rechte bestehen, muß aber mit der Einführung des Grundbuches in die von diesem vorgeschriebenen Formen eingekleidet werden (Entwurf des Zivilgesetzbuches, Art. 788, 985). Die Rechte des Gläubigers aus der Pfandhaft beurteilen sich nach dem bisherigen Recht, vgl. Art. 1796, insbesondere Abs. 3.

5) Der Rang der Pfandrechte bestimmt sich im allgemeinen bis zur Einführung des Grundbuches notwendig nach bisherigem Recht. Mit dieser Einführung dagegen muß im Verhältnis der Gläubiger untereinander der öffentliche Glaube des Grundbuches entscheiden. In bezug auf die Frage, ob eine feste Pfandstelle oder ein Recht auf Nachrücken für die nachstehenden Pfandrechte bestehe, haben wir dagegen gefunden, daß das praktische Bedürfnis auch für die bestehenden Pfandrechte dringend nach der Anwendbarkeit des neuen Rechts verlangt, sobald dieses in Kraft getreten ist. Allein es kann nicht verkannt werden, daß der vertragliche Anspruch auf ein Nachrücken für das Recht des Gläubigers von ganz wesentlicher Bedeutung ist, und deshalb muß derselbe geschützt werden. Es geschieht dies in der Weise, daß

bis zur Einführung des Grundbuches diese Gläubigerrechte auch unter dem neuen Recht für die alten Pfandrechte anerkannt werden, sobald sie sich aus dem Verpfändungsakt als besonders zugesicherte Ansprüche erweisen. Mit der Einführung des Grundbuches aber wird deren Vormerkung im Grundbuch gestattet, während sie ohne eine solche Eintragung vor dem neuen Rechte und dem öffentlichen Glauben des Grundbuches zurückstehen müssen. Im übrigen wird den Kantonen unbedenklich zugestanden werden dürfen, für ihr Gebiet über diese Verhältnisse nähere Vorschriften zur Vermittelung des Überganges aufzustellen, z. B. betreffend die Subrogation des französischen Rechtes oder die tessinischen Gesamtpfänder u. dgl. Allein solche Vorbehalte müssen der Genehmigung des Bundesrates unterstellt werden, worauf Art. 1799, Abs. 3, des näheren verwiesen hat.

6) Was die Beschränkung der Errichtung von Pfandrechten nach dem Schätzungswert des Unterpfandes anbelangt, so kann von einer Anwendung des neuen Rechtes natürlich nur für die künftig zu errichtenden Verhältnisse die Rede sein. Die alten behalten ihre Gültigkeit, auch wenn die betreffende Art des alten Grundpfandes im allgemeinen einer neuen, nur in beschränktem Umfang erlaubten Art gleichgestellt wird, für den nach bisherigem Recht gestatteten Betrag. Eine Luzerner Gült auf den ganzen Wert des Grundstückes bleibt also rechtsgültig in diesem Umfange, auch wenn das luzernische Einführungsgesetz verfügen sollte, daß die Gülten dieses Kantons den Inhabergülten des neuen Rechtes gleichgestellt sein sollen. Vergleiche darüber noch die ausdrückliche Vorschrift in Art. 839 des Entwurfes des Z. G. B.

Das gleiche ist zu sagen in betreff der Wirkungen der Schätzung, wie sie bisher in einzelnen Kantonen bestanden hat. Mag diese Schätzung in ihrer Wirkung über die neuen Vorschriften hinausgehen oder hinter ihnen zurückbleiben, so gilt doch immer für das Verhältnis die Vorschrift des alten Rechtes, soweit nicht die Gleichstellung mit Instituten des neuen Rechtes durch eine kantonale Einführungsvorschrift auch in dieser Beziehung ausgesprochen ist (vgl. Art. 1800).

In gleicher Weise müssen auch andere Beziehungen in betreff der Wirkung des neuen Rechtes auf die bestehenden Pfandrechte beurteilt werden. Man wird dabei zu dem Ergebnis gelangen, daß bei dem Inkrafttreten des neuen Rechtes an den alten Pfandrechten wenig geändert wird, während allerdings die Einführung des Grundbuches für sie von großer Bedeutung ist und daher gerne benutzt werden wird, um eine sogenannte Bereinigung der grundpfändlichen Belastungen durchzuführen.

Endlich wird es sich empfehlen, auf Grund der Übereinstimmung, die vielfach zwischen den Instituten des alten und denjenigen des neuen Rechtes besteht, den Kantonen zu gestatten, in ihren Einführungsvorschriften festzustellen, in welchen Richtungen solche Übereinstimmung besteht, und damit die Anordnung zu verbinden, daß die alten Pfandrechte den entsprechenden neuen gleichgestellt sein sollen. So läßt sich dies beispielsweise denken mit Hinsicht auf eine Gleichstellung des St. Galler Pfandbriefes oder im allgemeinen der ostschweizerischen Schuldbriefe mit dem Schuldbriefe des Entwurfes, des Appenzeller Zedels mit der Gült, des Berner Schadlosbriefes mit der Pfandverschreibung etc. Ja, es kann keinem Bedenken begegnen, wenn auch eine bloß teilweise Gleichstellung zugestanden wird, wie z. B. mit Hinsicht auf die Übertragung. Man darf, namentlich wenn die Kantone in ihren Einführungsgesetzen mit Vervollständigung ihrer Formeinrichtungen u. a. noch etwas nachhelfen, von diesen Gleichstellungen schon vor der Einführung des Grundbuches eine Vereinfachung des Grundpfandrechtes erwarten, die auch in bezug auf die bereits bestehenden Pfandtitel für den Verkehr sehr wohlthätig wirken wird, ohne daß dem Gläubiger oder dem Schuldner etwas Unbilliges zugemutet würde.

g. Die Einführung des Grundbuches kann, wie schon oben angedeutet wurde, mit der Inkraftsetzung des neuen Sachenrechtes nicht gleichen Schritt halten. Es bedarf hierzu einer Reihe von Vorarbeiten und muß auf die bestehenden Verhältnisse Rücksicht genommen werden, so daß der Vorbehalt sich nicht nur rechtfertigt, sondern geradezu aufdrängt, es sei das Grundbuch nach Vereinbarung mit den Kantonen vom Bundesrate in Vollziehung zu setzen (Art. 1806). Danach sollen also die Kantone auf unbestimmte Zeit bei ihren Publizitätsmitteln verbleiben dürfen, vorausgesetzt, daß sie dieselben insoweit ergänzen, um dem materiellen Sachenrecht hinreichend entsprechen zu können. Dies wird z. B. unzweifelhaft der Fall sein mit den Grundbucheinrichtungen von Baselstadt, Solothurn, Waadt, Schwyz, Nidwalden, den Grundprotokollen und Realkatastern von Zürich, den Servitutenprotokollen von St. Gallen, Appenzell A.-Rh. u. a. m. Die Ergänzungen, die der Bund diesfalls dann von den Kantonen etwa verlangen muß, werden zweckentsprechende Hülfregister, wie Liegenschaftsverzeichnisse oder -beschreibungen, Personenverzeichnisse, Register der bishin nicht aufgezeichneten Rechte u. dgl. sein, wobei jeweils genau festgestellt werden muß, mit welchen Formen, resp. Eintragungen, die vom neuen Rechte verlangte Wirkung verbunden sein soll.

Auf gleiche Weise können mit dem Inkrafttreten des Sachenrechts und vor der Einführung des Grundbuches die Formen bezeichnet werden, denen sofort grundbuchliche Wirkung in bezug auf die Begründung, Veränderung oder den Untergang der dinglichen Rechte zukommen soll. So ist dies z. B. der Fall mit der kantonalen Fertigung, der Eintragung in öffentliche Pfandrechtsregister, Hypothekenprotokolle, Servitutenverzeichnisse etc. Diese Formen können sehr wohl mit der genannten Wirkung ausgerüstet werden. Dagegen wird es, so lange nicht das Grundbuch selbst eingeführt oder ein anderes Publizitätsorgan ihm gleichgestellt ist, nicht angehen, diesen Formen eine Grundbuchwirkung zu gunsten gutgläubiger Dritter, also eine positive Rechtskraft zuzuerkennen. Es wird also das dingliche Recht durch die Beobachtung der alten Form unter dem neuen Recht allerdings begründet werden können, allein ohne daß mit dessen Existenz alsdann die Publizitätswirkung des neuen Rechtes verbunden wäre. Mit der Einführung dieser muß bis zur Einführung des wirklichen Grundbuches zugewartet werden.

Man darf es im weitern auch wohl für möglich betrachten, daß bei der Festsetzung der grundbuchlichen Wirkung einzelner kantonalrechtlicher Formen zwischen den einzelnen Kategorien der dinglichen Rechte unterschieden werde, wie auch für einzelne Bezirke nach Bedürfnis das Grundbuch zu verschiedenen Zeiten zur Einführung wird gelangen können. Man kann und soll in allen diesen Richtungen den Kantonen zur allmählichen Einführung des Grundbuches die nötige Zeit und Freiheit lassen (vgl. Art. 1806, 1812 bis 1814).

In betreff der sukzessiven Einführung des Grundbuches in den Kantonen wird der Bundesrat sich jeweils mit den Kantonen verständigen. Er wird die vorhandenen Publizitätseinrichtungen soviel als möglich zu Ehren ziehen und namentlich auch von bereits vollzogenen Vermessungen Gebrauch machen. Über die Art und Weise des Vorgehens ist bereits in den Erläuterungen (1900) und in der Botschaft zum Entwurfe des Z. G. B. die nötige Aufklärung angefügt. Als zulässig muß es bezeichnet werden, das Grundbuch auch vor der Durchführung der Vermessung des Grund und Bodens einzuführen, sobald nur für genügende Flächenverzeichnisse gesorgt ist, doch haben die Kantone für diese Anordnung die Einwilligung des Bundesrates nachzusuchen (Art. 1807). Betreffend die Gebiete, für die eine genaue Vermessung überhaupt unterbleiben darf, wie Wälder, Alpen, Weiden von beträchtlicher Ausdehnung, muß im Einverständnis mit dem Bundesrat für eine andere genügende Planaufnahme gesorgt werden, worüber in einigen Orten, wie nament-

lich Bern und Neuenburg, Versuche gemacht worden sind, die auch dem Bunde dienen werden (vgl. Art. 1806 und 1808 und im Entwurf Art. 987, Abs. 2).

Über die Kosten der Vermessungen enthalten die Übergangsbestimmungen im Anschluß an die Wünsche, die in einem Beschlusse der großen Zivilrechtskommission vom April 1903 Ausdruck gefunden haben, nur die allgemeine Wegleitung: „Die Kosten der Vermessung sind in der Hauptsache vom Bunde zu tragen“ (Art. 1809). Die nähere Ausführung dieses Grundsatzes muß späteren Schlußnahmen vorbehalten bleiben.

5. Das Verhältnis des Obligationenrechtes zum alten Recht kann in der gleichen Weise bestimmt werden wie bei der Einführung des geltenden Bundesgesetzes. Wir haben deshalb die damaligen Übergangsbestimmungen, soweit sie jetzt noch von Bedeutung sein können, ohne weitere Modifikationen angefügt (Art. 1815 bis 1817), wobei auch für die Verjährung die bisherige Regel beibehalten und nicht die für die Ersitzung aufgestellte Ordnung angenommen worden ist.

Dritter Abschnitt. Einführungs- und Übergangsbestimmungen. Sie geben uns nur zu wenigen Bemerkungen Veranlassung, da über die Hauptfragen bereits oben, sowie in den Erläuterungen und in der Botschaft des Bundesrates zum Entwurfe des Zivilgesetzbuches gesprochen worden ist.

In erster Linie wird das bisherige Zivilrecht im allgemeinen als aufgehoben erklärt, soweit in dem Gesetze nicht etwas anderes vorgesehen ist. Es betrifft dies sowohl das bisherige kantonale Zivilrecht als das Bundesprivatrecht (Art. 1818).

Der Bund hat die Kompetenz, zur Ausführung des Gesetzes die notwendigen Verordnungen zu erlassen, und zwar gehen sie vom Bundesrate aus. Wo solche ergänzende Verordnungen als unerläßlich betrachtet werden müssen, hat das Gesetz selbst auf sie hingewiesen. Sie werden aber auch in andern Materien Platz greifen. In einigen Fragen sodann ist die Ausführung dem kantonalen Rechte zugewiesen worden, und zwar werden die Kantone, wo das Gesetz es so anordnet, verpflichtet, diese Ergänzungen vorzunehmen. Dabei wird der allgemeine Vorbehalt nicht unangemessen sein, daß die kantonalen Anordnungen der bundesrätlichen Genehmigung bedürfen, und zwar in der Meinung, daß sie ohne dieselbe nicht in Kraft treten können. Für die Fälle dann aber, wo ein Kanton dieser Verpflichtung nicht zeitig genug nachkommen sollte, wird die Bestimmung vorgeschlagen, daß der Bundesrat die Lücke nötigenfalls durch eigene Anordnungen aus-

zufüllen habe. Doch kann dies nur die Fälle betreffen, wo eine Ergänzung des Zivilgesetzes zu dessen Anwendung durchaus notwendig ist. Ist sie entbehrlich, so läßt man es im Falle der Saumseligkeit eines Kantons einfach beim Bundesgesetze bewenden (vgl. Art. 1819 f.).

Daß die Kantone die zuständige Behörde bezeichnen und das Verfahren vor derselben, sowie die Formen der öffentlichen Beurkundung feststellen werden, ist bereits in den Erläuterungen und in der Botschaft zum Entwurfe des Z. G. B. hervorgehoben und begründet worden (Art. 1821 f.).

Die Art. 1825 ff. enthalten die näheren Bestimmungen über die Aufhebung oder Ergänzung der bestehenden Bundesgesetze. Für das Schuldbetreibungs- und Konkursgesetz kann schon jetzt eine Reihe von Abänderungen in Aussicht genommen werden, die wir in Art. 1826 angeführt haben. Für das Obligationenrecht schlagen wir in Art. 1827 die Anordnungen vor, die wir bei der Prüfung der Frage der Anpassung und Revision des Obligationenrechts bereits als empfehlenswert bezeichnet haben.

Bern, den 3. März 1905.

Im Namen des schweiz. Bundesrates,

Der Bundespräsident:

Ruchet.

Der Kanzler der Eidgenossenschaft:

Ringier.

Fünfter Teil.

Das Obligationenrecht.

Erste Abteilung.

Allgemeine Bestimmungen.

Siebenundzwanzigster Titel.

Die Entstehung der Obligationen.

Erster Abschnitt.

Die Entstehung durch Vertrag.

1016 (1).

Zum Abschlusse eines Vertrages ist die übereinstimmende gegenseitige Willensäußerung der Parteien erforderlich.

Sie kann eine ausdrückliche oder stillschweigende sein.

- A. Der Abschluß des Vertrages.
- I. Willenseinigung.
- 1. Im allgemeinen.

1017 (2).

Haben sich die Parteien über alle wesentlichen Punkte geeinigt, so wird vermutet, daß der Vorbehalt von Nebenpunkten die Verbindlichkeit des Vertrages nicht hindern solle.

Kommt über die vorbehaltenen Nebenpunkte eine Vereinbarung nicht zu stande, so hat der Richter über diese nach der Natur des Geschäftes zu entscheiden.

Vorbehalten bleiben die Bestimmungen über die Form der Verträge (1027).

- 2. Betreffend Nebenpunkte.

1018 (3).

II. Antrag und Annahme.

1. Antrag mit Annahmefrist.

Wer einem andern den Antrag zum Abschlusse eines Vertrages gestellt und für die Annahme eine Frist gesetzt hat, bleibt bis zu deren Ablaufe an den Antrag gebunden.

Er wird wieder frei, wenn nicht die Erklärung der Annahme vor Ablauf dieser Frist bei ihm eingetroffen ist.

1019 (4).

2. Antrag ohne Annahmefrist.

a. Unter Anwesenden.

Wird der Antrag ohne Bestimmung einer Frist an einen Anwesenden gestellt und von diesem nicht sogleich angenommen, so ist der Antragsteller nicht weiter gebunden.

Der Abschluß eines Vertrages durch Telephon wird, wenn die Vertragsschließenden oder ihre Bevollmächtigten sich persönlich desselben bedienen, als Abschluß unter Anwesenden angesehen.

1020 (5).

b. Unter Abwesenden.

Wird der Antrag ohne Bestimmung einer Frist an einen Abwesenden gestellt, so bleibt der Antragsteller bis zu dem Zeitpunkte gebunden, in dem er den Eingang der Antwort bei ihrer ordnungsmäßigen und rechtzeitigen Absendung erwarten darf.

Bei der Berechnung dieses Zeitpunktes kann der Antragsteller voraussetzen, daß sein Antrag rechtzeitig angekommen sei.

Trifft die rechtzeitig abgesandte Annahmeerklärung erst nach jenem Zeitpunkte bei dem Antragsteller ein, so ist dieser, wenn er nicht gebunden sein will, verpflichtet, ohne Verzug hiervon Anzeige zu machen.

1021 (5).

3. Stillschweigende Annahme.

Ist wegen der besonderen Natur des Geschäftes oder nach den Umständen eine ausdrückliche Annahme nicht zu

erwarten, so gilt der Vertrag als abgeschlossen, wenn der Antrag nicht binnen angemessener Frist abgelehnt worden ist.

1022 (6).

Der Antragsteller wird nicht gebunden, wenn er dem Antrage eine die Behaftung ablehnende Erklärung („ohne Verbindlichkeit“ u. dgl.) beigefügt hat, oder wenn sich ein solcher Vorbehalt aus der Natur des Geschäftes oder aus den Umständen ergibt.

4. Antrag ohne Verbindlichkeit.

1023.

Bloße Aufforderung zur Antragstellung, wie die Versendung von Tarifen, Preislisten und dergleichen, schließt keinen bindenden Antrag in sich.

Wer jedoch durch Auskündung, wie Preisausschreiben und Auslobung, eine Belohnung aussetzt, hat diese, wenn eine der Auskündung entsprechende Leistung angeboten wird, zu entrichten.

5. Auskündung, Auslobung u. dgl.

Tritt er, bevor ein solches Angebot erfolgt ist, zurück, so hat er Ersatz zu leisten für die Auslagen, zu denen jemand in guten Treuen und mit begründeter Aussicht auf den Erfolg durch die Auskündung verleitet worden ist.

1024 (7).

Trifft der Widerruf eines Antrages bei dem anderen Teile vor oder mit dem Antrage ein, so ist dieser als nicht geschehen zu betrachten.

6. Widerruf des Antrages.

Ebenso ist die Annahme als nicht geschehen zu betrachten, wenn deren Widerruf bei dem Antragsteller vor oder mit der Erklärung der Annahme selbst eintrifft.

1025 (8).

Ist ein Vertrag unter Abwesenden zu stande gekommen, so beginnen seine Wirkungen mit dem Zeitpunkte, wo die Erklärung der Annahme zur Absendung abgegeben wurde.

III. Beginn der Wirkungen eines unter Abwesenden geschlossenen Vertrages.

Wenn eine ausdrückliche Annahme nicht erforderlich ist, so beginnen die Wirkungen des Vertrages mit dem Empfange des nicht abgelehnten Antrages.

1026 (9).

- B. Die Form der Verträge.
- I. Bedeutung der Formvorschrift.

Verträge bedürfen zu ihrer Gültigkeit nur dann einer besonderen Form, wenn das Gesetz eine solche vorschreibt.

Ist über Bedeutung und Wirkung einer gesetzlich vorgeschriebenen Form nicht etwas anderes bestimmt, so hängt von der Beobachtung der Form die Gültigkeit des Vertrages ab.

1027 (11).

- II. Gesetzlich vorgeschriebene Form.
- 1. Bedeutung der Schriftlichkeit.

Ist für einen Vertrag die schriftliche Form gesetzlich vorgeschrieben, so gilt diese Vorschrift auch für jede Abänderung desselben, mit Ausnahme von ergänzenden Nebenbestimmungen, die mit der Urkunde nicht im Widerspruche stehen.

1028 (12).

- 2. Erfordernisse der Schriftlichkeit.

Ein Vertrag, für den die schriftliche Form gesetzlich vorgeschrieben ist, muß die Unterschriften aller Personen tragen, die durch ihn verpflichtet werden sollen.

Sofern das Gesetz es nicht anders bestimmt, gilt als schriftliche Form auch der Briefwechsel oder der Wechsel von Telegrammen, vorausgesetzt, daß die Originaldepeschen die Unterschrift derjenigen tragen, die sich verpflichten.

1029.

- 3. Erfordernisse der Unterschrift.

Die Unterschrift ist eigenhändig zu schreiben.

Eine Nachbildung der eigenhändigen Schrift auf mechanischem Wege wird nur da als genügend anerkannt, wo sie im Geschäftsverkehr Übung ist oder es sich um die Unterschrift auf in großer Zahl ausgegebenen Wertpapieren handelt.

Blinde können in allen Fällen nur mit amtlicher Beglaubigung eine verbindliche Unterschrift geben.

1030 (13).

Kann eine Person nicht unterschreiben, so ist es, mit Vorbehalt der Bestimmungen über den Wechsel, gestattet, die Unterschrift durch ein beglaubigtes Handzeichen oder durch eine öffentliche Beurkundung zu ersetzen.

4. Ersatz der Unterschrift.

1031 (14).

Ist für einen Vertrag, der vom Gesetze an keine Form gebunden ist, die Anwendung einer solchen vorbehalten worden, so wird vermutet, daß die Parteien vor Erfüllung der Form nicht verpflichtet sein wollen.

III. Vertraglich vorbehaltene Form.

Geht eine solche Abrede auf schriftliche Form, ohne nähere Bezeichnung, so sind für deren Erfüllung die Erfordernisse der gesetzlich vorgeschriebenen Schriftlichkeit (1028) maßgebend.

1032 (15).

Ein Schuldbekenntnis ist gültig auch ohne die Angabe eines Verpflichtungsgrundes.

C. Verpflichtungsgrund.

1033 (16).

Bei der Beurteilung eines Vertrages sowohl nach Form als nach Inhalt ist der übereinstimmende wirkliche Wille der Parteien und nicht die unrichtige Bezeichnung oder Ausdrucksweise zu beachten, die sie aus Irrtum oder in der Absicht gebraucht haben, die wahre Beschaffenheit des Vertrages zu verbergen (Simulation).

D. Auslegung der Verträge, Simulation.

Dem gutgläubigen Dritten, der ein schriftliches Schuldbekenntnis besitzt, kann der Schuldner die Einrede der Simulation nicht entgegensetzen.

1034 (17).

E. Inhalt des Vertrages.

I. Im allgemeinen.

Ein Vertrag ist nichtig, wenn er einen unmöglichen oder widerrechtlichen Inhalt hat oder gegen die guten Sitten verstößt.

1035.

II. Freie Bestimmung des Inhaltes.

1. Abweichung von den Gesetzesbestimmungen.

Der Inhalt des Vertrages kann innerhalb der Schranken des Gesetzes beliebig festgestellt werden.

Das Gesetz ist nur da als unabänderliche Vorschrift anzunehmen, wo es diese Geltung selbst beansprucht oder wo eine Abweichung vom Gesetz gegen die öffentliche Ordnung, gegen die guten Sitten oder gegen den der Persönlichkeit gewährten Schutz (28) verstoßen würde.

1036.

2. Anfechtung wegen Übervorteilung.

Wer einen Vertrag abschließt, durch den ein offenes Mißverhältnis zwischen der Leistung und der Gegenleistung begründet wird, kann den Vertrag anfechten, wenn das Mißverhältnis durch die Ausbeutung einer Notlage oder des Leichtsinns oder der Unerfahrenheit des Verletzten herbeigeführt worden ist.

1037.

III. Vorverträge.

Durch Vertrag kann die Verpflichtung zum Abschluß eines künftigen Vertrages begründet werden (Vorvertrag).

Für den Vorvertrag gelten, wo das Gesetz zum Schutze der Vertragsschließenden für die Gültigkeit eine Form vorschreibt, die gleichen Formvorschriften wie für den künftigen Vertrag.

1038 (18).

F. Mängel des Vertragsabschlusses.

I. Irrtum.

1. Wirkung des Irrtums.

Der Vertrag ist für denjenigen Teil unverbindlich, der sich beim Abschluß in einem wesentlichen Irrtum befunden hat.

1039 (19).

Der Irrtum ist namentlich ein wesentlicher:

1. wenn der eine Teil einen anderen Vertrag eingehen wollte als denjenigen, für den er seine Zustimmung erklärt hat,
2. wenn der Wille des Irrenden auf eine andere Sache gerichtet war, als er erklärt hat,
3. wenn die irrig vorausgesetzten Eigenschaften der Sache so erheblich sind, daß diese je nachdem die Eigenschaften vorhanden sind oder fehlen, im Verkehre zu einer ganz verschiedenen Gattung oder Art von Gütern gerechnet wird,
4. wenn der eine Teil irrtümlich eine Leistung von erheblich größerem Umfange versprochen hat oder eine Gegenleistung von erheblich geringerem Umfange sich hat versprechen lassen, als es sein Wille war.

2. Wesentlicher Irrtum.
a. Über den Vertrag und den Vertragsgegenstand.

1040 (20).

Der Irrtum über die Person des anderen Teiles gilt nur dann als wesentlich, wenn der Vertrag hauptsächlich mit Rücksicht auf die Person oder ihre Eigenschaften abgeschlossen worden ist.

- b. Über die Person.

1041 (21).

Der nicht wesentliche Irrtum hindert die Verbindlichkeit des Vertrages nicht.

Dies gilt insbesondere von dem Irrtum im Beweggrunde zum Vertragsabschlusse, wie namentlich über den aus dem Geschäft erhofften Gewinn oder über die Zahlungsfähigkeit des anderen Teiles.

3. Unwesentlicher Irrtum.

1042 (22).

Bloße Rechnungsfehler hindern die Verbindlichkeit des Vertrages nicht, sind aber zu berichtigen.

4. Rechnungsfehler.

1043 (23).

5. Fahrlässiger Irrtum.

Hat der Teil, der den Vertrag nicht gegen sich gelten läßt, seinen Irrtum der eigenen Fahrlässigkeit zuzuschreiben, so ist er zum Schadenersatze verpflichtet, es sei denn, daß der andere Teil den Irrtum gekannt habe oder hätte kennen sollen.

1044 (24, 25).

II. Absichtliche Täuschung.

Ist ein Teil durch absichtliche Täuschung des anderen zu dem Vertragsabschlusse verleitet worden, so ist der Vertrag für ihn auch dann nicht verbindlich, wenn der erregte Irrtum kein wesentlicher war.

Die von einem Dritten verübte absichtliche Täuschung hindert die Verbindlichkeit für den getäuschten Teil nur, wenn der andere zur Zeit des Vertragsabschlusses jene Täuschung gekannt hat oder hätte kennen sollen.

1045 (26, 27).

III. Furchterregung.

Ist der eine Teil von dem anderen oder von einem Dritten widerrechtlich durch Erregung gegründeter Furcht zur Eingehung eines Vertrages bestimmt worden, so ist der Vertrag für den Bedrohten nicht verbindlich.

Die Furcht ist eine gegründete, wenn der Bedrohte nach den Umständen annehmen mußte, daß er oder eine ihm nahe verbundene Person an Leib und Leben, Ehre oder Vermögen mit einer nahen und erheblichen Gefahr bedroht sei.

Die Furcht vor der Geltendmachung eines Rechtes wird nur dann berücksichtigt, wenn die bedenkliche Lage des Bedrohten mißbraucht worden ist, um ihm die Einräumung übermäßiger Vorteile abzunötigen.

1046 (28).

Wenn der durch Irrtum, Täuschung oder Furcht beeinflusste Teil binnen Jahresfrist weder dem anderen eröffnet, daß er den Vertrag nicht halte, noch eine schon erfolgte Leistung zurückfordert, so gilt der Vertrag als genehmigt.

Die Jahresfrist beginnt in den Fällen des Irrtums und der Täuschung mit der Entdeckung, in den Fällen der Furcht mit deren Beseitigung.

Die Genehmigung eines wegen Täuschung oder Furcht unverbindlichen Vertrages schließt den Anspruch auf Schadenersatz nicht ohne weiteres aus.

IV. Aufhebung des Mangels durch Genehmigung des Vertrages.

1047 (29).

Fähig, Verträge abzuschließen, ist jede mündige und urteilsfähige Person.

Unmündige oder entmündigte Personen sind vertragsfähig, soweit ihnen Handlungsfähigkeit zukommt (20).

G. Vertragsfähigkeit und Stellvertretung.

I. Vertragsfähige Personen.

1048 (36, 37).

Wenn jemand, der zur Vertretung eines andern ermächtigt ist, in dessen Namen einen Vertrag abschließt, so wird der Vertretene und nicht der Vertreter berechtigt und verpflichtet.

Hat der Vertreter bei dem Vertragsabschlusse sich nicht als Vertreter zu erkennen gegeben, so wird der Vertretene statt des Vertreters nur dann unmittelbar berechtigt oder verpflichtet, wenn der andere Teil aus den Umständen auf das Vertretungsverhältnis schließen mußte.

Ist dies nicht der Fall, so bedarf es einer Abtretung der Forderung oder einer Schuldübernahme nach den hierfür geltenden Grundsätzen.

II. Stellvertretung
1. Mit Vollmacht.
a. Wirkung der Vertretung.

1049 (38, 39).

b. Umfang der Vollmacht.

Soweit die Ermächtigung, im Namen eines andern Rechtshandlungen vorzunehmen, aus Verhältnissen des öffentlichen Rechtes hervorgeht, ist sie nach den Vorschriften des öffentlichen Rechtes des Bundes und der Kantone zu beurteilen.

Ist die Ermächtigung durch Rechtsgeschäft eingeräumt, so beurteilt sich ihr Inhalt nach der zwischen Vollmachtgeber und Vertreter getroffenen ausdrücklichen oder stillschweigenden Vereinbarung.

1050 (40, 41).

c. Beschränkung und Widerruf der Vollmacht.

Eine durch Rechtsgeschäft erteilte Vollmacht kann vom Vollmachtgeber jederzeit beschränkt oder widerrufen werden, unbeschadet der durch ein anderes Rechtsverhältnis begründeten Ansprüche des Bevollmächtigten.

Ein vom Vollmachtgeber zum voraus erklärter Verzicht auf dieses Recht ist ungültig.

Hat der Vertretene die Vollmacht ausdrücklich oder tatsächlich kundgegeben, so kann er deren gänzlichen oder teilweisen Widerruf gutgläubigen Dritten nur dann entgegensetzen, wenn er ihnen auch diesen Widerruf bekannt gemacht hat.

1051 (42).

d. Einfluß von Tod, Handlungsunfähigkeit, Konkurs.

Die durch Rechtsgeschäft erteilte Vollmacht erlischt mit dem Tod, mit der eingetretenen Handlungsunfähigkeit und mit dem Konkurs des Vollmachtgebers oder des Bevollmächtigten.

Die Auflösung einer juristischen Person oder einer in das Handelsregister eingetragenen Gesellschaft hat die nämliche Wirkung für die von ihnen erteilten Vollmachten.

Die gegenseitigen persönlichen Ansprüche werden hierdurch nicht berührt.

1052 (43).

Ist dem Bevollmächtigten eine Vollmachtsurkunde ausgestellt worden, so ist er nach dem Erlöschen der Vollmacht zur Rückgabe oder gerichtlichen Hinterlegung der Urkunde verpflichtet.

e. Rückgabe der Vollmachtsurkunde.

Wird er von dem Vollmachtgeber oder seinen Rechtsnachfolgern hierzu nicht angehalten, so sind diese gutgläubigen Dritten für den Schaden verantwortlich.

1053 (44).

Solange das Erlöschen der Vollmacht dem Bevollmächtigten nicht bekannt geworden ist, berechtigt und verpflichtet er den Vollmachtgeber oder dessen Rechtsnachfolger, wie wenn die Vollmacht noch bestehen würde.

f. Zeitpunkt der Wirkung des Erlöschens der Vollmacht.

Ausgenommen sind die Fälle, in denen der Dritte vom Erlöschen der Vollmacht Kenntnis hatte.

1054 (46 und 47).

Hat jemand, ohne dazu ermächtigt zu sein, als Stellvertreter einen Vertrag abgeschlossen, so wird der Vertretene nur dann Gläubiger oder Schuldner, wenn er den Vertrag genehmigt.

2. Stellvertretung ohne Vollmacht.
a. Genehmigung

Der andere Teil ist berechtigt, von dem Vertretenen innerhalb einer angemessenen Frist eine Erklärung über die Genehmigung zu verlangen.

Er hört auf, gebunden zu sein, wenn der Vertretene nicht binnen dieser Frist die Genehmigung erklärt.

1055 (48).

Wird die Genehmigung ausdrücklich oder stillschweigend abgelehnt, so kann der andere Teil denjenigen, der als Stellvertreter gehandelt hat, auf Schadenersatz belangen (1058 ff.), sofern er nicht den Mangel der Vollmacht kannte oder nach den Umständen hätte kennen sollen.

b. Haftung des Vertreters bei Nichtgenehmigung.

1056 (49).

**c. Haftung aus
Bereicherung.**

In allen Fällen bleibt die Forderung aus ungerechtfertigter Bereicherung bestehen.

1057 (45).

**3. Vorbehalt
besonderer Vor-
schriften.**

Betreffend die Vollmacht von Gesellschaftsvorstehern, Prokuratträgern und andern Handlungsbevollmächtigten bleiben die besonderen Vorschriften dieses Gesetzes vorbehalten.

Zweiter Abschnitt.**Die Entstehung durch unerlaubte Handlungen.**

1058 (50).

**A. Haftung aus
Verschulden.****I. Voraussetzungen
der Ersatz-
pflicht.**

Wer einem andern widerrechtlich Schaden zufügt, sei es mit Absicht, sei es aus Fahrlässigkeit, ist ihm zum Ersatze verpflichtet.

Ebenso ist zum Ersatze verpflichtet, wer einem andern absichtlich in einer gegen die guten Sitten verstoßenden Weise Schaden zufügt.

1059 (51, 55).

**II. Bestimmung des
Ersatzes.**

Art und Größe des Ersatzes für den eingetretenen Schaden wird durch richterliches Ermessen bestimmt in Würdigung sowohl der Umstände als der Größe der Verschuldung.

Der nicht ziffermäßig nachweisbare Schaden ist nach Ermessen des Richters mit Rücksicht auf den gewöhnlichen Lauf der Dinge und auf das Verhalten des Geschädigten und die von ihm getroffenen Maßnahmen abzuschätzen.

Ist auch dem Geschädigten ein Verschulden beizumessen, oder hat er in die unerlaubte Handlung eingewilligt oder die Stellung des Ersatzpflichtigen gegen Treu und Glauben verschlimmert, so kann der Richter die Ersatzpflicht nach Verhältnis ermäßigen oder gänzlich von ihr entbinden.

1060 (52).

Im Falle der Tötung eines Menschen sind die daraus erwachsenen Kosten, insbesondere diejenigen der Bestattung, zu erstatten.

- III. Besondere Fälle.
1. Tötung eines Menschen.

Ist der Tod nicht sofort eingetreten, so muß namentlich auch für die Kosten der versuchten Heilung und für die Nachteile der Arbeitsunfähigkeit Ersatz geleistet werden.

Haben andere Personen durch die Tötung ihren Versorger verloren, so ist auch für diesen Schaden Ersatz zu leisten.

1061 (53).

Körperverschüttung gibt dem Verletzten Anspruch auf Ersatz der Kosten, sowie auf Entschädigung für die Nachteile gänzlicher oder teilweiser Arbeitsunfähigkeit mit Inbegriff der Verschüttung des wirtschaftlichen Fortkommens.

2. Körper-
verschüttung.

1062.

Wer durch unwahre Auskündigungen oder sonstige Treu und Glauben verletzend Veranstaltungen eines andern in seiner Geschäftskundschaft beeinträchtigt wird, ist zur Klage auf Einstellung dieses Geschäftsgebarens und auf Ersatz des Schadens berechtigt.

3. Unlauterer
Wettbewerb.

Der Richter schätzt den Schaden nach seinem Ermessen.

1063 (54, 55).

Bei Körperverschüttung oder Tötung eines Menschen kann der Richter unter Würdigung der besonderen Umstände, namentlich in Fällen von Arglist oder grober Fahrlässigkeit, dem Verletzten oder den Angehörigen des Getöteten abgesehen von dem Ersatz erweislichen Schadens eine angemessene Geldsumme zusprechen.

- IV. Zusprennung
einer angemessenen Geld-
summe.

Wer in seinen persönlichen Verhältnissen angegriffen wird, kann bei Verschulden auf Schadenersatz und, wo die Art der Verletzung es rechtfertigt, auf Leistung einer Geldsumme als Genugtuung klagen (29).

1064 (60).

V. Haftung mehrerer.

Haben mehrere den Schaden gemeinsam verschuldet, sei es als Anstifter, Urheber oder Gehülfen, so haften sie dem Geschädigten solidarisch, und zwar auch dann, wenn sich nicht ermitteln läßt, wer von mehreren Beteiligten den Schaden durch seine Handlung verursacht hat.

Ob und in welchem Umfange die Beteiligten Rückgriff gegeneinander haben, wird durch richterliches Ermessen bestimmt.

Der Begünstigte haftet nur dann und nur so weit für Ersatz, als er einen Anteil an dem Gewinn empfangen oder durch seine Beteiligung Schaden verursacht hat.

1065 (56).

VI. Haftung bei Notwehr, Notstand und Selbsthilfe.

Wer in berechtigter Notwehr einen Angriff abwehrt, hat den Schaden, den er dabei dem Angreifer in seiner Person oder in seinem Vermögen zufügt, nicht zu ersetzen.

Wer zur Abwendung eines drohenden Schadens oder einer gegenwärtigen Gefahr für sich oder einen andern in fremdes Vermögen eingreift, hat den Schaden nach Ermessen des Richters zu ersetzen.

Wer zum Zwecke der Sicherung berechtigter Ansprüche sich selbst den nötigen Schutz verschafft, ist dann nicht ersatzpflichtig, wenn obrigkeitliche Hülfe nicht rechtzeitig erlangt und nur durch Selbsthilfe eine Vereitelung der Ansprüche oder wesentliche Erschwerung ihrer Geltendmachung verhindert werden kann.

1066 (59).

Bei der Beurteilung der Schuld oder Nichtschuld, Urteilsfähigkeit oder Urteilsunfähigkeit ist der Richter an die Bestimmungen über die strafrechtliche Zurechnungsfähigkeit oder an eine Freisprechung durch das Strafgericht nicht gebunden.

VII. Verhältnis zum Strafrecht.

Ebenso ist das strafgerichtliche Urteil mit Bezug auf die Würdigung der Schuld und die Bestimmung des Schadens für den Zivilrichter nicht verbindlich.

1067 (57, 58).

Aus Billigkeit kann der Richter auch eine nicht urteilsfähige Person, die einen Schaden verursacht hat, zu teilweisem oder vollständigem Ersatze verurteilen.

B. Haftung urteilsunfähiger Personen.

Hat jemand vorübergehend die Urteilsfähigkeit verloren und in diesem Zustand Schaden angerichtet, so ist er hierfür ersatzpflichtig, wenn er nicht nachweist, daß dieser Zustand ohne sein Verschulden eingetreten ist.

1068 (61).

Wer rechtlich verpflichtet ist, die häusliche Aufsicht über eine Person zu führen, haftet für den von ihr verursachten Schaden, insofern er nicht darzutun vermag, daß er das übliche und durch die Umstände gebotene Maß von Sorgfalt in der Beaufsichtigung beobachtet habe.

C. Haftung für andere.
I. Bei Hausgewalt.

1069 (62).

Ein Dienstherr oder Arbeitgeber haftet für den Schaden, den seine Dienstpflichtigen oder Arbeiter in Ausübung ihrer dienstlichen oder geschäftlichen Verrichtungen verursacht haben, wenn er nicht nachweist, daß er alle erforderliche Sorgfalt angewendet habe, um einen solchen Schaden zu verhüten.

II. Bei Geschäftsbetrieb.

1070 (63).

III. Rückgriff auf
den Schuldigen.

Wer als Hausherr, Dienstherr oder Arbeitgeber den durch andere verursachten Schaden zu ersetzen hat, kann auf denjenigen, der den Schaden gestiftet hat, insoweit Rückgriff nehmen, als dieser selbst schadenersatzpflichtig ist.

1071 (65).

D. Haftung für
Tiere.
I. Ersatzpflicht.

Für Schaden, den ein Tier anrichtet, haftet, wer dasselbe hält, wenn er nicht beweist, daß er alle erforderliche Sorgfalt in der Verwahrung und Beaufsichtigung angewendet habe.

Vorbehalten bleibt ihm der Rückgriff, wenn das Tier von einem andern oder durch das Tier eines andern gereizt worden ist.

1072 (66).

II. Pfändung des
schädigenden
Tieres.

Der Besitzer eines Grundstückes ist berechtigt, Dritten angehörige Tiere, die auf dem Grundstück Schaden anrichten, zur Sicherung seiner Ersatzforderung einzufangen und in seinen Gewahrsam zu nehmen, in schweren Fällen sogar zu töten, wenn er sich ihrer nicht anders erwehren kann.

Er ist jedoch verpflichtet, ohne Verzug dem Eigentümer davon Kenntnis zu geben und, sofern ihm dieser nicht bekannt ist, zu dessen Ermittlung das Nötige vorzukehren.

1073 (67).

E. Haftung des
Grund- und
Werkeigen-
tümers.
I. Ersatzpflicht.

Jeder Grundeigentümer hat den Schaden zu ersetzen, den er mit oder ohne Verschulden einem andern durch Überschreitung seines Eigentumsrechtes verursachen.

Der Eigentümer eines Gebäudes oder eines andern Werkes hat den Schaden zu ersetzen, den diese infolge mangelhafter Unterhaltung oder fehlerhafter Anlage oder Herstellung verursachen.

In letzterem Falle bleibt ihm der Rückgriff gegen den Unternehmer aus Werkvertrag vorbehalten (1416).

1074 (68).

Wer von dem Gebäude oder Werke eines andern mit Schaden bedroht ist, kann von dem Eigentümer verlangen, daß er die erforderlichen Maßregeln zur Abwendung der Gefahr treffe.

II. Sichernde Maßregeln.

Vorbehalten bleiben die Anordnungen der Polizei zum Schutze von Personen und Eigentum.

1075 (64).

Über die Pflicht zum Ersatz von Schaden, den öffentliche Beamte oder Angestellte in Ausübung ihrer amtlichen Verrichtungen verursachen, können Bundes- oder kantonale Gesetze abweichende Bestimmungen aufstellen.

F. Haftung der öffentlichen Beamten und Angestellten.

Für gewerbliche Verrichtungen öffentlicher Beamten oder Angestellten können jedoch die Bestimmungen dieses Abschnittes durch kantonale Gesetze nicht geändert werden.

1076 (69).

Der Anspruch auf Schadenersatz verjährt in einem Jahre von dem Tage hinweg, da der Geschädigte Kenntnis von der Schädigung und der Person des Fehlbaren erlangt hat, jedenfalls aber mit dem Ablaufe von zehn Jahren, von dem Tage der Schädigung an gerechnet.

G. Verjährung

Wird jedoch die Klage aus einer strafbaren Handlung hergeleitet, für die das Strafrecht eine längere Verjährung vorschreibt, so gilt diese auch für den Zivilanspruch.

Der Verletzte hat auch nach Ablauf der Verjährung in keinem Falle das zu leisten, worauf der Gegner sich durch die unerlaubte Handlung gegen ihn einen rechtlichen Anspruch verschafft hatte.

Dritter Abschnitt.

Die Entstehung aus ungerechtfertigter Bereicherung.

1077 (70, 71).

A. Voraussetzung.
 . Im allgemeinen.

Wer ohne rechtmäßigen Grund aus dem Vermögen eines andern bereichert worden ist, hat die Bereicherung zurückzuerstatten.

Insbesondere tritt diese Verbindlichkeit dann ein, wenn jemand ohne jeden gültigen Grund oder aus einem nicht verwirklichten Grunde oder aus einem nachträglich weggefallenen Grund eine Zuwendung erhalten hat.

1078 (72).

II. Zahlung einer
 Nichtschuld.

Wurde eine Nichtschuld freiwillig bezahlt, so ist die Rückforderung nur dann statthaft, wenn der Zahlende nachzuweisen vermag, daß er sich über die Schuldpflicht im Irrtum befunden hat.

Was auf Schuldbetreibung infolge von Unterlassung des Rechtsvorschlages oder von Rechtsöffnung oder unter gesetzlichem Zwange anderer Art bezahlt wird, kann unter bloßem Nachweis der Nichtschuld zurückgefordert werden.

Ausgeschlossen ist die Rückforderung, wenn die Zahlung für eine verjährte Schuld oder in Erfüllung einer sittlichen Pflicht geleistet wurde.°

1079 (73).

B. Umfang der
 Rückerstattung.
 I. Pflicht des Bereicherten.

Die Rückerstattung kann insoweit nicht gefordert werden, als der Empfänger nachweisbar zur Zeit der Rückforderung nicht mehr bereichert ist, ohne daß dargetan werden kann, er habe sich böswillig der Bereicherung entäußert.

Vollen Ersatz hat er zu leisten, wenn er schon beim Empfang nicht in gutem Glauben war.

1080 (74).

Der Empfänger hat Anspruch auf Ersatz der notwendigen und nützlichen Verwendungen, für letztere jedoch, wenn er beim Empfange nicht in gutem Glauben war, nur bis zum Betrage des zur Zeit der Rückerstattung noch vorhandenen Mehrwertes.

II. Ansprüche aus Verwendungen.

Für andere Verwendungen kann er keinen Ersatz verlangen, ist aber, falls ihm ein solcher nicht angeboten wird, befugt, das Angebrachte vor der Rückgabe der Sache, soweit es ohne Beschädigung dieser geschehen kann, wegzunehmen (977).

1081 (75).

Was in der Absicht, einen rechtswidrigen oder unsittlichen Erfolg herbeizuführen, gegeben worden ist, kann nicht zurückgefordert werden.

C. Ausschluß der Rückforderung.
I. Gesetzliches Gebot.

1082.

Der Bereicherungsanspruch verjährt mit Ablauf eines Jahres, nachdem der Verletzte von seinem Anspruch Kenntnis erhalten hat, in jedem Fall aber mit Ablauf von zehn Jahren seit der Entstehung des Anspruchs.

II. Verjährung.

Achtundzwanzigster Titel.

Die Wirkung der Obligationen.

Erster Abschnitt.

Die Erfüllung der Obligationen.

1083 (77).

Der Schuldner ist nur dann verpflichtet, persönlich zu erfüllen, wenn es bei der Leistung auf seine Persönlichkeit ankommt.

A. Allgemeine Grundsätze.
I. Person des Erfüllenden.

1084 (78).

II. Gegenstand der Erfüllung.

1. Teilzahlung.

Der Gläubiger braucht eine Teilzahlung nicht anzunehmen, wenn die gesamte Schuld feststeht und fällig ist.

Will der Gläubiger eine Teilzahlung annehmen, so kann der Schuldner die Zahlung des von ihm anerkannten Teiles der Schuld nicht verweigern.

1085 (79).

2. Unteilbarkeit bei Beteiligung mehrerer.

a. Recht u. Pflicht auf das Ganze.

Ist eine unteilbare Leistung an mehrere Gläubiger oder von mehreren Schuldner zu entrichten, so kann jeder Gläubiger die ganze Leistung fordern und ist jeder Schuldner zu der ganzen Leistung verpflichtet.

Sofern sich aus den Umständen nicht etwas anderes ergibt, kann der Schuldner, der den Gläubiger befriedigt hat, von den übrigen Schuldnern einen verhältnismäßigen Ersatz verlangen.

Soweit ihm ein solcher Anspruch zusteht, gehen die Rechte des befriedigten Gläubigers auf ihn über.

1086 (80).

b. Aufhebung der Unteilbarkeit.

Wenn die unteilbare Leistung sich in eine teilbare verwandelt, wie zum Beispiel bei Schadenersatz, so kann jeder Gläubiger nur seinen Anteil fordern und hat jeder Schuldner nur seinen Anteil zu leisten.

1087 (81).

3. Bestimmung nach der Gattung.

Ist die geschuldete Sache nur der Gattung nach bestimmt, so steht dem Schuldner die Auswahl zu, insofern sich aus dem Rechtsgeschäft nicht etwas anderes ergibt.

Er darf jedoch nicht eine Sache unter mittlerer Qualität anbieten.

1088 (82).

4. Wahlobligation.

Ist die Schuldpflicht in der Weise auf mehrere Leistungen gerichtet, daß nur die eine oder die andere erfolgen soll,

so steht das Wahlrecht dem Schuldner zu, insofern sich aus dem Rechtsgeschäft nicht etwas anderes ergibt.

1089 (83).

Geht die Schuldpflicht auf Zahlung von Zinsen und ist deren Höhe weder durch die Parteien noch durch Gesetz oder Übung bestimmt, so sind Zinsen zu fünf vom Hundert auf das Jahr zu bezahlen. 5. Zinse.

Dem öffentlichen Rechte bleibt es vorbehalten, Bestimmungen gegen Mißbräuche im Zinswesen aufzustellen.

1090 (84).

Der Ort der Erfüllung wird zunächst durch den ausdrücklichen oder aus den Umständen zu schließenden Willen der Parteien bestimmt. B. Ort der Erfüllung.

Wo nichts anderes bestimmt ist, gelten folgende Grundsätze: I. Bestimmung nach der Schuldart.

1. Geldschulden sind an dem Orte zu zahlen, wo der Gläubiger zur Zeit der Erfüllung seinen Wohnsitz hat,
2. wird eine bestimmte Sache geschuldet, so ist diese da zu übergeben, wo sie sich zur Zeit des Vertragsabschlusses befand,
3. andere Verbindlichkeiten sind an dem Orte zu erfüllen, wo der Schuldner zur Zeit ihrer Entstehung seinen Wohnsitz hatte.

1091 (85).

Wenn der Gläubiger seinen Wohnsitz, an dem er die Erfüllung fordern kann, nach der Entstehung der Schuld ändert und dem Schuldner dadurch eine erhebliche Belästigung erwächst, so ist dieser berechtigt, an dem ursprünglichen Wohnsitze zu erfüllen. II. Wechsel des Wohnsitzes des Gläubigers.

1092 (86).

- C. Zeit der Erfüllung. Ist die Zeit der Erfüllung weder durch Vertrag noch durch die Natur des Rechtsgeschäftes bestimmt, so kann die
- I. Unbefristete Verbindlichkeit. Erfüllung sogleich geleistet und gefordert werden.

1093 (87).

- II. Zeitbestimmungen. Ist die Zeit auf Anfang oder Ende eines Monats festgesetzt, so ist darunter der erste oder der letzte Tag des
1. Monatstermine. Monates zu verstehen.

Ist die Zeit auf die Mitte eines Monates festgesetzt, so gilt der fünfzehnte dieses Monates.

1094 (88).

2. Termine nach Ablauf einer Frist. Soll die Erfüllung einer Verbindlichkeit oder eine andere Rechts-handlung mit dem Ablaufe einer bestimmten
- a. Vom Abschluß des Vertrages an. Frist nach Abschluß des Vertrages erfolgen, so fällt der Zeitpunkt:

1. wenn die Frist nach Tagen bestimmt ist, auf den letzten Tag der Frist, wobei der Tag, an dem der Vertrag geschlossen wurde, nicht mit gerechnet und, wenn die Frist auf acht oder fünfzehn Tage lautet, nicht die Zeit von einer oder zwei Wochen verstanden wird, sondern volle acht oder fünfzehn Tage,
2. wenn die Frist nach Wochen bestimmt ist, auf denjenigen Tag der letzten Woche, der durch seinen Namen dem Tage des Vertragsabschlusses entspricht,
3. wenn die Frist nach Monaten oder einem mehrere Monate umfassenden Zeitraume (Jahr, halbes Jahr, Vierteljahr) bestimmt ist, auf denjenigen Tag des letzten Monates, der durch seine Zahl dem Tage des Vertragsabschlusses entspricht, und, wenn dieser Tag in dem letzten Monate fehlt, auf den letzten Tag dieses Monates.

Der Ausdruck „halber Monat“ wird einem Zeitraume von fünfzehn Tagen gleichgeachtet, die, wenn eine Frist auf einen oder mehrere ganze Monate und einen halben Monat lautet, zuletzt zu zählen sind.

1095 (89).

Nach den im vorhergehenden Artikel enthaltenen Grundsätzen wird die Frist auch dann berechnet, wenn sie nicht von dem Tage des Vertragsabschlusses, sondern von einem andern Zeitpunkte an zu laufen hat.

b. Von einem andern Zeitpunkte an.

1096 (91).

Soll die Erfüllung innerhalb einer bestimmten Frist geschehen, so muß sie vor deren Ablauf erfolgen.

3. Innerhalb einer Frist.

1097 (90, 91).

Fällt der Zeitpunkt der Erfüllung oder der letzte Tag einer Frist auf einen Sonntag oder auf einen andern am Erfüllungsorte staatlich anerkannten Feiertag, so gilt der nächstfolgende Werktag.

4. Sonn- und Feiertage.

Abweichende Vereinbarungen bleiben vorbehalten.

1098 (92).

Die Erfüllung muß an dem festgesetzten Tage während der gewöhnlichen Geschäftszeit geleistet und angenommen werden.

III. Erfüllung zur Geschäftszeit.

1099 (93).

Ist die vertragsmäßige Frist verlängert worden, so beginnt die neue Frist, sofern sich aus dem Vertrage nicht etwas anderes ergibt, am ersten Tage nach Ablauf der alten Frist.

IV. Fristverlängerungen.

1100 (94).

Sofern sich nicht aus den Bestimmungen oder der Natur des Vertrages oder aus den Umständen eine andere Willensmeinung der Parteien ergibt, kann der Schuldner schon vor dem Verfalltage erfüllen.

V. Vorzeitige Erfüllung.

Er ist jedoch nicht berechtigt, einen Diskonto abzuziehen, es sei denn, daß Übereinkunft oder Handelsgebrauch einen solchen gestatten.

1101 (95).

VI. Bei zweiseitigen Verträgen.

1. Ordnung in der Erfüllung.

Wer bei einem zweiseitigen Verträge den anderen Teil zur Erfüllung anhalten will, muß entweder bereits erfüllt haben oder die Erfüllung anbieten, außer wenn er nach dem Inhalte oder der Natur des Geschäftes erst später zu erfüllen hat.

1102 (96).

2. Rücksicht auf einseitige Zahlungsunfähigkeit.

Wird bei einem zweiseitigen Vertrag der Anspruch des einen dadurch gefährdet, daß der andere in Konkurs geraten ist, fruchtlos gepfändet wird, oder seine Zahlungen eingestellt hat, so kann er seine Leistung so lange zurückhalten, bis ihm die Gegenleistung sichergestellt wird.

Erfolgt diese Sicherstellung innerhalb einer angemessenen Frist nicht, so kann er vom Verträge zurücktreten (1131).

1103 (97).

D. Zahlung.

I. Landesmünze; und fremdes Geld.

Geldschulden sind in Landesmünze zu bezahlen.

Ist in dem Verträge eine Münzsorte bestimmt, die am Zahlungsorte keinen Umlauf hat, so kann die geschuldete Summe nach ihrem Werte zur Verfallzeit in der Landesmünze bezahlt werden, sofern nicht durch den Gebrauch des Wortes „effektiv“ oder eines ähnlichen Zusatzes die wortgetreue Erfüllung des Vertrages ausbedungen ist.

1104 (98).

II. Banknoten und Papiergeld.

Der Gläubiger einer Geldforderung ist nicht verpflichtet, Banknoten oder Papiergeld an Geldes statt anzunehmen.

1105 (99, 100).

Der Schuldner kann eine Teilzahlung nur insoweit auf das Kapital anrechnen, als er nicht mit Zinsen oder Kosten im Rückstande ist.

III. Anrechnung.

1. Bei Teilzahlungen.

Sind dem Gläubiger für einen Teil seiner Forderung Bürgen gestellt, oder Pfänder oder andere Sicherheiten gegeben worden, so ist der Schuldner nicht berechtigt, eine Teilzahlung auf den gesicherten oder besser gesicherten Teil der Forderung anzurechnen.

1106 (101).

Hat der Schuldner mehrere Schulden an denselben Gläubiger zu bezahlen, so ist er berechtigt, bei der Zahlung zu erklären, welche Schuld er tilgen will.

2. Bei mehreren Schulden.

a. Nach Erklärung des Schuldners oder des Gläubigers.

Mangelt eine solche Erklärung, so wird die Zahlung auf die Schuld angerechnet, die der Gläubiger in seiner Quittung bezeichnet, vorausgesetzt, daß der Schuldner nicht sofort Widerspruch erhebt.

1107 (101).

Liegt keine gültige Erklärung über die Anrechnung noch eine Bezeichnung in der Quittung vor, so ist die Zahlung auf die fällige Schuld anzurechnen, unter mehreren fälligen auf die Schuld, für die der Schuldner zuerst betrieben worden ist, und hat keine Betreibung stattgefunden, auf die früher verfallene.

b. Nach Gesetzesvorschrift.

Sind sie gleichzeitig verfallen, so findet eine verhältnismäßige Anrechnung statt.

Ist keine der mehreren Schulden verfallen, so wird die Zahlung auf die Schuld angerechnet, die dem Gläubiger am wenigsten Sicherheit darbietet.

1108 (102).

3. Quittung.
a. Recht auf
Quittung.

Der Schuldner, der eine Zahlung leistet, ist berechtigt, eine Quittung und, falls die Schuld vollständig getilgt wird, auch die Rückgabe des Schuldscheines oder dessen Entkräftung zu fordern.

Ist die Zahlung keine vollständige oder sind in dem Schuldscheine auch andere Rechte des Gläubigers beurkundet, so kann der Schuldner außer der Quittung nur die Vormerkung auf dem Schuldscheine verlangen.

1109 (103).

- b. Wirkung der
Quittung.

Werden Zinse oder andere periodische Leistungen geschuldet, so begründet die für eine spätere Leistung ohne Vorbehalt ausgestellte Quittung die Vermutung, es seien die früher fällig gewordenen Leistungen entrichtet.

Ist eine Quittung für die Kapitalschuld ausgestellt, so wird vermutet, daß auch die Zinse bezahlt seien.

1110 (104).

4. Rückgabe des
Schuldscheins.
a. Recht auf Rück-
gabe.

Die Rückgabe des Schuldscheines an den Schuldner begründet die Vermutung, daß die Schuld getilgt sei.

1111 (105).

- b. Ersatz durch
Quittung.

Behauptet der Gläubiger, es sei der Schuldschein abhanden gekommen, so kann der Schuldner bei der Zahlung fordern, daß der Gläubiger die Entkräftung des Schuldscheines und die Tilgung der Schuld in einer öffentlichen oder beglaubigten Urkunde erkläre.

Vorbehalten bleiben die Bestimmungen über Kraftlosklärung von Wertpapieren (856 f., 1688, 1700 ff.).

1112 (106).

- E. Verzug des
Gläubigers.
I. Voraussetzung.

Der Gläubiger kommt in Verzug, wenn er die Annahme der gehörig angebotenen Leistung oder die Vornahme der

ihm obliegenden Vorbereitungshandlungen, ohne die der Schuldner zu erfüllen nicht im stande ist, ungerechtfertigterweise verweigert.

1113 (107).

Wenn der Gläubiger sich im Verzuge befindet oder die Erfüllung der schuldigen Leistung aus andern Gründen weder an den Gläubiger noch an einen Vertreter geschehen kann, so ist der Schuldner berechtigt, die geschuldete Sache auf Gefahr und Kosten des Gläubigers zu hinterlegen und sich dadurch von seiner Verbindlichkeit zu befreien.

Den Ort der Hinterlegung hat der Richter des Erfüllungsortes zu bestimmen, jedoch können Waren auch ohne richterliche Bestimmung in einem Lagerhause hinterlegt worden.

1114 (108).

Ist nach der Beschaffenheit der Sache oder nach der Art des Geschäftsbetriebes eine Hinterlegung nicht möglich, oder die Sache dem Verderben ausgesetzt, oder erheischt sie Unterhalt- oder erhebliche Aufbewahrungskosten, so kann der Schuldner nach vorgängiger Androhung und mit Bewilligung des Richters die Sache öffentlich verkaufen lassen und den Erlös hinterlegen.

Hat die Sache einen Börsen- oder Marktpreis oder ist sie im Verhältnis zu den Kosten von geringem Werte, so braucht der Verkauf kein öffentlicher zu sein und kann vom Richter auch ohne vorgängige Androhung gestattet werden.

1115 (109).

Der Schuldner ist berechtigt, die hinterlegte Sache wieder zurückzunehmen, solange nicht der Gläubiger deren Annahme erklärt hat oder infolge der Hinterlegung eine

II. Wirkung.

1. Bei Sachleistung.

a. Recht zur Hinterlegung.

b. Recht zum Verkauf.

c. Recht zur Rücknahme der hinterlegten Sache.

Grundversicherung gelöscht oder ein Faustpfand zurückgegeben worden ist.

Mit dem Zeitpunkte der Rücknahme tritt die Forderung mit allen Nebenrechten wieder in Kraft.

1116.

2. Bei andern Leistungen.

Handelt es sich um die Verpflichtung zu einer andern als einer Sachleistung, so kann der Schuldner beim Verzug des Gläubigers vom Vertrage nach den Bestimmungen über den Verzug des Schuldners (1131 bis 1134) zurücktreten.

Zweiter Abschnitt.

Die Folgen der Nichterfüllung.

1117 (110).

A. Verantwortlichkeit des Schuldners.

I. Haftung für Verschulden.
1. Beweislast.

Kann die Erfüllung der Verbindlichkeit überhaupt nicht oder nicht gehörig bewirkt werden, so hat der Schuldner Schadenersatz zu leisten, sofern er nicht beweist, daß ihm keinerlei Verschulden zur Last falle.

1118 (111).

2. Bei Verbindlichkeit zu einem Tun.

Jede Verbindlichkeit, etwas zu tun, löst sich, wenn die Nichterfüllung dem Schuldner zur Last fällt, in eine Verbindlichkeit zum Schadenersatze auf.

Auch kann sich der Gläubiger ermächtigen lassen, die Handlung auf Kosten des Schuldners vorzunehmen.

1119 (112).

3. Bei Verbindlichkeit zu einem Nichttun.

Wenn eine Verbindlichkeit darin besteht, etwas nicht zu tun, so wird, wer ihr zuwiderhandelt, schon durch das bloße Zuwiderhandeln zum Schadenersatze verpflichtet.

Auch kann der Gläubiger die Beseitigung des rechtswidrigen Zustandes verlangen und sich ermächtigen lassen, diese auf Kosten des Schuldners vorzunehmen.

1120 (111).

Die Art der Zwangsvollstreckung steht unter den Bestimmungen des Schuldbetreibungs- und Konkursrechtes und der eidgenössischen und kantonalen Vollziehungsvorschriften.

4. Vollziehungsvorschriften.

1121 (113).

Der Schuldner haftet im allgemeinen für jede Fahrlässigkeit.

5. Maß der Haftung.

Das Maß der Haftung richtet sich nach der besonderen Natur des Geschäftes und wird insbesondere milder beurteilt, wenn das Geschäft für den Schuldner keinerlei Vorteil bezweckt.

Die Bestimmungen über die Ersatzpflicht bei unerlaubten Handlungen (1058 bis 1074) finden auf das vertragswidrige Verhalten entsprechende Anwendung.

1122 (114).

Eine zum voraus getroffene Verabredung, wonach die Haftung für rechtswidrige Absicht oder grobe Fahrlässigkeit ausgeschlossen sein soll, ist nichtig.

6. Wegbedingung der Haftung.

Auch ein zum voraus erklärter Verzicht auf Haftung für leichtes Verschulden kann nach Ermessen des Richters als nichtig betrachtet werden, wenn der Verzichtende zur Zeit seiner Erklärung im Dienst des anderen Teiles stand, oder wenn die Verantwortlichkeit aus dem Betriebe eines obrigkeitlich konzessionierten Gewerbes folgt.

1123 (115).

Wer die Erfüllung einer Schuldpflicht oder die Ausübung eines aus einem Schuldverhältnis zustehenden Rechtes,

II. Haftung für
Hilfspersonen.
1. Haftbarkeit.

wenn auch befugter Weise, durch einen Hausgenossen, Dienstpflichtigen, Arbeiter oder irgend einen Vertreter vornehmen lässt, hat dem andern den Schaden zu ersetzen, den die Hilfsperson diesem bei der Ausübung ihrer Verrichtungen durch Nichterfüllung der Vertragspflicht oder auf andere Weise verursacht.

1124 (115, Abs. 2).

2. Wegbedingung.

In den Fällen der Haftung für Hilfspersonen kann die Verantwortlichkeit des Schuldners durch eine zum voraus getroffene Verabredung beschränkt oder aufgehoben werden.

Steht aber der Verzichtende im Dienst des andern oder folgt die Verantwortlichkeit aus dem Betriebe eines obrigkeitlich konzessionierten Gewerbes, so darf die Haftung nur für leichtes Verschulden wegbedungen werden.

1125 (116).

III. Umfang des Schadenersatzes.

Der ersatzpflichtige Schuldner hat den Schaden zu ersetzen, der bei Eingehung des Vertrages als unmittelbare Folge der Nichterfüllung oder der nicht gehörigen Erfüllung des Vertrages vorhergesehen werden konnte.

Ob bei schwerem Verschulden in einem weiteren Umfange Schadenersatz zu leisten oder umgekehrt bei Verschulden des Beschädigten der Ersatz zu ermäßigen oder ganz zu erlassen sei, bleibt dem richterlichen Ermessen vorbehalten.

1126 (117).

B. Verzug des Schuldners. I. Voraussetzung.

Ist eine Verbindlichkeit fällig, so wird der Schuldner durch Mahnung des Gläubigers in Verzug gesetzt.

Wurde für die Erfüllung ein bestimmter Verfalltag verabredet, oder ergibt sich ein solcher infolge einer vorbehaltenen und gehörig vorgenommenen Aufkündigung, so kommt der Schuldner schon mit Ablauf dieses Tages in Verzug.

1127 (118).

Befindet sich der Schuldner im Verzuge, so haftet er auch für den Zufall.

- II. Wirkung.
1. Haftung für Zufall.

Er kann sich von dieser Haftung durch den Nachweis befreien, daß der Verzug ohne jedes Verschulden von seiner Seite eingetreten ist oder daß der Zufall auch bei rechtzeitiger Erfüllung den Gegenstand der Leistung zum Nachteil des Gläubigers betroffen hätte.

1128 (119).

Ist der Schuldner mit der Zahlung einer Geldschuld in Verzug, so hat er Verzugszinsen zu fünf vom Hundert für das Jahr zu bezahlen, selbst wenn die vertragsmäßigen Zinsen weniger betragen.

2. Verzugszinse.
a. Im allgemeinen.

Sind durch Vertrag höhere Zinse als fünf vom Hundert, sei es direkt, sei es durch Verabredung einer periodischen Bankprovision, ausbedungen worden, so können sie auch während des Verzuges gefordert werden.

Unter Kaufleuten können für die Zeit, in welcher der übliche Bankdiskonto am Zahlungsorte fünf vom Hundert überschreitet, die Verzugszinse zu diesem höheren Zinsfuß berechnet werden.

1129 (120).

Ein Schuldner, der mit der Zahlung von Zinsen irgend einer Art oder mit der Entrichtung von Renten oder mit der Zahlung einer geschenkten Summe im Verzuge ist, hat erst vom Tage der Anhebung der Betreibung oder der gerichtlichen Klage an Verzugszinse zu bezahlen.

- b. Bei Zinsen, Renten, Schenkungen.

Eine entgegenstehende Vereinbarung ist nach den Grundsätzen über Konventionalstrafe zu beurteilen.

1130 (121).

3. Weiterer Schaden.

Hat der Gläubiger einen größeren Schaden erlitten, als ihm durch die Verzugszinse vergütet wird, so ist der Schuldner zum Ersatze auch dieses Schadens verpflichtet.

1131 (122).

4. Rücktrittsrecht des Gläubigers.
a. Unter Fristansetzung.

Wenn sich bei zweiseitigen Verträgen der eine Teil im Verzuge befindet, so ist der andere berechtigt, ihm eine angemessene Frist zur nachträglichen Erfüllung anzusetzen oder durch eine zuständige Behörde ansetzen zu lassen mit der Androhung, daß er mit Ablauf dieser Frist vom Vertrag zurücktrete.

Die Ansetzung einer Frist ist nicht erforderlich, wenn aus dem Verhalten des Schuldners hervorgeht, daß sie sich als unnütz erweisen würde.

1132 (123).

b. Auf den Leistungstermin.

Ergibt sich aus dem Verträge die Absicht der Parteien, daß die Leistung zu einer bestimmten Zeit, weder früher noch später, oder bis zu einer bestimmten Zeit und nicht später erfolgen soll, so gibt die Nichterfüllung des Vertrages zur oder bis zur bestimmten Zeit dem anderen Teile das Recht, ohne weiteres vom Verträge zurückzutreten.

1133 (125).

c. Bei Nutzloswerden der Leistung.

Ist infolge Verzuges des Schuldners die Leistung für den Gläubiger nutzlos geworden, so kann dieser vom Verträge zurücktreten.

1134 (124).

5. Wirkung des Rücktritts und Schadenersatzklage.

Wer vom Verträge zurücktritt, kann die versprochene Gegenleistung verweigern und das Geleistete zurückfordern.

Ist die nachträgliche Erfüllung nach der getroffenen Abrede ausgeschlossen oder infolge des Verzuges für den Gläubiger nutzlos geworden (1132, 1133), so kann er, ohne den Rücktritt zu erklären, auf Schadenersatz wegen Nichterfüllung klagen.

Dritter Abschnitt.

Beziehungen zu dritten Personen.

1135 (126).

Soweit ein Dritter den Gläubiger befriedigt, gehen dessen Rechte von Gesetzes wegen auf ihn über:

1. wenn er ein Pfand einlöst, das er für eine fremde Schuld bestellt hat;
2. wenn er als Pfandgläubiger eine andere auf seinem Pfande haftende Forderung bezahlt;
3. wenn der Schuldner dem Gläubiger anzeigt, daß der Zahlende an die Stelle des Gläubigers treten soll.

A. Zahlung durch einen Dritten.

1136 (127).

Wer einem andern die Leistung eines Dritten verspricht, ist zu Schadenersatz verpflichtet, wenn die Leistung nicht erfolgt.

B. Vertrag zu Lasten eines Dritten.

1137 (128).

Hat sich jemand, der auf eigenen Namen handelt, eine Leistung an einen Dritten zu dessen Gunsten versprechen lassen, so ist er berechtigt, zu fordern, daß an den Dritten geleistet werde.

C. Vertrag zu gunsten eines Dritten.

Der Dritte oder sein Rechtsnachfolger kann selbständig die Erfüllung fordern, wenn dieses die Willensmeinung der beiden andern war.

In diesem Falle kann der Gläubiger den Schuldner nicht mehr entbinden, sobald der Dritte dem letzteren erklärt hat, von seinem Rechte Gebrauch machen zu wollen.

Neunundzwanzigster Titel.

Das Erlöschen der Obligationen.

1138 (129).

A. Erlöschen der Nebenrechte.

Geht eine Forderung in Folge von Erfüllung oder auf andere Weise unter, so erlöschen alle ihre Nebenrechte, wie namentlich die Bürgschaften und Faustpfandrechte.

Bereits erlaufene Zinse können nur dann nachgefordert werden, wenn diese Befugnis des Gläubigers verabredet oder den Umständen zu entnehmen ist.

Vorbehalten bleiben die besonderen Vorschriften über die Wertpapiere und den Nachlaßvertrag.

1139 (140).

B. Form der Aufhebung durch Übereinkunft.

Zur gänzlichen oder teilweisen Aufhebung einer Forderung durch Übereinkunft bedarf es selbst dann einer besonderen Form nicht, wenn zur Eingehung der Verbindlichkeit eine solche erforderlich oder von den Vertragschließenden gewählt war.

1140 (143).

C. Novation. I. Voraussetzung.

Die Neuerung (Novation) wird nicht vermutet.

Der Wille, sie zu bewirken, muß aus dem Geschäft klar hervorgehen.

Insbesondere bewirkt die Eingehung einer Wechselverbindlichkeit mit Rücksicht auf eine bestehende Schuld oder die Ausstellung eines neuen Bürgschaftsscheines keine Neuerung der bisherigen Schuld.

1141 (142).

Die Neuierung ist auch ohne besondere Abrede anzunehmen:

1. wenn der Schuldner in dem Sinne eine neue Schuld gegen den Gläubiger eingeht, daß sie die alte ersetzen soll,
2. wenn ein neuer Schuldner mit Befreiung des früheren Schuldners an dessen Stelle tritt,
3. wenn ein neuer Gläubiger an die Stelle des bisherigen Gläubigers in dem Sinne tritt, daß diesem gegenüber der Schuldner befreit wird.

II. Neuierung im Falle von Schuldersatz oder Gläubigerwechsel.

1142.

Die Neuierung ist ferner anzunehmen, wenn auf Grund eines Konto-Korrent-Vertrages der Saldo gezogen und anerkannt wird.

III. Neuierung auf Grund eines Konto-Korrent-Vertrages.

Die Einsetzung der einzelnen Posten in den Konto-Korrent hat dagegen keine Neuierung zur Folge.

1143 (144).

Wenn die Eigenschaften des Gläubigers und des Schuldners in einer Person zusammentreffen, so gilt die Forderung als durch Vereinigung (Konfusion) erloschen.

D. Konfusion.

Wird diese Vereinigung rückgängig, so lebt die Forderung wieder auf.

Vorbehalten bleiben die besondern Vorschriften über das Grundpfandrecht und die Wertpapiere.

1144 (145).

Soweit durch Umstände, die der Schuldner nicht zu verantworten hat, seine Leistung unmöglich geworden ist, gilt die Forderung als erloschen.

E. Unmöglichkeit der Leistung bei zweiseitigen Verträgen.

Bei zweiseitigen Verträgen hat der freigewordene Schuldner die bereits empfangene Gegenleistung herauszugeben und verliert die noch nicht erfüllte Gegenforderung.

Ausgenommen sind die Fälle, in denen die Gefahr nach Gesetzesvorschrift oder nach dem Inhalt des Vertrages vor der Erfüllung auf den Gläubiger übergeht.

1145 (131).

F. Verrechnung.

I. Voraussetzung.

1. Im allgemeinen.

Wenn zwei Personen einander Geldsummen oder andere vertretbare Sachen derselben Art schulden, so kann jede ihre Schuld insofern beide Forderungen fällig sind, mit ihrer Forderung verrechnen.

Der Schuldner kann die Verrechnung geltend machen, auch wenn seine Gegenforderung bestritten wird.

1146 (132).

2. Fälle der Ausschließung.

Wider den Willen des Gläubigers können durch Verrechnung nicht getilgt werden:

1. Verpflichtungen zur Rückgabe oder zum Ersatze hinterlegter, widerrechtlich entzogener oder böswillig vorenthaltener Sachen;
2. Verpflichtungen, deren besondere Natur die tatsächliche Erfüllung an den Gläubiger verlangt, zum Beispiel Alimente, nicht pfändbare Lohn Guthaben und ähnliche Ansprüche;
3. Verpflichtungen gegen den Staat oder die Gemeinde aus öffentlichem Rechte.

1147 (134).

3. Bei Bürgschaftsforderungen.

Der Bürge kann seine Schuld mit Forderungen, die dem Hauptschuldner gegen den Gläubiger zustehen, verrechnen, nicht aber der Hauptschuldner die seinige mit Forderungen des Bürgen.

1148 (135).

Wer sich zu gunsten eines Dritten verpflichtet hat, kann diese Schuld nicht mit Forderungen, die ihm gegen den andern Teil zustehen, verrechnen.

4. Bei Verträgen zu gunsten Dritter.

1149 (136).

Im Konkurse eines Schuldners können die Gläubiger ihre Forderungen, auch wenn sie nicht fällig sind, mit Forderungen, die dem Gemeinschuldner ihnen gegenüber zustehen, verrechnen.

5. Im Konkurse des Schuldners.

Die Ausschließung oder Anfechtung der Verrechnung im Konkurse des Schuldners steht im übrigen unter den Vorschriften des Schuldbetreibungs- und Konkursrechts.

1150 (138).

Eine Verrechnung tritt nur insofern ein, als der Schuldner dem Gläubiger zu erkennen gibt, daß er von seinem Rechte der Verrechnung Gebrauch machen wolle.

II. Wirkung der Verrechnung.

Ist dieses geschehen, so wird angenommen, Forderung und Gegenforderung seien, soweit sie sich ausgleichen, schon in dem Zeitpunkte getilgt worden, in dem sie zur Verrechnung geeignet einander gegenübertraten.

Vorbehalten bleiben die besonderen Übungen des kaufmännischen Kontokorrentverkehrs.

1151 (139).

Auf die Verrechnung kann der Schuldner zum voraus III. Verzicht auf die Verrechnung leisten.

1152 (146).

Mit Ablauf von zehn Jahren verjähren alle Forderungen aus Obligationen, für die dieses Gesetz oder die andern Bundeszivilgesetze nicht eine andere Frist bestimmen.

G. Verjährung.
I. Anwendungsgebiet und Fristen.
1. Zehn Jahre.

Solange und soweit ein Anspruch durch Pfandrecht gedeckt ist, verjährt er nicht.

Die Verjährung der Ansprüche, die dem kantonalen Recht unterstellt sind, wird durch dieses bestimmt.

1153 (147).

2. Fünf Jahre.

Durch Ablauf von fünf Jahren verjähren die Ansprüche:

1. auf Miet-, Pacht- und Kapitalzinse, sowie auf andere periodische Leistungen,
2. aus Lieferung von Lebensmitteln, für Beköstigung und für Wirtsschulden,
3. aus Handwerksarbeit, Kleinverkauf von Waren, ärztlicher Besorgung, Berufsarbeiten von Anwälten, Rechtsagenten, Prokuratoren und Notaren, Arbeit von Bureauangestellten, Dienstboten, Tagelöhnern und Fabrikarbeitern.

1154 (148).

3. Unabänderlichkeit der Fristen.

Die in diesem Gesetze aufgestellten Verjährungsfristen können durch Verfügung der Beteiligten nicht abgeändert werden.

1155 (149).

4. Beginn der Fristen.

Die Verjährung beginnt mit der Fälligkeit des Anspruches.

Ist eine Forderung auf Kündigung gestellt, so beginnt die Verjährung von dem ersten Tage an zu laufen, auf den die Kündigung zulässig ist.

1156 (150).

5. Berechnung der Fristen.

Bei der Berechnung der Verjährungsfrist ist der Tag, von dem an die Frist läuft, nicht mit zu rechnen und die Verjährung erst dann als beendet zu betrachten, wenn der letzte Tag unbenützt verstrichen ist.

Im übrigen gelten die Vorschriften für die Fristberechnungen im allgemeinen (1093 bis 1097) auch für die Verjährung.

1157 (151).

Mit dem Hauptanspruche verjähren die aus ihm entspringenden Zinse und andere Nebenansprüche.

6. Wirkung auf Nebenrechte.

1158 (152).

Bei Leibrenten und ähnlichen periodischen Leistungen beginnt die Verjährung für das Forderungsrecht im ganzen mit dem Zeitpunkte, in dem die erste rückständige Leistung fällig war.

7. Bei Leibrenten und ähnlichen Leistungen.

Ist das Forderungsrecht im ganzen verjährt, so sind es auch die einzelnen Leistungen.

1159 (153).

Die Verjährung beginnt nicht und steht, falls sie begonnen hat, stille unter einer der folgenden Voraussetzungen:

II. Hinderung und Stillstand der Verjährung.

1. für Ansprüche der Kinder gegen die Eltern während der Dauer der elterlichen Gewalt,
2. der Mündel gegen den Vormund und die Vormundschaftsbehörden während der Dauer der Vormundschaft,
3. der Ehegatten gegeneinander während der Dauer der Ehe,
4. der Dienstboten gegen die Dienstherrschaft während der Dauer des Dienstverhältnisses,
5. solange dem Schuldner an dem Forderungsrecht ein Nießbrauch zusteht,
6. solange ein Anspruch vor einem schweizerischen Gerichte nicht geltend gemacht werden kann.

Nach Ablauf des Tages, an dem diese Verhältnisse zu Ende gehen, nimmt die Verjährung ihren Anfang oder, falls sie begonnen hatte, ihren Fortgang.

Vorbehalten bleiben die besondern Vorschriften des Schuldbetreibungs- und Konkursrechtes.

1160 (154).

II. Unterbrechung der Verjährung.
1. Unterbrechungsgründe.

Die Verjährung wird unterbrochen:

1. durch Anerkennung des Anspruches von seiten des Schuldners, namentlich auch durch Zins- und Abschlagszahlungen, Pfand- und Bürgschaftsbestellung,
2. durch Anhebung der Betreibung, durch Klage oder Einrede vor einem staatlichen oder einem Schiedsgericht, sowie durch Eingabe im Konkurse und Ladung zu einem amtlichen Sühneversuch.

1161 (155).

2. Wirkung der Unterbrechung unter Mitverpflichteten.

Die Unterbrechung der Verjährung gegen einen Solidarschuldner oder einen Mitschuldner einer unteilbaren Leistung wirkt auch gegen die übrigen Mitschuldner.

Ist die Verjährung gegen den Hauptschuldner unterbrochen, so ist sie es auch gegen den Bürgen.

Dagegen wirkt die gegen den Bürgen stattgefundene Unterbrechung nicht gegen den Hauptschuldner.

1162 (156).

3. Beginn einer neuen Frist.
a. Bei Unterbrechung durch Anerkennung.

Mit der Unterbrechung beginnt die Verjährung von neuem.

Hat eine Anerkennung durch Ausstellung einer Urkunde stattgefunden, so ist die neue Verjährungsfrist stets die zehnjährige.

1163 (157).

b. bei Unterbrechung durch Klage, Einrede, Schuldbetreibung, Konkurs-eingabe.

Wird die Verjährung durch eine Klage oder Einrede unterbrochen, so beginnt im Verlaufe des Rechtsstreites mit jeder gerichtlichen Handlung der Parteien und mit jeder Verfügung oder Entscheidung des Richters die Verjährung von neuem.

Erfolgt die Unterbrechung durch Schuldbetreibung, so beginnt mit jedem Betreibungsakt die Verjährung von neuem.

Geschieht die Unterbrechung durch Eingabe im Konkurse, so beginnt die neue Verjährung mit dem Zeitpunkte, in dem die Forderung nach dem Konkursrechte wieder geltend gemacht werden kann.

1164 (158).

Ist die Klage oder die Einrede wegen Mangels der Zuständigkeit des angesprochenen Richters oder wegen eines verbesserlichen Fehlers (angebrachtermaßen) oder als vorzeitig zurückgewiesen worden, so wird, falls die Verjährungsfrist unterdessen abgelaufen ist, eine neue Frist von sechzig Tagen zur Geltendmachung des Anspruches eröffnet.

IV. Nachfrist bei Rückweisung der Klage.

1165 (159).

Auf die Verjährung kann nach ihrer Vollendung Verzicht geleistet werden.

V. Verzicht auf die Verjährung.

Wird ein solcher Verzicht von einem Solidarschuldner erklärt, so schadet er den übrigen Solidarschuldnern nicht.

Dasselbe findet statt bei mehreren Schuldnern einer unteilbaren Leistung und bei dem Hauptschuldner gegenüber dem Bürgen.

1166 (160).

Der Richter kann die Verjährung nicht von Amtes wegen berücksichtigen.

VI. Anwendung.

Dreissigster Titel.

Besondere Verhältnisse bei Obligationen.

Erster Abschnitt.

Die Solidarität.

1167 (162).

- A. Die Solidarschuld.
I. Entstehung.

Solidarität unter mehreren Schuldnern entsteht, wenn sie erklären, daß dem Gläubiger gegenüber jeder einzeln für die Erfüllung der ganzen Schuld haften wolle.

Ohne solche Willenserklärung entsteht Solidarität nur in den vom Gesetze bestimmten Fällen.

1168 (163).

- II. Wirkung.
1. Haftung der Schuldner.

Der Gläubiger kann nach seiner Wahl von allen Solidarschuldnern oder von einem derselben das Ganze oder nur einen Teil fordern.

Auch im letztern Falle bleiben sämtliche Schuldner so lange verpflichtet, bis die ganze Forderung getilgt ist.

1169 (164).

2. Einreden der Schuldner.

Ein Solidarschuldner kann dem Gläubiger nur solche Einreden entgegensetzen, die entweder aus seinem persönlichen Verhältnisse zum Gläubiger oder aus dem gemeinsamen Entstehungsgrunde oder Inhalte der solidarischen Verbindlichkeit hervorgehen.

Jeder Solidarschuldner wird den andern gegenüber verantwortlich, wenn er diejenigen Einreden nicht geltend macht, die allen gemeinsam zustehen.

1170 (165).

3. Persönliche Handlung des Einzelnen.

Ein Solidarschuldner kann durch seine persönliche Handlung die Lage der andern nicht erschweren.

1171 (166).

Soweit ein Solidarschuldner durch Zahlung oder Verrechnung den Gläubiger befriedigt hat, werden auch die übrigen befreit.

III. Erlöschen der Solidarschuld.

Wird ein Solidarschuldner ohne Befriedigung des Gläubigers befreit, so wirkt die Befreiung zu gunsten der andern nur so weit, als die Umstände oder die Natur der Verbindlichkeit es rechtfertigen.

1172 (168).

Sofern sich aus dem Rechtsverhältnisse unter den Solidarschuldnern nicht etwas anderes ergibt, hat von der an den Gläubiger geleisteten Zahlung ein jeder einen gleichen Teil zu übernehmen.

IV. Verhältnis unter den Solidarschuldnern.
1. Beteiligung.

Was von einem Mitschuldner nicht erhältlich ist, haben die übrigen gleichmäßig zu tragen.

1173 (168).

Auf den rückgriffsberechtigten Solidarschuldner gehen in demselben Maße, als er den Gläubiger befriedigt hat, alle Rechte desselben über.

2. Übergang der Gläubigerrechte.

Der Gläubiger ist dafür verantwortlich, daß er die rechtliche Lage des einen Solidarschuldners nicht zum Schaden der übrigen besser stelle.

1174 (169).

Solidarität unter mehreren Gläubigern entsteht, wenn der Schuldner erklärt, jeden einzelnen auf die ganze Forderung berechtigen zu wollen.

B: Die Solidarforderung.
I. Entstehung.

Ohne solche Willenserklärung entsteht die Solidarität nur in den vom Gesetze bestimmten Fällen.

1175 (170).

Die Leistung an einen der Solidargläubiger befreit den Schuldner gegenüber allen.

II. Erlöschen.

Der Schuldner hat die Wahl, an welchen Solidargläubiger er bezahlen will, solange er nicht von einem derselben rechtlich belangt worden ist.

Zweiter Abschnitt.

Die Bedingungen.

1176 (171).

A. Aufschiebende Bedingung.

I. Beginn der Wirkung.

Ein Vertrag, dessen Verbindlichkeit vom Eintritte einer ungewissen Tatsache abhängig gemacht wird, ist als bedingt anzusehen.

Für den Beginn der Wirkungen ist der Zeitpunkt maßgebend, in dem die Bedingung in Erfüllung geht, sofern nicht auf eine andere Absicht der Parteien geschlossen werden muß.

1177 (172).

II. Zustand der schwebenden Bedingung.

Der bedingt Verpflichtete darf, solange die Bedingung schwebt, nichts vornehmen, was die gehörige Erfüllung seiner Verbindlichkeit hindern könnte.

Der bedingt Berechtigte ist befugt, bei Gefährdung seiner Rechte dieselben Sicherungsmaßregeln zu verlangen, wie wenn seine Forderung eine unbedingte wäre.

1178 (173).

III. Nutzen der Zwischenzeit.

Ist die versprochene Sache dem Gläubiger vor Eintritt der Bedingung übergeben worden, so kann er, wenn die Bedingung erfüllt wird, den inzwischen bezogenen Nutzen behalten.

Wenn die Bedingung nicht eintritt, so hat er dieselben herauszugeben.

1179 (174).

B. Auflösende Bedingung.

Ein Rechtsverhältnis, dessen Auflösung vom Eintritte einer Bedingung abhängig gemacht worden ist, verliert seine

Wirksamkeit mit dem Zeitpunkte, in dem die Bedingung in Erfüllung geht.

Eine Rückwirkung findet in der Regel nicht statt.

1180 (175).

Ist die Bedingung auf eine Handlung eines der Vertragschließenden gestellt, bei der es auf dessen Persönlichkeit nicht ankommt, so kann sie auch von seinen Erben erfüllt werden.

- C. Gemeinsame Vorschriften.
- I. Erfüllung der Bedingung.
- 1. Handlung eines Beteiligten.

1181 (176).

Eine Bedingung gilt als erfüllt, wenn deren Eintritt von dem einen Teile wider Treu und Glauben verhindert worden ist.

- 2. Verhinderung wider Treu und Glauben.

1182 (177).

Wird eine Bedingung in der Absicht beigelegt, eine widerrechtliche oder unsittliche Handlung oder Unterlassung zu befördern, so ist der bedingte Anspruch nichtig.

- II. Unzulässige Bedingungen.

Dritter Abschnitt.

Haft- und Reugeld. Lohnabzüge. Konventionalstrafe.

1183 (178).

Das beim Vertragsabschlusse gegebene An- oder Draufgeld gilt im Zweifel als Haft-, nicht als Reugeld.

- A. Haft- und Reugeld.

Wo nicht Vertrag oder Ortsgebrauch etwas anderes bestimmen, verbleibt das Haftgeld dem Empfänger ohne Abzug von seinem Anspruche.

Ist ein Reugeld verabredet worden, so kann der Geber gegen Zurücklassung des bezahlten und der Empfänger gegen Erstattung des doppelten Betrages von dem Vertrage zurücktreten.

1184.

B. Lohnabzüge als
Decompte u. a.

Wird in einem Arbeitsverhältnis vom Arbeitgeber oder Besteller ein Teil der Löhnung nach Vertrag zurückbehalten (Decompte u. a.), so gilt diese Sicherung, wenn es nicht anders verabredet oder üblich ist, als Hinterlage zur Deckung nachzuweisenden Schadens, und nicht als Konventionalstrafe.

Zulässig sind solche Abzüge nur insoweit, als die Ersatzforderung mit der Lohnschuld verrechnet werden darf (1386).

1185.

C. Konventional-
strafe.
I. Begriff.

Mit einem Verträge kann die Abrede verbunden werden, daß im Falle der Nichterfüllung oder der nicht richtigen Erfüllung der Verpflichtete dem Berechtigten eine bestimmte Leistung als Strafe oder Schadenersatz zu entrichten habe (Konventionalstrafe).

Die Abrede, daß Teilzahlungen im Falle des Rücktrittes dem Gläubiger verbleiben sollen, ist nach den Vorschriften über die Konventionalstrafe zu beurteilen.

1186 (179).

II. Recht des
Gläubigers.
1. Verhältnis der
Strafe zur Ver-
tragserfüllung.

Wenn für den Fall der Nichterfüllung eines Vertrages eine Konventionalstrafe versprochen ist, so kann der Gläubiger nach seiner Wahl entweder die Erfüllung oder die Strafe fordern.

Wurde die Strafe für Nichteinhaltung der Erfüllungszeit (1092 ff.) oder des Erfüllungsortes (1090 f.) versprochen, so kann sie nebst der Erfüllung des Vertrages gefordert werden, solange der Gläubiger nicht ausdrücklich Verzicht leistet oder die Erfüllung vorbehaltlos annimmt.

Dem Schuldner bleibt der Nachweis vorbehalten, daß ihm gegen Erlegung der Strafe der Rücktritt freistehen sollte.

1187 (180).

Die Konventionalstrafe ist verfallen, auch wenn dem Gläubiger kein Schaden erwachsen ist.

2. Verhältnis der Strafe zum Schaden.

Übersteigt der erlittene Schaden den Betrag der Strafe, so kann der Gläubiger den Mehrbetrag nur so weit einfordern, als er ein Verschulden nachweist.

1188 (181).

Die Konventionalstrafe kann nicht gefordert werden, wenn sie ein widerrechtliches oder unsittliches Versprechen bekräftigen soll, oder wenn die Erfüllung des Vertrages durch den Gläubiger oder durch einen in der Person des Gläubigers eingetretenen Zufall oder durch höhere Gewalt unnötig geworden ist.

III. Wegfall und Herabsetzung der Strafe.
1. Wegfallen.

1189 (182).

Die Konventionalstrafe kann von den Parteien in beliebiger Höhe bestimmt werden.

2. Herabsetzung.

Jedoch ist der Richter befugt, übermäßige Strafen nach seinem Ermessen bis auf den Betrag des nachgewiesenen Schadens herabzusetzen.

Einunddreissigster Titel.

Die Abtretung von Rechten und die Schuldübernahme.

1190 (183).

Der Gläubiger kann ein ihm zustehendes Recht ohne Einwilligung des Verpflichteten an einen andern abtreten, soweit nicht Gesetz, Vereinbarung oder Natur des Rechtsverhältnisses entgegenstehen.

A. Die Abtretung von Rechten.
I. Erfordernisse.
1. Freiwillige Abtretung.
a. Gegenstand.

1191 (184).

b. Form des Vertrages.

Die Abtretung bedarf zu ihrer Gültigkeit der schriftlichen Form.

1192 (185).

2. Gesetzliche oder richterliche Abtretung.

Bestimmen Gesetz oder richterliches Urteil, daß eine Forderung auf einen andern übergeht, so ist der Übergang Dritten gegenüber wirksam, ohne daß es einer besondern Form oder auch nur einer Willenserklärung des bisherigen Gläubigers bedarf.

1193 (186).

3. Verhältnis mehrerer Abtretungen.

Haben mehrfache Abtretungen derselben Forderung stattgefunden, so geht diejenige vor, für welche die ältere schriftliche Beurkundung vorliegt.

1194 (187).

II. Wirkung der Abtretung.
1. Stellung des Schuldners.
a. Zahlung in gutem Glauben.

Wenn der Schuldner, bevor ihm der Abtretende oder der Erwerber die Abtretung angezeigt hat, in gutem Glauben an den frühern Gläubiger oder, im Falle mehrfacher Abtretung, an einen im Rechte nachgehenden Erwerber Zahlung leistet, so ist er gültig befreit.

1195 (188).

b. Verweigerung der Zahlung und Hinterlegung.

Ist die Frage, wem eine Forderung zustehe, streitig, so kann der Schuldner die Zahlung verweigern und sich durch gerichtliche Hinterlegung befreien.

Zahlt der Schuldner, obschon er von dem Streite Kenntnis hat, so tut er es auf seine Gefahr.

Ist der Streit vor Gericht anhängig und die Schuld fällig, so kann jede Partei den Schuldner zur Hinterlegung anhalten.

1196 (189).

Einreden, die der Forderung des Abtretenden entgegenstanden, kann der Schuldner auch gegen den Erwerber geltend machen, wenn sie schon zu der Zeit vorhanden waren, als er von der Abtretung Kenntnis erhielt.

c. Einrede des Schuldners.

Ist eine Gegenforderung des Schuldners in diesem Zeitpunkt noch nicht fällig gewesen, so kann er sich dennoch ihrer zur Einrede bedienen, wenn sie nicht später als die abgetretene Forderung fällig geworden ist.

1197 (190).

Mit der Forderung gehen die auf sie bezüglichen Vorzugs- und Nebenrechte über, mit Ausnahme derer, die ausschließlich mit der Person des Abtretenden verbunden sind.

2. Übergang der Forderung.
a. Betreffend Vorzugs- und Nebenrechte.

Es wird vermutet, daß mit der Hauptforderung auch die rückständigen Zinse auf den Erwerber übergehen sollen.

1198 (191).

Der Abtretende ist verpflichtet, dem Erwerber die Schuldurkunde und alle vorhandenen Beweismittel auszuliefern und ihm die zur Geltendmachung der Forderung nötigen Aufschlüsse zu erteilen.

b. Betreffend Urkunden und Beweismittel.

1199 (192).

Bei der entgeltlichen Abtretung haftet der Abtretende für den Bestand der Forderung zur Zeit der Abtretung.

Für die Zahlungsfähigkeit des Schuldners dagegen haftet der Abtretende nur dann, wenn er sich dazu verpflichtet hat.

Bei der unentgeltlichen Abtretung haftet der Abtretende auch nicht für den Bestand der Forderung.

3. Gewährleistung des Abtretenden.
a. Bei freiwilliger Abtretung im allgemeinen.

1200 (193).

b. Abtretung
zahlungshalber.

Hat ein Gläubiger seine Forderung zum Zwecke der Zahlung abgetreten ohne Bestimmung des Betrages, zu dem sie angerechnet werden soll, so muß der Erwerber sich nur diejenige Summe anrechnen lassen, die er vom Schuldner erhält oder bei gehöriger Sorgfalt hätte erhalten können.

1201 (194).

c. Gewährleistung
bei freiwilliger
Abtretung.

Der Abtretende haftet vermöge der Gewährleistung nur für den empfangenen Gegenwert nebst Zinsen und überdies für die Kosten der Abtretung und des erfolglosen Vorgehens gegen den Schuldner.

1202 (195).

d. Gesetzliche
Abtretung.

Geht eine Forderung von Gesetzes wegen auf einen andern über, so haftet der bisherige Gläubiger weder für den Bestand der Forderung noch für die Zahlungsfähigkeit des Schuldners.

1203 (197).

4. Vorbehalt betr.
Wertpapiere
und Grundpfand-
forderungen.

Für die Übertragung von Wechseln, Ordre- und Inhaberpapieren, sowie von Grundpfandforderungen gelten die besonderen Vorschriften dieses Gesetzes.

1204.

B. Die Schuld-
übernahme.
1. Vertrag mit dem
Schuldner.
1. Bedeutung für
den Über-
nehmer.

Wer einem Schuldner verspricht, seine Schuld zu übernehmen, verpflichtet sich, ihn von der Schuld zu befreien und sich an seiner Statt, wenn der Gläubiger einwilligt, zum Schuldner des Gläubigers zu machen.

Der Übernehmer kann zur Erfüllung dieser Pflichten vom Schuldner nicht angehalten werden, solange dieser nicht ihm gegenüber den Verpflichtungen nachgekommen ist, die dem Schuldübernahmevertrag zu Grunde liegen.

1205.

Der Gläubiger ist, wenn keine andere Meinung aus dem Schuldübernahmevertrag hervorgeht, berechtigt, auf gemeinsames Anerbieten seitens des Schuldners und des Übernehmers diesen an Stelle des bisherigen als seinen Schuldner anzunehmen.

2. Bedeutung für den Gläubiger.
a. Recht des Gläubigers auf Annahme.

Durch die Annahme des Übernehmers als Schuldner wird, wenn keine andere Abrede vorliegt, der bisherige Schuldner von allen Verpflichtungen aus dem Schuldverhältnis befreit.

Findet eine weitere Übertragung der Schuld durch den Schuldner statt, so ist der Gläubiger, wenn es nicht anders verabredet wird, zur Annahme des ausgeschiedenen Übernehmers nicht mehr berechtigt.

1206.

Die Absicht des Gläubigers, den Übernehmer als seinen neuen Schuldner annehmen zu wollen, kann ausdrücklich erklärt sein oder aus den Umständen hervorgehen.

- b. Stillschweigende Erklärung.

Als stillschweigende Annahme des neuen Schuldners an Stelle des bisherigen ist es anzusehen, wenn der Übernehmer eine Zahlung oder andere schuldnerische Handlung in seinem Namen angeboten und der Gläubiger sie ohne Vorbehalt angenommen hat.

1207.

Durch Vertrag mit dem Gläubiger kann jemand die Schuld eines andern in der Weise übernehmen, daß er an Stelle des bisherigen Schuldners tritt.

- II. Vertrag mit dem Gläubiger.

1208.

Die Nebenrechte, wie namentlich die Pfandrechte und Bürgschaften, bleiben, soweit sie nicht mit der Person des

- III. Wirkung des Schuldnerwechsels.
1. Nebenrechte.

bisherigen Schuldners untrennbar verknüpft sind, vom Schuldnerwechsel unberührt.

Der Dritte, der für die Schuld ein Pfand gegeben hat, sowie der Bürge sind jedoch nach der Annahme des Schuldnerwechsels dem Gläubiger nur dann verpflichtet, wenn sie ihre Zustimmung zur Entlastung des bisherigen Schuldners gegeben haben.

1209.

2. Einreden.

Die Einreden aus dem Schuldverhältnis stehen dem neuen Schuldner zu wie dem bisherigen.

Die Einreden, die der bisherige Schuldner persönlich gegen den Gläubiger gehabt hat, kann der neue Schuldner dem Gläubiger nicht entgegenhalten.

Die Einreden, die dem Übernehmer gegen den Schuldner aus dem der Schuldübernahme zu Grunde liegenden Rechtsverhältnis zustehen, kann er nur dann gegen den Gläubiger geltend machen, wenn sie gegen den Bestand des Übernahmevertrages gerichtet sind.

1210.

IV. Dahinfallen des Schuldübernahmevertrages.

Fällt ein Übernahmevertrag dahin, nachdem der Gläubiger den neuen Schuldner angenommen hat, so lebt die Verpflichtung des früheren Schuldners mit allen Nebenrechten, unter Vorbehalt der Rechte gutgläubiger Dritter, wieder auf.

Außerdem kann der Gläubiger von dem Übernehmer Ersatz des Schadens verlangen, der ihm aus der Rückgängigmachung des Schuldnerwechsels infolge des Verlustes früher erlangter Sicherheiten oder dergleichen entstanden ist, insoweit der Übernehmer nicht dazutun vermag, daß die Aufhebung des Schuldnerwechsels und die Schädigung des Gläubigers ohne jede Veranlassung von seiner Seite eingetreten sei.

1211.

Wer ein ganzes Vermögen oder ein Geschäft mit Aktiven und Passiven übernimmt, wird den Gläubigern aus den damit verbundenen Schulden ohne weiteres verpflichtet, sobald von dem Veräußerer und Übernehmer die Übernahme den Gläubigern mitgeteilt oder in öffentlichen Blättern ohne Vorbehalt ausgekündigt worden ist.

Die Gläubiger behalten jedoch den bisherigen Schuldner, solange sie ihn nicht entlastet haben, neben dem neuen, noch während zwei Jahren, die für fällige Forderungen mit der Mitteilung oder Auskündigung und bei später fällig werdenden Forderungen mit Eintritt der Fälligkeit zu laufen beginnen.

Im übrigen hat diese Schuldübernahme die gleiche Wirkung wie die Übernahme einer einzelnen Schuld.

1212.

Wird ein Geschäft mit einem andern durch wechselseitige Übernahme von Aktiven und Passiven vereinigt, so stehen die Gläubiger der beiden Geschäfte unter den Wirkungen der Schuldübernahme und ist das vereinigte Geschäft für alle Schulden haftbar.

Die gleiche Folge verbindet sich mit der Bildung einer Kollektiv- oder Kommanditgesellschaft gegenüber den Passiven des Geschäftes, das bisher durch einen Einzelinhaber geführt worden ist.

V. Übernahme eines Vermögens oder eines Geschäftes mit Aktiven und Passiven.

VI. Vereinigung mehrerer Geschäfte und Umwandlung eines Einzelgeschäftes in ein Gesellschaftsunternehmen.

Zweite Abteilung.

Die einzelnen Vertragsverhältnisse.

Zweiunddreissigster Titel.

Kauf und Tausch.

Erster Abschnitt.

Allgemeine Bestimmungen.

1213 (229).

A. Begriff des Kaufs.

Durch den Kaufvertrag verpflichtet sich der Verkäufer, dem Käufer den Kaufgegenstand zu übergeben und ihm das Eigentum daran zu verschaffen, und der Käufer, dem Verkäufer den Kaufpreis zu bezahlen.

1214 (230).

B. Beidseitige Erfüllung.

Sofern nicht Vereinbarung oder Übung entgegenstehen, sind Verkäufer und Käufer verpflichtet, ihre Leistungen gleichzeitig — Zug um Zug — zu erfüllen.

1215.

C. Preisbestimmung.

Der Kaufpreis wird durch den Vertrag bestimmt.
Der Vertrag kann die Bestimmung des Preises durch einen Dritten in guten Treuen oder durch den Richter vorsehen und ist verbindlich, sofern nach den Umständen überhaupt der Preis nur bestimmbar ist.

1216 (204).

D. Nutzen und Gefahr.

Sofern nicht besondere Verhältnisse oder Verabredungen eine Ausnahme begründen, gehen Nutzen und Gefahr der

Sache mit dem Abschlusse des Veräußerungsvertrages auf den Erwerber über.

Ist die veräußerte Sache nur der Gattung nach bestimmt, so muß sie überdies ausgeschieden und, wenn sie versendet werden soll, zur Versendung abgegeben sein.

Bei Verträgen, die unter einer aufschiebenden Bedingung abgeschlossen sind, gehen Nutzen und Gefahr der veräußerten Sache erst mit dem Eintritte der Bedingung auf den Erwerber über.

1217 (231).

Der kantonalen Gesetzgebung bleibt es vorbehalten, die Klagbarkeit von Forderungen aus dem Kleinvertriebe geistiger Getränke, einschließlich der Forderung für Wirtszsche, zu beschränken oder auszuschließen.

E. Klagbarkeit von Forderungen aus Kleinverkehr.

Zweiter Abschnitt.

Der Fahrniskauf.

1218.

Als Fahrniskauf ist jeder Kauf anzusehen, der nicht eine Liegenschaft oder ein in das Grundbuch als Grundstück aufgenommenes Recht zum Gegenstande hat.

A. Gegenstand.
I. Im allgemeinen.

1219.

Bestandteile eines Grundstückes bilden den Gegenstand eines Fahrniskaufes, wenn sie, wie Früchte oder wie Material auf Abbruch, von der Bodenfläche getrennt dem Erwerber als bewegliche Sachen übergeben werden sollen.

II. Früchte und andere Bestandteile von Grundstücken.

1220 (232).

Sofern nicht etwas anderes vereinbart worden oder gebräuchlich ist, trägt der Verkäufer die Kosten der Übergabe, insbesondere des Messens und Wägens, der Käufer dagegen die der Beurkundung und der Abnahme.

B. Verpflichtungen des Verkäufers.
I. Übergabe.
1. Kosten der Übergabe.

1221 (233).

2. Transportkosten.

Muß die verkaufte Sache an einen anderen als den Erfüllungsort versendet werden, so trägt der Käufer die Transportkosten, sofern nicht etwas anderes vereinbart oder gebräuchlich ist.

Ist Frankolieferung verabredet, so wird vermutet, der Verkäufer habe die Transportkosten übernommen.

Zu den Transportkosten sind in diesem Falle, soweit nicht Vertrag oder Übung etwas anderes bestimmen, auch die Ausgangs-, Durchgangs- und Eingangszölle zu rechnen, die während des Transportes, nicht aber die Verbrauchssteuern, die bei Empfang der Sache erhoben werden.

1222 (234).

3. Rücktritt bei Verzug in der Übergabe.

Ist im kaufmännischen Verkehr ein bestimmter Lieferungstermin verabredet, so wird vermutet, daß der Käufer berechtigt sein solle, bei dem Verzuge des Verkäufers ohne weiteres von dem Vertrage zurückzutreten.

Zieht jedoch der Käufer vor, die Lieferung zu verlangen, so hat er dieses dem Verkäufer unverzüglich nach Ablauf des Termines anzuzeigen, widrigenfalls er nicht mehr auf Erfüllung des Vertrages, sondern nur noch auf Schadenersatz (1134) klagen kann.

1223.

4. Schadenersatzpflicht und Schadenberechnung.

Kommt der Verkäufer der Pflicht zur Übergabe nicht nach, so hat er den Schaden, der dem Käufer aus der Nichterfüllung oder der nicht richtigen Erfüllung entsteht, zu ersetzen.

Der Käufer kann als seinen Schaden im kaufmännischen Verkehr die Differenz zwischen dem Kaufpreis und dem Preise, um den er sich einen Ersatz für die nicht gelieferte Sache in guten Treuen erworben hat, geltend machen.

Bei Waren, die einen Markt- oder Börsenpreis haben, kann er, ohne sich den Ersatz anzuschaffen, die Differenz zwischen dem Vertragspreise und dem Preise zur Erfüllungszeit als seinen Schaden einklagen.

1224 (235).

Der Verkäufer hat dafür Gewähr zu leisten, daß nicht ein Dritter aus Rechtsgründen, die schon zur Zeit des Verkaufes bestanden haben, den Kaufgegenstand dem Käufer ganz oder teilweise entziehe.

- II. Gewährleistung des veräußerten Rechtes.
1. Inhalt der Gewährleistungspflicht.

1225 (236).

Wenn der Käufer zur Zeit des Vertragsabschlusses die Gefahr der Entwehrung kennt, so hat der Verkäufer nur insofern Gewähr zu leisten, als er sich ausdrücklich dazu verpflichtet.

2. Ausdrückliche Zusage.

1226 (237).

Eine Vereinbarung, die jede Gewährspflicht aufhebt oder sie beschränkt, ist ungültig, wenn der Verkäufer das Recht des Dritten absichtlich verschwiegen hat.

3. Wegbedingung.

1227 (238).

Wird von einem Dritten ein Recht geltend gemacht, das den Verkäufer zur Gewährleistung verpflichtet, so hat dieser auf ergangene Streitverkündung je nach den Umständen und den Vorschriften der Prozeßordnung dem Käufer im Prozesse beizustehen oder ihn zu vertreten.

4. Verfahren.
a. Wirkung der Streitverkündung.

Ist die Streitverkündung rechtzeitig erfolgt, so wirkt ein ungünstiges Ergebnis des Prozesses auch gegen den Verkäufer, sofern er nicht beweist, daß es durch böse Absicht oder grobe Fahrlässigkeit des Käufers verschuldet worden sei.

1228 (239).

b. Unterlassung
der Streitverkündung.

Ist die Streitverkündung ohne Veranlassung des Verkäufers unterblieben, so wird dieser von der Verpflichtung zur Gewährleistung insoweit befreit, als er zu beweisen vermag, daß bei rechtzeitig erfolgter Streitverkündung ein günstigeres Ergebnis des Prozesses zu erlangen gewesen wäre.

1229 (240).

c. Verzicht auf
richterliche Entscheidung.

Der Verkäufer kann auch dann zur Gewährleistung angehalten werden, wenn der Käufer das Recht des Dritten, ohne es zur richterlichen Entscheidung kommen zu lassen, anerkannt oder einen Schiedsspruch angerufen hat, sofern dieses dem Verkäufer rechtzeitig angedroht und ihm die Führung des Prozesses erfolglos angeboten worden war.

1230 (241).

5. Ansprüche des
Käufers.a. Bei vollständiger
Entwehrung.

Ist die Entwehrung, für die der Verkäufer einzustehen hat, eine vollständige, so ist der Kaufvertrag als aufgehoben zu betrachten und der Käufer zu fordern berechtigt:

1. Rückerstattung des bezahlten Preises samt Zinsen unter Abrechnung der von ihm gewonnenen oder versäumten Früchte und sonstigen Nutzungen,
2. Ersatz der für die Sache gemachten Verwendungen, soweit sie nicht von dem berechtigten Dritten erhältlich sind,
3. Ersatz der sämtlichen durch den Prozeß veranlaßten gerichtlichen und außergerichtlichen Kosten, soweit sie nicht durch Unterlassung der Streitverkündung herbeigeführt worden sind,
4. Ersatz des sonstigen durch die Entwehrung unmittelbar verursachten Schadens.

Liegt ein Verschulden des Verkäufers vor, so ist er verpflichtet, auch den weiteren Schaden zu ersetzen.

1231 (242).

Wenn dem Käufer nur ein Teil des Kaufgegenstandes entzogen wird, oder wenn die verkaufte Sache mit einer dinglichen Last beschwert ist, für die der Verkäufer einzustehen hat, so kann der Käufer nicht die Aufhebung des Vertrages, sondern nur Ersatz des Schadens verlangen, der ihm durch die Entwehrung verursacht wird.

b. Bei teilweiser Entwehrung.

Ist jedoch nach den Umständen anzunehmen, daß der Käufer den Vertrag nicht geschlossen haben würde, wenn er die teilweise Entwehrung vorausgesehen hätte, so ist er befugt, die Aufhebung des Vertrages zu verlangen.

In diesem Falle muß er den Kaufgegenstand, soweit er nicht entwehrt worden ist, nebst dem inzwischen bezogenen Nutzen dem Verkäufer zurückgeben.

1232 (243).

Der Verkäufer haftet dem Käufer sowohl für die zugesicherten Eigenschaften als auch dafür, daß die Sache nicht Mängel habe, die ihren Wert oder ihre Tauglichkeit zu dem vorausgesetzten Gebrauche aufheben oder erheblich mindern.

III. Gewährleistung wegen Mängel der Kaufsache.
1. Gegenstand der Gewährleistung.

Er haftet auch dann, wenn er die Mängel nicht gekannt hat.

1233 (244).

Eine Vereinbarung über Aufhebung oder Beschränkung der Gewährspflicht ist ungültig, wenn der Verkäufer dem Käufer die Gewährsmängel arglistig verschwiegen hat.

2. Wegbedingung.

1234 (245).

Der Verkäufer haftet nicht für Mängel, die der Käufer zur Zeit des Kaufes gekannt hat.

3. Ausdrückliche Zusage.

Für Mängel, die der Käufer bei Anwendung gewöhnlicher Aufmerksamkeit kennen mußte, haftet der Ver-

käufer nur dann, wenn er deren Nichtvorhandensein zugesichert hat.

1235 (246, 247).

4. Verfahren.
a. Anzeigepflicht
und Folgen der
Säumnis.

Der Käufer soll, sobald dieses nach dem üblichen Geschäftsgange tunlich ist, die Beschaffenheit der empfangenen Sache prüfen und, falls sich Mängel ergeben, für die der Verkäufer Gewähr zu leisten hat, diesem sofort Anzeige machen.

Versäumt dieses der Käufer, so gilt die gekaufte Sache als genehmigt, soweit es sich nicht um Mängel handelt, die bei der übungsgemäßen Untersuchung nicht erkennbar waren.

Ergeben sich später solche Mängel, so muß die Anzeige sofort nach der Entdeckung erfolgen, widrigenfalls die Sache auch rücksichtlich dieser Mängel als genehmigt gilt.

1236 (247).

- b. Ausschluß der
Folgen bei
Arglist.

Bei absichtlicher Täuschung des Käufers durch den Verkäufer findet eine Beschränkung der Gewährleistung aus versäumter Anzeige (1213) nicht statt.

1237 (248).

- c. Verfahren bei
Übersendung
von Sachen.

Wenn die von einem anderen Orte übersendete Sache beanstandet wird und der Verkäufer an dem Empfangsorte keinen Stellvertreter hat, so ist der Käufer verpflichtet, für deren einstweilige Aufbewahrung zu sorgen.

Er darf sie dem Verkäufer nicht ohne weiteres zurückschicken.

Er soll den Tatbestand ohne Verzug gehörig feststellen lassen, widrigenfalls ihm der Beweis obliegt, daß die behaupteten Mängel schon zur Zeit der Empfangnahme vorhanden gewesen seien.

1238 (248).

Wenn sich Gefahr zeigt, daß die übersendete Sache in schnelle Verderbnis gerate, so ist der Käufer berechtigt und, soweit die Interessen des Verkäufers es erfordern, verpflichtet, sie unter Mitwirkung der zuständigen Amtsstelle des Ortes, wo sich die Sache befindet, verkaufen zu lassen.

Von einem solchen Verfahren hat der Käufer bei Vermeidung von Schadenersatz den Verkäufer so zeitig als tunlich zu benachrichtigen.

d. Insbesondere bei Verderbnis der Sache.

1239 (249).

Liegt ein Fall der Gewährleistung wegen Mängel der Sache vor, so hat der Käufer die Wahl, mit der Wandelungsklage den Kauf rückgängig zu machen oder mit der Minderungsklage Ersatz des Minderwertes der Sache zu fordern.

5. Inhalt der Klage des Käufers.

a. Wandelung oder Minderung.

1240 (250).

Auch wenn die Wandelungsklage angestellt worden ist, kann der Richter bloß Ersatz des Minderwertes zusprechen, sofern nach seinem Ermessen die Umstände es nicht rechtfertigen, den Kauf rückgängig zu machen.

b. Minderung bei Wandelungsklage.

1241 (251).

Erreicht der geforderte Minderwert den Betrag des Kaufpreises, so kann der Käufer nur die Wandelung verlangen.

c. Ausschluß der Minderung.

1242 (252).

Geht der Kauf auf die Lieferung einer bestimmten Menge vertretbarer Sachen, so hat der Käufer die Wahl, entweder die Wandelungs- oder die Minderungsklage anzustellen oder andere wahrhafte Ware derselben Gattung zu fordern.

d. Ersatzleistung.

Wenn die Sachen dem Käufer nicht von einem anderen Orte her zugesandt worden sind, ist auch der Verkäufer berechtigt, sich durch sofortige Lieferung wahrhafter Ware derselben Gattung und Ersatz alles Schadens von jedem weiteren Anspruche des Käufers zu befreien.

1243 (254).

e. Wandelung bei
Untergang der
Sache.

Die Wandelung kann auch dann begehrt werden, wenn die mangelhafte Sache infolge ihrer Mängel oder durch Zufall untergegangen ist

Der Käufer hat in diesem Falle nur das zurückzugeben, was ihm von der Sache verblieben ist.

1244 (254).

f. Ausschließung
der Wandelung.

Ist die Sache durch Verschulden des Käufers untergegangen oder von diesem weiter veräußert oder umgestaltet worden, so kann er nur Ersatz des Minderwertes verlangen.

1245 (253).

6. Durchführung
der Wandelung.
a. Im allgemeinen.

Wird der Kauf rückgängig gemacht, so muß der Käufer die Sache nebst dem inzwischen bezogenen Nutzen dem Verkäufer zurückgeben.

Der Verkäufer ist verpflichtet, den gezahlten Kaufpreis samt Zinsen zurückzuerstatten und überdies dem Käufer den Schaden zu ersetzen, der ihm durch die Lieferung fehlerhafter Ware unmittelbar verursacht worden ist.

Der Schaden wird im übrigen nach den Bestimmungen über die Entwehrung berechnet (1230).

1246 (255).

b. Wandelung bei
mehreren Kauf-
sachen.

Sind von mehreren zusammen verkauften Sachen oder von einer verkauften Gesamtsache bloß einzelne Stücke

fehlerhaft, so kann nur rücksichtlich dieser die Wandelung verlangt werden.

Lassen sich jedoch die fehlerhaften Stücke von den fehlerfreien ohne erhebliche Verletzung der Interessen des Käufers, oder des Verkäufers nicht trennen, so muß die Wandelungsklage sich auf den gesamten Kaufgegenstand erstrecken.

1247 (256).

Die Wandelung der Hauptsache wegen eines Mangels zieht auch die Wandelung der Nebensache nach sich, selbst wenn für diese ein besonderer Preis festgesetzt war.

Ist dagegen nur die Nebensache mit einem Mangel behaftet, so kann nur mit Rücksicht auf diese die Wandelung verlangt werden.

c. Wandelung bei Haupt- und Nebensachen.

1248 (257).

Die Klagen auf Gewährleistung wegen Mängel einer Sache verjähren mit Ablauf eines Jahres nach Ablieferung der Sache an den Käufer, selbst wenn dieser die Mängel erst später entdeckt, es sei denn, daß der Verkäufer eine Haftung auf längere Zeit übernommen hat.

7. Verjährung
a. der Klage.

1249 (258).

Die Einreden des Käufers wegen vorhandener Mängel erlöschen, wenn die vorgeschriebene Anzeige nicht innerhalb eines Jahres nach Ablieferung an den Käufer gemacht wird.

b. der Einreden.

Ist jedoch die Anzeige den Vorschriften des Gesetzes entsprechend (1235) erfolgt, so bleiben die Einreden bestehen.

1250 (259).

Die Verjährung von einem Jahr (1248 f.) kann vom Verkäufer nicht geltend gemacht werden, wenn ihm eine absichtliche Täuschung des Käufers nachgewiesen wird.

c. bei absichtlicher Täuschung.

1251 (260).

C. Verpflichtungen
des Käufers.I. Zahlung des
Preises und An-
nahme der
Kaufsache.

Der Käufer ist verpflichtet, den Preis nach den Bestimmungen des Vertrages zu bezahlen und die gekaufte Sache, sofern sie ihm von dem Verkäufer vertragsgemäß angeboten wird, anzunehmen.

Die Empfangnahme muß sofort geschehen, wenn nicht etwas anderes vereinbart oder gebräuchlich ist.

1252 (261).

II. Bestimmung des
Kaufpreises.1. Nach dem
Marktpreis.

Hat ein Käufer fest bestellt, ohne den Preis zu nennen, so wird vermutet, es sei der mittlere Marktpreis gemeint, der zur Zeit und an dem Orte der Erfüllung gilt.

1253 (262).

2. Nach dem
Gewicht.

Ist der Kaufpreis nach dem Gewichte der Ware zu berechnen, so wird die Verpackung (Taragewicht) in Abzug gebracht.

Vorbehalten bleiben die besonderen kaufmännischen Übungen, nach denen bei einzelnen Handelsartikeln ein festbestimmter oder nach Prozenten berechneter Abzug vom Bruttogewicht erfolgt oder das ganze Bruttogewicht bei der Preisbestimmung angerechnet wird.

1254 (263).

III. Verzug des
Käufers.1. Rücktrittsrecht
des Verkäufers
beim Barkauf.

Ist die verkaufte Sache gegen Vorausbezahlung des Preises oder Zug um Zug zu übergeben und befindet sich der Käufer mit der Zahlung des Kaufpreises im Verzuge, so hat der Verkäufer das Recht, ohne weiteres vom Vertrage zurückzutreten.

Er hat jedoch dem Käufer, wenn er von seinem Rücktrittsrecht Gebrauch machen will, sofort Anzeige zu machen.

1255 (264).

2. Rücktrittsrecht
bei übergebener
Sache.

Ist der Kaufgegenstand vor geleisteter Zahlung in den Gewahrsam des Käufers übergegangen, so kann der Ver-

käufer wegen Verzuges des Käufers nur dann von dem Vertrage zurücktreten und die übergebene Sache zurückfordern, wenn er sich dieses Recht ausdrücklich vorbehalten hat.

1256.

Im kaufmännischen Verkehr hat der Verkäufer bei Verzug des Käufers das Recht, seinen Schaden nach der Differenz zwischen dem Kaufpreis und dem Preise zu berechnen, um den er die Sache in guten Treuen weiter verkauft hat.

3. Schadenersatz und Schadenberechnung.

Bei Waren, die einen Markt- oder Börsenpreis haben, kann er ohne einen solchen Verkauf die Differenz zwischen dem Vertragspreis und dem Kurs zur Erfüllungszeit als seinen Schaden einklagen.

1257 (265).

Ist kein anderer Zeitpunkt bestimmt, so wird der Kaufpreis mit dem Übergange des Kaufgegenstandes in den Gewahrsam des Käufers fällig.

IV. Fälligkeit des Kaufpreises.

1258 (266).

Abgesehen von der Vorschrift über den Verzug infolge eines bestimmten Verfalltages (1126) wird der Kaufpreis ohne Mahnung verzinslich:

V. Verzinsung des Kaufpreises.

1. wenn die Übung es mit sich bringt,
2. wenn der Käufer Früchte oder sonstige Erträge des Kaufgegenstandes beziehen kann.

Dritter Abschnitt.

Der Grundstückkauf.

1259.

Die Kaufverträge, die ein Grundstück zum Gegenstand haben, bedürfen zu ihrer Gültigkeit der öffentlichen Beurkundung (654).

A. Formvorschriften.
I. Kaufvertrag.

1260.

II. Vor- und
Nebenverträge.

Vorverträge über einen Grundstückskauf, sowie Verabredungen über Vorkauf und Rückkauf sind verbindlich, sobald sie in schriftlicher Form aufgestellt sind.

Dagegen kann jeder Beteiligte innerhalb drei Tagen vom Vorvertrag zurücktreten, indem er dem andern den zwanzigsten Teil des Kaufpreises als Reugeld entrichtet.

Mit dem Ablauf von sechs Monaten verlieren die Vorverträge jede Verbindlichkeit, sie können aber erneuert werden.

1261.

B. Bedingter Kauf.

Der Grundstückskauf kann weder bedingt noch unter Eigentumsvorbehalt abgeschlossen werden.

Bedingte Vorverträge sind jedoch zulässig.

1262.

C. Weiterverkauf
von landwirt-
schaftlichen
Gewerben.

Die Kantone können vorschreiben, daß ein landwirtschaftliches Gewerbe, das als Ganzes gekauft worden ist, vom Käufer vor Ablauf von höchstens fünf Jahren, seit es ihm zu Eigentum übertragen wurde, in Stücken nicht weiter verkauft werden dürfe.

Ein Verkauf, der diesen Vorschriften zuwiderläuft, ist nichtig und gibt kein Recht auf Eintragung in das Grundbuch.

Die zuständige Behörde kann jedoch einen früheren Verkauf, wo wichtige Gründe ihn rechtfertigen, gestatten, wie namentlich, wenn es sich um Verkauf von Baustellen, Verkauf durch die Erben des Käufers oder dergleichen handelt, worüber das kantonale Recht nähere Anordnungen erläßt.

1263.

D. Gewährleistung.

Der Verkäufer eines Grundstückes hat dem Käufer Ersatz zu leisten, wenn das Grundstück nicht das Maß besitzt, das im Grundbuch angegeben ist.

Die Pflicht zur Gewährleistung für die Mängel eines Gebäudes verjährt mit dem Ablauf von fünf Jahren, vom Erwerb des Eigentums an gerechnet.

1264.

Ist für die Übernahme des Grundstückes durch den Käufer ein bestimmter Zeitpunkt vertraglich festgestellt, so wird vermutet, daß erst mit diesem Zeitpunkt Nutzen und Gefahr auf den Käufer übergehen solle.

E. Tragung von Nutzen und Gefahr.

1265.

In allem übrigen finden auf den Grundstückskauf die Bestimmungen über den Fahrniskauf entsprechende Anwendung.

F. Verweisung auf den Fahrniskauf.

Vierter Abschnitt.

Besondere Arten des Kaufes.

1266 (267).

Bei dem Kaufe nach Muster (nach Probe) ist derjenige Teil, dem das Muster anvertraut wurde, nicht verpflichtet, die Identität des von ihm vorgewiesenen mit dem empfangenen Muster zu beweisen, sondern es genügt seine persönliche Versicherung vor Gericht.

A. Kauf nach Muster.
I. Beweislast.

Dieses gilt auch dann, wenn das Muster zwar nicht mehr in der Gestalt, die es bei der Übergabe hatte, vorgewiesen wird, diese Veränderung aber die notwendige Folge der Prüfung des Musters ist.

In allen Fällen steht der Gegenpartei der Beweis der Unechtheit offen.

1267 (268).

Ist das Muster bei dem Käufer, auch ohne dessen Verschulden, verdorben oder zu Grunde gegangen, so hat

II. Verlust des Musters.

nicht der Verkäufer zu beweisen, daß die Sache dem Muster gemäß sei, sondern der Käufer das Gegenteil.

1268 (269).

- B. Kauf auf Probe oder auf Besicht.
I. Bedeutung.
- Ist ein Kauf auf Probe oder auf Besicht vereinbart, so steht es im Belieben des Käufers, ob er die Kaufsache genehmigen will oder nicht.

Solange die Sache nicht genehmigt ist, bleibt sie im Eigentum des Verkäufers, auch wenn sie in den Gewahrsam des Käufers übergegangen ist.

1269 (270).

- II. Prüfung beim Verkäufer.
- Ist die Prüfung bei dem Verkäufer vorzunehmen, so hört dieser auf, gebunden zu sein, wenn der Käufer nicht bis zum Ablaufe der vereinbarten oder gebräuchlichen Frist genehmigt.

In Ermangelung einer solchen Frist kann der Verkäufer nach Ablauf einer angemessenen Zeit den Käufer zur Erklärung über die Genehmigung auffordern und hört auf gebunden zu sein, wenn der Käufer auf die Aufforderung hin sich nicht sofort erklärt.

1270 (271).

- III. Prüfung beim Käufer.
- Ist die Sache dem Käufer vor der Prüfung übergeben, so gilt der Kauf als genehmigt, wenn nicht der Käufer innerhalb der vertragsmäßigen oder üblichen Frist oder in Ermangelung einer solchen sofort auf die Aufforderung des Verkäufers hin die Nichtannahme erklärt oder die Sache zurückgibt.

Ebenso gilt der Kauf als genehmigt, wenn der Käufer den Preis ohne Vorbehalt ganz oder zum Teile bezahlt oder über die Sache in anderer Weise verfügt, als es zur Prüfung nötig ist.

1271.

Durch den Vorkaufsvertrag kann jemand einem andern das Recht einräumen, die Übertragung einer bestimmten Sache zu Eigentum zu beanspruchen, sobald der Versprechende sie einem andern verkauft.

Der Vorkäufer kann die Übertragung zu dem Preise und den Bedingungen verlangen, die der Vorkaufsvertrag oder mangels solcher Bestimmungen der Vertrag mit dem Dritten festsetzt.

Ist die Erfüllung von Leistungen, die der Dritte versprochen hat, dem Vorkäufer nicht möglich, so hat er dem Verkäufer deren Wert zu ersetzen.

C. Der Vorkauf.
I. Rechte des Vorkäufers.

1272.

Das Vorkaufsrecht kann vom Berechtigten nur während eines Monats geltend gemacht werden, nachdem er durch den Verkäufer oder den Dritten Kenntnis vom Verkauf erhalten hat.

Es kann auf länger als zehn Jahre nicht verabredet werden und ist, unter Vorbehalt anderer Abrede, innerhalb der verabredeten Zeit zwar vererblich, aber nicht übertragbar.

II. Beschränkung des Vorkaufs.

1273.

Durch den Rückkaufsvertrag kann sich ein Verkäufer das Recht wahren, die von ihm verkaufte Sache um einen bestimmten Preis, oder wenn kein Rückkaufspreis genannt ist, um den Verkaufspreis innerhalb einer bestimmten Zeit zurückzukaufen.

Das Rückkaufsrecht kann auf länger als zehn Jahre nicht verabredet werden.

D. Der Rückkauf.

1274.

Der Kaufvertrag auf einer gerichtlichen Zwangsversteigerung wird dadurch abgeschlossen, daß der Versteiger-

E. Versteigerung.
I. Abschluß des Kaufes.

rungsbeamte nach Maßgabe der Versteigerungsbedingungen die Annahme des Angebotes erklärt.

Der Kaufvertrag auf öffentlicher freiwilliger Versteigerung wird dadurch abgeschlossen, daß der Versteigernde ein Angebot annimmt.

Solange kein anderer Wille des Veräußerers kundgegeben ist, gilt der Leitende als bevollmächtigt, das höchste Angebot an der Versteigerung anzunehmen.

1275.

II. Gebundenheit
des Bietenden.

Der Bietende ist an sein Angebot gebunden nach Maßgabe der Versteigerungsbedingungen.

Er wird, falls diese nichts anderes bestimmen, frei, wenn ein höheres Angebot erfolgt oder sein Angebot nicht sofort nach dem üblichen Aufruf angenommen wird.

1276.

III. Barzahlung.

Bei der Versteigerung hat der Erwerber, wenn die Versteigerungsbedingungen nichts anderes vorsehen, Barzahlung zu leisten.

Der Veräußerer kann sofort vom Kauf zurücktreten, wenn nicht Zahlung in bar oder gemäß den Versteigerungsbedingungen geleistet wird.

1277.

IV. Gewährleistung.

Bei gerichtlicher Zwangsversteigerung findet, abgesehen von besonderen Zusicherungen oder von absichtlicher Täuschung der Bietenden, eine Gewährleistung nicht statt.

Der Ersteigerer erwirbt die Sache in dem Zustand und mit den Rechten und Lasten, die durch die öffentlichen Bücher oder die Versteigerungsbedingungen bekannt gegeben sind, oder von Gesetzes wegen bestehen.

Bei freiwilliger öffentlicher Versteigerung haftet der Veräußerer wie ein anderer Verkäufer, kann aber in den öffentlich kundgegebenen Versteigerungsbedingungen die Gewährleistung mit Ausnahme der Haftung für absichtliche Täuschung von sich ablehnen.

1278.

Der Ersteigerer erwirbt das Eigentum aus einer versteigerten Fahrnis mit deren Zuschlag, an einem versteigerten Grundstück dagegen erst mit der Eintragung ins Grundbuch.

V. Eigentums-
übergang.

Die Versteigerungsbehörde hat jedoch dem Grundbuchführer auf Grundlage des Steigerungsprotokolls den Eigentumswechsel zur Eintragung anzuzeigen.

Fünfter Abschnitt.

Der Tauschvertrag.

1279 (272).

Auf den Tauschvertrag finden die Vorschriften über den Kaufvertrag in dem Sinne entsprechende Anwendung, daß jede Vertragspartei mit bezug auf die von ihr versprochene Sache als Verkäufer und mit bezug auf die ihr zugesagte Sache als Käufer behandelt wird.

A. Im allgemeinen.

1280 (273).

Wird die eingetauschte Sache entwehrt oder wegen ihrer Mängel zurückgegeben, so hat die geschädigte Partei die Wahl, Schadenersatz zu begehren oder die vertauschte Sache zurückzufordern.

B. Gewährleistung.

Dreiunddreissigster Titel.

Die Schenkung.

1281.

A. Inhalt der Schenkung.

Als Schenkung ist jede Zuwendung aufzufassen, womit jemand aus seinem Vermögen einen andern bereichert, ohne entsprechende Gegenleistung.

Wer auf ein Recht verzichtet, bevor er es erworben hat, oder eine Erbschaft ausschlägt (567 f.), hat keine Schenkung gemacht.

Die Erfüllung einer sittlichen Pflicht wird nicht als Schenkung behandelt.

1282.

B. Persönliche Fähigkeit. I. Des Schenkers.

Wer handlungsfähig ist, kann über sein Vermögen schenkungsweise verfügen, soweit nicht das eheliche Güterrecht oder das Erbrecht ihm Schranken auferlegen.

Aus dem Vermögen eines Handlungsunfähigen kann eine Schenkung nur unter Vorbehalt der Verantwortlichkeit der gesetzlichen Vertreter, sowie unter Beobachtung der Vorschriften des Vormundschaftsrechtes gemacht werden.

Eine Schenkung kann auf Klage der Vormundschaftsbehörde für ungültig erklärt werden, wenn der Schenker wegen Verschwendung entmündigt wird und das Entmündigungsverfahren gegen ihn innerhalb eines Jahres seit der Schenkung eröffnet worden ist.

1283.

II. Des Beschenkten.

Eine Schenkung entgegennehmen und rechtsgültig erwerben kann auch ein Handlungsunfähiger, sobald er urteilsfähig ist.

Die Schenkung ist jedoch nicht erworben oder wird aufgehoben, sobald der gesetzliche Vertreter deren Annahme untersagt oder die Rückleistung anordnet.

1284.

Eine Schenkung von Hand zu Hand erfolgt durch Übergabe der Sache vom Schenker an den Beschenkten.

C. Errichtung der Schenkung.

I. Schenkung von Hand zu Hand.

Bei Grundeigentum und dinglichen Rechten an Grundstücken kommt eine Schenkung erst mit der Eintragung in das Grundbuch zustande.

Diese Eintragung setzt ein gültiges Schenkungsversprechen voraus.

1285.

Das Schenkungsversprechen bedarf zu seiner Gültigkeit der schriftlichen Form.

II. Schenkungsversprechen.

Sobald jedoch das Schenkungsversprechen vollzogen ist, wird das Verhältnis als Schenkung von Hand zu Hand beurteilt.

1286.

Wer in Schenkungsabsicht einem andern etwas zuwendet, kann, auch wenn er es tatsächlich aus seinem Vermögen ausgesondert hat, bis zur Annahme seitens des Beschenkten die Zuwendung jederzeit zurückziehen.

III. Bedeutung der Annahme.

1287.

Mit einer Schenkung können Bedingungen oder Auflagen verbunden werden.

D. Bedingungen und Auflagen.

I. Zulässigkeit.

Eine Schenkung, deren Vollziehbarkeit auf den Tod des Schenkers gestellt ist, steht unter den Vorschriften über die Verfügungen von Todes wegen.

1288.

II. Vollziehung der Auflagen.

Der Schenker kann die Vollziehung einer vom Beschenkten angenommenen Auflage nach dem Vertragsinhalt einklagen.

Liegt die Vollziehung der Auflage im öffentlichen Interesse, so kann nach dem Tode des Schenkers die zuständige Behörde die Vollziehung verlangen.

Der Beschenkte darf die Vollziehung einer Auflage verweigern, insoweit der Wert der Zuwendung die Kosten der Auflage nicht deckt und ihm der Ausfall nicht ersetzt wird.

1289.

III. Verabredung des Rückfalls.

Der Schenker kann den Rückfall der geschenkten Sache an sich selbst vorbehalten für den Fall, daß der Beschenkte vor ihm sterben sollte.

Dieses Rückfallsrecht kann bei Schenkung von Grundstücken oder dinglichen Rechten an solchen im Grundbuch vorgemerkt werden (998).

1290.

E. Verantwortlichkeit des Schenkers.

Der Schenker ist dem Beschenkten für den Schaden, der diesem aus der Schenkung erwächst, nur im Falle der Arglist oder der groben Fahrlässigkeit verantwortlich.

Im übrigen hat er ihm für die geschenkte Sache oder die abgetretene Forderung nur die Gewähr zu leisten, die er ihm versprochen hat.

1291.

F. Aufhebung der Schenkung.

I. Rückforderung der Schenkung von Hand zu Hand.

Bei der Schenkung von Hand zu Hand kann der Schenker das Geschenke, soweit der Beschenkte noch bereichert ist, zurückfordern:

1. wenn der Beschenkte gegen den Schenker oder gegen eine diesem nahe verbundene Person ein schweres Verbrechen begangen hat,

2. wenn er gegenüber dem Schenker oder einem von dessen Angehörigen die ihm obliegenden familienrechtlichen Pflichten schwer verletzt hat,

3. wenn er einen verschwenderischen oder unsittlichen Lebenswandel führt,

4. wenn er die mit der Schenkung verbundenen Auflagen ungerechtfertigter Weise nicht erfüllt.

1292.

Bei dem Schenkungsversprechen kann der Schenker die Erfüllung verweigern:

1. aus den gleichen Gründen, aus denen das Geschenkte bei der Schenkung von Hand zu Hand zurückgefordert werden kann (1291),

2. wenn seit dem Versprechen sich die Vermögensverhältnisse des Schenkers so geändert haben, daß die Schenkung ihn außerordentlich schwer belasten würde,

3. wenn seit dem Versprechen dem Schenker familienrechtliche Pflichten erwachsen sind, die vorher gar nicht oder in erheblich geringerem Umfange bestanden haben.

II. Hinfälligkeit des Schenkungsversprechens.

1. Verweigerung der Leistung.

1293.

Durch fruchtlose Pfändung oder Eröffnung des Konkurses gegen den Schenker wird jedes Schenkungsversprechen aufgehoben.

2. Aufhebung bei Pfändung und Konkurs.

1294.

Der Widerruf einer Schenkung kann während eines Jahres geltend gemacht werden, von dem Zeitpunkt an gerechnet, wo der Schenker von dem Widerrufsgrund Kenntnis erhalten hat.

III. Verjährung und Klagerecht der Erben.

Stirbt der Schenker vor Ablauf dieses Jahres, so geht das Klagerecht für den Rest der Frist auf dessen Erben über.

Die Erben des Schenkers können die Schenkung widerrufen, wenn der Beschenkte den Schenker vorsätzlich und rechtswidrig getötet oder am Widerruf gehindert hat.

1295.

IV. Tod des
Schenkers.

Hat sich der Schenker zu wiederkehrenden Leistungen verpflichtet, so erlischt die Verbindlichkeit mit seinem Tode, sofern es nicht anders verabredet ist.

Vierunddreissigster Titel.

Miete und Pacht.

Erster Abschnitt.

Die Miete.

1296 (274).

Durch den Mietvertrag verpflichtet sich der Vermieter, dem Mieter den Gebrauch einer Sache zu überlassen, und der Mieter, dem Vermieter hierfür eine Vergütung zu leisten. A. Begriff.

1297 (275).

Der Abschluß des Mietvertrages bedarf keiner besonderen Form. B. Entstehung.

Dagegen bedürfen Verabredungen über die Miete einer unbeweglichen Sache, soweit sie von dem Gesetze oder der Ortsübung abweichen, der schriftlichen Vertragsform.

1298 (276, 277).

Der Vermieter ist verpflichtet, die Sache in einem zu dem vertragsmäßigen Gebrauche geeigneten Zustande zu übergeben und während der Mietzeit in demselben zu erhalten. C. Pflichten des Vermieters.

I. Überlassung der Sache.

1. Übergabe in geeignetem Zustande.

Wird die Sache in einem Zustande übergeben, der den vertragsmäßigen Gebrauch ausschließt oder in erheblicher Weise schmälert, so ist der Mieter berechtigt, von dem Vertrage zurückzutreten (1131 bis 1134).

Handelt es sich um Mängel, die die Gesundheit des Mieters einer erheblichen Gefahr aussetzen, so kann dieser

auch dann von der Miete sofort zurücktreten, wenn er diese Gefahr beim Abschluß des Vertrages gekannt oder auf die Geltendmachung der ihm wegen dieser Gefahr zustehenden Rechte verzichtet hat.

1299 (277).

2. Späterer Eintritt vertragswidrigen Zustandes.

Gerät die Sache während der Mietzeit in einen Zustand, der den vertragsgemäßen Gebrauch ausschließt oder in erheblicher Weise schmälert, so kann der Mieter, wenn er nicht dafür verantwortlich ist, eine verhältnismäßige Herabsetzung des Mietzinses verlangen und, wenn dem Mangel nicht innerhalb angemessener Frist abgeholfen wird, von dem Verträge zurücktreten.

Für den Fall der Verschuldung des Vermieters bleibt überdies dem Mieter der Anspruch auf Schadenersatz vorbehalten.

1300.

3. Verfahren bei kleineren Mängeln.

Kleinere Mängel, die bei Antritt der Miete vorhanden sind oder während derselben eintreten, und die der Mieter nicht auf eigene Kosten zu heben hat (1306), kann er, wenn der Vermieter auf Anzeige innerhalb einer angemessenen Frist nicht Abhülfe schafft, auf dessen Kosten beseitigen lassen.

1301 (278).

4. Ausbesserungen während der Miete.

Wenn während der Mietzeit die vermietete Sache dringender Ausbesserungen bedarf, so muß der Mieter sich dieselben unter Vorbehalt seiner Rechte (1299, 1300) gefallen lassen.

1302 (279).

5. Unmöglichkeit der Benützung aus Gründen in der Person des Mieters.

Kann der Mieter wegen eigener Verschuldung oder wegen eines in seiner Person eingetretenen Zufalles von der gemieteten Sache keinen oder nur einen beschränkten Gebrauch machen, so bleibt er zur Entrichtung der vollen

Gegenleistung verbunden, vorausgesetzt, daß der Vermieter die vermietete Sache zu dem vertragsmäßigen Gebrauche des Mieters bereit gehalten hat.

Vorbehalten bleibt der Rücktritt vom Vertrag aus wichtigen Gründen (1316).

1303 (280).

Wenn ein Dritter auf die gemietete Sache einen Anspruch erhebt, der sich mit dem Rechte des Mieters nicht verträgt, so ist der Vermieter verpflichtet, auf Anzeige des Mieters hin den Rechtsstreit zu übernehmen und im Falle einer Störung des Mieters in der vertragsmäßigen Benutzung des Mietgegenstandes Schadenersatz zu leisten.

II. Haftung gegenüber Ansprüchen Dritter.

1. Gewährleistung

1304 (281).

Wird die vermietete Sache während der Mietzeit vom Vermieter veräußert oder ihm infolge von Schuldbetreibung, Arrestprozeß oder Konkursverfahren entzogen, so kann der Mieter die Fortsetzung des Mietvertrages von dem Dritten nur fordern, wenn dieser sie übernommen hat, während der Vermieter zur Erfüllung des Vertrages oder zu Schadenersatz verpflichtet bleibt.

2. Kauf bricht Miete.

Bei unbeweglichen Mietsachen hat jedoch der neue Erwerber, sofern der Vertrag keine frühere Beendigung gestattet, unter Beobachtung der gesetzlich vorgeschriebenen Fristen (1314) dem Mieter zu kündigen.

Vorbehalten bleiben die besondern Bestimmungen über die Wirkung der Zwangsenteignung.

1305.

Das Mietverhältnis an einem Grundstück kann mit Einwilligung des Eigentümers im Grundbuch vorgemerkt werden.

3. Dingliche Wirkung bei Eintragung in das Grundbuch.

Wirkung dieser Vormerkung ist, daß jeder neue Eigentümer dem Mieter die Benutzung des Grundstückes nach Maßgabe des Mietvertrages gestatten muß.

1306 (282).

III. Tragung der Lasten, Abgaben, Ausbesserungen.

Der Vermieter hat die auf der vermieteten Sache haftenden Lasten und Abgaben zu tragen.

Die kleinen, für den gewöhnlichen Gebrauch der gemieteten Sache erforderlichen Reinigungen und Ausbesserungen liegen dem Mieter, die größeren Wiederherstellungen dem Vermieter ob, je nach Maßgabe des Ortsgebrauches.

1307 (283).

D. Pflichten des Mieters.

I. Haftung für pflichtgemäße Sorgfalt.

1. Im allgemeinen.

Der Mieter ist verpflichtet, bei dem Gebrauche der gemieteten Sache mit aller Sorgfalt zu verfahren.

Macht der Mieter ungeachtet erfolgter Abmahnung einen vertragswidrigen Gebrauch von der Sache, oder fügt er derselben durch offenbaren Mißbrauch dauernden Schaden zu, so kann der Vermieter die sofortige Auflösung des Mietvertrages nebst Schadenersatz verlangen.

1308 (284).

2. Anzeigepflicht.

Sind Ausbesserungen an der gemieteten Sache nötig, welche dem Vermieter obliegen, oder maßt sich ein Dritter Rechte an der gemieteten Sache an, so ist der Mieter bei Vermeidung von Schadenersatz verpflichtet, dem Vermieter sofort Anzeige zu machen.

1309 (285).

3. Haftung bei Untermiete.

Der Mieter ist berechtigt, die gemietete Sache ganz oder teilweise weiter zu vermieten oder die Miete an eine dritte Person abzutreten (Untermiete), vorausgesetzt, daß dadurch nicht eine für den Vermieter nachteilige Veränderung bewirkt wird.

Der Mieter haftet dem Vermieter dafür, daß der Untermieter die Sache nicht anders gebrauche, als es dem Mieter gestattet ist.

Der Vermieter ist berechtigt, den Untermieter unmittelbar hierzu anzuhalten.

1310 (286).

Der Mieter ist verpflichtet, den Mietzins zu der vereinbarten oder ortsüblichen Zeit zu bezahlen.

II. Entrichtung des Mietzinses.

Fehlt es an einer solchen Zeitbestimmung, so ist der Mietzins bei Mieten, die für die Dauer von einem oder mehreren Jahren oder Halbjahren ausdrücklich oder stillschweigend abgeschlossen sind, je nach Ablauf eines halben Jahres, bei Mieten von kürzerer Dauer je nach Ablauf eines Monats, spätestens aber am Ende der Mietzeit zu bezahlen.

1311 (287).

Wenn der Mieter mit einer vor Ablauf der Mietzeit fälligen Zinszahlung im Rückstande geblieben ist, so kann ihm der Vermieter bei Mieten, die für ein halbes Jahr oder längere Zeit geschlossen sind, eine Frist von dreißig Tagen, bei Mieten von kürzerer Dauer eine Frist von sechs Tagen mit der Androhung ansetzen, daß, sofern nicht innerhalb dieser Frist der rückständige Mietzins bezahlt werde, der Mietvertrag mit deren Ablauf aufgelöst sei.

E. Beendigung.
I. Verzug des Mieters mit Zahlung des Mietzinses.

Die Frist ist von dem Tage an zu berechnen, an dem deren Ansetzung dem Mieter zugekommen ist.

Vorbehalten bleiben allfällige Entschädigungsansprüche des Vermieters.

1312 (288).

Wenn der Mieter in Konkurs fällt, so ist der Vermieter zur Auflösung der Miete berechtigt, sofern ihm nicht binnen angemessener Frist für die rückständigen und die später fälligen Mietzinse Sicherheit geleistet wird.

II. Konkurs des Mieters.

1313 (289).

III. Kündigung.

1. Recht zur Kündigung.

Ist eine bestimmte Dauer der Miete weder ausdrücklich noch stillschweigend vereinbart worden, so ist sowohl der Mieter als der Vermieter berechtigt, das Mietverhältnis durch Kündigung zu beenden.

1314 (290).

2. Kündigungsfristen.

Wenn der Vertrag nicht etwas anderes bestimmt, so können von jedem Teile gekündigt werden:

1. unmöblierte Wohnungen, Geschäftslokale, Werkstätten, Verkaufsläden, Magazine, Keller, Scheunen, Stallungen und ähnliche Räumlichkeiten nur auf das nächste ortsübliche Ziel oder, in Ermangelung eines bestimmten Ortsgebrauches, je auf Ende einer halbjährlichen Mietsdauer, in beiden Fällen mit einer vorausgehenden dreimonatlichen Kündigungsfrist,
2. möblierte Wohnungen oder einzelne Zimmer oder das Mobiliar für eine Wohnung nur auf Ende einer monatlichen Mietsdauer, mit vorausgehender, zweiwöchentlicher Kündigungsfrist,
3. andere gemietete bewegliche Sachen auf jeden beliebigen Zeitpunkt, mit einer Kündigungsfrist von drei Tagen.

1315 (291).

IV. Stillschweigende Erneuerung.

Ist der Mietvertrag auf eine bestimmte Zeit geschlossen und nach deren Ablauf das Mietverhältnis mit Wissen und ohne Widerspruch des Vermieters fortgesetzt worden, so gilt der Vertrag in Ermangelung besonderer Vereinbarungen bis auf den Zeitpunkt als erneuert, auf den er mit Beobachtung der gesetzlich vorgeschriebenen Fristen (1314) gekündigt wird.

1316 (292).

V. Rücktritt.

1. Aus wichtigen Gründen.

Bei einer auf bestimmte Zeit geschlossenen Miete einer unbeweglichen Sache kann vor Ablauf der Mietzeit jeder

Teil aus wichtigen Gründen, die ihm die Fortsetzung des Mietverhältnisses unerträglich machen, dem anderen Teil unter Beobachtung der gesetzlichen Fristen (1314) kündigen, wenn er letzterem vollen Ersatz anbietet.

Können sich die Parteien über die Art oder das Maß des Ersatzes nicht verständigen, so entscheidet der Richter, der aber, wenn die Miete für ein Jahr oder längere Zeit abgeschlossen ist, dem Vermieter oder Mieter mindestens einen halben Jahreszins zuzusprechen hat.

Der Mieter hat die Mietsache nur dann zu verlassen, wenn ihm der Ersatz geleistet ist.

1317 (293).

Stirbt der Mieter, so sind sowohl seine Erben als der Vermieter berechtigt, die auf ein Jahr oder für längere Zeit abgeschlossene Miete unter Beobachtung der gesetzlichen Fristen (1314) auf das nächste Ziel ohne Entschädigung zu kündigen.

2. Tod des Mieters.

1318.

Wenn der Mieter die gemieteten Räume nicht mit beweglichen Sachen ausstattet, mit denen der Vermieter durch Retentionsrecht für seine Forderung gesichert wird (1320), so kann er andere Sicherung von ihm verlangen, und wenn diese nicht in einer angemessenen Frist geleistet wird, vom Vertrag zurücktreten.

3. Mangelnde Sicherung.

Er hat dabei die gleichen Fristen zu beobachten, wie beim Rücktritt aus einem wichtigen Grunde.

1319.

Nach Beendigung des Mietverhältnisses hat der Mieter IV. den Mietgegenstand in dem Zustande zurückzugeben, in dem er ihn erhalten hat.

IV. Rückgabe des Mietgegenstandes.

Er haftet nicht für die aus der vertragsgemäßen Benutzung sich ergebende Abnutzung oder Veränderung.

Es wird vermutet, daß der Mieter den Gegenstand in gutem Zustand empfangen habe.

1320 (294, 295).

F. Retentionsrecht des Vermieters.

1. Inhalt und Voraussetzung der Haftung der Sachen.

Der Vermieter einer unbeweglichen Sache hat für einen verfallenen und den laufenden Jahreszins ein Retentionsrecht an den beweglichen Sachen, die sich in den vermieteten Räumen befinden und zu deren Einrichtung oder Benutzung gehören.

Das Retentionsrecht des Vermieters erstreckt sich auch auf die von dem Untermieter eingebrachten Gegenstände, so weit diesem gegenüber das Recht des Untervermieters reicht.

1321 (294).

2. Ausschluß der Haftung.

Die Ansprüche Dritter aus dem Besitzesrecht (972), wie namentlich an Sachen, von denen der Vermieter wußte oder wissen mußte, daß sie nicht dem Mieter gehören (975), bleiben auch dem Retentionsrecht des Vermieters gegenüber vorbehalten.

Ausgeschlossen ist das Retentionsrecht an Sachen, die der Pfändung durch die Gläubiger des Mieters entzogen sein würden.

1322 (294).

3. Umfang der Haftung.

Der Vermieter kann, wenn der Mieter wegziehen oder die in den gemieteten Räumen befindlichen Sachen fortschaffen will, auf Grund seines Retentionsrechtes mit Hülfe der zuständigen Amtsstelle so viele Sachen zurückhalten, als zu seiner Deckung erforderlich sind.

Zweiter Abschnitt.

Die Pacht.

1323 (296).

A. Begriff.

Durch den Pachtvertrag verpflichtet sich der Verpächter, dem Pächter eine unbewegliche Sache oder ein nutzbares

Recht (Jagd, Fischerei, Gewerbe patent und dergleichen) zum Bezuge der Früchte oder Erträgnisse zu überlassen, und der Pächter, hierfür einen Pachtzins zu bezahlen.

Der Pachtzins kann entweder in Geld bestehen oder in einem Bruchteil der Früchte oder Erträgnisse (Teilpacht).

Für die Teilpacht bleibt in bezug auf das Recht des Verpächters an den Früchten die Ortsübung vorbehalten.

1324.

Auf die Entstehung der Pacht finden die Vorschriften B. Entstehung. über die Miete (1297) entsprechende Anwendung.

1325 (300).

Der Verpächter ist verpflichtet, dem Pächter den Pachtgegenstand mit Inbegriff der allfällig mitverpachteten beweglichen Sachen in einem zur vertragsgemäßen Benutzung und Bewirtschaftung geeigneten Zustande zu übergeben.

Im Falle der Nichterfüllung dieser Pflicht finden die Bestimmungen über die Gewährleistung des Vermieters (1298 bis 1302) entsprechende Anwendung.

- C. Pflichten des Verpächters.
- I. Überlassung der Sache.
- 1. Übergabe in geeignetem Zustand.

1326 (301).

Während der Pachtzeit notwendig werdende Hauptreparaturen an dem Pachtgegenstande hat der Verpächter sofort, nachdem ihm der Pächter von deren Notwendigkeit Kenntnis gegeben hat, auf seine Kosten auszuführen.

- 2. Ausbesserungen.

1327 (298).

Kann der Pächter wegen eigenen Verschuldens oder wegen eines in seiner Person eingetretenen Zufalles vom Pachtgegenstand keinen oder nur einen beschränkten Gebrauch machen, so bleibt er zur Entrichtung der vollen Gegenleistung verbunden, vorausgesetzt, daß der Verpächter den Pachtgegenstand zum vertragsmäßigen Gebrauche des Pächters bereit gehalten hat.

- 3. Unmöglichkeit der Benutzung aus Gründen in der Person des Pächters.

Vorbehalten bleibt der Rücktritt vom Vertrag aus wichtigen Gründen (1339).

1328.

II. Gewährleistung
gegenüber
Ansprüchen
Dritter.

Für die Gewährleistung bei einem Ansprüche Dritter auf den Pachtgegenstand finden die Bestimmungen über die Miete (1303) entsprechende Anwendung.

1329 (314).

III. Veräußerung
des Pacht-
gegenstandes.

Wird der Pachtgegenstand während der Pachtzeit vom Verpächter veräußert oder ihm infolge von Schuldbetreibung, Arrestprozeß oder Konkursverfahren entzogen, so kann der Pächter die Fortsetzung des Pachtvertrages von dem Dritten nur fordern, wenn dieser sie übernommen hat, während der Verpächter zur Erfüllung des Vertrages oder zu Schadenersatz verpflichtet bleibt.

Der neue Erwerber hat jedoch, sofern der Vertrag keine frühere Beendigung der Pacht gestattet, unter Beobachtung der gesetzlichen sechsmonatlichen Frist (1338) zu kündigen.

Ist das Pachtverhältnis im Grundbuch vorgemerkt, so hat dies die gleiche Wirkung wie bei der Miete (1305).

1330 (299).

IV. Schätzung des
Inventars.

Werden Gerätschaften, Vieh oder Vorräte mit in Pacht übergeben, so ist jeder Teil verpflichtet, dem andern ein genaues, von ihm unterzeichnetes Inventar dieser Gegenstände zu übergeben und zu einer gemeinsamen Schätzung derselben Hand zu bieten.

1331 (302).

V. Tragung der
Lasten und
Abgaben.

Der Verpächter hat die auf dem Pachtgegenstande haftenden Lasten und Abgaben zu tragen.

1332 (303).

Der Pächter ist verpflichtet, den gepachteten Gegenstand sorgfältig seiner Bestimmung gemäß zu bewirtschaften, insbesondere für nachhaltige Ertragsfähigkeit desselben zu sorgen.

Änderungen in der hergebrachten Bewirtschaftung, die über die Pachtzeit hinaus von wesentlichem Einflusse sein können, darf der Pächter nicht vornehmen.

D. Pflichten des Pächters.

I. Haftung für pflichtgemäße Sorgfalt.

1. Im allgemeinen

1333 (304).

Der Pächter hat für den ordentlichen Unterhalt des Pachtgegenstandes zu sorgen.

Er hat die kleineren Reparaturen, insbesondere bei landwirtschaftlichen Pachtgütern den gewöhnlichen Unterhalt der Wege, Stege, Gräben, Dämme, Zäune, Dächer, Wasserleitungen u. s. f. nach Ortsgebrauch vorzunehmen, ferner die Gerätschaften und Werkzeuge von geringem Werte, die durch Alter oder Gebrauch untergegangen sind, durch andere zu ersetzen.

2. Betr. den ordentlichen Unterhalt.

1334 (305).

Sind Hauptreparaturen am Pachtgegenstande nötig, oder muß sich ein Dritter Rechte an demselben an, so ist der Pächter bei Vermeidung von Schadenersatz verpflichtet, dem Verpächter sofort Anzeige zu machen.

3. Anzeigepflicht.

1335 (306).

Der Pächter darf den Pachtgegenstand ohne Zustimmung des Verpächters nicht weiter verpachten.

Dagegen darf er einzelne zum Pachtgegenstande gehörende Räume vermieten, vorausgesetzt, daß dadurch nicht eine für den Verpächter nachteilige Veränderung bewirkt wird.

Auf eine solche Miete, beziehungsweise auf die Unterpacht, sofern sie gestattet ist, finden die Bestimmungen über die Untermiete (1309) entsprechende Anwendung.

II. Unterpacht.

1336 (307).

III. Entrichtung des Pachtzinses.

1. Im allgemeinen.

Der Pächter ist verpflichtet, den Pachtzins zu der vereinbarten oder ortsüblichen Zeit zu bezahlen.

Fehlt es an einer solchen Zeitbestimmung, so ist der Pachtzins nach Ablauf je eines Pachtjahres, spätestens aber am Ende der Pachtzeit zu bezahlen.

Der Verpächter hat für seine Forderung das gleiche Retentionsrecht, wie es für die Mietzinsforderung vorgesehen ist (1320 bis 1322).

1337 (308).

2. Nachlaß bei Unglücksfällen.

Der Pächter eines landwirtschaftlichen Grundstückes kann einen verhältnismäßigen Nachlaß vom Pachtzinse fordern, wenn der gewöhnliche Ertrag infolge außerordentlicher Unglücksfälle einen beträchtlichen Abbruch erlitten hat.

Ein zum voraus erklärter Verzicht auf dieses Recht ist nur dann verbindlich, wenn das mögliche Eintreten des Unglücksfalles bei der Bestimmung des Pachtzinses schon berücksichtigt ist, oder wenn der Schaden dem Pächter infolge von Versicherung vergütet wird.

1338 (309).

D. Beendigung.
I. Kündigungsrecht.

Sofern nicht über die Pachtzeit durch Vereinbarung oder durch Ortsgebrauch etwas anderes bestimmt ist, steht jedem Teile das Recht zu, das Pachtverhältnis unter Beobachtung einer mindestens sechsmonatlichen Kündigungsfrist zu kündigen.

Bei der Pacht landwirtschaftlicher Grundstücke kann mangels anderer Vereinbarung nur auf einen dem Ortsgebrauch entsprechenden Herbst- oder Frühjahrstermin, bei allen anderen Pachtgegenständen dagegen auf jeden beliebigen Termin gekündigt werden.

1339 (310).

II. Rücktritt aus wichtigen Gründen.

Ist die Pacht auf eine bestimmte Anzahl von Jahren abgeschlossen, so kann vor Ablauf der Pachtzeit jeder Teil

aus wichtigen Gründen, die ihm die Fortsetzung des Pachtverhältnisses unerträglich machen, dem anderen Teile den Pachtvertrag unter Beobachtung der gesetzlichen Frist von sechs Monaten (1338) kündigen, wenn er ihm vollen Ersatz anbietet.

Können sich die Parteien über die Art oder das Maß des Ersatzes nicht verständigen, so entscheidet der Richter, der in jedem Falle aber den Ersatz mindestens auf einen Jahreszins anzusetzen hat.

Der Pächter hat den Pachtgegenstand nur dann zu verlassen, wenn ihm der Ersatz geleistet ist.

1340 (311).

Ist ein Pachtvertrag auf eine bestimmte Zeit abgeschlossen und nach deren Ablauf das Pachtverhältnis mit Wissen und ohne Widerspruch des Verpächters fortgesetzt worden, so gilt der Vertrag in Ermangelung besonderer Vereinbarungen auf je ein Jahr als erneuert, bis er durch sechsmonatliche Kündigung auf Ende eines solchen Pachtjahres aufgelöst wird.

III. Stillschweigende
Erneuerung.

1341 (312).

Wenn der Pächter den Pachtzins zur Verfallzeit nicht bezahlt, so kann ihm der Verpächter eine Frist von sechzig Tagen mit der Androhung ansetzen, daß, sofern nicht innerhalb dieser Frist der rückständige Zins bezahlt werde, der Pachtvertrag mit deren Ablauf aufgelöst sei.

IV. Verzug des
Pächters.

Die Frist ist von dem Tage an zu berechnen, an dem deren Ansetzung dem Pächter zugekommen ist.

1342 (313).

Wenn der Pächter die ihm obliegenden Pflichten in bezug auf die Benützung und Unterhaltung des Pachtgegenstandes (1332 und 1333) in erheblicher Weise verletzt und auf ergangene Aufforderung hin nicht innerhalb einer ihm

V. Rücktrittsrecht
des Verpächters.

vom Verpächter angesetzten angemessenen Frist erfüllt, so ist der Verpächter berechtigt, den Pachtvertrag ohne weiteres aufzuheben.

Auch in diesem Falle gelangen die Vorschriften über die Verrechnung der Früchte und Verwendungen zur Anwendung (1347).

1343 (315).

VI. Konkurs des Pächters.

Fällt der Pächter in Konkurs, so erlischt das Pachtverhältnis mit der Konkurseröffnung.

Sofern jedoch dem Verpächter für den laufenden Pachtzins und den Bestand des Inventars hinreichende Sicherheit geleistet wird, ist derselbe pflichtig, die Pacht bis zu Ende des Pachtjahres fortzusetzen.

1344 (316).

VII. Tod des Pächters.

Stirbt der Pächter, so sind sowohl seine Erben als der Verpächter berechtigt, die Pacht unter Beobachtung der gesetzlichen sechsmonatlichen Frist (1338) zu kündigen.

1345 (317).

E. Auseinandersetzung bei der Beendigung.

Bei Beendigung der Pacht sind der Pachtgegenstand und sämtliche Inventarstücke in dem Zustande, in dem sie sich befinden, zurückzuerstatten.

I. Rückgabepflicht.

Für Verschlechterungen, die bei gehöriger Bewirtschaftung zu vermeiden waren, hat der Pächter Ersatz zu leisten.

Für Verbesserungen, die lediglich aus der gehörigen Bewirtschaftung hervorgegangen sind, hat er keinen Ersatz zu fordern.

1346 (318).

II. Abgeschätzte Inventarstücke.

Wurden bei der Übergabe die Inventarstücke abgeschätzt, so hat der Pächter bei Beendigung der Pacht ein

nach Gattung und Schätzungswert dem übernommenen gleichkommendes Inventar zurückzuerstatten oder den Minderwert zu ersetzen.

Die Pflicht zum Ersatze des Minderwertes fällt weg, wenn der Pächter nachweist, daß einzelne Stücke entweder durch Verschulden des Verpächters untergegangen oder durch höhere Gewalt zerstört worden sind.

Für den Mehrwert, der als Ergebnis seiner Verwendung und Arbeit zu betrachten ist, kann der Pächter Ersatz fordern.

1347 (312).

Bei der Pacht eines landwirtschaftlichen Grundstückes hat der Pächter auf die bei der Auflösung des Vertragsverhältnisses noch nicht eingesammelten Früchte keinen Anspruch.

III. Verrechnung betreffend die Früchte bei der Auflösung.

Dagegen sind ihm die auf deren Erzeugung gemachten Verwendungen nach richterlichem Ermessen unter Verrechnung des laufenden Pachtzinses zu vergüten.

1348 (319).

Der abziehende Pächter eines landwirtschaftlichen Grundstückes muß das Stroh und den Dünger des letzten Jahres zurücklassen.

Er hat aber ein Recht auf Ersatz des Mehrwertes, wenn er beim Antritte der Pacht weniger empfangen hatte.

1349.

Für Viehpacht und Viehverstellung, die nicht mit einer landwirtschaftlichen Verpachtung verbunden sind, bleibt der Ortsgebrauch vorbehalten.

F. Viehpacht und Viehverstellung.
I. Ortsgebrauch.

Wo durch den Vertrag oder nach dem Ortsgebrauch nichts anderes bestimmt ist, kommen die folgenden Vorschriften zur Anwendung.

1350.

II. Inhalt der Viehpacht.

Die Nutzung von eingestelltem Vieh gehört aus der ganzen Zeit der Verstellung dem Einsteller.

Dieser hat jedoch dem Versteller einen Zins in Geld oder in einem Teil der Nutzung zu entrichten und übernimmt Fütterung und Pflege des Viehes.

1351.

III. Aufhebung.

Ist der Vertrag auf unbestimmte Zeit geschlossen, so kann er von jeder Partei auf einen beliebigen Termin gekündigt werden.

Es soll jedoch in guten Treuen und nicht zur Unzeit geschehen.

1352.

IV. Haftbarkeit.

Der Einsteller haftet für den Schaden, der dem eingestellten Vieh widerfährt, wenn er nicht beweist, daß er trotz aller Betätigung der schuldigen Hut und Pflege nicht habe vermieden werden können.

Außerordentliche Pflegekosten kann der Einsteller dem Versteller verrechnen, wenn er an deren Notwendigkeit nicht selber schuld ist.

Von erheblicheren Unfällen oder Erkrankungen hat der Einsteller dem Versteller sobald als möglich Anzeige zu machen, damit dieser die nötigen Anordnungen treffen kann.

Fünfunddreissigster Titel.

Die Gebrauchsleihe.

1353 (321).

Durch den Gebrauchsleihevertrag verpflichtet sich der Verleiher, eine Sache an den Entlehner zu unentgeltlichem Gebrauche zu überlassen, und der Entlehner, dieselbe Sache nach gemachtem Gebrauche an den Verleiher zurückzugeben.

A. Der Begriff.

1354 (322).

Der Entlehner darf von der geliehenen Sache nur denjenigen Gebrauch machen, der sich aus dem Vertrage oder, wenn darüber nichts vereinbart ist, aus ihrer Beschaffenheit oder Zweckbestimmung ergibt.

B. Wirkung.

I. Gebrauchsrecht des Entlehners.

Er darf den Gebrauch nicht einem andern überlassen.

Handelt der Entlehner diesen Bestimmungen zuwider, so haftet er auch für den Zufall, wenn er nicht beweist, daß dieser die Sache auch sonst getroffen hätte.

1355 (323).

Der Entlehner trägt die gewöhnlichen Kosten für die Erhaltung der Sache, bei geliehenen Tieren insbesondere die Kosten der Fütterung.

II. Kosten der Erhaltung.

Für außerordentliche Verwendungen, die er im Interesse des Verleihers machen mußte, kann er von diesem Ersatz fordern.

1356 (324).

Haben mehrere eine Sache gemeinschaftlich entlehnt, so haften sie solidarisch.

III. Haftung mehrerer Entlehner.

1357 (325).

Ist für die Gebrauchsleihe eine bestimmte Dauer nicht vereinbart, so endigt sie, sobald der Entlehner den vertragsmäßigen Gebrauch gemacht hat, oder mit Ablauf der Zeit, binnen derer dieser Gebrauch hätte stattfinden können.

C. Die Beendigung.

I. Bei bestimmtem Gebrauche.

1. Gebundenheit an Zeit.

1358 (326).

2. Vorzeitige Rückforderung.

Der Verleiher kann die Sache früher zurückfordern, wenn der Entlehner sie vertragswidrig gebraucht oder verschlechtert oder einem Dritten zum Gebrauche überläßt, oder wenn er selbst wegen eines unvorhergesehenen Falles der Sache dringend bedarf.

1359 (327).

II. Bei unbestimmtem Gebrauche.

Wenn der Verleiher die Sache zu einem weder der Dauer noch dem Zwecke nach bestimmten Gebrauche überlassen hat, so kann er dieselbe beliebig zurückfordern.

1360 (328).

III. Tod des Entlehners.

Die Gebrauchsleihe endet mit dem Tode des Entlehners.

Sechsendreissigster Titel.

Das Darlehen.

1361 (329).

A. Der Begriff.

Durch den Darlehensvertrag verpflichtet sich der Darleiher zur Übertragung des Eigentums an einer Summe Geldes oder an andern vertretbaren Sachen, der Borger dagegen zur Rückerstattung von Sachen der nämlichen Art in gleicher Menge und Güte.

1362 (330).

B. Die Wirkung.

I. Zinspflicht des Borgers.

Das Darlehen ist im gewöhnlichen Verkehre nur dann verzinslich, wenn Zinse verabredet sind.

Im kaufmännischen Verkehre sind auch ohne Verabredung Zinse zu bezahlen.

1363 (331).

Der Anspruch des Borgers auf Aushändigung des Darlehens und der Anspruch des Darleihers auf Annahme desselben verjährt in sechs Monaten vom Eintritte des Verzuges an gerechnet.

- II. Verpflichtung des Darleihers.
1. Verjährung des Anspruchs des Borgers.

1364 (332).

Der Darleiher kann die Aushändigung des Darlehens verweigern, wenn der Borgers seit dem Vertragsabschlusse fruchtlos gepfändet worden oder in Konkurs geraten ist, oder die Zahlungen eingestellt hat.

2. Zahlungsunfähigkeit des Borgers.

Diese Befugnis steht dem Darleiher auch dann zu, wenn die fruchtlose Pfändung, der Konkurs oder die Zahlungseinstellung schon vor Abschluß des Vertrages eingetreten, ihm aber erst nach demselben bekannt geworden ist.

1365 (333).

Sind dem Borgers statt der verabredeten Geldsumme Wertpapiere oder Waren gegeben worden, so gilt als Darlehenssumme der Kurswert oder der Marktpreis, den diese Papiere oder Waren zur Zeit und am Orte der Hingabe hatten.

- C. Hingabe an Geldes statt.

Eine entgegenstehende Übereinkunft ist nichtig.

1366 (334).

Wenn der Vertrag die Höhe des Zinsfußes nicht bestimmt, so ist derjenige Zinsfuß zu vermuten, der zur Zeit und am Orte des Darlehensempfanges für die betreffende Art von Darlehen üblich war.

- D. Zinsvorschriften.
I. Höhe des Zinsfußes.

Mangels anderer Abrede sind versprochene Zinse als Jahreszins zu entrichten.

1367 (335).

Die vorherige Übereinkunft, daß die Zinse zum Kapital geschlagen und mit diesem weiter verzinst werden sollen, ist ungültig.

- II. Verbot von Zinseszinsen.

Vorbehalten sind die kaufmännischen Zinsberechnungen im Kontokorrent und ähnliche Geschäftsformen, bei denen die Berechnung von Zinseszinsen üblich ist (Sparkassen, Rentenanstalten u. s. w.).

1368 (336).

E. Beendigung.

Ein Darlehen, für dessen Rückzahlung weder ein bestimmter Termin, noch eine Kündigungsfrist, noch der Verfall auf beliebige Aufforderung hin vereinbart wurde, ist innerhalb sechs Wochen von der ersten Aufforderung an zurückzubezahlen.

Siebenunddreissigster Titel.

Der Dienstvertrag.

1369.

A. Der Begriff.

Jeder Vertrag, wonach jemand als Arbeiter, Angestellter oder Lehrling einem Dienstherrn oder Arbeitgeber Dienste auf bestimmte oder unbestimmte Zeit gegen Lohn zu entrichten hat, ist als Dienstvertrag zu beurteilen.

Der Vertrag ist auch dann ein Dienstvertrag, wenn dem Arbeitnehmer der Lohn nach Maßgabe der geleisteten Arbeit und nicht nach der Zeit versprochen wird (Stücklohn, Akkord), sobald er von ein und demselben Arbeitgeber auf bestimmte oder unbestimmte Zeit angestellt ist.

Wer nicht angestellt ist, steht nur dann im Dienstvertrag, wenn er seine Arbeit nach der Zeit verrichtet.

1370.

B: Die Entstehung.

I. Im allgemeinen.

Der Dienstvertrag entsteht, wo es nicht anders bestimmt ist, durch formlose mündliche Vereinbarung.

1371.

Wer im Gewerbebetrieb eine größere Zahl von Arbeitern nach einer einheitlichen Arbeitsordnung anstellt, kann den einzelnen auf deren Bestimmungen nur dadurch rechtsgültig verpflichten, daß er diese Ordnung schriftlich aufsetzt und den Arbeitern vor ihrer Anstellung bekannt gibt.

Der Inhalt des Dienstvertrages kann durch Vertrag des Arbeitgebers mit Berufsgenossenschaften und dergleichen festgestellt werden.

II. Bei größerer Zahl von Arbeitern.

1372.

Lehrverträge mit Unmündigen sind nur dann verbindlich, wenn sie schriftlich abgefaßt und von dem Meister und dem Inhaber der elterlichen Gewalt oder dem Vormund unter Zustimmung der Vormundschaftsbehörde (430) unterzeichnet sind.

In den Vertrag sind über die Dauer der beruflichen Ausbildung und der Dienstleistung, die Zahl der regelmäßigen Arbeitsstunden, den Unterhalt oder andere Leistungen die erforderlichen Bestimmungen aufzunehmen.

III. Beim Lehrvertrag.

1373.

Der Vertragsinhalt kann innerhalb der Schranken der guten Sitte und des Gesetzes beliebig vereinbart werden.

Die zuständigen kantonalen Behörden können auf Vorschlag von Berufsgenossenschaften und gemeinnützigen Verbindungen über einzelne Arten von Dienstverträgen, wie namentlich über den Lehrlingsvertrag, Normalverträge aufsetzen, deren Inhalt als Vertragswille angenommen wird, sobald eine angemessene Veröffentlichung derselben stattgefunden hat und keine Abweichungen vereinbart werden.

Solche Normalverträge unterliegen der Prüfung und Genehmigung des Bundesrates.

C. Wirkung.
I. Der Vertragsinhalt.

1374 (339).

II. Pflichten des Dienstpflichtigen.

1. Persönliche Arbeit.

Der Dienstpflichtige hat, wenn sich nicht aus der Vereinbarung oder aus den Umständen etwas anderes ergibt, die versprochenen Dienste in eigener Person zu leisten.

Die Übertragung der Rechte des Arbeitgebers auf einen andern ist unter dem gleichen Vorbehalt ausgeschlossen.

1375.

2. Haftung für Sorgfalt.

Der Dienstpflichtige hat die übernommene Arbeit mit Sorgfalt auszuführen.

Er ist für den Schaden verantwortlich, den er aus Arglist oder Nachlässigkeit dem Arbeitgeber zufügt.

Das Maß der Sorgfalt, für die der Dienstpflichtige einzustehen hat, bestimmt sich nach dem Anstellungsverhältnis, unter Berücksichtigung des Bildungsgrades oder der Fachkenntnisse, die zu der Arbeit verlangt werden, sowie der Kenntnis von den Eigenschaften des Angestellten oder Arbeiters, die der Arbeitgeber beim Abschluß des Vertrages gehabt hat oder bei schuldiger Aufmerksamkeit hätte haben müssen.

1376.

3. Haftung beim Stücklohnvertrag.

Arbeitet der Dienstpflichtige auf Stücklohn oder im Akkord, so finden hinsichtlich der Verantwortlichkeit für den Stoff und der vertragsgemäßen Ausführung der Arbeit die Bestimmungen über den Werkvertrag entsprechende Anwendung (1408 bis 1415, 1419, 1426, 1427).

1377.

III. Pflichten des Arbeitgebers.

1. Löhnung.

a. Betrag und Art der Entrichtung.

Der Arbeitgeber hat dem Arbeitnehmer die als Lohn vereinbarte oder in den für ihn gültigen Normalverträgen oder Tarifen aufgestellte Geldleistung in Landesmünze zu entrichten.

Eine Vergütung gilt als in einem der Übung entsprechenden Betrage vereinbart, wenn die Dienstleistung nach den Umständen nur gegen eine solche zu erwarten war.

Ist neben dem Lohn ein Gewinnanteil vereinbart, so hat der Dienstherr dem Dienstpflichtigen über Gewinn und Verlust die nötigen Aufschlüsse zu geben.

1378.

Arbeitet der Dienstpflichtige auf Stücklohn oder im Akkord, so hat er für die Dauer des Vertragsverhältnisses darauf Anspruch, daß ihm Arbeit zugewiesen oder der aus der Arbeitslosigkeit entstehende Schaden ersetzt werde.

b. Rechtauf Arbeit.

1379.

Sofern nicht vorgängige oder periodische Bezahlung vereinbart wurde oder üblich ist, muß die Vergütung erst entrichtet werden, wenn die Dienste geleistet sind.

c. Zahltag.

Bei der Anstellung auf unbestimmte Vertragszeit gilt der Termin, auf den von dem Antritt des Dienstes oder der letzten Zahlung an hätte gekündigt werden können, vermutungsweise als Zahltag.

Die Lohnforderung wird fällig in jedem Falle mit der Beendigung des Dienstvertrages.

1380.

Der Arbeitgeber ist verpflichtet, dem Dienstpflichtigen nach Maßgabe der bereits vorliegenden oder hinreichend gesicherten Arbeitsleistung in jedem Falle den Vorschuß zu gewähren, den der Arbeiter zum Unterhalt für sich und seine Familie oder zur Abwendung einer wirtschaftlichen Gefahr nötig hat und den der Dienstherr ohne eigene Not zu gewähren vermag.

d. Vorschüsse.

1381 (341).

Bei einem Dienstvertrage von längerer Dauer geht dem Dienstpflichtigen sein Anspruch auf die Vergütung nicht

e. Lohn bei Verhinderung an der Arbeitsleistung.

verloren, wenn er durch Krankheit, durch obligatorischen Militärdienst oder aus ähnlichen Gründen ohne eigenes Verschulden auf verhältnismäßig kurze Zeit an der Leistung seiner Dienste verhindert wird.

Die Dauer ist hierbei nicht nur nach der Frist, auf die eine Kündigung erfolgen kann, sondern auch nach der Dauer der bishin dem Arbeitgeber geleisteten Dienste zu beurteilen.

Der Arbeitgeber kann sich von dieser Pflicht nicht befreien, darf aber im Falle der Verhinderung durch Krankheit Krankengelder von Kassen, an die er Beiträge leistet, im Verhältnis dieser Beiträge zur Gesamtleistung in Abzug bringen.

1382.

f. Zuschuß für Mehrarbeit.

Wird gegenüber dem vertraglich bestimmten oder üblichen Maß der Arbeit eine Mehrarbeit notwendig, so ist der Arbeiter verpflichtet, sie zu übernehmen, wenn er sie zu leisten vermag und die Weigerung der Übernahme einen Verstoß gegen Treu und Glauben bedeuten würde.

Für diese Mehrarbeit hat er Anspruch auf einen Zuschuß am Lohn, der nach dem Verhältnis zum vereinbarten Lohn und unter Würdigung der besonderen Umstände zu bemessen ist.

1383.

g. Ausbildung im Lehrvertrag.

Beim Lehrvertrag hat der Meister den Lehrling nach bestem Vermögen fachgemäß auszubilden.

Er hat ihm den Besuch des Unterrichtes zu ermöglichen, der zu seiner Ausbildung dient, soweit dies mit der Haus- und Geschäftsordnung und der Ausbildung beim Meister verträglich ist.

1384.

2. Werkzeug und Material.

Der Arbeitgeber hat den Arbeitern, wo es nicht anders verabredet oder üblich ist, die Ausrüstung mit Werkzeug

und Material zu liefern, die der Arbeiter zur Verrichtung der Arbeit nötig hat.

Wird durch den Arbeiter hieran etwas geleistet, so ist er dafür zu entschädigen.

1385.

Der Arbeitgeber hat für angemessene, gesunde Arbeitsräume zu sorgen.

Er hat für die Schutzvorrichtungen zu sorgen, die der jeweilige Stand der Technik unter Rücksicht auf das einzelne Arbeitsverhältnis und die Natur der Dienstleistung an die Hand gibt.

3. Arbeitsräume und Schutzvorrichtungen.

1386.

Der Dienstherr darf seine Lohnschuld mit einer Forderung, die er an den Arbeiter hat, wie namentlich auf Schadenersatz, insoweit nicht verrechnen, als die Lohnforderung nach Schuldbetreibungs- und Konkursrecht für einen Gläubiger des Arbeiters nicht pfändbar sein würde.

4. Verrechnung zwischen Lohn, Schadenersatz und andern Forderungen.

1387.

Der Dienstherr hat dem Arbeiter die landesüblichen freien Stunden oder Tage zu gewähren.

Er hat ihm vor Beendigung des Dienstverhältnisses Zeit für die erforderliche Umschau nach neuer Arbeitsgelegenheit zu geben.

Der Dienstpflichtige hat in allen diesen Fällen auf die Interessen des Arbeitgebers möglichst Rücksicht zu nehmen.

5. Gewährung von Freizeit.

1388.

Der Arbeitgeber hat dem Dienstpflichtigen auf sein Verlangen über die Art und Dauer des Dienstverhältnisses ein Zeugnis auszustellen.

6. Zeugnispflicht des Dienstherrn.

1389.

IV. Hausgemeinschaft.

Wird der Arbeiter in die Hausgemeinschaft des Arbeitgebers aufgenommen als Dienstbote, Lehrling oder Geselle, so bildet der Unterhalt im Hause mit Nahrung und Wohnung, wo es nicht anders verabredet oder üblich ist, einen Teil der Löhnung.

Der Arbeitgeber hat in diesem Falle dem Dienstpflichtigen den Unterhalt mit Inbegriff der Pflege und ärztlichen Behandlung auch dann zu gewähren, wenn er auf verhältnismäßig kurze Zeit durch Krankheit ohne eigenes Verschulden an der Leistung seiner Dienste verhindert wird (1381).

Im übrigen steht diese Gemeinschaft unter den Vorschriften über die Hausgewalt (338 ff.).

1390.

D. Beendigung.
I. Zeitablauf.

Ist der Dienstvertrag auf eine bestimmte Zeit abgeschlossen, so endigt er, wo es nicht anders verabredet oder üblich ist, ohne jede Aufkündigung mit dem Ablauf dieser Zeit.

1391 (342).

II. Stillschweigende
Erneuerung.

Wird ein auf Jahresfrist oder auf eine kürzere Zeit eingegangenes Dienstverhältnis nach Ablauf der Dienstzeit von beiden Teilen stillschweigend fortgesetzt, so gilt der Vertrag als erneuert für die gleiche Zeit.

War die festgesetzte Dienstzeit länger, so gilt die Erneuerung für ein Jahr.

Hat der Auflösung des Vertrages nach Verabredung oder Ortsübung eine Kündigung voranzugehen, so gilt die beiderseitige Unterlassung derselben als Erneuerung des Vertrages.

1392 (343).

III. Kündigung und
gesetzliche
Fristen.

Ist ein Dienstvertrag nicht auf bestimmte Zeitdauer eingegangen und ergibt sich eine solche auch nicht aus dem

1. Im allgemeinen. angegebenen Zwecke der Dienste, so kann der Vertrag von

beiden Teilen in den gesetzlichen oder üblichen Fristen gekündigt werden.

Bestehen darüber weder besondere Gesetze noch Abreden oder Übungen, so kann der Vertrag auf den Ablauf je eines Kalendermonats durch vorangehende mindestens vierzehntägige Kündigung aufgehoben werden.

Fällt der Anfang des Dienstverhältnisses nicht mit dem Anfange eines Kalendermonats zusammen, so kann frühestens auf das Ende des nächstfolgenden gekündigt werden.

1393.

Hat ein Dienstverhältnis über ein Jahr gedauert, so kann es von seiten des Dienstpflichtigen wie des Arbeitgebers mit einer Frist von sechs Wochen auf Ende des laufenden Quartals gekündigt werden.

Durch Abrede kann diese Frist abgeändert, jedoch nicht unter eine vierzehntägige Kündigungsfrist auf Ende des Monats angesetzt werden.

1394 (344).

Wird bei Anstellung auf länger als einen Monat eine Probezeit verabredet, so kann für die Dauer von höchstens zwei Monaten, wenn es nicht anders verabredet oder üblich ist, eine Kündigung jederzeit auf Ende einer Woche mit wenigstens acht Tagen Kündigungsfrist vorgenommen werden.

Bei dem Gesellen- und Dienstbotenverhältnisse gelten, wenn es nicht anders verabredet oder üblich ist, die ersten zwei Wochen vom Antritt der Dienste an als Probezeit in dem Sinne, daß es bis zum Ablauf dieser Zeit jedem Teile freisteht, das Verhältnis unter Einhaltung einer mindestens dreitägigen Kündigungsfrist aufzulösen.

1395 (345).

Ist ein Dienstvertrag auf die Lebenszeit einer Partei oder für länger als fünf Jahre eingegangen, so kann er

2. Bei überjährigen Dienstverhältnissen.

3. Probezeit.

4. Vertrag auf Lebenszeit.

vom Dienstpflichtigen jederzeit durch sechsmonatliche Kündigung ohne Entschädigung gelöst werden.

1396 (346).

IV. Rücktritt.

1. Aus wichtigen Gründen.

a. Befugnis.

Aus wichtigen Gründen kann sowohl der Dienstpflichtige als der Arbeitgeber jederzeit und sofort vom Dienstvertrag zurücktreten.

Als wichtiger Grund ist namentlich jeder Umstand anzusehen, bei dessen Vorhandensein dem Zurücktretenden aus sittlichen Rücksichten oder nach Treu und Glauben die Fortsetzung des Verhältnisses nicht mehr zugemutet werden darf.

Über das Vorhandensein solcher Umstände entscheidet der Richter nach seinem Ermessen, darf aber in keinem Falle die Leistung obligatorischen Militärdienstes als wichtigen Grund anerkennen.

1397 (346).

b. Schadenersatz und Löhnung.

Liegen die wichtigen Gründe in schuldhaftem, vertragswidrigem Verhalten des einen Teiles, so hat dieser vollen Schadenersatz zu leisten.

Im übrigen werden die vermögensrechtlichen Folgen des Rücktritts vom Richter nach seinem Ermessen bestimmt, unter Würdigung der Umstände und des Ortsgebrauches.

1398.

2. Wegen Lohngefährdung.

Besteht für den Dienstpflichtigen die Gefahr, daß er wegen Zahlungsunfähigkeit den Lohn am Zahltag nicht erhalten werde, so ist er befugt, das Dienstverhältnis aufzuheben, sobald ihm auf sein Begehren nicht angemessene Sicherheit geleistet wird.

1399 (347).

V. Todesfall.

Das Dienstverhältnis erlischt mit dem Tode des Dienstpflichtigen.

Mit dem Tode des Arbeitgebers fällt es dahin, wenn der Vertrag wesentlich mit Rücksicht auf dessen Person eingegangen worden ist.

Bei der Entrichtung des Lohnes ist in diesem Falle auch die Schädigung billig zu berücksichtigen, die der Dienstpflichtige aus der durch den Tod des Arbeitgebers herbeigeführten Aufhebung des Dienstverhältnisses erfährt.

1400.

Bei Dienstverhältnissen, die dem Dienstpflichtigen einen Einblick in Kundenkreise oder Geschäftsgeheimnisse gewähren, kann in dem Dienstvertrag die Bestimmung aufgenommen werden, daß der Dienstpflichtige nach der Beendigung des Verhältnisses weder auf eigenen Namen ein mit dem Arbeitgeber konkurrierendes Geschäft betreiben noch an einem solchen sich als Anteilhaber oder auf andere Weise betätigen dürfe.

Dieses Verbot ist nur insoweit verbindlich, als es in angemessener Weise zeitlich und örtlich begrenzt ist und der Dienstpflichtige durch die Verwertung jenes Einblickes den Arbeitgeber erheblich schädigen könnte.

1401.

Der Dienstpflichtige, der ein Konkurrenzverbot übertritt, ist seinem ehemaligen Dienstherrn zum Ersatz alles Schadens verpflichtet, der diesem hieraus in der Zeit der Wirksamkeit des Verbots entsteht.

Ist eine Konventionalstrafe auf die Übertretung des Verbotes angesetzt, so kann der Dienstpflichtige durch deren Entrichtung sich von dem Verbote befreien.

Die Befugnis des Richters zur Herabsetzung übermäßiger Konventionalstrafen (1189) bleibt vorbehalten.

E. Konkurrenz-
verbote.
I. Zulässigkeit.

II. Folgen der Übertretung.

1402.

III. Hinfälligkeit des Verbotes.

Das Konkurrenzverbot fällt dahin, wenn der Arbeitgeber nachweisbar kein Interesse an dessen Aufrechterhaltung besitzt.

Ferner kann der Arbeitgeber wegen Übertretung des Verbotes nicht klagen, wenn er das Verhältnis zum Dienstpflichtigen ohne erheblichen Anlaß oder aus einem Anlaß, den er selbst zu verantworten hat, aufgehoben oder durch sein eigenes Verschulden dem Angestellten einen Grund zur Aufhebung des Vertrages gegeben hat.

1403 (348).

F. Anwendung auf wissenschaftliche Berufsarten.

Die Vorschriften dieses Titels finden, wo die Voraussetzungen des Dienstvertrages vorliegen, auch Anwendung auf Dienstverhältnisse, in denen gegen Honorar Arbeiten zu leisten sind, die besondere wissenschaftliche oder künstlerische Ausbildung voraussetzen (freie Dienste).

1404 (349).

G. Vorbehalt des öffentlichen Rechts.

Die öffentlichen Beamten und Angestellten stehen unter dem öffentlichen Recht des Bundes und der Kantone.

Achtunddreissigster Titel.

Der Werkvertrag.

1405 (350).

A. Der Begriff.

Durch den Werkvertrag verpflichtet sich der Unternehmer zur Fertigstellung eines Werkes und der Besteller zur Leistung einer Vergütung.

1406 (351).

B. Die Wirkungen.

Der Unternehmer ist verpflichtet das Werk persönlich auszuführen oder unter seiner persönlichen Leitung ausführen zu lassen.

I. Pflichten des des Unternehmers.

1. Persönliche Ausföhrung.

Ausgenommen sind die Fälle, in denen es nach der Natur des Geschäftes auf persönliche Eigenschaften des Unternehmers nicht ankommt.

Der Unternehmer haftet für jedes Verschulden der Personen, denen er die Ausführung überträgt.

1407 (352).

Soweit der Unternehmer die Lieferung des Stoffes übernommen hat, haftet er dem Besteller für die Güte desselben und hat Gewähr zu leisten wie ein Verkäufer.

Den vom Besteller gelieferten Stoff hat der Unternehmer mit aller Sorgfalt zu behandeln und über dessen Verwendung Rechenschaft abzulegen.

Ein allfälliger Rest ist dem Besteller zurückzugeben.

2. Gewährleistung
für den Stoff.

1408 (353).

Für die zur Ausführung des Werkes nötigen Hilfsmittel, Werkzeuge und Gerätschaften hat der Unternehmer in Ermangelung anderweitiger Verabredung oder Übung auf seine Kosten zu sorgen.

3. Sorge für die
Hilfsmittel.

1409 (354).

Beginnt der Unternehmer das Werk nicht rechtzeitig oder verzögert er die Ausführung in vertragswidriger Weise oder ist er damit ohne Schuld des Bestellers so sehr im Rückstande, daß die rechtzeitige Vollendung nicht mehr voraussesehen ist, so kann der Besteller, ohne den Lieferungs-termin abzuwarten, vom Vertrage zurücktreten (1131 bis 1134).

4. Rechtzeitige
Vornahme der
Arbeit.

1410 (355).

Läßt sich während der Ausführung des Werkes eine mangelhafte oder sonst vertragswidrige Erstellung durch Verschulden des Unternehmers bestimmt voraussehen, so kann ihm der Besteller eine angemessene Frist zur Abhilfe ansetzen oder ansetzen lassen, mit der Androhung,

5. Vertragsgemäße
Ausführung.

daß im Unterlassungsfalle die Verbesserung oder die Fortführung des Werkes auf Gefahr und Kosten des Unternehmers einem Dritten übertragen würde.

1411 (356).

6. Anzeige von
Mängeln des
Stoffes u. a.

Zeigen sich bei der Ausführung des Werkes Mängel an dem vom Besteller gelieferten Stoffe oder an dem angewiesenen Baugrunde oder ergeben sich sonst Verhältnisse, die eine gehörige oder rechtzeitige Ausführung des Werkes gefährden, so hat der Unternehmer dem Besteller ohne Verzug davon Anzeige zu machen, widrigenfalls die nachteiligen Folgen ihm zur Last fallen.

1412 (357).

7. Haftung für
Mängel.
a. Untersuchungs-
und Anzeige-
pflicht des Be-
stellers.

Nach Ablieferung des Werkes hat der Besteller, sobald es nach dem üblichen Geschäftsgange tunlich ist, dessen Beschaffenheit zu prüfen und den Unternehmer von allfälligen Mängeln in Kenntnis zu setzen.

Jeder Teil ist berechtigt, auf seine Kosten eine Prüfung des Werkes durch Sachverständige und die Beurkundung des Befundes zu verlangen.

1413 (358).

b. Recht des Be-
stellers bei
Mängeln.

Leidet das Werk an so erheblichen Mängeln oder weicht es sonst vom Vertrage so sehr ab, daß es für den Besteller unbrauchbar ist oder daß ihm die Annahme billigerweise nicht zugemutet werden kann, so darf er diese verweigern und bei Verschulden des Unternehmers Schadenersatz fordern.

Sind die Mängel oder die Abweichungen vom Vertrage minder erheblich, so kann der Besteller einen dem Minderwerte des Werkes entsprechenden Abzug am Lohne machen oder auch, sofern dieses dem Unternehmer nicht übermäßige Kosten verursacht, die unentgeltliche Verbesserung des Werkes und bei Verschulden Schadenersatz verlangen.

Bei Werken, die auf dem Grund und Boden des Bestellers errichtet sind und ihrer Natur nach nur mit unverhältnismäßigen Nachteilen entfernt werden können, ist der Besteller nur zu diesen letztern Maßnahmen berechtigt.

1414 (359).

Die dem Besteller bei Mangelhaftigkeit des Werkes gegebenen Rechte (1413) fallen dahin, wenn er durch Weisungen, die er entgegen den ausdrücklichen Abmahnungen des Unternehmers über die Ausführung erteilte, oder auf andere Weise die Mängel selbst verschuldet hat.

c. Ausnahmen bei eigener Verantwortlichkeit des Bestellers.

1415 (360).

Wird das abgelieferte Werk vom Besteller ausdrücklich oder stillschweigend genehmigt, so ist der Unternehmer von seiner Haftpflicht befreit, soweit es sich nicht um Mängel handelt, die bei der Abnahme und ordnungsmäßigen Prüfung nicht erkennbar waren oder vom Unternehmer arglistig verschwiegen wurden.

d. Entlastung des Unternehmers.

Als stillschweigende Genehmigung gilt es, wenn der Besteller die gesetzlich vorgesehene Prüfung und Anzeige (1412) unterläßt.

Treten die Mängel erst später zu Tage, so muß die Anzeige sofort nach der Entdeckung erfolgen, widrigenfalls das Werk auch rücksichtlich dieser Mängel als genehmigt gilt.

1416 (362).

Die Ansprüche des Bestellers wegen allfälliger Mängel des Werkes verjähren gleich den entsprechenden Ansprüchen des Käufers (1248 ff.).

e. Verjährung.

Die Klage des Bestellers eines Bauwerkes gegen den Unternehmer verjährt jedoch, wenn es nicht anders verabredet wird, erst nach fünf Jahren seit der Abnahme.

1417 (363).

II. Pflichten des Bestellers.

1. Fälligkeit des Lohnes.

Der Besteller hat den Lohn bei der Ablieferung des Werkes zu zahlen.

Ist das Werk in Teilen zu liefern und der Lohn nach Teilen bestimmt, so hat Zahlung für jeden Teil bei dessen Ablieferung zu erfolgen.

1418 (364).

2. Bestellung um festen Preis.

a. Feste Übernahme.

Wurde der Lohn für das Werk zum voraus genau bestimmt, so ist der Unternehmer verpflichtet, es um diese Summe fertig zu stellen.

1419 (364).

b. Mehrkosten des Unternehmers.

Der Unternehmer darf keine Erhöhung fordern, auch wenn er mehr Arbeit oder größere Auslagen gehabt hat, als vorgesehen war.

Falls jedoch außerordentliche Umstände, die nicht vorausgesehen werden konnten oder nach den bei der Vertragschließung von den beiden Beteiligten angenommenen Voraussetzungen ausgeschlossen waren, die Fertigstellung hindern oder übermäßig erschweren, so kann der Richter nach seinem Ermessen eine Erhöhung des Preises oder die Auflösung des Vertrages bewilligen.

1420 (364).

c. Minderkosten des Unternehmers.

Der Besteller hat immer den vollen Lohn zu bezahlen, auch wenn die Fertigstellung des Werkes weniger Arbeit verursacht, als vorgesehen war.

1421 (365).

3. Festsetzung des Lohnes nach Wert der Arbeit.

Ist der Lohn zum voraus entweder gar nicht oder nur ungefähr bestimmt worden, so wird er nach Maßgabe des Wertes der Arbeit und der Aufwendungen des Unternehmers festgesetzt.

1422 (366).

Wird ein mit dem Unternehmer verabredeter unfahrer Ansatz ohne Zutun des Bestellers unverhältnismäßig überschritten, so hat dieser sowohl während als nach der Ausführung des Werkes das Recht, vom Vertrag zurückzutreten.

Bei Bauten, die auf Grund und Boden des Bestellers errichtet werden, kann dieser eine angemessene Herabsetzung des Lohnes verlangen oder, wenn die Baute noch nicht vollendet ist, gegen billigen Ersatz der bereits ausgeführten Arbeiten dem Unternehmer die Fortführung entziehen und vom Verträge zurücktreten.

- C. Beendigung.
I. Rücktrittsrecht des Bestellers.

1423 (367).

Geht das Werk vor seiner Übernahme durch Zufall zu Grunde, so kann der Unternehmer weder Lohn für seine Arbeit noch Vergütung seiner Auslagen verlangen, außer wenn der Besteller sich mit der Annahme im Verzug befindet.

Der Verlust des zu Grunde gegangenen Stoffes trifft in diesem Falle denjenigen Teil, der ihn geliefert hat.

- II. Untergang des Werkes.
1. Durch Zufall.

1424 (368).

Ist das Werk wegen eines Mangels des vom Besteller gelieferten Stoffes oder infolge der vom Besteller vorgeschriebenen Art der Ausführung zu Grunde gegangen, ohne daß der Unternehmer die ihm obliegende Pflicht (1411) versäumt hat, so kann dieser die Vergütung der bereits geleisteten Arbeit und der im Lohne nicht eingeschlossenen Auslagen verlangen.

Trifft den Besteller ein Verschulden, so hat der Unternehmer überdies Anspruch auf Schadenersatz, insbesondere auf Vergütung des entgangenen Gewinnes.

2. Durch Schuld des Bestellers.

1425 (369).

III. Rücktritt des Bestellers gegen Schadloshaltung.

Solange das Werk unvollendet ist, kann der Besteller gegen Vergütung der bereits geleisteten Arbeit und gegen volle Schadloshaltung des Unternehmers jederzeit vom Vertrag zurücktreten.

1426 (370).

IV. Unmöglichkeit der Erfüllung aus Verhältnissen des Bestellers.

Wird die Vollendung des Werkes durch einen beim Besteller eingetretenen Zufall unmöglich, so hat der Unternehmer Anspruch auf Vergütung der geleisteten Arbeit und der im Lohne nicht inbegriffenen Auslagen.

Hat der Besteller die Unmöglichkeit der Ausführung verschuldet, so kann der Unternehmer überdies Schadenersatz fordern.

1427 (371).

V. Verhinderung des Unternehmers.

Stirbt der Unternehmer oder wird er ohne seine Schuld zur Vollendung des Werkes unfähig, so erlischt der Werkvertrag, wenn er mit Rücksicht auf die persönlichen Eigenschaften des Unternehmers eingegangen war.

Der Besteller ist verpflichtet, den bereits ausgeführten Teil des Werkes, soweit dieser für ihn brauchbar ist, anzunehmen und nach Verhältnis zu bezahlen.

Neununddreissigster Titel.

Der Verlagsvertrag.

1428 (372).

A. Der Begriff.

Durch den Verlagsvertrag verpflichten sich der Urheber eines literarischen oder künstlerischen Werkes oder seine Rechtsnachfolger (Verlaggeber), das Werk einem Verleger zum Zwecke der Herausgabe zu überlassen, der Verleger dagegen, das Werk zu vervielfältigen und in Vertrieb zu setzen.

1429 (373).

Durch den Verlagsvertrag wird, vorbehältlich besonderer Vereinbarungen, das Urheberrecht insoweit und auf so lange dem Verleger zur Ausübung übertragen, als dasselbe dazu dient, den Verlag zu sichern.

- B. Die Wirkungen.
I. Übertragung des Urheberrechts.

1430 (374).

Der Verlaggeber hat dem Verleger dafür einzustehen, daß er zur Zeit des Vertragsabschlusses zu der Verlagsgabe berechtigt war.

- II. Gewährleistung für das Verlagsrecht.

Er hat, wenn das Werk vorher ganz oder teilweise einem Dritten in Verlag gegeben oder sonst mit seinem Wissen veröffentlicht war, dieses vor dem Vertragsabschlusse zu erklären.

1431 (375).

Solange die Auflagen des Werkes, zu denen der Verleger berechtigt ist, nicht vergriffen sind, darf der Verlaggeber weder über das Werk im ganzen noch über dessen einzelne Teile zum Nachteile des Verlegers anderweitig verfügen.

- III. Verfügungsrechte des Verlagsgebers.
1. Verbot nachteiliger Verfügungen.

1432 (376).

Zeitungsartikel und einzelne kleinere Aufsätze in Zeitschriften darf der Verlaggeber jederzeit weiter veröffentlichen.

Beiträge an Sammelwerke oder größere Beiträge an Zeitschriften darf der Verlaggeber nicht vor Ablauf von drei Monaten nach dem vollständigen Erscheinen des Beitrages weiter veröffentlichen.

2. Rechte betr. Zeitungsartikel.

1433 (377).

Wurde über die Anzahl der Auflagen nichts bestimmt, so ist der Verleger nur zu einer Auflage berechtigt.

Die Stärke der Auflage ist, wenn darüber nichts vereinbart wurde, vom Verleger festzusetzen.

- IV. Bestimmung der Auflagen.

Er hat auf Verlangen des Verlegers wenigstens so viele Exemplare drucken zu lassen, als zu einem gehörigen Umsatz erforderlich sind, und darf nach Vollendung des ersten Druckes keine neuen Abdrücke veranstalten.

1434 (378).

V. Vervielfältigung und Verbreitung.

Der Verleger ist verpflichtet, das Werk ohne Kürzungen, ohne Zusätze und ohne Abänderungen in angemessener Ausstattung zu vervielfältigen, für gehörige Anzeige zu sorgen und die üblichen Mittel für den Absatz zu verwenden.

Die Preisbestimmung hängt von dem Ermessen des Verlegers ab, doch darf er nicht durch übermäßige Preisforderung den Absatz hindern.

1435 (379).

VI. Verbesserungen und Berichtigungen.

1. Recht des Urhebers.

Der Urheber behält, solange er die Fähigkeit besitzt, auch das Recht, solche Berichtigungen und Verbesserungen an seinem Werke vorzunehmen, die er für nötig erachtet, ist aber für unvorhergesehene Kosten, die er dadurch dem Verleger verursacht, Ersatz schuldig.

Dieses Recht steht jedoch nur dem Urheber persönlich zu und geht nicht auf die Erben über.

1436 (379).

2. Stellung des Verlegers.

Der Verleger darf keine neue Ausgabe oder Auflage machen und keinen neuen Abdruck vornehmen, ohne zuvor dem Urheber Gelegenheit zu verschaffen, die notwendigen Verbesserungen anzubringen.

Vorbehalten bleibt der Einspruch des Verlegers gegen solche Änderungen, die seine Verlagsinteressen oder seine Ehre verletzen oder seine Verantwortlichkeit steigern.

1437 (380).

VII. Neue Auflagen.

Wurde das Verlagsrecht für mehrere Auflagen oder für alle Auflagen übertragen und versäumt es der Verleger,

eine neue Auflage zu veranstalten, nachdem die letzte vergriffen ist, so kann ihm der Verlaggeber gerichtlich eine Frist zur Herstellung einer neuen Auflage ansetzen lassen, nach deren fruchtlosem Ablauf der Verleger sein Recht verwirkt.

1438 (381).

Ist die besondere Ausgabe mehrerer einzelner Werke desselben Urhebers zum Verlag überlassen worden, so gibt dieses dem Verleger nicht auch das Recht, eine Gesamtausgabe dieser Werke zu veranstalten.

VIII. Gesamtausgaben und Einzelausgaben.

Ebensowenig hat der Verleger, dem eine Gesamtausgabe der sämtlichen Werke oder einer ganzen Gattung von Werken desselben Urhebers überlassen worden ist, das Recht, von den einzelnen Werken besondere Ausgaben zu veranstalten.

1439 (382).

Das Recht, eine Übersetzung des Werkes zu veranstalten, bleibt, wenn nichts anderes mit dem Verleger vereinbart ist, ausschließlich dem Verlaggeber vorbehalten.

IX. Übersetzungsrecht.

1440 (383, 384).

Ein Honorar an den Verlaggeber gilt als stillschweigend vereinbart, wenn nach den Umständen die Überlassung des Werkes nur gegen ein Honorar zu erwarten war.

X. Honorar des Verlaggebers.
1. Höhe des Honorars.

Die Größe desselben bestimmt der Richter auf das Gutachten von Sachverständigen.

Hat der Verleger das Recht zu mehreren Auflagen, so wird vermutet, daß für jede folgende von ihm veranstaltete Auflage dieselben Honorar- und übrigen Vertragsbedingungen gelten, wie für die erste Auflage.

1441 (385, 386).

Das Honorar wird fällig, sobald das ganze Werk, oder wenn es in Abteilungen (Bänden, Heften, Blättern) erscheint, sobald die Abteilung gedruckt ist und ausgegeben werden kann.

2. Fälligkeit und Abrechnung.

1442.

3. Freixemplare.

Der Verlagegeber hat mangels einer andern Abrede Anspruch auf die übliche Zahl von Freixemplaren.

Wird das Honorar ganz oder teilweise von dem erwarteten Absatze abhängig gemacht, so ist der Verleger zu übungsgemäßer Abrechnung und Nachweisung des Absatzes verpflichtet.

1443 (387).

C. Beendigung.

I. Untergang des Werkes.

Geht das Werk nach seiner Ablieferung an den Verleger durch Zufall unter, so ist der Verleger zur Zahlung des Honorars verpflichtet.

Besitzt der Autor noch ein zweites Exemplar des untergegangenen Werkes, so hat er es dem Verleger zu überlassen, und kann er das Werk mit geringer Mühe wieder herstellen, so ist er auch dazu verpflichtet, beides gegen angemessene Entschädigung.

1444 (388).

II. Untergang der Auflage.

Geht die vom Verleger bereits hergestellte Auflage des Werkes ganz oder zum Teile durch Zufall unter, bevor der Vertrieb begonnen hat, so ist der Verleger berechtigt, die untergegangenen Exemplare auf seine Kosten neu herzustellen, ohne daß der Verlagegeber ein neues Honorar dafür fordern kann.

1445 (389).

III. Tod des Urhebers u. andere Verhinderungsgründe.

Der Verlagsvertrag erlischt, wenn der Urheber vor der Vollendung des Werkes stirbt oder unfähig oder ohne sein Verschulden verhindert wird, es zu vollenden.

Ausnahmsweise kann der Richter, wenn die ganze oder teilweise Fortsetzung des Vertragsverhältnisses möglich und billig erscheint, dieselbe bewilligen und das Nötige anordnen.

1446 (390).

IV. Konkurs des Verlegers.

Gerät der Verleger in Konkurs, so kann der Verlagegeber das Werk einem anderen Verleger übertragen, wenn

ihm nicht für Erfüllung der zur Zeit der Konkursöffnung noch nicht verfallenen Verlagsverbindlichkeiten Sicherheit geleistet wird.

1447 (391).

Wenn einer oder mehrere Verfasser nach einem ihnen vom Verleger vorgelegten Plane die Bearbeitung eines Werkes übernehmen, so haben sie nur auf das bedungene Honorar Anspruch.

D. Bestellung eines Werkes durch den Verleger.

Dem Verleger steht in der Folge das freie Verlagsrecht zu.

Vierzigster Titel.

Der Auftrag.

Erster Abschnitt.

Der einfache Auftrag.

1448 (392).

Durch die Annahme eines Auftrages verpflichtet sich A. Der Begriff der Beauftragte, die ihm übertragenen Geschäfte nach dem Willen des Auftraggebers zu besorgen.

Eine Vergütung (Provision, Honorar) ist nur dann zu leisten, wenn eine solche verabredet oder üblich ist.

1449 (393).

Als angenommen gilt ein nicht sofort abgelehnter Auftrag, wenn er sich auf die Besorgung solcher Geschäfte bezieht, die der Beauftragte kraft obrigkeitlicher Bestellung oder gewerbsmäßig betreibt oder zu deren Besorgung er sich öffentlich empfohlen hat.

B. Die Entstehung.

1450 (394).

Ist der Umfang des Auftrages nicht ausdrücklich bezeichnet worden, so bestimmt er sich nach der Natur des zu besorgenden Geschäftes.

C. Die Wirkungen.
I. Umfang des Auftrages.

Einer besonderen Ermächtigung bedarf der Beauftragte, um einen Prozeß anzuheben, einen Vergleich abzuschließen, ein Schiedsgericht anzunehmen, wechselrechtliche Verbindlichkeiten einzugehen, Liegenschaften zu veräußern oder zu belasten, Schenkungen zu machen.

Inwiefern er einer besonderen Vollmacht bedarf, um in einem anhängigen Rechtsstreite namens des Vollmachtgebers einzelne Handlungen vorzunehmen oder Erklärungen abzugeben, wird durch das eidgenössische oder kantonale Prozeßrecht bestimmt.

1451 (395).

- II. Verpflichtungen
des Beauftragten.
1. Vorschrifts-
gemäße Aus-
führung.

Hat der Auftraggeber für die Besorgung des übertragenen Geschäftes eine Vorschrift gegeben, so darf der Beauftragte nur insofern abweichen, als nach den Umständen die Einholung einer Erlaubnis nicht tunlich und überdies anzunehmen ist, der Auftraggeber würde sie bei Kenntnis der Sachlage erteilt haben.

Hat der Beauftragte, ohne daß diese Voraussetzungen zutreffen, den Auftrag unter ungünstigeren als den ihm vorgeschriebenen Bedingungen ausgeführt, so gilt dieser nur dann als erfüllt, wenn der Beauftragte den daraus erwachsenen Nachteil auf sich nimmt.

1452 (396).

2. Haftung für Ver-
schulden.
a. Im allgemeinen.

Der Beauftragte ist dem Auftraggeber für getreue und sorgfältige Ausführung des ihm übertragenen Geschäftes haftbar.

Er hat dieses persönlich zu besorgen, ausgenommen, wenn er zur Übertragung an einen Dritten ermächtigt oder durch die Umstände genötigt ist, oder eine Vertretung übungsgemäß als zulässig betrachtet wird.

1453 (397).

Hat der Beauftragte die Besorgung des Geschäftes unbefugter Weise einem Dritten übertragen, so haftet er für dessen Handlungen, wie wenn es seine eigenen wären.

War er zur Übertragung befugt, so haftet er nur für gehörige Sorgfalt bei der Wahl und Instruktion des Dritten.

In beiden Fällen kann der Auftraggeber die Ansprüche, die dem Beauftragten gegen den Dritten zustehen, unmittelbar gegen diesen geltend machen.

b. Bei Übertragung der Besorgung auf einen Dritten.

1454 (398).

Der Beauftragte ist schuldig, auf Verlangen jederzeit über seine Geschäftsführung Rechenschaft abzulegen und Alles, was ihm infolge derselben aus irgend einem Grunde zugekommen ist, zu erstatten.

Gelder, mit deren Ablieferung er sich im Rückstande befindet, hat er zu verzinsen.

3. Rechnungsstellung.

1455 (399).

Hat der Beauftragte für Rechnung des Auftraggebers in eigenem Namen Forderungsrechte gegen Dritte erworben, so gehen sie auf den Auftraggeber über, sobald dieser seinerseits allen Verbindlichkeiten aus dem Auftragsverhältnisse nachgekommen ist.

Dieses gilt auch gegenüber der Masse, wenn der Beauftragte in Konkurs gefallen ist.

Ebenso kann der Auftraggeber im Konkurse des Beauftragten die beweglichen Sachen herausverlangen, die dieser in eigenem Namen, aber für Rechnung des Auftraggebers, zu Eigentum erworben hat, unter Vorbehalt der Retentionsrechte des Beauftragten, die von der Masse geltend gemacht werden können.

4. Übergang der erworbenen Rechte.

1456 (400).

Der Auftraggeber ist schuldig, dem Beauftragten die Auslagen und Verwendungen, die dieser in Ausführung

III. Verpflichtung des Auftraggebers.

des Auftrages gemacht hat, samt Zinsen zu ersetzen und ihn von den eingegangenen Verbindlichkeiten zu befreien.

Er haftet dem Beauftragten für den aus dem Auftrage erwachsenen Schaden, soweit er nicht zu beweisen vermag, daß der Schaden ohne Verschulden von seiner Seite entstanden ist.

1457 (401).

IV. Haftung mehrerer Auf- traggeber und Beauftragter.

Haben mehrere Personen gemeinsam einen Auftrag gegeben, so haften sie dem Beauftragten solidarisch.

Haben mehrere Personen einen Auftrag gemeinschaftlich auszuführen übernommen, so haften sie solidarisch und können den Auftraggeber, soweit sie nicht zur Übertragung der Besorgung an einen Dritten ermächtigt sind (1452, 1453), nur durch gemeinschaftliches Handeln verpflichtet.

1458 (402).

D. Beendigung. I. Gründe des Er- löschens.

Der Auftrag kann von jedem Teile jederzeit gekündigt werden.

1. Kündigung.

Erfolgt jedoch die Kündigung zur Unzeit, so ist der zurücktretende Teil zum Ersatze des dem anderen verursachten Schadens verpflichtet.

1459 (403).

2. Tod, Handlungs- unfähigkeit, Konkurs.

Der Auftrag erlischt, sofern nicht das Gegenteil vereinbart ist oder aus der Natur des Geschäftes gefolgert werden muß, durch den Tod, durch eintretende Handlungsunfähigkeit und durch den Konkurs des Auftraggebers oder des Beauftragten.

Falls jedoch durch das Erlöschen des Auftrages eine Gefahr für das Geschäft eintritt, ist der Beauftragte, sein Erbe oder sein Vertreter verpflichtet, so lange für die Fortführung des Geschäftes zu sorgen, bis der Auftraggeber, sein Erbe oder sein Vertreter in der Lage ist, es selbst zu tun.

1460 (404).

Aus den Geschäften, die der Beauftragte führt, bevor er von dem Erlöschen des Auftrages Kenntniss erhalten hat, wird der Auftraggeber oder dessen Erbe verpflichtet, wie wenn der Auftrag noch bestanden hätte.

II. Wirkung des Erlöschens.

1461 (405).

Die Vorschriften dieses Abschnittes kommen auch zur Anwendung, wenn jemand den Abschluß eines Vertrages zu vermitteln übernimmt, ohne zu einer der beiden Parteien in einem Dienstverhältnisse zu stehen.

E. Vorbehalt betr. Mäkler u. a.

Vorbehalten bleiben die besonderen Bestimmungen des kantonalen Rechts über Mäkler, Courtiers, Sensale und andere Personen, die gewerbsmäßig die Vermittelung von Geschäften besorgen.

Zweiter Abschnitt.

Die Anweisung.

1462 (406).

Durch die Anweisung wird der Angewiesene beauftragt, Geld, Wertpapiere oder andere vertretbare Sachen auf Rechnung des Anweisenden an den Anweisungsempfänger zu leisten, und dieser wird beauftragt, die Leistung in eigenem Namen zu erheben.

A. Der Begriff.

Die Vorschriften des einfachen Auftrages über Vergütung und Annahme gelten auch für die Anweisung (1448, 1449).

1463 (407, 408).

Soll mit der Anweisung eine Schuld des Anweisenden an den Empfänger getilgt werden, so erfolgt die Tilgung erst durch die von dem Angewiesenen geleistete Zahlung.

B. Wirkungen.
I. Anweisung zahlungshalber.

Doch kann der Empfänger, der die Anweisung angenommen hat, seine Forderung gegen den Anweisenden

nur dann wieder geltend machen, wenn er die Zahlung vom Angewiesenen gefordert und nach Ablauf der in der Anweisung bestimmten Zeit nicht erhalten hat.

Der Gläubiger, der eine von seinem Schuldner ihm erteilte Anweisung nicht annehmen will, hat diesen bei Vermeidung von Schadenersatz ohne Verzug zu benachrichtigen.

1464 (409).

II. Verpflichtung des Angewiesenen.

1. Aus der Annahme.

Der Angewiesene, der dem Anweisungsempfänger die Annahme ohne Vorbehalt erklärt, wird diesem zur Zahlung verpflichtet.

Er kann ihm nur solche Einreden entgegensetzen, die sich aus ihrem persönlichen Verhältnisse oder aus dem Inhalte der Anweisung selbst ergeben, nicht aber solche aus seinem Verhältnisse zum Anweisenden.

1465 (410).

2. Bei Anweisung auf Schuld.

Soweit der Angewiesene Schuldner des Anweisenden ist und seine Lage dadurch, daß er an den Anweisungsempfänger Zahlung leisten soll, in keiner Weise verschlimmert wird, ist er zur Zahlung an diesen verpflichtet.

Vor der Zahlung die Annahme zu erklären, ist der Angewiesene selbst in diesem Falle nicht verpflichtet, es sei denn, daß er es mit dem Anweisenden vereinbart hätte.

1466 (411).

III. Anzeigepflicht bei nicht erfolgter Zahlung.

Verweigert der Angewiesene die vom Anweisungsempfänger geforderte Zahlung, oder erklärt er zum voraus, an ihn nicht zahlen zu wollen, so ist dieser bei Vermeidung von Schadenersatz verpflichtet, den Anweisenden sofort zu benachrichtigen.

1467 (412).

Der Anweisende kann die Anweisung gegenüber dem C. Widerruf. "Anweisungsempfänger widerrufen, wenn er sie nicht zur Tilgung seiner Schuld oder sonst zum Vorteile des Empfängers erteilt hat.

Gegenüber dem Angewiesenen kann der Anweisende widerrufen, so lange nicht jener dem Empfänger seine Annahme erklärt hat.

Wird über den Anweisenden der Konkurs eröffnet, so gilt die noch nicht angenommene Anweisung als widerrufen.

1468 (413).

Schriftliche Anweisungen zur Zahlung an den jeweiligen Inhaber der Urkunde werden nach den Vorschriften dieses Abschnittes beurteilt, in dem Sinne, daß dem Angewiesenen gegenüber jeder Inhaber als Anweisungsempfänger gilt, die Rechte zwischen dem Anweisenden und Empfänger dagegen nur für den jeweiligen Übergeber und Abnehmer begründet werden.

D. Inhaberanweisungen und Wertpapiere.

Vorbehalten bleiben die besondern Bestimmungen über die wechselähnlichen Anweisungen (1692 ff.) und den Check (1709 ff.).

Dritter Abschnitt.

Kreditbrief und Kreditauftrag.

1469 (415).

Kreditbriefe, durch die der Adressant den Adressaten mit oder ohne Angabe eines Maximums beauftragt, einer bestimmten Person die verlangten Beträge auszubahlen, werden nach den Vorschriften über die Anweisungen beurteilt.

A. Der Kreditbrief
I. Begriff, Anweisung.

1470 (416).

II. Pflicht des Adressaten.

Wenn kein Maximum angegeben ist, so hat der Adressat bei ungewöhnlichen, den Verhältnissen der beteiligten Personen offenbar nicht entsprechenden Anforderungen des Empfängers den Adressanten zu benachrichtigen und so lange, bis dessen Weisung eingegangen ist, die Zahlung zu verweigern.

1471 (417).

III. Annahme der Anweisung.

Die im Kreditbriefe enthaltene Anweisung gilt nur dann als angenommen, wenn die Annahme bezüglich eines bestimmten Betrages erklärt worden ist.

1472 (418).

B. Der Kreditauftrag.

I. Begriff, Bürgschaftshaftung.

Hat jemand den Auftrag erhalten und angenommen, in eigenem Namen und auf eigene Rechnung, jedoch unter Verantwortlichkeit des Auftraggebers, einem Dritten Kredit zu eröffnen oder zu erneuern, so haftet der Auftraggeber wie ein Bürge für die Schuld des Dritten, sofern der Beauftragte die Grenzen des Kreditauftrages nicht überschritten hat.

Für diese Verbindlichkeit des Auftraggebers bedarf es der schriftlichen Vertragsform.

1473 (419).

II. Einrede der Vertragsunfähigkeit des Dritten.

Der Auftraggeber kann dem Beauftragten nicht die Einrede entgegensetzen, der Dritte sei zur Eingebung der Schuld persönlich unfähig gewesen.

1474 (420).

III. Eigenmächtige Stundung.

Die Haftpflicht des Auftraggebers erlischt, wenn der Beauftragte dem Dritten eigenmächtig Stundung gegeben oder es versäumt hat, gemäß den Weisungen des Auftraggebers gegen ihn vorzugehen.

1475 (421).

Das Rechtsverhältnis des Auftraggebers zu dem Dritten, dem ein Kredit eröffnet worden ist, wird nach den Bestimmungen über das Rechtsverhältnis zwischen dem Bürgen und dem Hauptschuldner beurteilt.

IV. Stellung des Kreditnehmers zum Auftraggeber.

Einundvierzigster Titel.

Prokuristen. Handlungsbevollmächtigte. Handelsreisende.

1476 (422).

Wer von dem Inhaber eines Handels-, Fabrikations- oder eines anderen nach kaufmännischer Art geführten Gewerbes ausdrücklich oder tatsächlich ermächtigt ist, für ihn das Gewerbe zu betreiben und „per procura“ die Firma zu zeichnen, ist Prokurist.

A. Prokura.
I. Begriff und Bestellung.

Der Prinzipal hat die Erteilung der Prokura zur Eintragung in das Handelsregister anzumelden, wird jedoch schon vor der Eintragung durch die Handlungen des Prokuristen verbunden.

Zur Betreibung anderer Gewerbe oder Geschäfte kann ein Prokurist nur durch Eintragung in das Handelsregister bestellt werden.

1477 (423).

Der Prokurist gilt gutgläubigen Dritten gegenüber als ermächtigt, den Prinzipal durch Wechsel-Zeichnungen zu verpflichten und in dessen Namen alle Arten von Rechtshandlungen vorzunehmen, die der Zweck des Gewerbes oder Geschäftes des Prinzipals mit sich bringen kann.

II. Umfang der Vollmacht.

Zur Veräußerung und Belastung von Liegenschaften ist der Prokurist nur ermächtigt, wenn ihm diese Befugnis ausdrücklich erteilt worden ist.

Andere Beschränkungen der Prokura haben gegenüber gutgläubigen Dritten keine rechtliche Wirkung.

1478 (424).

III. Kollektivprokura.

Die Prokura kann mehreren Personen zu gemeinsamer Unterschrift erteilt werden (Kollektiv-Prokura).

In diesem Falle wirkt die Unterschrift des Einzelnen nicht, ohne die vorgeschriebene Mitwirkung der übrigen.

1479 (425).

IV. Widerruf der Prokura.

Der Widerruf der Prokura ist in das Handelsregister einzutragen, auch wenn bei der Erteilung die Eintragung nicht stattgefunden hat.

So lange der Widerruf nicht in das Handelsregister eingetragen und bekannt gemacht worden ist, hat er gegenüber gutgläubigen Dritten keine Wirkung.

1480 (426).

B. Andere Generalvollmacht.

Wenn der Inhaber eines Handels-, Fabrikations- oder eines andern nach kaufmännischer Art geführten Gewerbes jemanden ohne Erteilung der Prokura, sei es zum Betriebe des ganzen Gewerbes, sei es zu bestimmten Geschäften in seinem Gewerbe, als Vertreter (Handlungsbevollmächtigten) bestellt, so erstreckt sich die Vollmacht auf alle Rechtshandlungen, die der Betrieb eines derartigen Gewerbes oder die Ausführung derartiger Geschäfte gewöhnlich mit sich bringt.

Jedoch ist der Handlungsbevollmächtigte zum Eingehen von Wechselverbindlichkeiten, zur Aufnahme von Darlehen und zur Prozeßführung nur ermächtigt, wenn ihm eine solche Befugnis ausdrücklich erteilt worden ist.

1481 (429).

Wer als Handelsreisender für ein bestimmtes Etablissement an auswärtigen Orten Geschäfte zu besorgen hat, gilt für ermächtigt, den Kaufpreis aus den von ihm im Namen des Geschäftsherrn abgeschlossenen Verkäufen einzuziehen und darüber zu quittieren, sowie Zahlungsfristen zu bewilligen.

C. Vollmacht der Handelsreisenden.

Eine Beschränkung dieser Befugnis kann gegenüber Dritten, die davon keine Kenntnis haben, nicht geltend gemacht werden.

1482 (427).

Der Prokurist, sowie der Handlungsbevollmächtigte, der zum Betriebe des ganzen Gewerbes bestellt ist oder in einem Dienstverhältnis zum Inhaber des Gewerbes steht, darf ohne Einwilligung des Prinzipals weder für eigene Rechnung noch für Rechnung eines Dritten Geschäfte machen, die zu dem Geschäftszweige des Prinzipals gehören.

D. Konkurrenzverbot.

Bei Übertretung dieser Vorschrift kann der Prinzipal Ersatz des verursachten Schadens fordern und auch die betreffenden Geschäfte auf eigene Rechnung übernehmen.

1483 (428).

Die Prokura und die Handlungsvollmacht sind jederzeit widerruflich, unbeschadet der Rechte, die sich aus einem unter den Beteiligten bestehenden Dienstvertrag, Gesellschaftsvertrag, Auftrag oder dergleichen ergeben können.

E. Erlöschen der Prokura und der andern Handlungsvollmachten.

Der Tod des Prinzipals hat das Erlöschen der Prokura oder Handlungsvollmacht nicht zur Folge.

Zweiundvierzigster Titel.

Die Kommission.

1484 (430 und 431).

**A. Der Begriff,
Auftrag.**

Kommissionär ist, wer gegen eine Kommissionsgebühr (Provision) in eigenem Namen für Rechnung eines anderen (des Kommittenten) den Einkauf oder Verkauf von beweglichen Sachen oder Wertpapieren zu besorgen übernimmt.

Für das Kommissionsverhältnis kommen die Vorschriften über den Auftrag zur Anwendung, soweit nicht die Bestimmungen dieses Titels etwas anderes enthalten.

1485 (432).

B. Wirkungen.

**I. Pflichten des
Kommissionärs.**

**1. Anzeigepflicht,
Versicherung.**

Der Kommissionär hat dem Kommittenten die erforderlichen Nachrichten zu geben und insbesondere von der Ausführung des Auftrages sofortige Anzeige zu machen.

Er ist zur Versicherung des Kommissionsgutes nur verpflichtet, wenn er vom Kommittenten Auftrag dazu erhalten hat.

1486 (433).

**2. Behandlung des
Kommissionsgutes.**

**a. Mängelrüge,
Verwahrung.**

Wenn das zum Verkaufe zugesandte Kommissionsgut sich in einem erkennbar mangelhaften Zustande befindet, so hat der Kommissionär die Rechte gegen den Frachtführer zu wahren, für den Beweis des mangelhaften Zustandes und soweit möglich für Erhaltung des Gutes zu sorgen und dem Kommittenten ohne Verzug Nachricht zu geben.

Versäumt der Kommissionär diese Pflichten, so ist er für den aus der Versäumnis entstandenen Schaden haftbar.

1487 (434).

**b. Verkauf bei Ge-
fahr.**

Wenn sich Gefahr zeigt, daß das zum Verkaufe zugesandte Kommissionsgut in schnelle Verderbnis gerate, so

ist der Kommissionär berechtigt und, soweit die Interessen des Kommittenten es erfordern, auch verpflichtet, dasselbe unter Mitwirkung der zuständigen Amtsstelle des Ortes, wo die Sache sich befindet, verkaufen zu lassen.

1488 (435).

Hat der Verkaufskommissionär unter dem ihm gesetzten Minimum verkauft, so muß er dem Kommittenten den Preisunterschied vergüten, sofern er nicht beweist, daß durch den Verkauf von dem Kommittenten Schaden abgewendet worden ist und eine Anfrage bei dem Kommittenten nicht mehr tunlich war.

Außerdem hat er ihm im Falle seines Verschuldens allen weitem aus der Vertragsverletzung entstehenden Schaden zu ersetzen.

3. Befolgung von Ordre des Kommittenten.
a. Verkauf zu wohlfeil.

1489 (436).

Hat der Kommissionär wohlfeiler gekauft, als der Kommittent vorausgesetzt, oder teurer verkauft, als er ihm vorgeschrieben hatte, so darf er den Gewinn nicht für sich behalten, sondern muß ihn dem Kommittenten anrechnen.

- b. Vorteilhafterer Ein- oder Verkauf.

1490 (437).

Der Kommissionär, der ohne Einwilligung des Kommittenten einem Dritten Vorschüsse macht oder Kredit gewährt, tut dieses auf eigene Gefahr.

Soweit jedoch der Handelsgebrauch am Orte des Geschäftes das Kreditieren des Kaufpreises mit sich bringt, ist in Ermangelung einer anderen Bestimmung des Kommittenten auch der Kommissionär dazu berechtigt.

4. Vorschuß- und Kreditgewährung an Dritte.

1491 (438).

Abgesehen von dem Falle, wo der Kommissionär unbefugterweise Kredit gewährt, steht er für die Zahlung

5. Del-credere-Stehen.

oder anderweitige Erfüllung der Verbindlichkeiten des Schuldners nur dann ein, wenn dieses von ihm übernommen oder am Orte seiner Niederlassung Handelsgebrauch ist.

Der Kommissionär, der für den Schuldner einsteht, ist zu einer Vergütung (del-credere-Provision) berechtigt.

1492 (439).

II. Rechte des Kommissionärs.

1. Ersatz für Vorschüsse und Auslagen.

Der Kommissionär ist berechtigt, für alle im Interesse des Kommittenten gemachten Vorschüsse, Auslagen und andere Verwendungen Ersatz zu fordern und von diesen Beträgen Zinsen zu berechnen.

Er kann auch die Vergütung für die benutzten Lager Räume und Transportmittel, nicht aber den Lohn seiner Angestellten in Rechnung bringen.

1493 (440).

2. Provision.
a. Anspruch.

Der Kommissionär hat die Provision zu fordern, wenn das Geschäft zur Ausführung gekommen oder aus einem in der Person des Kommittenten liegenden Grunde nicht ausgeführt worden ist.

Für Geschäfte, die aus einem andern Grunde nicht zur Ausführung gekommen sind, hat der Kommissionär nur den ortsüblichen Anspruch auf Vergütung seiner Bemühungen (Auslieferungsprovision).

1494 (441).

b. Verwirkung.

Der Anspruch auf die Provision fällt dahin, wenn sich der Kommissionär einer unredlichen Handlungsweise gegenüber dem Kommittenten schuldig gemacht, insbesondere wenn er einen zu hohen Einkaufs- oder einen zu niedrigen Verkaufspreis in Rechnung gebracht hat.

Überdies steht dem Kommittenten in den beiden letzt-erwähnten Fällen die Befugnis zu, den Kommissionär selbst als Verkäufer oder als Käufer in Anspruch zu nehmen.

1495 (442).

Der Kommissionär hat an dem Kommissionsgute sowie an dem Verkaufserlöse ein Retentionsrecht.

Für die auf Rechnung des Kommittenten erworbenen Forderungen gelten die gleichen Vorschriften wie bei dem einfachen Auftrag (1455).

3. Retentionsrecht, Forderungsübergang.

1496 (443).

Wenn bei Unverkäuflichkeit des Kommissionsgutes oder bei Widerruf des Auftrages der Kommittent mit der Zurücknahme des Gutes oder mit der Verfügung darüber ungebührlich zögert, so ist der Kommissionär berechtigt, bei der zuständigen Amtsstelle des Ortes, wo die Sache sich befindet, die Versteigerung zu verlangen.

Die Versteigerung kann, wenn am Orte der gelegenen Sache weder der Kommittent noch ein Stellvertreter desselben anwesend ist, ohne Anhören der Gegenpartei angeordnet werden.

Der Versteigerung muß aber eine amtliche Mitteilung an den Kommittenten vorausgehen, sofern das Gut nicht einer schnellen Entwertung ausgesetzt ist.

4. Verzug des Kommittenten bei Unverkäuflichkeit oder Widerruf.

1497 (444).

Bei Kommissionen zum Einkauf oder zum Verkauf von Waren, Wechseln und andern Wertpapieren, die einen Börsenpreis oder Marktpreis haben, ist der Kommissionär, wenn der Kommittent nicht etwas anderes bestimmt hat, befugt, das Gut, das er einkaufen soll, als Verkäufer selbst zu liefern, oder das Gut, das er zu verkaufen beauftragt ist, als Käufer für sich zu behalten.

In diesen Fällen ist der Kommissionär verpflichtet, den zur Zeit der Ausführung des Auftrages geltenden Börsen- oder Marktpreis in Rechnung zu bringen.

5. Eintritt als Eigenhändler.
a. Voraussetzung und Wirkung.

1498 (445).

b. Anspruch aus
Kommission und
Kauf.

Wenn der Kommissionär von der im vorhergehenden Artikel ihm eingeräumten Befugnis Gebrauch macht, so ist er zu der gewöhnlichen Provision berechtigt und kann die bei Kommissionsgeschäften sonst regelmäßig vorkommenden Unkosten berechnen.

Im übrigen ist das Geschäft als Kaufvertrag zu behandeln.

1499 (446).

c. Annahme des
Eintrittes.

Meldet der Kommissionär in den Fällen, wo Eintritt als Eigenhändler zugestanden ist (1498), die Ausführung des Auftrages, ohne eine andere Person als Käufer oder Verkäufer namhaft zu machen, so ist anzunehmen, daß er selbst die Verpflichtungen eines Käufers oder Verkäufers auf sich genommen habe.

1500 (447).

d. Widerruf des
Auftrages.

Wenn der Kommittent den Auftrag widerruft und der Widerruf bei dem Kommissionär eintrifft, bevor dieser die Anzeige der Ausführung abgesendet hat, so kann sich der Kommissionär der Befugnis, selbst als Käufer oder Verkäufer einzutreten, nicht mehr bedienen.

1501 (448).

C. Speditions-
vertrag.

Wer gegen Vergütung die Versendung oder Weiter-
sendung von Gütern für Rechnung des Versenders, aber in
eigenem Namen, zu besorgen übernimmt (Spediteur), gilt
als Frachtführer und unterliegt den Bestimmungen des
dreiundvierzigsten Titels.

Dreiundvierzigster Titel.

Der Frachtvertrag.

1502 (449, 450).

Frachtführer ist, wer gegen Vergütung (Frachtlohn, Fracht) den Transport von Sachen auszuführen übernimmt.

A. Begriff, Auftrag.

Für den Frachtvertrag kommen die Vorschriften über den Auftrag zur Anwendung, soweit nicht die Bestimmungen dieses Titels etwas anderes enthalten.

1503 (451).

Der Absender hat dem Frachtführer die Adresse des Empfängers und den Ort der Ablieferung, die Anzahl, die Verpackung, den Inhalt und das Gewicht der Frachtstücke, die Lieferungszeit und den Transportweg, sowie bei wertvollen Gegenständen auch deren Wert genau zu bezeichnen.

B. Wirkungen.

I. Stellung des Absenders.

1. Notwendige Angaben.

Die aus Unterlassung oder Ungenauigkeit einer solchen Angabe entstehenden Nachteile fallen zu lasten des Absenders.

1504 (452).

Für gehörige Verpackung des Gutes hat der Absender zu sorgen.

2. Verpackung.

Er haftet für die Folgen von äußerlich nicht erkennbaren Mängeln der Verpackung.

Dagegen trägt der Frachtführer die Folgen solcher Mängel, die äußerlich erkennbar waren, wenn er das Gut ohne Vorbehalt angenommen hat.

3. Verfügung über
das reisende Gut.

Solange das Frachtgut noch in Händen des Frachtführers ist, hat der Absender das Recht, dasselbe gegen Entschädigung des Frachtführers für allfällige, von ihm schon gemachte Auslagen oder erweisliche Nachteile, die aus der Rückziehung erwachsen, zurückzunehmen, ausgenommen:

1. wenn ein Frachtbrief vom Absender ausgestellt und vom Frachtführer an den Empfänger übergeben wurde,
2. wenn der Absender sich vom Frachtführer einen Empfangschein geben ließ und denselben nicht zurückgeben kann,
3. wenn der Frachtführer an den Empfänger eine schriftliche Anzeige (Avisbrief) von der Ankunft des Gutes zum Zwecke der Abholung desselben abgesendet hat,
4. wenn der Empfänger nach Ankunft des Gutes am Bestimmungsorte die Ablieferung desselben verlangt hat.

In diesen Fällen hat der Frachtführer ausschließlich die Anweisungen des Empfängers zu befolgen, jedoch im Falle der Anzeige an den Empfänger (Ziffer 2) vor Ankunft des Gutes am Bestimmungsorte nur unter der Voraussetzung, daß dem Empfänger der Empfangschein zugestellt worden ist.

II. Stellung des
Frachtführers.
1. Behandlung des
Frachtgutes.
a. Bei Ablieferungshinder-
nissen.

Wenn das Frachtgut nicht angenommen oder die Zahlung der auf demselben haftenden Forderungen nicht geleistet wird oder der Empfänger nicht ermittelt werden kann, so hat der Frachtführer den Absender hiervon zu benachrichtigen und inzwischen das Frachtgut auf Gefahr und Kosten des Absenders aufzubewahren oder bei einem Dritten zu hinterlegen.

Wird dann in einer den Umständen angemessenen Zeit weder vom Absender noch vom Empfänger über das Fracht-

gut verfügt, so kann der Frachtführer unter Mitwirkung der am Orte der gelegenen Sache zuständigen Amtsstelle das Frachtgut zu gunsten des Berechtigten wie ein Kommissionär (1496) verkaufen lassen.

1507 (455).

Sind Frachtgüter schnelltem Verderben ausgesetzt, oder deckt ihr vermutlicher Wert nicht die darauf haftenden Kosten, so hat der Frachtführer den Tatbestand ohne Verzug amtlich feststellen zu lassen und kann darauf das Frachtgut in gleicher Weise wie bei Ablieferungshindernissen (1506) verkaufen lassen.

b. Verkauf bei Gefahr.

Von der Anordnung des Verkaufes sind, soweit möglich, die Beteiligten zu benachrichtigen.

1508 (456).

Der Frachtführer hat bei Ausübung der ihm in bezug auf die Behandlung des Frachtgutes eingeräumten Befugnisse (1506, 1507) die vermutlichen Interessen des Eigentümers bestmöglich zu wahren und haftet für Schadenersatz bei erwiesener Fahrlässigkeit.

c. Verantwortlichkeit.

1509 (457).

Wenn ein Frachtgut verloren oder zu Grunde gegangen ist, so hat der Frachtführer den vollen Wert zu ersetzen, sofern er nicht beweist, daß der Verlust oder Untergang durch die natürliche Beschaffenheit des Gutes oder durch höhere Gewalt oder durch ein Verschulden oder eine Anweisung des Absenders, des Empfängers verursacht sei.

2. Haftung des Frachtführers.
a. Verlust u. Untergang des Gutes.

Als ein Verschulden des Absenders ist es zu betrachten, wenn er den Frachtführer von dem besonders hohen Wert des Frachtgutes nicht unterrichtet hat.

Verabredungen, wonach ein den vollen Wert überschreitendes Interesse oder weniger als der volle Wert zu ersetzen ist, bleiben vorbehalten.

1510 (458).

- b. **Verspätung, Beschädigung, teilweiser Untergang.** Unter den gleichen Voraussetzungen und Vorbehalten wie beim Verlust des Gutes (1509) haftet der Frachtführer für allen Schaden, der aus Verspätung in der Ablieferung oder aus Beschädigung oder aus teilweisem Untergange des Gutes entstanden ist.

Ohne besondere Verabredung kann ein höherer Schadenersatz als für gänzlichen Verlust nicht begehrt werden.

1511 (459).

- c. **Haftung für Zwischenfrachtführer.** Der Frachtführer haftet für alle Unfälle und Fehler, die auf dem übernommenen Transporte vorkommen, gleichviel, ob er den Transport bis zu Ende selbst besorgt oder durch einen anderen Frachtführer ausführen läßt, vorbehaltlich des Rückgriffes gegen den Frachtführer, dem er das Gut übergeben hat.

1512 (460).

3. **Anzeigepflicht.** Der Frachtführer hat sofort nach Ankunft des Gutes dem Empfänger Anzeige zu machen.

1513 (461).

4. **Retentionsrecht.** Bestreitet der Empfänger die auf dem Frachtgut haftende Forderung, so kann er die Ablieferung nur verlangen, insofern er den streitigen Beitrag amtlich hinterlegt.

Dieser Betrag tritt in bezug auf das Retentionsrecht des Frachtführers an die Stelle des Frachtgutes.

1514 (462).

Durch vorbehaltlose Annahme des Gutes und Bezahlung der Fracht erlöschen alle Ansprüche gegen den Frachtführer, die Fälle der Arglist und groben Fahrlässigkeit ausgenommen.

Außerdem bleibt der Frachtführer haftbar für äußerlich nicht erkennbaren Schaden, falls der Empfänger solchen in der Zeit, in der ihm nach den Umständen die Prüfung möglich oder zuzumuten war, entdeckt und den Frachtführer sofort nach der Entdeckung davon benachrichtigt hat.

Diese Benachrichtigung muß jedoch spätestens acht Tage nach der Ablieferung stattgefunden haben.

- 5. Verlust der Haftungsansprüche.
- a. Verwirkung mit Frachtzahlung und Annahme des Gutes.

1515 (463).

In allen Streitfällen kann die am Orte der gelegenen Sache zuständige Amtsstelle auf Begehren eines der beiden Teile Hinterlegung des Frachtgutes in dritte Hand oder nötigenfalls nach Feststellung des Zustandes den Verkauf desselben anordnen.

Der Verkauf kann durch Bezahlung oder Hinterlegung aller angeblich auf dem Gute haftenden Forderungen abgewendet werden.

- b. Verfahren im Streifall.

1516 (464).

Die Ersatzklagen gegen Frachtführer verjähren in Jahresfrist, und zwar im Falle des Unterganges, des Verlustes oder der Verspätung von dem Tage hinweg, an dem die Ablieferung hätte geschehen sollen, im Falle der Be-

- c. Verjährung.

schädigung von dem Tage der Übergabe des Gutes an den Adressaten.

Im Wege der Einrede kann der Empfänger oder der Absender seinen Anspruch immer geltend machen, sofern er innerhalb Jahresfrist reklamiert hat und der Anspruch nicht infolge Annahme des Gutes (1514) verwirkt ist.

Vorbehalten bleiben die Fälle von Arglist und grober Fahrlässigkeit des Frachtführers.

1517 (465, 466).

C. Staatlich genehmigte und staatliche Transportanstalten. Transportanstalten, zu deren Betrieb es einer staatlichen Genehmigung bedarf, sind nicht befugt, die Anwendung der gesetzlichen Bestimmungen über die Verantwortlichkeit des Frachtführers zu ihrem Vorteile durch besondere Übereinkunft oder durch Reglemente im voraus auszuschließen oder zu beschränken.

Jedoch bleiben abweichende Vertragsbestimmungen, die in diesem Titel als zulässig vorgesehen sind, vorbehalten.

Für die Frachtverträge der Post und der Eisenbahnen und Dampfschiffe gelten die besonderen Gesetze.

1518 (467).

D. Verbindung mit dem Eisenbahntransport. Ein Frachtführer oder Spediteur, der sich zur Ausführung des von ihm übernommenen Transportes einer Eisenbahn bedient oder zur Ausführung des von einer Eisenbahn übernommenen Transportes mitwirkt, unterliegt den besonderen Bestimmungen über Eisenbahnfrachtverkehr.

Abweichende Vereinbarungen zwischen dem Frachtführer oder Spediteur und dem Auftraggeber bleiben jedoch vorbehalten.

Dieser Artikel findet keine Anwendung auf Camionneure.

1519 (468).

Der Spediteur, der sich zur Ausführung des Transportes einer Eisenbahn bedient, kann seine Verantwortlichkeit nicht wegen mangelnden Rückgriffes ablehnen, wenn er selbst den Verlust desselben verschuldet hat.

E. Haftung des Spediteurs bei Verlust des Rückgriffs.

Vierundvierzigster Titel.

Die Geschäftsführung ohne Auftrag.

1520 (469).

Wer für einen Anderen ein Geschäft besorgt, ohne von diesem beauftragt zu sein, ist verpflichtet, das unternommene Geschäft so zu führen, wie es dem Vorteile und der mutmaßlichen Absicht des Anderen entspricht.

A. Stellung des Geschäftsführers.
I. Art der Ausführung.

1521 (470).

Der Geschäftsführer haftet für jede Fahrlässigkeit.

II. Haftung.

Seine Haftpflicht ist jedoch milder zu beurteilen, wenn er gehandelt hat, um einen dem Geschäftsherrn drohenden Schaden abzuwenden.

Hat er die Geschäftsführung entgegen dem ausgesprochenen oder sonst erkennbaren Willen des Geschäftsherrn unternommen und war dessen Verbot nicht unsittlich oder rechtswidrig, so haftet er auch für den Zufall, sofern er nicht beweist, daß dieser auch ohne seine Einmischung eingetreten wäre.

1522 (471).

War der Geschäftsführer unfähig, sich durch Verträge zu verpflichten, so haftet er aus der Geschäftsführung nur, soweit er bereichert ist oder auf böswillige Weise sich der Bereicherung entäußert hat.

III. Fall der Vertragsunfähigkeit.

Vorbehalten bleibt eine weitergehende Haftung aus unerlaubten Handlungen.

1523 (472).

- B. Stellung des Geschäftsherrn.
I. Notwendige Geschäftsführung.

Wenn die Übernahme einer Geschäftsbesorgung nach Treu und Glauben durch das Interesse des Geschäftsherrn geboten war, so ist dieser verpflichtet, dem Geschäftsführer alle Verwendungen, die notwendig oder nützlich und den Verhältnissen angemessen waren, samt Zinsen zu ersetzen und ihn in demselben Maße von den übernommenen Verbindlichkeiten zu befreien, sowie für andern Schaden ihm nach Ermessen des Richters Ersatz zu leisten.

Diesen Anspruch hat der Geschäftsführer, wenn er mit der gehörigen Sorgfalt handelte, auch in dem Falle, wo der beabsichtigte Erfolg nicht eintritt.

Sind die Verwendungen dem Geschäftsführer nicht zu ersetzen, so hat er das Recht der Wegnahme nach den Besitzesregeln (976 ff.).

1524 (473).

- II. Geschäftsführung im eigenen Interesse.

Wenn die Geschäftsführung nicht mit Rücksicht auf das Interesse des Geschäftsherrn unternommen wurde, so ist dieser gleichwohl berechtigt, die aus der Führung seiner Geschäfte entspringenden Vorteile sich anzueignen.

Zur Ersatzleistung an den Geschäftsführer und zur Entlastung desselben ist der Geschäftsherr nur soweit verpflichtet, als er bereichert ist.

1525 (474).

- III. Genehmigung der Geschäftsführung.

Wenn die Geschäftsbesorgung nachträglich vom Geschäftsherrn gebilligt wird, so kommen die Vorschriften über Auftrag zur Anwendung.

Fünfundvierzigster Titel. Der Hinterlegungsvertrag.

1526 (475).

Durch den Hinterlegungsvertrag verpflichtet sich der Aufbewahrer (Depositär) dem Hinterleger (Deponenten), eine bewegliche Sache, die dieser ihm anvertraut, zu übernehmen und sie an einem sicheren Orte aufzubewahren.

Eine Vergütung kann er nur dann fordern, wenn sie ausdrücklich bedungen worden ist oder nach den Umständen zu erwarten war.

- A. Die Hinterlegung im allgemeinen.
- I. Der Begriff.

1527 (477).

Der Hinterleger haftet dem Aufbewahrer für den aus der Hinterlegung entstandenen Schaden, sofern er nicht beweist, daß der Schaden ohne alles Verschulden von seiner Seite entstanden sei.

Er haftet ihm ferner für die mit Erfüllung des Vertrages notwendig verbundenen Auslagen.

- II. Pflichten des Hinterlegers.

1528 (476).

Der Aufbewahrer darf die hinterlegte Sache ohne Einwilligung der Hinterlegers nicht gebrauchen.

Andernfalls schuldet er dem Hinterleger entsprechende Vergütung und haftet auch für den Zufall, sofern er nicht beweist, daß dieser die Sache auch sonst getroffen hätte.

- III. Pflichten des Aufbewahrers.
- 1. Verbot des Gebrauchs.

1529 (478).

Der Hinterleger kann die hinterlegte Sache nebst allfälligem Zuwachs jederzeit zurückfordern, selbst wenn für die Aufbewahrung eine bestimmte Dauer vereinbart wurde.

Jedoch hat er dem Aufbewahrer den Aufwand zu ersetzen, den dieser mit Rücksicht auf die vereinbarte Zeit gemacht hat.

- 2. Rückgabe.
- a. Recht des Hinterlegers.

1530 (479).

b. Rechte des
Aufbewahrers.

Der Aufbewahrer kann die hinterlegte Sache vor Ablauf der bestimmten Zeit nur dann zurückgeben, wenn unvorhergesehene Umstände ihn außer Stand setzen, die Sache länger mit Sicherheit oder ohne eigenen Nachteil aufzubewahren.

Ist keine Zeit für die Aufbewahrung bestimmt, so kann der Aufbewahrer die Sache jederzeit zurückgeben.

1531 (480).

c. Ort der Rück-
gabe.

Die hinterlegte Sache ist auf Kosten und Gefahr des Hinterlegers da zurückzugeben, wo sie aufbewahrt werden sollte.

1532 (481).

3. Haftung mehrerer
Aufbewahrer.

Haben mehrere die Sache gemeinschaftlich zur Aufbewahrung erhalten, so haften sie solidarisch.

1533 (482).

4. Eigentums-
ansprüche
Dritter.

Wird an der hinterlegten Sache von einem Dritten Eigentum beansprucht, so ist der Aufbewahrer dennoch zur Rückgabe an den Hinterleger verpflichtet, sofern nicht gerichtlich Beschlag auf die Sache gelegt oder die Eigentumsklage gegen ihn anhängig gemacht worden ist.

Von diesen Hindernissen hat er den Hinterleger sofort zu benachrichtigen.

1534 (483).

IV. Sequester.

Haben mehrere eine Sache, deren Rechtsverhältnisse streitig oder zur Zeit unklar sind, zur Sicherung ihrer Ansprüche bei einem Dritten (dem Sequester) hinterlegt, so darf dieser die Sache nur mit Zustimmung der Parteien oder auf Geheiß des Richters herausgeben.

1535 (484).

B. Die Hinterlegung
einer vertret-
baren Sache.
I. Geld.

Ist Geld mit der ausdrücklichen oder stillschweigenden Vereinbarung hinterlegt worden, daß der Aufbewahrer

nicht dieselben Stücke, sondern nur die gleiche Geldsumme zurückzuerstatten habe, so geht Nutzen und Gefahr auf ihn über.

Eine stillschweigende Vereinbarung in diesem Sinne ist zu vermuten, wenn die Geldsumme unversiegelt und unverschlossen übergeben wurde.

1536 (485).

Werden andere vertretbare Sachen oder Wertpapiere hinterlegt, so darf eine solche Vereinbarung nicht aus den Umständen gefolgert werden.

Der Aufbewahrer darf über die Gegenstände nur verfügen, wenn ihm diese Befugnis vom Hinterleger ausdrücklich eingeräumt worden ist.

II. Andere Sachen.
Wertpapiere.

1537.

Ein Lagerhalter, der sich öffentlich zur Aufbewahrung von Waren anbietet, kann von der zuständigen Behörde die Bewilligung erwirken, für die gelagerten Güter Warenpapiere auszugeben.

Die Warenpapiere sind Wertpapiere und lauten auf die Herausgabe der gelagerten Güter.

Sie können als Namen-, Ordre- oder Inhaberpapiere ausgestellt sein.

C. Das Lager-
geschäft.
I. Berechtigung
zur Ausgabe von
Warenpapieren.

1538.

Der Lagerhalter ist zur Empfangnahme und Aufbewahrung der Güter verpflichtet wie ein Kommissionär (1486 f.).

Er hat dem Einlagerer davon Mitteilung zu machen, wenn Veränderungen an den Waren eintreten, die weitere Maßregeln als rätlich erscheinen lassen.

Er hat ihm die Besichtigung der Güter, die Entnahme von Proben während der Geschäftszeit und die Vornahme der nötigen Erhaltungsmaßregeln stets zu gestatten.

II. Aufbewahrungs-
pflicht des
Lagerhalters.

1539.

III. Vermengung der
Güter.

Eine Vermengung vertretbarer Güter mit andern der gleichen Art und Güte darf der Lagerhalter nur vornehmen, wenn es ihm ausdrücklich gestattet ist.

Aus vermischten Gütern kann jeder Einlagerer eine seinem Beitrag entsprechende Menge als Miteigentumsanteil herausverlangen.

Der Lagerhalter darf auf ein solches Begehren ohne Mitwirkung der anderen Einlagerer die verlangte Ausscheidung vornehmen.

1540.

IV. Anspruch des
Lagerhalters.

Der Lagerhalter hat Anspruch auf das verabredete oder übliche Lagergeld, sowie auf Erstattung der Auslagen, die nicht aus der Aufbewahrung selbst erwachsen sind, wie Frachtlohn, Zoll, Ausbesserung.

Die Auslagen sind sofort zu ersetzen, das Lagergeld je nach Ablauf von drei Monaten seit der Einlagerung und in jedem Fall bei der vollständigen oder teilweisen Zurücknahme des Gutes.

Der Lagerhalter hat für seine Forderungen an dem Gute ein Retentionsrecht, solange er unmittelbar oder mit Warenpapier über das Gut verfügen kann.

1541.

V. Rückgabe der
Güter.

Der Lagerhalter hat das Gut gleich einem Aufbewahrer zurückzugeben, ist aber an die vertragsmäßige Dauer der Aufbewahrung auch dann gebunden, wenn infolge unvorhergesehener Umstände ein gewöhnlicher Aufbewahrer vor Ablauf der bestimmten Zeit zur Rückgabe berechtigt wäre (1530).

Ist ein Warenpapier ausgestellt, so darf und muß er das Gut nur an den Wertpapiergläubiger herausgeben.

1542 (486).

Gastwirte, die Fremde zur Beherbergung aufnehmen, haften für jede Beschädigung, Vernichtung oder Entwendung der von ihren Gästen eingebrachten Sachen, sofern sie nicht beweisen, daß der Schaden durch den Gast selbst oder seine Begleiter oder Dienstleute oder durch höhere Gewalt oder durch die Beschaffenheit der Sache verursacht wurde.

Eine Haftung des Gastwirtes ist namentlich dann ausgeschlossen, wenn der Gast es unterlassen hat, Geldsummen oder Wertpapiere im Betrage von über tausend Franken oder andere Sachen von bedeutendem Werte dem Wirt zur Aufbewahrung zu übergeben.

Doch haftet auch in diesem Falle der Wirt sowohl für sein eigenes Verschulden als für dasjenige seiner Dienstleute.

- D. Haftung der Gast- und Stallwirte.
- I. Haftung der Gastwirte.
- 1. Voraussetzung und Umfang.

1543 (487).

Die Ansprüche des Gastes erlöschen, wenn er den Schaden nicht sofort nach dessen Entdeckung dem Gastwirte anzeigt.

Der Wirt kann sich seiner Verantwortlichkeit (1542) nicht dadurch entziehen, daß er sie durch Anschlag in den Räumen des Gasthofes ablehnt oder von besondern Bedingungen abhängig macht.

- 2. Aufhebung der Haftung.

1544 (488).

Die Stallwirte stehen rücksichtlich der bei ihnen eingestellten oder von ihnen oder ihren Leuten auf andere Weise übernommenen Tiere und Wagen und des dazu gehörigen Geschirres unter den gleichen Bestimmungen, wie sie für die Gastwirte in bezug auf die von ihren Gästen eingebrachten Sachen aufgestellt sind (1542, 1543).

- 2. Haftung der Stallwirte.

1545.

Gastwirte und Stallwirte haben an den eingebrachten Sachen der Gäste und Fuhrleute ein Retentionsrecht für

- 3. Retentionsrecht der Gast- und Stallwirte.

die Forderungen, die ihnen gegen sie aus der Beherbergung und Unterkunft zustehen.

Die Bestimmungen über das Retentionsrecht des Vermieters (1320 ff.) finden hierauf entsprechende Anwendung.

Sechshundvierzigster Titel.

Die Bürgschaft.

1546 (489).

A. Der Begriff. Durch den Bürgschaftsvertrag verpflichtet sich der Bürge gegenüber dem Gläubiger eines Dritten (des Hauptschuldners) für die Erfüllung der Schuld des letzteren einzustehen.

1547 (490).

B. Voraussetzungen. I. Fähigkeit. Fähig, eine Bürgschaft einzugehen, ist jeder, der sich nach Maßgabe dieses Gesetzes durch Verträge verpflichten kann.

1548 (491).

II. Form. Die Bürgschaft bedarf zu ihrer Gültigkeit der schriftlichen Vertragsform.

1549 (492).

III. Hauptschuld. Jede Bürgschaft setzt eine zu Recht bestehende Hauptschuld voraus.

Für den Fall, daß die Hauptschuld wirksam werde, kann die Bürgschaft auch für eine künftige oder bedingte Schuld eingegangen werden.

Die Schuld aus einem wegen Irrtums oder wegen Vertragsunfähigkeit für den Hauptschuldner unverbindlichen Vertrage kann gültig verbürgt werden, wenn der Bürge bei Eingehung seiner Verpflichtung den auf seiten des Hauptschuldners vorhandenen Mangel kennt.

1550 (493).

Der einfache Bürge kann vom Gläubiger erst dann zur Zahlung angehalten werden, wenn nach Eingehung der Bürgschaft der Hauptschuldner in Konkurs geraten oder ohne Verschulden des Gläubigers erfolglos betrieben worden ist oder in der Schweiz nicht mehr belangt werden kann.

C. Arten.
I. Einfache Bürgschaft.

1551 (494).

Ist die verbürgte Forderung vor oder gleichzeitig mit Bestellung der Bürgschaft durch Pfandrechte gesichert worden, so ist der einfache Bürge, so lange der Hauptschuldner nicht in Konkurs geraten ist und die Pfänder ohne Konkurs des Hauptschuldners verwertet werden können, berechtigt zu verlangen, daß der Gläubiger sich vorerst an sie halte.

II. Bürgschaft für eine pfandgesicherte Schuld.

1552 (495).

Wer sich als Bürge unter Beifügung der Worte: solidarisch, gleich dem Hauptschuldner, als Zahler, Selbstzahler, Selbstschuldner oder mit anderen gleichbedeutenden Ausdrücken verpflichtet, kann vor dem Hauptschuldner und vor der Verwertung der Pfänder belangt werden.

III. Solidarbürgschaft.

Im übrigen gelten auch für eine solche Bürgschaft die Bestimmungen dieses Titels.

1553 (496).

Mehrere Bürgen, die gemeinsam die nämliche teilbare Hauptschuld verbürgt haben, haften für ihre Anteile als einfache Bürgen und für die Anteile der übrigen als Nachbürgen.

IV. Mitbürgschaft.

Haben sie ausdrücklich mit dem Hauptschuldner oder unter sich Solidarhaft übernommen, so haftet jeder für die ganze Schuld mit verhältnismäßigem Rückgriffe gegen die Mitbürgen.

1554 (497).

V. Nachbürgschaft.

Der Nachbürge, der sich dem Gläubiger für die Erfüllung der von dem Vorbürgen übernommenen Verbindlichkeit verpflichtet hat, haftet neben diesem in derselben Weise wie der einfache Bürge neben dem Hauptschuldner.

1555 (498).

VI. Rückbürgschaft.

Der Rückbürge ist verpflichtet, dem zahlenden Bürgen für den Rückgriff einzustehen, der diesem gegen den Hauptschuldner zusteht.

1556 (499).

D. Haftung des Bürgen.

I. Umfang der Haftung.

Der Bürge haftet für den jeweiligen Betrag der Hauptschuld, inbegriffen die gesetzlichen Folgen eines Verschuldens oder Verzuges des Hauptschuldners.

Für die Kosten der Ausklagung des Hauptschuldners hat der Bürge nur insofern einzustehen, als ihm rechtzeitig Gelegenheit gegeben war, durch Befriedigung des Gläubigers dieselben zu vermeiden.

Für vertragsmäßige Zinse haftet der Bürge, wenn nichts anderes vereinbart ist, bis zum Betrage des laufenden und eines verfallenen Jahreszinses.

1557 (500).

II. Fälligkeit der Bürgschaftsschuld.

Der Bürge kann wegen der Hauptschuld vor dem für deren Bezahlung festgesetzten Termine selbst dann nicht belangt werden, wenn die Fälligkeit durch den Konkurs des Hauptschuldners vorgerückt wird.

Erfordert die Fälligkeit der Hauptschuld eine Kündigung, so hat diese auch an den Bürgen zu geschehen.

Die Kündigungsfrist läuft für den Bürgen vom Tage der an ihn erfolgten Eröffnung an.

1558 (501).

E. Erlöschen der Bürgschaft.

I. Erlöschen der Hauptschuld.

Durch ein Erlöschen der Hauptschuld von irgend welcher Art wird der Bürge befreit.

1559 (502).

Ist die Bürgschaft nur für eine bestimmte Zeitfrist eingegangen, so erlischt die Verpflichtung des Bürgen, wenn nicht der Gläubiger binnen vier Wochen nach Ablauf der Frist seine Forderung rechtlich geltend macht und ohne erhebliche Unterbrechung den Rechtsweg verfolgt.

II. Bürgschaft auf Zeit.

1560 (503).

Ist die Bürgschaft auf unbestimmte Zeit eingegangen, so kann der Bürge nach Eintritt der Fälligkeit der Hauptschuld vom Gläubiger verlangen, daß er binnen vier Wochen die Forderung rechtlich geltend mache und den Rechtsweg ohne Unterbrechung fortsetze.

III. Unbefristete Bürgschaft.

Handelt es sich um eine Forderung, deren Fälligkeit durch Aufkündigung des Gläubigers herbeigeführt werden kann, so ist der Bürge nach Ablauf eines Jahres seit Eingehung der Bürgschaft zu dem Verlangen berechtigt, daß der Gläubiger die Aufkündigung vornehme und nach Eintritt der Fälligkeit die Forderung im Sinne der vorstehenden Bestimmung geltend mache.

Kommt der Gläubiger diesem Verlangen nicht nach, so wird der Bürge frei.

1561 (504).

Auf den Bürgen gehen in demselben Maße, als er den Gläubiger befriedigt hat, dessen Rechte über.

Vorbehalten bleiben die besonderen Ansprüche und Einreden aus dem zwischen Bürgen und Hauptschuldner bestehenden Rechtsverhältnisse.

F. Rückgriff des Bürgen.

I. Rückgriff gegen den Schuldner.

1. Eintritt in die Rechte des Gläubigers.

1562 (505).

Der Bürge ist berechtigt und verpflichtet, dem Gläubiger die Einreden entgegenzusetzen, die dem Hauptschuldner zustehen, soweit er nicht durch die Art seiner Verpflichtung

2. Einreden des Bürgen.

von der Geltendmachung solcher Einreden ausgeschlossen wird (1549, Abs. 3).

Unterläßt er dieses, so verliert er seinen Rückgriff so weit, als er sich mittelst dieser Einreden hätte befreien können, wenn er nicht seine unverschuldete Unkenntnis darzutun vermag.

1563 (506).

3. Anzeigepflicht
des Bürgen.

Der Bürge verliert seinen Rückgriff, wenn infolge der von ihm unterlassenen Anzeige der Zahlung der Hauptschuldner die Schuld gleichfalls bezahlt.

Jedoch bleibt es dem Bürgen vorbehalten, den Gläubiger aus ungerechtfertigter Bereicherung auf Wiedererstattung zu belangen.

1564 (507).

II. Rechte der
Bürgen gegen
den Gläubiger.
1. Herausgabe der
Beweismittel u. a.

Der Gläubiger hat dem Bürgen, der ihn befriedigt, die zur Geltendmachung seiner Rechte dienlichen Urkunden und die bei ihm hinterlegten Pfänder herauszugeben.

War die Hauptschuld grundversichert, so hat der Gläubiger die für den Übergang des Pfandrechtes erforderlichen Handlungen vorzunehmen.

1565 (508).

2. Anspruch auf
vertragsmäßiges
Verhalten.

Der Gläubiger ist dem Bürgen dafür verantwortlich, daß er nicht zu dessen Nachteile die bei Eingehung der Bürgschaft vorhandenen oder vom Hauptschuldner nachträglich erlangten anderweitigen Sicherheiten vermindere oder sich der vorhandenen Beweismittel entäußere.

Er ist ferner dafür verantwortlich, daß nicht infolge der Unterlassung einer Kontrolle oder Aufsicht, die er über den Schuldner auszuüben hat, die Schuld einen Umfang annehme, den sie andernfalls nicht erreichen könnte.

1566 (509).

Ist die Hauptschuld fällig, so kann der Bürge jederzeit vom Gläubiger verlangen, daß dieser von ihm Befriedigung annehme oder ihn aus der Bürgschaft entlasse.

3. Anspruch auf Zahlungs-
annahme oder
Entlassung.

Der Bürge wird ohne weiteres frei, wenn der Gläubiger die Annahme der Zahlung oder die Übertragung der Sicherheiten verweigert.

1567 (510).

Fällt der Hauptschuldner in Konkurs, so liegt dem Gläubiger die Pflicht ob, seine Forderung im Konkurse anzumelden.

4. Anmeldung des
Gläubigers im
Konkurs des
Schuldners.

Auch hat der Gläubiger, sobald er von dem Konkurse Kenntnis erhält, den Bürgen davon zu benachrichtigen.

Wenn der Gläubiger solches unterläßt, so verliert er seine Ansprüche gegen den Bürgen insoweit, als diesem aus einer solchen Unterlassung ein Schaden entstanden ist.

1568 (511).

Der Bürge kann von dem Hauptschuldner Sicherstellung und, wenn die Hauptschuld fällig ist, Befreiung von der Bürgschaft verlangen:

III. Recht des Bür-
gen auf Sicher-
stellung.

1. wenn dieser den mit dem Bürgen getroffenen Abreden zuwider handelt, namentlich die auf einen bestimmten Termin versprochene Entlastung des Bürgen nicht bewirkt,
2. wenn der Hauptschuldner in Verzug kommt,
3. wenn durch Verschlimmerung der Vermögensverhältnisse des Hauptschuldners oder durch ein Verschulden desselben die Gefahr für den Bürgen erheblich größer geworden ist als bei Eingehung der Bürgschaft.

Siebenundvierzigster Titel.

Spiel und Wette.

1569 (512).

A. Spiel und Wette.

I. Unklagbarkeit der Forderungen.

Aus Spiel und Wette entsteht keine Forderung.

Dasselbe gilt von Darlehen und Vorschüssen, die wissentlich zum Behufe des Spieles oder der Wette gemacht werden, sowie von solchen Lieferungs- und Differenzgeschäften über Waren oder Börsenpapiere, die den Charakter eines Spieles oder einer Wette haben.

1570 (513).

II. Unwirksamkeit von Schuldver- schreibungen.

Eine Schuldverschreibung oder Wechselverpflichtung, die der Spielende oder Wettende zur Deckung der Spiel- oder Wettsomme gezeichnet hat, kann trotz erfolgter Aushängung nicht geltend gemacht werden.

Vorbehalten bleiben die besonderen Grundsätze des Wechselrechtes.

1571 (514).

III. Ausschließung der Rückforde- rung.

Eine freiwillig geleistete Zahlung kann nur zurückgefordert werden, wenn die planmäßige Ausführung des Spieles oder der Wette durch Zufall oder durch den Empfänger vereitelt worden ist, oder wenn dieser sich einer Unredlichkeit schuldig gemacht hat.

1572 (515, 516).

B. Lotterie.

Aus Lotterie- oder Ausspielgeschäften entsteht nur dann eine Forderung, wenn die Unternehmung von der zuständigen Behörde bewilligt worden ist.

Ist dieses nicht der Fall, so wird eine solche Forderung wie eine Spielforderung behandelt (1571).

Für auswärts gestattete Lotterien oder Ausspielverträge wird in der Schweiz ein Rechtsschutz nur gewährt, wenn die zuständige schweizerische Behörde den Vertrieb der Lose bewilligt hat.

Achtundvierzigster Titel.

Der Leibrentenvertrag und die Verpfändung.

1573 (517).

Die Leibrente kann auf die Lebenszeit des Rentengläubigers, des Rentenschuldners oder eines Dritten gestellt werden.

A. Der Leibrentenvertrag.

I. Der Inhalt.

1. Dauer der Leistungspflicht.

In Ermangelung einer bestimmten Verabredung wird angenommen, sie sei auf die Lebenszeit des Rentengläubigers versprochen.

1574 (517).

Eine auf die Lebenszeit des Rentenschuldners oder eines Dritten gestellte Leibrente geht, sofern nicht etwas anderes verabredet ist, auf die Erben des Rentengläubigers über.

2. Übergang auf die Erben des Gläubigers.

1575 (518).

Der Leibrentenvertrag bedarf zu seiner Gültigkeit der schriftlichen Vertragsform.

II. Die Form der Entstehung.

1576 (519).

Die Leibrente ist halbjährlich und zum voraus zu leisten, wenn nicht etwas anderes vereinbart ist.

III. Fälligkeit und Vorauszahlung.

Stirbt die Person, auf deren Lebenszeit die Leibrente gestellt ist, vor dem Ablaufe der Periode, für die zum voraus die Rente zu entrichten ist, so wird der volle Betrag geschuldet.

1577 (520).

Der Leibrentengläubiger kann, sofern nicht etwas anderes vereinbart ist, die Ausübung seiner Rechte abtreten.

IV. Persönliche Berechtigung.

1. Abtretung.

1578 (521).

Wer einem Dritten unentgeltlich eine Leibrente bestellt, kann zugleich bestimmen, daß ihm diese nicht durch Gläubiger auf dem Wege der Betreibung, des Arrestes oder Konkurses entzogen werden darf.

2. Ausschließung der Pfändbarkeit.

1579 (522).

3. Behandlung im Konkurs.

Fällt der Leibrentenschuldner in Konkurs, so ist der Leibrentengläubiger berechtigt, seine Ansprüche in Form einer Kapitalforderung geltend zu machen, deren Wert durch das Kapital bestimmt wird, womit die nämliche Leibrente zur Zeit der Konkursöffnung bei einer soliden Rentenanstalt bestellt werden könnte.

1580.

B. Die Verpfändung.

I. Der Inhalt.

1. Im allgemeinen.

Durch den Verpfändungsvertrag verpflichtet sich der Pfänder, dem Pfandgeber ein Vermögen oder einzelne Vermögenswerte zu übertragen, und dieser, dem Pfänder Unterhalt und Pflege auf Lebenszeit zu gewähren.

Ist der Pfandgeber als Erbe des Pfänders eingesetzt, so steht das ganze Verhältnis unter den Bestimmungen über den Erbvertrag.

1581.

2. Häusliche Gemeinschaft mit dem Pfandgeber.

Tritt der Pfänder in häusliche Gemeinschaft mit dem Pfandgeber, so ist dieser verpflichtet, ihm dasjenige zu leisten, was nach dem Wert des Empfangenen und nach den Verhältnissen, in denen der Pfänder bishin gestanden hat, dieser billigerweise zu erwarten berechtigt ist.

Er hat ihm Wohnung und Unterhalt in angemessener Weise zu leisten und schuldet ihm in Krankheitsfällen die nötige Pflege und ärztliche Behandlung.

Pfandanstalten können diese Leistungen in ihren Hausordnungen unter Genehmigung durch die zuständige Behörde als Vertragsinhalt allgemein verbindlich festsetzen.

1582.

II. Die Entstehung.

Der Verpfändungsvertrag bedarf zu seiner Gültigkeit, auch wenn keine Erbeinsetzung damit verbunden ist, derselben Form wie der Erbvertrag.

Wird der Vertrag mit einer staatlich anerkannten Pfrundanstalt zu den behördlich genehmigten Bedingungen abgeschlossen, so genügt für den Verpfändungsvertrag die schriftliche Vereinbarung.

1583.

Hat der Pfründer dem Pfrundgeber ein Grundstück III. Sicherstellung. übertragen, so steht ihm an diesem für seine Ansprüche ein gesetzliches Pfandrecht zu.

1584.

Der Verpfändungsvertrag kann sowohl von dem Pfründer als dem Pfrundgeber jederzeit auf ein halbes Jahr gekündigt werden, wenn nach dem Vertrag die Leistung des einen derjenigen des andern dem Werte nach in erheblichem Umfange, und ohne daß Schenkungsabsicht vorliegt, nicht entspricht. IV. Die Aufhebung.

1. Kündigung.

Maßgebend ist hierfür das Verhältnis von Kapital und Leibrente nach den Grundsätzen einer soliden Rentenanstalt.

Was im Zeitpunkt der Aufhebung bereits geleistet ist, wird unter gegenseitiger Verrechnung von Kapitalwert und Zins zurückerstattet.

1585.

Die Erben des Pfründers können den Vertrag anfechten, wenn die Leistung des Pfrundgebers dem Werte nach um so viel unter der Leistung des Pfründers steht, daß der Pfrundgeber in einem den verfügbaren Teil des Vermögens überschreitenden Umfange begünstigt erscheint.

2. Anfechtung.

a. Wegen Pflicht-
teilsverletzung.

Die pflichtteilsberechtigten Erben verzichten jedoch auf diese Anfechtung, wenn sie dem Verpfändungsvertrage bei Lebzeiten ihres Erblassers zustimmen.

1586.

Ein Verpfändungsvertrag kann von denjenigen Personen angefochten werden, denen ein gesetzlicher Unterstützungsanspruch gegen den Pfründer zusteht, wenn der

b. Wegen Ver-
letzung der
Unterstützungs-
pflicht.

Pfründer durch die Verpfändung sich der Möglichkeit beraubt, seiner Unterstützungspflicht nachzukommen.

In diesem Falle kann der Richter, anstatt den Vertrag aufzuheben, den Pfundgeber zu der Unterstützung der Unterstützungsberechtigten verpflichten, unter Anrechnung dieser Leistungen auf das, was der Pfundgeber vertragsgemäß dem Pfründer zu entrichten hat.

1587.

3. Einseitige Aufhebung wegen Vertragsverletzung und aus wichtigen Gründen.

Sowohl der Pfründer als der Pfundgeber kann die Verpfändung einseitig aufheben, wenn infolge von Verletzung der vertraglichen Pflichten das Verhältnis unerträglich geworden ist oder wenn wichtige Gründe dessen Fortführung unmöglich machen oder übermäßig erschweren.

Wird die Verpfändung aus solcher Ursache aufgehoben, so hat neben der Rückgabe des Geleisteten der schuldige Teil dem schuldlosen eine angemessene Entschädigung zu entrichten.

Anstatt die Verpfändung vollständig aufzuheben, kann der Richter sich auf die Aufhebung der häuslichen Gemeinschaft beschränken und dem Pfründer zum Ersatz dafür eine Leibrente zusprechen.

1588.

IV. Unübertragbarkeit, Geltendmachung im Konkurse.

Der Anspruch des Pfründers ist unübertragbar.

Im Konkurse des Pfundgebers besteht die Forderung des Pfründers in der Höhe des Kapitals, womit die Leistung des Pfundgebers dem Werte nach bei einer soliden Rentenanstalt in Gestalt einer Leibrente erworben werden könnte.

1589.

V. Tod des Pfundgebers.

Beim Tode des Pfundgebers kann der Pfründer entweder von dessen Erben die Fortsetzung des Pfundverhältnisses oder dessen Aufhebung verlangen.

In letzterm Falle kann er eine Forderung gegen sie geltend machen, wie sie im Konkurse des Pfrundgebers ihm zustände (1588).

Neunundvierzigster Titel. Die einfache Gesellschaft.

1590 (524).

Gesellschaft ist die vertragsmäßige Verbindung von zwei oder mehreren Personen zur Erreichung eines gemeinsamen Zweckes mit gemeinsamen Kräften oder Mitteln.

Die Gesellschaft ist eine einfache im Sinne dieses Titels, sofern dabei nicht die Voraussetzungen einer besondern Gesellschaftsart zutreffen.

1591 (525).

Die Rechtsverhältnisse der Gesellschafter unter einander richten sich, falls in dem Gesellschaftsvertrage nicht etwas anderes bestimmt ist, nach den Vorschriften des Gesetzes.

1592 (526).

Jeder Gesellschafter hat einen Beitrag zu leisten.

Die Beiträge können nach Art und Größe ungleich sein und in Geld, Sachen, Forderungen oder Arbeit bestehen.

1593 (527).

Ist nicht etwas anderes vereinbart, so haben die Gesellschafter gleiche Beiträge und zwar in der Art und dem Umfange zu leisten, wie der vereinbarte Zweck es erheischt.

1594 (528).

In bezug auf die Tragung der Gefahr und die Gewährspflicht finden, sofern der einzelne Gesellschafter den Gebrauch einer Sache zu überlassen hat, die Grundsätze des Mietvertrages, und sofern er Eigentum zu übertragen hat, die Grundsätze des Kaufvertrages entsprechende Anwendung.

A. Der Begriff.

B. Verhältnis der Gesellschafter unter sich.

I. Vorbehalt vertraglicher Regelung.

II. Beiträge.

1. Art und Größe.

a. Vertragliche Festsetzung.

b. Gesetzliche Regel.

2. Gewährleistung für die Einschüsse.

1595 (529).

III. Gewinn-undVerlustverteilung.

1. Pflicht zur Gewinnverteilung.

Jeder Gesellschafter ist verpflichtet, einen Gewinn, der seiner Natur nach der Gesellschaft zukommt, mit den andern Gesellschaftern zu teilen.

1596 (530).

2. Verabredung der Gewinn-undVerlustbeteiligung.

Die Anteile der Gesellschafter am Gewinn oder Verlust können ungleich verabredet werden.

Sind sie nicht vereinbart, so hat jeder Gesellschafter, ohne Rücksicht auf die Art und Größe seines Beitrages, gleichen Anteil an Gewinn und Verlust.

Ist nur der Anteil am Gewinne oder nur der Anteil am Verluste vereinbart, so gilt diese Vereinbarung für beides.

1597 (531).

3. Ausschuß der Verlustbeteiligung.

Die Verabredung, daß ein Gesellschafter, der zu dem gemeinsamen Zwecke Arbeit beizutragen hat, Anteil am Gewinne, nicht aber am Verluste haben soll, ist zulässig.

1598 (532).

V. Gesellschaftsbeschlüsse.

Gesellschaftsbeschlüsse können nur mit Zustimmung aller Gesellschafter gefaßt werden.

Soll nach dem Vertrage Stimmenmehrheit entscheiden, so ist die Mehrheit nach der Personenzahl zu berechnen.

1599 (533).

V. Geschäftsführung.

1. Berechtigung.

Die Geschäftsführung steht allen Gesellschaftern zu, soweit sie nicht durch Vertrag oder Beschluß einem oder mehreren Gesellschaftern oder Dritten ausschließlich übertragen ist.

1600 (534).

2. Recht einzelner Gesellschafter.

Steht die Geschäftsführung entweder allen oder mehreren Gesellschaftern zu, so kann jeder von diesen ohne Mitwirkung der übrigen handeln.

Es hat aber jeder andere zur Geschäftsführung befugte Gesellschafter das Recht, durch seinen Widerspruch die Handlung zu verhindern, bevor sie vollendet ist.

1601 (535).

Zur Bestellung eines Generalbevollmächtigten und zur Vornahme von Rechtshandlungen, die über den gewöhnlichen Betrieb der gemeinschaftlichen Geschäfte hinausgehen, ist, sofern nicht Gefahr im Verzuge liegt, die Einwilligung sämtlicher Gesellschafter erforderlich.

3. Außerordentliche Maßnahmen.

1602 (536).

Kein Gesellschafter darf zu seinem besonderen Vortheile Geschäfte betreiben, durch die der Zweck der Gesellschaft vereitelt oder beeinträchtigt würde.

VI. Verantwortlichkeit unter sich.
1. Konkurrenzverbot.

1603 (537).

Für Auslagen oder Verbindlichkeiten, die ein Gesellschafter in den Angelegenheiten der Gesellschaft macht oder eingeht, sowie für Verluste, die er unmittelbar durch seine Geschäftsführung oder aus damit unzertrennlich verbundenen Gefahren erleidet, sind ihm die übrigen Gesellschafter verhaftet.

2. Auslagen, Verbindlichkeiten, Vorschüsse, Bemühungen.

Von den vorgeschossenen Geldern kann er vom Tage des geleisteten Vorschusses an Zinse fordern.

Dagegen steht ihm für persönliche Bemühungen kein Anspruch auf besondere Vergütung zu.

1604 (538).

Jeder Gesellschafter ist verpflichtet, in den Angelegenheiten der Gesellschaft den Fleiß und die Sorgfalt anzuwenden, die er in seinen eigenen anzuwenden pflegt.

3. Maß der Sorgfalt.

Er haftet den übrigen Gesellschaftern für den durch sein Verschulden entstandenen Schaden, ohne daß er damit die Vorteile verrechnen könnte, die er der Gesellschaft in anderen Fällen durch seinen Fleiß verschafft hat.

1605 (539).

VII. Widerruf der Geschäftsführungsbefugnis.

Die im Gesellschaftsvertrage einem Gesellschafter eingeräumte Befugnis zur Geschäftsführung darf von den übrigen Gesellschaftern ohne wichtige Gründe weder widerrufen noch beschränkt werden.

Liegen wichtige Gründe vor, so kann sie von jedem der übrigen Gesellschafter selbst dann widerrufen werden, wenn der Gesellschaftsvertrag etwas anderes bestimmt.

Ein wichtiger Grund liegt namentlich vor, wenn der Geschäftsführer sich einer groben Pflichtverletzung schuldig gemacht hat oder zu einer guten Geschäftsführung unfähig geworden ist.

1606 (540).

VIII. Verhältnis von geschäftsführenden u. nicht geschäftsführenden Gesellschaftern.

Soweit weder in den Bestimmungen dieses Titels noch im Gesellschaftsvertrage etwas anderes vorgesehen ist, kommen auf das Verhältnis der geschäftsführenden Gesellschafter zu den übrigen Gesellschaftern die Vorschriften über Auftrag zur Anwendung.

1. Besorgung der Geschäfte.

Wenn ein Gesellschafter, der nicht zur Geschäftsführung befugt ist, Gesellschaftsangelegenheiten besorgt, oder wenn ein zur Geschäftsführung befugter Gesellschafter seine Befugnis überschreitet, so finden die Vorschriften über die Geschäftsführung ohne Auftrag Anwendung.

1607 (541).

2. Einsicht in die Gesellschaftsangelegenheiten.

Der von der Geschäftsführung ausgeschlossene Gesellschafter hat das Recht, sich persönlich von dem Gange der Gesellschaftsangelegenheiten zu unterrichten, von den Geschäftsbüchern und Papieren der Gesellschaft Einsicht zu nehmen und für sich auf Grundlage derselben eine Übersicht über den Stand des gemeinschaftlichen Vermögens anzufertigen.

Eine entgegenstehende Vereinbarung ist nichtig.

1608 (542).

Ein Gesellschafter kann ohne die Einwilligung der übrigen Gesellschafter keinen Dritten in die Gesellschaft aufnehmen.

IX. Aufnahme neuer Gesellschafter.

Wenn ein Gesellschafter einseitig einen Dritten an seinem Anteile beteiligt oder seinen Anteil an ihn abtritt, so wird dieser Dritte dadurch nicht zum Gesellschafter der übrigen.

Insbesondere geht auf ihn das Recht, von den Gesellschaftsangelegenheiten Einsicht zu nehmen (1607), nicht über.

1609 (543).

Wenn ein Gesellschafter zwar für Rechnung der Gesellschaft, aber in eigenem Namen mit einem Dritten Geschäfte abschließt, so wird er allein dem Dritten gegenüber berechtigt und verpflichtet.

C. Begründung von Rechten und Verbindlichkeiten der Gesellschafter gegenüber Dritten.

Wenn ein Gesellschafter im Namen der Gesellschaft oder sämtlicher Gesellschafter mit einem Dritten Geschäfte abschließt, so werden die übrigen Gesellschafter dem Dritten gegenüber nur insoweit berechtigt und verpflichtet, als es die Bestimmungen über die Stellvertretung mit sich bringen.

I. Stellvertretung.

Eine Ermächtigung des einzelnen Gesellschafters, die Gesellschaft oder sämtliche Gesellschafter Dritten gegenüber zu verpflichten, wird vermutet, sobald ihm die Geschäftsführung überlassen ist.

1610 (544).

Ist Eigentum an die Gesellschaft übertragen oder im Namen derselben erworben worden, so gehört es allen Gesellschaftern zu gemeinschaftlichem Eigentum.

II. Wirkung der Vertretung.

Sind Forderungsrechte an die Gesellschaft übertragen oder in deren Namen erworben worden, so wird jeder Gesellschafter Gläubiger des Schuldners nach Maßgabe seiner Rechte am Ergebnis der Liquidation.

Haben die Gesellschafter gemeinschaftlich oder durch Stellvertretung einem Dritten gegenüber Verpflichtungen eingegangen, so haften sie solidarisch.

1611 (545).

Die Gesellschaft wird aufgelöst:

D. Beendigung der Gesellschaft.

I. Auflösungsgründe.

1. Im allgemeinen.

1. wenn der Zweck, zu welchem sie abgeschlossen wurde, erreicht oder wenn dessen Erreichung unmöglich geworden ist,
2. wenn ein Gesellschafter stirbt und nicht schon vorher vereinbart worden ist, daß die Gesellschaft mit den Erben fortbestehen soll,
3. wenn ein Gesellschafter fruchtlos gepfändet wird, in Konkurs fällt oder bevormundet wird,
4. durch gegenseitige Übereinkunft,
5. durch Ablauf der Zeit, auf deren Dauer die Gesellschaft eingegangen ist, wobei jedoch die Gesellschaft, wenn sie stillschweigend fortgesetzt wird, als auf unbestimmte Dauer erneuert gilt,
6. durch Kündigung von seiten eines Gesellschafters, wenn eine solche im Gesellschaftsvertrage vorbehalten oder wenn die Gesellschaft auf unbestimmte Dauer oder auf Lebenszeit eines Gesellschafters eingegangen worden ist,
7. durch richterlichen Beschluß (1613).

1612 (546).

2. Kündigung.

Ist die Gesellschaft auf unbestimmte Dauer oder auf Lebenszeit eines Gesellschafters geschlossen worden, so kann jeder Gesellschafter den Vertrag auf sechs Monate kündigen.

Die Kündigung soll jedoch in guten Treuen und nicht zur Unzeit geschehen.

Sie darf, wenn jährliche Rechnungsabschlüsse vorgesehen sind, nur auf das Ende eines Geschäftsjahres erfolgen.

1613 (547).

Aus wichtigen Gründen kann die Auflösung der Gesellschaft vor Ablauf der Vertragsdauer oder bei Abschluß auf unbestimmte Dauer ohne vorherige Aufkündigung verlangt werden.

3. Auflösung aus wichtigen Gründen.

1614.

Wird die Gesellschaft in anderer Weise als durch Kündigung aufgelöst, so gilt die Befugnis eines Gesellschafters zur Geschäftsführung zu seinen Gunsten gleichwohl als fortbestehend, bis er von der Auflösung Kenntnis hat oder bei schuldiger Sorgfalt haben mußte.

II. Fortsetzung der Geschäfte nach dem Eintritt der Auflösung.

Wird die Gesellschaft durch den Tod eines Gesellschafters aufgelöst, so hat der Erbe des verstorbenen Gesellschafters den andern den Tod unverzüglich anzuzeigen und die von seinem Erblasser zu besorgenden Geschäfte in guten Treuen fortzusetzen, bis anderweitige Fürsorge getroffen ist.

Die andern Gesellschafter haben in gleicher Weise die Geschäfte einstweilen weiter zu führen.

1615 (548).

Bei der Auseinandersetzung, die nach der Auflösung die Gesellschafter unter sich vorzunehmen haben, fallen die Sachen, die ein Gesellschafter zu Eigentum eingebracht hat, nicht an ihn zurück.

III. Liquidation.
1. Behandlung der Einlagen.

Er hat jedoch Anspruch auf den Wert, für den sie übernommen worden sind.

Fehlt es an einer solchen Wertbestimmung, so geschieht die Erstattung nach dem Werte, den die Sachen zur Zeit des Einbringens hatten.

1616 (549).

Verbleibt nach Abzug der gemeinschaftlichen Schulden, nach Ersatz der Auslagen und Verwendungen an einzelne Gesellschafter und nach Rückerstattung der Vermögens-

2. Gewinn- u. Verlustberechnung.

beiträge ein Überschuß, so ist er unter die Gesellschafter als Gewinn zu verteilen.

Ist nach Tilgung der Schulden und Ersatz der Auslagen und Verwendungen das gemeinschaftliche Vermögen nicht ausreichend, um die geleisteten Vermögensbeiträge zurückzuerstatten, so haben die Gesellschafter das Fehlende als Verlust zu tragen.

1617 (550).

3. Befugnis zur Liquidation.

Die Auseinandersetzung nach Auflösung der Gesellschaft ist von allen Gesellschaftern gemeinsam vorzunehmen, mit Einschluß derjenigen, die von der Geschäftsführung ausgeschlossen waren.

Wenn jedoch der Gesellschaftsvertrag sich nur auf bestimmte einzelne Geschäfte bezog, die ein Gesellschafter in eigenem Namen auf gemeinsame Rechnung zu besorgen hatte, so hat er diese Geschäfte auch nach Auflösung der Gesellschaft allein zu erledigen und den übrigen Gesellschaftern Rechnung abzulegen.

1618 (551).

III. Haftung gegenüber Dritten.

An den Verbindlichkeiten gegenüber Dritten wird durch die Auflösung der Gesellschaft nichts geändert.

Fünzigster Titel. Die Kollektivgesellschaft.

1619 (552).

A. Begriff und Er- richtung.

1. Kaufmännische und nicht kauf- männische Ge- sellschaft.

Eine Kollektivgesellschaft ist vorhanden, wenn zwei oder mehrere Personen, ohne ihre Haftbarkeit zu beschränken, unter einer gemeinsamen Firma ein Handels-, ein Fabrikations- oder ein anderes nach kaufmännischer Art geführtes Gewerbe betreiben.

Die Mitglieder einer solchen Gesellschaft haben sich als Kollektivgesellschaft in das Handelsregister eintragen zu lassen.

Gesellschaften für andere als die bezeichneten Zwecke können Kollektivgesellschaften werden, wenn sie sich als solche in das Handelsregister eintragen lassen.

1620 (553).

Die Eintragung einer Kollektivgesellschaft in das Handelsregister hat da zu geschehen, wo sie ihren Sitz hat.

II. Registereintrag.

1. Ort und Inhalt.

Die Eintragung muß enthalten:

1. den Namen und den Wohnort jedes Gesellschafters,
2. die Firma der Gesellschaft und den Ort, wo sie ihren Sitz hat,
3. den Zeitpunkt, mit welchem die Gesellschaft ihren Anfang nimmt,
4. im Falle vereinbart ist, daß nur einer oder einige der Gesellschafter die Gesellschaft vertreten sollen, die Angabe, welcher oder welche dazu bestimmt sind, sowie, ob das Recht nur in Gemeinschaft ausgeübt werden soll.

1621 (554).

Die Anmeldungen der eintragungspflichtigen Tatsachen (1620) oder deren Veränderung müssen von allen Gesellschaftern persönlich vor der Registerbehörde unterzeichnet oder in beglaubigter Form eingereicht werden.

2. Formelle Voraussetzungen.

Sie sind ihrem ganzen Inhalte nach in das Handelsregister einzutragen.

Die Gesellschafter, denen die Vertretung der Gesellschaft zustehen soll, haben die Firma nebst ihrer Namensunterschrift persönlich vor der Registerbehörde zu zeichnen oder die Zeichnung in beglaubigter Form einzureichen.

1622 (555).

- B. Verhältnis der Gesellschafter unter sich. Das Rechtsverhältnis der Gesellschafter untereinander richtet sich zunächst nach dem Gesellschaftsvertrage.
- I. Vertragsfreiheit und Verweisung auf die einfache Gesellschaft. Soweit keine Vereinbarung getroffen ist, kommen die Bestimmungen über einfache Gesellschaft (1592 bis 1608) zur Anwendung, jedoch mit den Abweichungen, die sich aus den nachfolgenden Bestimmungen ergeben.

1623 (556).

- II. Inventar und Gewinn- u. Verlustrechnung. Am Schlusse eines jeden Geschäftsjahres ist ein Inventar und eine Bilanz des Gesellschaftsvermögens anzufertigen, auf Grund derselben der Gewinn oder Verlust des Jahres zu ermitteln und für jeden Gesellschafter sein Anteil zu berechnen.

Dabei wird jedem Gesellschafter nach der Höhe seines Kapitalanteiles aus dem Gewinn, und soweit dieser reicht, vier vom Hundert gutgeschrieben und der Rest des Gewinnes nach Köpfen geteilt.

Ein im Vertrag festgesetztes Honorar für Arbeit wird bei Ermittlung von Gewinn und Verlust als Gesellschaftsschuld behandelt.

1624 (557).

- III. Recht auf Gewinn und Honorar. Jeder Gesellschafter hat das Recht, aus der Gesellschaftskasse Gewinn und Honorar des letztverflossenen Jahres zu entnehmen.

Macht er von diesem Rechte keinen Gebrauch, so wird sein Einlagekapital um den Betrag jener Summe vermehrt, sofern die anderen Gesellschafter keine Einwendung dagegen erheben.

1625 (557).

- IV. Deckung von Verlust. Ist durch frühere Verluste das Einlagekapital eines Gesellschafters vermindert worden, so hat er bis zur Wiedergänzung seiner Einlage keinen Anspruch auf Auszahlung seines Gewinnanteiles.

Im übrigen hat kein Gesellschafter die Pflicht, seine durch Verlust verminderte Einlage zu ergänzen oder sie über den im Vertrage bestimmten Betrag zu erhöhen.

1626 (558).

Ein Gesellschafter darf ohne Zustimmung der übrigen Gesellschafter weder in dem Geschäftszweige der Gesellschaft für eigene Rechnung oder für Rechnung eines Dritten Geschäfte machen noch an einer andern gleichartigen Unternehmung als Kollektivgesellschafter oder als Kommanditär Teil nehmen.

V. Konkurrenzverbot.

1627 (559).

Die Kollektivgesellschaft kann unter ihrer Firma Rechte erwerben und Verbindlichkeiten eingehen, Eigentum und andere dingliche Rechte auch an Grundstücken erwerben, vor Gericht klagen und verklagt werden.

C. Verhältnis der Gesellschaft zu Dritten.
I. Vermögens- und Prozeßfähigkeit der Gesellschaft

1628 (560).

Enthält das Handelsregister keine entgegenstehenden Bestimmungen über die Vertretungsbefugnis der einzelnen Gesellschafter, so sind Dritte zu der Annahme berechtigt, es sei jeder einzelne Gesellschafter zur Vertretung der Gesellschaft ermächtigt.

II. Vertretungsverhältnisse.
1. Vertretungsbefugnis.

1629 (561).

Jeder zur Vertretung der Gesellschaft befugte Gesellschafter ist ermächtigt, im Namen der Gesellschaft alle Arten von Rechtshandlungen und Geschäften vorzunehmen, die der Zweck der Gesellschaft mit sich bringen kann.

2. Umfang und Beschränkung.

Eine Beschränkung dieser Vertretungsbefugnis hat gegenüber gutgläubigen Dritten keine rechtliche Wirkung.

Vorbehalten bleibt die in das Handelsregister eingetragene Bestimmung, daß ein Gesellschafter ausschließlich eine Zweigniederlassung (Filiale) vertrete, oder überhaupt nur mehrere Gesellschafter gemeinsam oder ein Gesellschafter mit einem Prokuristen zusammen die Firma führen können.

3. Erteilung und
Widerruf der
Prokura.

1630 (562).

Zur Bestellung eines Prokuristen ist die Einwilligung aller zur Vertretung der Gesellschaft befugten Gesellschafter erforderlich.

Der Widerruf der Prokura kann dagegen von jedem derselben mit Wirkung gegen Dritte geschehen.

1631 (563).

4. Abschluß von
Geschäften für
die Gesellschaft.

Die Gesellschaft wird durch die Rechtsgeschäfte, die ein zu ihrer Vertretung befugter Gesellschafter in ihrem Namen schließt, berechtigt und verpflichtet.

Es ist gleichgültig, ob das Geschäft ausdrücklich im Namen der Gesellschaft geschlossen worden ist, oder ob diese Absicht aus den Umständen hervorgeht.

1632 (564).

III. Haftbarkeit der
Gesellschaft und
der Gesell-
schafter.

Die Gesellschafter haften für alle Verbindlichkeiten der Gesellschaft solidarisch und mit ihrem ganzen Vermögen.

1. Im allgemeinen.

Eine entgegenstehende Verabredung hat gegenüber Dritten keine rechtliche Wirkung.

Der einzelne Gesellschafter kann jedoch für eine Gesellschaftsschuld erst dann persönlich belangt werden, wenn die Gesellschaft aufgelöst oder erfolglos betrieben worden ist.

1633 (565).

2. Neu eintretende
Gesellschafter.

Wer einer bestehenden Kollektivgesellschaft als Kollektivgesellschafter beitrifft, haftet solidarisch auch für die vor seinem Beitritte eingegangenen Verbindlichkeiten, es mag die Firma eine Änderung erleiden oder nicht.

Eine entgegenstehende Verabredung hat gegenüber Dritten keine rechtliche Wirkung.

1634 (566).

3. Gesellschafts-
Konkurs.

Im Konkurse der Kollektivgesellschaft werden deren Gläubiger mit Ausschluß der Sondergläubiger der einzelnen Gesellschafter aus dem Gesellschaftsvermögen befriedigt.

a. Ausschluß der
Sondergläubiger.

1635 (567).

Die Kollektivgesellschaftler können im Konkurse der Gesellschaft für ihre Kapitaleinlagen nicht als Gläubiger konkurrieren, wohl aber gleich anderen Gläubigern diejenigen Forderungen geltend machen, die ihnen unter irgend einem anderen Titel wider die Gesellschaft zustehen.

b. Ausschluß der Gesellschaftler.

1636 (568).

Wenn das Gesellschaftsvermögen nicht hinreicht, um den Gesellschaftsgläubigern volle Befriedigung zu gewähren, so sind diese berechtigt, für den ganzen unbezahlt bleibenden Rest ihrer Forderungen aus dem Privatvermögen jedes einzelnen Gesellschafters in Konkurrenz mit dessen Privatgläubigern Befriedigung zu suchen.

4. Konkurs der Gesellschaftler.

1637 (569, 570).

Die Privatgläubiger eines Gesellschafters sind nicht befugt, die zum Gesellschaftsvermögen gehörigen Sachen, Forderungen oder Rechte zum Behuf ihrer Befriedigung oder zur Sicherstellung in Anspruch zu nehmen.

5. Rechte der Privatgläubiger eines Gesellschafters.

1638 (571).

Gegen eine Forderung der Gesellschaft kann der Schuldner einen Anspruch, der ihm an einen einzelnen Gesellschaftler zusteht, nicht zur Verrechnung bringen.

6. Voraussetzung für Verrechnungen.

Ebensowenig kann ein Gesellschaftler gegenüber seinem Gläubiger eine Forderung der Gesellschaft verrechnen.

Es kann jedoch ein Gesellschaftsgläubiger, der gleichzeitig Privatschuldner eines Gesellschafters ist, diesem gegenüber die Verrechnung verlangen, wenn der Schuldner von ihm direkt belangt werden könnte (1632, Absatz 3).

1639 (572).

D. Auflösung und Austritt.

I. Auflösungsgründe.

Die Kollektivgesellschaft wird aufgelöst durch Konkurs der Gesellschaft.

Im übrigen gelten über die Auflösung einer Kollektivgesellschaft die für die einfache Gesellschaft aufgestellten Bestimmungen (1611 bis 1618), soweit sich aus den Vorschriften dieses Titels nichts anderes ergibt.

1640 (573).

II. Verhältnis bis zur durchgeführten Liquidation.

Auch nach Auflösung der Kollektivgesellschaft ist ein Konkursverfahren über ihr Vermögen so lange zulässig, als die Verteilung nicht vollzogen ist.

Die Eröffnung des Konkurses der Gesellschaft hat den Konkurs der einzelnen Gesellschafter nicht ohne weiteres zur Folge.

Ebensowenig begründet der Konkurs einzelner Gesellschafter den Konkurs der Gesellschaft.

1641 (574).

III. Aufkündigung durch Privatgläubiger.

Ist ein Gesellschafter in Konkurs geraten, so kann die Masse unter Beobachtung einer mindestens sechsmonatlichen Kündigungsfrist die Auflösung der Gesellschaft zu verlangen, mag die Gesellschaft auf bestimmte oder auf unbestimmte Dauer eingegangen sein.

Die Wirkung einer solchen Kündigung kann aber jederzeit, so lange die Auflösung nicht vollzogen ist, von der Gesellschaft oder den übrigen Gesellschaftern durch Befriedigung der kündigenden Masse abgewendet werden.

1642 (575).

IV. Fortsetzung nach Ausscheiden Einzelner.

Wenn die Gesellschafter vor der Auflösung übereingekommen sind, daß ungeachtet des Ausscheidens eines

oder mehrerer Gesellschafter die Gesellschaft unter den übrigen fortgesetzt werden soll, so endigt diese nur für die Ausscheidenden.

Im übrigen besteht sie mit allen ihren bisherigen Rechten und Verbindlichkeiten fort.

1643 (576).

Liegen die Gründe, aus denen die Auflösung der Gesellschaft gefordert werden kann (1613), vorwiegend in der Person eines Gesellschafters, so darf auf dessen Ausschließung erkannt werden, sofern die sämtlichen übrigen Gesellschafter hierauf antragen.

V. Ausschließung eines Gesellschafters.

1. Voraussetzung.

1644 (577).

Fällt ein einzelner Gesellschafter in Konkurs, so können die übrigen Gesellschafter dessen Ausscheiden beschließen und seinen Anteil am Gesellschaftsvermögen in Geld entrichten.

2. Bei Kündigung durch Privatgläubiger.

1645 (577, 578).

Sind nur zwei Gesellschafter vorhanden, so kann derjenige, der keine derartige Veranlassung zur Auflösung gegeben hatte, in gleicher Weise den andern abfinden und unter Übernahme sämtlicher Aktiven und Passiven das Geschäft auf seine alleinige Rechnung fortsetzen.

3. Bei nur zwei Gesellschaftern.

Das Nämliche kann der Richter verfügen, wenn die Auflösung wegen einer andern vorwiegend in der Person des einen Gesellschafters liegenden Ursache gefordert wird.

1646 (579).

Die Auflösung der Gesellschaft, das Ausscheiden oder die Ausschließung eines Gesellschafters, sowie die Fort-

VI. Eintragung.

setzung des Geschäftes durch einen einzelnen Gesellschafter müssen in das Handelsregister eingetragen werden.

Die Geschäftsführenden haben hiervon dem Register sobald als möglich Anzeige zu machen.

Die Eintragung muß selbst dann geschehen, wenn die Gesellschaft durch Ablauf der Zeit, für die sie eingegangen war, beendet wird.

1647.

E. Liquidation und Klagverjährung.

I. Liquidation.

1. Voraussetzung.

Nach der Auflösung der Gesellschaft findet die Liquidation statt, sofern nicht eine andere Art der Auseinandersetzung von den Gesellschaftern vereinbart oder über das Vermögen der Gesellschaft der Konkurs eröffnet ist.

Wird die Gesellschaft durch Eröffnung des Konkurses über das Vermögen eines Gesellschafters aufgelöst, so kann die Liquidation nur mit Zustimmung der Konkursverwaltung unterbleiben.

1648 (580).

2. Bestellung der Liquidatoren.

Im Falle der Liquidation haben die zur Geschäftsführung befugten Gesellschafter, sofern in ihrer Person kein Hindernis eingetreten ist, die Vertretung der aufgelösten Gesellschaft als Liquidatoren fortzusetzen.

Immerhin bleibt jedem Gesellschafter vorbehalten, die Wahl anderer Liquidatoren zu beantragen, die im Streitfalle durch das Gericht zu ernennen sind.

Die Ernennung von Liquidatoren ist in das Handelsregister einzutragen, wenn dadurch die bisherige Vertretung der Gesellschaft geändert wird.

1649 (581).

3. Vertretung von Erben.

Die Erben eines Gesellschafters haben einen gemeinschaftlichen Vertreter bei der Liquidation zu bezeichnen.

1650 (582).

Die Liquidatoren haben die laufenden Geschäfte zu beenden, die Verpflichtungen der aufgelösten Gesellschaft zu erfüllen, die Forderungen einzuziehen und das Vermögen der Gesellschaft zu versilbern.

4. Umfang der Geschäftstätigkeit.

Sie haben die Gesellschaft zu vertreten, können für sie Prozesse führen, Vergleiche schließen und Schiedsverträge abschließen und zur Beendigung schwebender Geschäfte auch neue Geschäfte eingehen.

Die Veräußerung von Immobilien kann ohne Zustimmung der sämtlichen Gesellschafter nicht anders als durch öffentliche Versteigerung geschehen.

1651 (583).

Die während der Liquidation entbehrlichen Gelder werden vorläufig unter die Gesellschafter verteilt.

5. Verwendung von Geldern.

Zur Deckung von Schulden der Gesellschaft, die erst später fällig werden, sowie zur Deckung der Ansprüche, die den einzelnen Gesellschaftern bei der Auseinsetzung zustehen, sind die erforderlichen Gelder zurückzubehalten.

1652 (584).

Die Liquidatoren haben bei dem Beginn, sowie bei der Beendigung der Liquidation eine Bilanz aufzustellen.

6. Auseinsetzung.

Das nach Tilgung der Schulden verbleibende Vermögen der Gesellschaft ist nach dem Verhältnis der Kapitalanteile, wie sie sich aus der Schlußbilanz ergeben, unter die Gesellschafter zu verteilen.

Streitigkeiten, die über diese Auseinsetzung entstehen, fallen der richterlichen Entscheidung anheim.

1653.

7. Löschung im
Handelsregister.
Aufbewahrung
der Bücher und
Papiere.

Nach Beendigung der Liquidation ist das Erlöschen der Firma von den Liquidatoren beim Handelsregister anzumelden.

Die Bücher und Papiere der aufgelösten Gesellschaft werden an einer von den Gesellschaftern oder von der Registerbehörde bezeichneten Stelle aufbewahrt.

Die Gesellschafter und ihre Erben behalten das Recht auf Einsicht der Bücher und Papiere.

1654 (585).

II. Verjährung der
Klagen gegen die
Gesellschafter.
1. Gegenstand und
Dauer.

Die Klagen gegen einen Gesellschafter aus Ansprüchen an die Gesellschaft verjähren in fünf Jahren nach Auflösung der Gesellschaft oder nach seinem Ausscheiden oder seiner Ausschließung aus derselben, sofern nicht nach Beschaffenheit der Forderung eine kürzere Verjährungsfrist gesetzlich eintritt.

Auf Ansprüche der Gesellschafter unter einander findet diese Verjährung keine Anwendung.

1655 (586).

2. Beginn der Ver-
jährung.

Die Verjährung beginnt mit dem Zeitpunkte, wo die Auflösung der Gesellschaft oder das Ausscheiden oder die Ausschließung des Gesellschafters in das Handelsregister eingetragen ist.

Wird die Forderung erst nach der Eintragung fällig, so beginnt die Verjährung mit dem Zeitpunkte der Fälligkeit.

1656 (587).

3. Ausschluß der
Verjährung.

Ist noch ungeteiltes Gesellschaftsvermögen vorhanden, so kann dem Gläubiger, sofern er seine Befriedigung nur

aus jenem sucht, die fünfjährige Verjährung nicht entgegengesetzt werden.

Hat ein Gesellschafter das Geschäft mit Aktiven und Passiven übernommen, so kann er die fünfjährige Verjährung nicht entgegensetzen.

1657 (588).

Die Verjährung zu gunsten eines ausgeschiedenen oder ausgeschlossenen Gesellschafters wird durch Rechtshandlungen nicht unterbrochen, die gegen die fortbestehende Gesellschaft oder einen andern Gesellschafter vorgenommen werden.

4. Unterbrechung der Verjährung.

1658 (589).

Vor Ablauf der Verjährung wird ein ausgeschiedener oder ausgeschlossener Gesellschafter von seiner Haftung für die Gesellschaftsschulden nur frei, wenn eine ausdrückliche oder aus den Umständen zu schließende Entlassung von seiten der Gläubiger stattgefunden hat.

5. Vertragliche Befreiung.

Einundfünfzigster Titel.

Die Kommanditgesellschaft.

1659 (590).

Eine Kommanditgesellschaft ist vorhanden, wenn zwei oder mehrere Personen sich zum Betriebe eines Handels-, Fabrikations- oder eines andern nach kaufmännischer Art geführten Gewerbes unter gemeinsamer Firma in der Weise verbinden, daß wenigstens eine unbeschränkt, die andern (Kommanditäre) nur bis zum Betrage einer bestimmten Vermögenseinlage (Kommanditsumme) haften wollen.

A. Begriff und Er-
richtung.

I. Kaufmännische
und nicht kauf-
männische Ge-
sellschaft.

Die Mitglieder einer solchen Gesellschaft haben dieselbe als Kommanditgesellschaft in das Handelsregister eintragen zu lassen.

Gesellschaften für andere als die im ersten Absatz bezeichneten Zwecke können Kommanditgesellschaften werden, wenn sie sich als solche in das Handelsregister eintragen lassen.

1660 (591).

II. Eintragung ins Handelsregister. 1. Ort und Inhalt.

Die Eintragung einer Kommanditgesellschaft in das Handelsregister hat da zu geschehen, wo sie ihren Sitz hat.

Die Eintragung muß enthalten:

1. Namen und Wohnort eines jeden unbeschränkt haftenden Gesellschafters,
2. Namen und Wohnort eines jeden Kommanditärs und den Betrag seiner Vermögenseinlage,
3. die Firma der Gesellschaft und den Ort, wo sie ihren Sitz hat,
4. den Zeitpunkt, mit dem die Gesellschaft ihren Anfang nimmt.

1661 (592).

2. Formelle Erfordernisse.

Die Anmeldungen eintragungspflichtiger Tatsachen (1660) oder deren Veränderung müssen von allen Gesellschaftern, die Kommanditäre eingeschlossen, persönlich vor der Registerbehörde unterzeichnet oder in beglaubigter Form eingereicht werden.

Sie sind ihrem ganzen Inhalte nach in das Handelsregister einzutragen.

Die unbeschränkt haftenden Gesellschafter, denen die Vertretung der Gesellschaft zustehen soll, haben die Firma nebst ihrer Namensunterschrift persönlich vor der Registerbehörde zu zeichnen oder die Zeichnung in beglaubigter Form einzureichen.

1662 (593).

Sind in einer Kommanditgesellschaft mehrere unbeschränkt haftende Gesellschafter, so ist die Gesellschaft mit bezug auf sie zugleich eine Kollektivgesellschaft.

III. Mehrere Kommanditierte.

1663 (594).

Das Rechtsverhältnis der Gesellschafter unter einander richtet sich zunächst nach dem Gesellschaftsvertrage.

B. Verhältnis der Gesellschafter unter sich.

Ist keine Vereinbarung getroffen, so kommen die für Kollektivgesellschaften geltenden Bestimmungen (1592 bis 1608 und 1623 bis 1626) zur Anwendung, jedoch mit den Abweichungen, die sich aus den nachfolgenden Bestimmungen ergeben.

I. Vertragsfreiheit.

1664 (595).

Die Geschäftsführung der Gesellschaft wird durch den einen oder die mehreren unbeschränkt haftenden Gesellschafter besorgt.

II. Geschäftsführung.

Der Kommanditär ist zur Führung der Geschäfte der Gesellschaft weder berechtigt noch verpflichtet.

Er ist auch nicht befugt, gegen die Vornahme einer Handlung der Geschäftsführung Widerspruch zu erheben.

1665 (596).

Am Verluste nimmt ein Kommanditär nur bis zum Betrage seiner eingezahlten oder rückständigen Einlage Anteil.

III. Gewinn- u. Verlustbeteiligung.

Der einem Kommanditär zukommende Gewinn wird seinem Kapitalanteile nur so lange zugeschrieben, als dieser den Betrag der bedungenen Einlage nicht erreicht.

Im übrigen entscheidet über die Höhe der Beteiligung des Kommanditars am Gewinn und Verlust, sofern es darüber an besondern Vereinbarungen fehlt, das richterliche Ermessen.

1666 (597).

- C. Verhältnis der Gesellschaft zu Dritten.
 I. Vermögens- und Prozeßfähigkeit.
- Die Kommanditgesellschaft kann unter ihrer Firma Rechte erwerben und Verbindlichkeiten eingehen, Eigentum und andere dingliche Rechte auch an Grundstücken erwerben, vor Gericht klagen und verklagt werden.

1667 (598).

- II. Vertretung.
- Die Kommanditgesellschaft wird durch die unbeschränkt haftenden Gesellschafter vertreten.
- Über den Umfang ihrer Vertretungsbefugnis kommen die Bestimmungen über Kollektivgesellschaften zur Anwendung.

1668 (598).

- III. Haftungsverhältnisse.
1. Haftung des Kommanditärs bei Handlungen für die Gesellschaft.
- Ein Kommanditär, der für die Gesellschaft Geschäfte schließt, ohne ausdrücklich zu erklären, daß er nur als Prokurist oder als Bevollmächtigter handelt, ist aus diesen Geschäften gleich einem unbeschränkt haftenden Gesellschafter verpflichtet.

1669 (599).

2. Bei mangelndem Eintrag.
- Ist die Kommanditgesellschaft ohne Eintragung in das Handelsregister entstanden, so haftet jeder Kommanditär für die bis zur Eintragung eingegangenen Verbindlichkeiten der Gesellschaft dritten Personen gleich einem unbeschränkt haftenden Gesellschafter, wenn er nicht beweist, daß ihnen seine beschränkte Beteiligung bei der Gesellschaft bekannt war.

1670 (600).

3. Bei Nennung des Kommanditärs in der Firma.
- Der Kommanditär, dessen Name in der Firma der Gesellschaft steht, haftet den Gesellschaftsgläubigern gleich einem Kollektivgesellschafter.

1671 (602).

4. Haftung aus der Kommandite.
- a. Umfang der Haftung.
- Der Kommanditär haftet Dritten gegenüber mit dem Betrage, der im Handelsregister eingetragen ist.

Er haftet darüber hinaus, sofern er Dritten gegenüber durch Zirkular oder in anderer Weise eine höhere Kommanditsumme angegeben hat.

1672 (603).

Während der Dauer der Kommanditgesellschaft haben ihre Gläubiger keinerlei direktes Klagerecht gegen den Kommanditär.

b. Vollziehung der Haftung.

Wird die Gesellschaft in anderer Weise als durch Konkurs aufgelöst, so haben sie nur soweit ein direktes Klagerecht gegen den Kommanditär, als die Kommanditsumme noch nicht eingeworfen oder wieder zurückgezogen ist.

Im Konkurse der Gesellschaft können ihre Gläubiger nur verlangen, daß die Kommanditsumme, soweit sie noch nicht eingeworfen oder wieder zurückgezogen ist, zur Masse abgeliefert werde.

1673 (604).

Wenn der Kommanditär die in das Handelsregister eingetragene oder sonst publizierte Kommanditsumme durch Vereinbarung mit den unbeschränkt haftenden Gesellschaftern oder durch Bezüge aus dem Gesellschaftsvermögen vermindert, so tritt diese Veränderung Dritten gegenüber in jedem Falle erst dann in Wirksamkeit, wenn sie in das Handelsregister eingetragen und gehörig publiziert worden ist (1722).

c. Verminderung der Haftung.

Für die Verbindlichkeiten, die vor dieser Bekanntmachung eingegangen worden sind, haftet die unverminderte Kommanditsumme fort.

1674 (601).

Der einzelne unbeschränkt haftende Gesellschafter kann für eine Gesellschaftsschuld erst dann persönlich belangt werden, wenn die Gesellschaft aufgelöst oder erfolglos betrieben worden ist.

5. Haftung des Kommanditierten.

1675 (605).

IV. Berechtigung zur Erhebung von Zinsen und Gewinn.

Zinse dürfen dem Kommanditär, auch wenn sie durch Vertrag besonders ausbedungen sind, nur insoweit ausbezahlt werden, als dadurch die Kommanditsumme nicht vermindert wird.

Bis zur Wiederergänzung der durch Verluste verminderten Einlage darf der Kommanditär weder Zinse noch Gewinn beziehen.

Er haftet für die Verbindlichkeiten der Gesellschaft, wenn und soweit er diesen Bestimmungen entgegen Zahlungen von ihr empfangen hat, ist jedoch nicht verpflichtet, Zinse und Gewinn zurückzuzahlen, die er auf Grund einer ordnungsmäßigen Bilanz in gutem Glauben bezogen hat.

1676 (606).

V. Eintritt in eine bestehende Gesellschaft.

Wer einer bestehenden Kollektiv- oder Kommanditgesellschaft als Kommanditär beitrifft, haftet mit der Kommanditsumme auch für die vor seinem Beitritte eingegangenen Verbindlichkeiten, es mag die Firma eine Änderung erleiden oder nicht.

Dieser Bestimmung entgegenstehende Vereinbarungen haben gegenüber Dritten keine rechtliche Wirkung.

1677 (607).

VI. Berechtigung der Privatgläubiger.

Die Verhältnisse der Gesellschaft zu den Privatgläubigern eines unbeschränkt haftenden Gesellschafters stehen unter den gleichen Bestimmungen wie bei der Kollektivgesellschaft (1637).

Gegenstand der Zwangsvollstreckung gegen den Kommanditär kann für dessen Privatgläubiger nur dasjenige sein, was ihm bei der Auseinandersetzung zukommen würde.

Ein Gesellschaftsgläubiger, der gleichzeitig Privatschuldner des Kommanditärs ist, kann diesem gegenüber eine Verrechnung nur verlangen, wenn die Voraussetzungen

der Verfolgbarkeit des Kommanditärs vorliegen (1672, Absatz 2).

1678 (608).

Im Konkurse der Kommanditgesellschaft werden deren Gläubiger mit Ausschluß der Sondergläubiger der einzelnen Gesellschafter aus dem Gesellschaftsvermögen befriedigt.

Zu dem Gesellschaftsvermögen gehört auch die Kommanditsumme.

1679 (609).

Wenn das Gesellschaftsvermögen nicht hinreicht, um den Gesellschaftsgläubigern volle Befriedigung zu gewähren, so sind diese berechtigt, für den ganzen unbezahlt bleibenden Rest ihrer Forderungen aus dem Privatvermögen jedes einzelnen unbeschränkt haftenden Gesellschafters in Konkurrenz mit dessen Privatgläubigern Befriedigung zu suchen.

1680 (610).

Im Konkurse des Kommanditärs haben weder die einzelnen Gesellschaftsgläubiger noch die Gesellschaft oder deren Konkursmasse ein Vorzugsrecht vor den Privatgläubigern.

1681 (611).

Für die Auflösung und Liquidation der Kommanditgesellschaft und für die Verjährung der Klagen gegen die Gesellschafter gelten die gleichen Bestimmungen, wie bei der Kollektivgesellschaft (1639 bis 1646).

Wenn jedoch ein Kommanditär stirbt oder in Konkurs fällt oder bevormundet wird, so hat dieses die Auflösung der Gesellschaft nicht zur Folge.

VII. Konkurs der Gesellschaft und Gesellschafter.

1. Konkurs der Gesellschaft.

2. Konkurs der Kommanditierten.

3. Konkurs des Kommanditärs.

D. Auflösung, Klageverjährung.

Zweiundfünfzigster Titel.

Die Wertpapiere.

Erster Abschnitt.

Allgemeine Bestimmungen.

1682.

A. Der Begriff.

Wertpapier im Sinne dieses Gesetzes ist eine jede Urkunde, mit der ein Recht, auf das sie lautet, derart verknüpft erscheint, daß ohne die Urkunde das Recht, weder geltend gemacht, noch auf andere übertragen werden kann.

1683.

B. Verpflichtung aus dem Wertpapier.

Der Schuldner aus einem Wertpapier ist nur gegen Vorweisung und Aushändigung der Urkunde zu leisten verpflichtet.

Nimmt der Gläubiger die Leistung vor dem Verfalltag entgegen, so kann der Schuldner bei dessen völliger Befriedigung die unquittierte Herausgabe der Urkunde verlangen.

Für die Zahlungen des Schuldbrief- oder Gültschuldners gelten die besondern Bestimmungen des Grundpfandrechtes (847 f.).

Zweiter Abschnitt.

Die Namenpapiere.

1684.

A. Übertragung von Namenspapieren.

Ein Wertpapier wird als Namenpapier behandelt, wenn es auf einen bestimmten Namen lautet, und weder an Ordre gestellt noch gesetzlich als Ordrepapier erklärt ist.

Namenpapiere können nur auf dem Wege der Abtretung des Rechtes und der Übergabe der Urkunde auf einen anderen übertragen werden.

Aus der Abtretung erhält der Erwerber gegen den Abtretenden einen persönlichen Anspruch auf Übergabe der Urkunde und aus der Übergabe der Urkunde, die zum Zweck der Abtretung erfolgt ist, einen persönlichen Anspruch gegen den Geber auf Vornahme der formrichtigen Abtretung.

1685.

Der Schuldner ist nur demjenigen Ansprecher zu leisten verpflichtet, der Inhaber der Urkunde ist und sich als die Persönlichkeit, auf die die Urkunde lautet, oder als ihr Rechtsnachfolger ausweist.

- B. Ausweis über das Gläubigerrecht.
I. Recht und Pflicht des Schuldners.

Leistet der Schuldner ohne diesen Ausweis, so wird er gegenüber einem Inhaber, der sich als Gläubiger auszuweisen vermag, nicht befreit.

1686.

Hat sich der Schuldner im Namenpapier das Recht vorbehalten, jedem Inhaber der Urkunde als dem berechtigten Gläubiger leisten zu dürfen, so wird er durch die in guten Treuen erfolgende Leistung an einen solchen befreit, auch wenn er den Ausweis über das Gläubigerrecht nicht verlangt hat.

- II. Vorbehalt der Ausweisung durch Inhabung.

Er ist aber nicht verpflichtet, den Inhaber ohne solchen Ausweis als seinen Gläubiger anzuerkennen.

Im übrigen steht auch ein solches Wertpapier unter den Bestimmungen über die Namenpapiere.

1687.

Ein Inhaberpapier kann in ein Namenpapier nur mit Zustimmung des Schuldners, die auf der Urkunde selbst anzumerken ist, umgeschrieben werden.

- III. Umschreibung eines Inhaberpapieres auf einen bestimmten Namen.

Ohne diese Anmerkung hat eine Umschreibung nur Wirkung zwischen dem Gläubiger, der sie vorgenommen hat, und seinem unmittelbaren Rechtsnachfolger.

1688.

C. Kraftloserklärung des Namenpapiers.

Ist ein Namenpapier abhanden gekommen, so kann der Gläubiger dessen Kraftloserklärung verlangen.

Die Kraftloserklärung erfolgt, wo keine besonderen Vorschriften aufgestellt sind, nach den Bestimmungen über die Kraftloserklärung der Inhaberpapiere (1701 ff.).

Dritter Abschnitt.

Die Ordrepapiere.

1689.

A. Voraussetzung.

Ein Wertpapier wird als Ordrepapier behandelt, wenn es an Ordre lautet oder gesetzlich als Ordrepapier erklärt ist.

Der Wechsel ist auch dann ein Ordrepapier, wenn er nicht ausdrücklich an Ordre ausgestellt ist.

Er steht unter den Vorschriften der Wechselordnung.

1690.

B. Einreden des Schuldners.

Der Schuldner aus einem Ordrepapier kann sich nur solcher Einreden bedienen, die sich aus dem Bestande und Inhalt der Urkunde ergeben oder ihm unmittelbar und persönlich gegen den Kläger zustehen.

1691 (838, 840).

**C. Wechselähnliche Papiere.
I. Zahlungsverprechen.**

Urkunden über Zahlungsverprechen (billets à ordre), die nicht im Text selbst als Wechsel bezeichnet sind, aber ausdrücklich an Ordre lauten und im übrigen den gesetzlichen Erfordernissen des Eigenwechsels entsprechen, stehen im allgemeinen den eigenen Wechseln gleich.

Nicht anwendbar sind auf sie die Bestimmungen über den Sicherheitsregreß, die Ehrenannahme und die Ehrenzahlung, sowie die Vorschriften über die Zwangsvollstreckung gegenüber den Einreden des Schuldners, die Wechselbetreibung und den Wechselprozeß.

1692 (839).

Anweisungen, die weder im Texte als Wechsel noch als Checks bezeichnet sind, aber ausdrücklich an Ordre lauten und im übrigen den Erfordernissen des gezogenen Wechsels entsprechen, stehen, soweit nicht die folgenden Vorschriften eine Ausnahme feststellen, den gezogenen Wechseln gleich.

II. Anweisungen.

1. Im Allgemeinen.

1693 (841).

Die Anweisungen an Ordre werden nicht zur Annahme präsentiert.

2. Betreffend Präsentation zur Annahme.

Geschieht es, so ist der zur Zahlung Angewiesene nicht verpflichtet, sich über Annahme oder Verweigerung derselben zu erklären, und der Inhaber nicht berechtigt, wegen Verweigerung der Annahme oder einer Erklärung darüber Protest erheben zu lassen und Regreß zu nehmen

1694 (841).

Wird eine Anweisung an Ordre freiwillig akzeptiert, so entsteht für den Akzeptanten die gleiche Verbindlichkeit, wie aus der Annahme eines gezogenen Wechsels.

3. Betreffend die Rechte aus erfolgter Annahme.

Es können jedoch weder vom ersten Erwerber noch von irgend einem Indossatar die im Wechselrecht aus der Annahme erwachsenden Befugnisse wegen Unsicherheit des Akzeptanten geltend gemacht werden.

1695 (842).

Die Bestimmungen des Wechselrechtes über die Zwangsvollstreckung gegenüber Einreden des Schuldners,

4. Ausschluß des strengen Wechselrechts.

sowie die Vorschriften über die Wechselbetreibung und den Wechselprozeß finden bei der Geltendmachung der Anweisungen an Ordre keine Anwendung.

1696 (843).

- D. Andere indossable Papiere.
I. Übertragung durch Indossament.

Urkunden, in denen der Zeichner sich verpflichtet, nach Ort, Zeit und Summe bestimmte Geldzahlungen zu leisten oder bestimmte Quantitäten vertretbarer Sachen zu liefern, können, wenn sie ausdrücklich an Ordre lauten, durch Indossament übertragen werden.

1697 (844).

- II. Umfang der Anwendung des Wechselrechts.

Für die nicht wechselähnlichen Ordrepapiere (1696), sowie für andere indossable Papiere (Lagerscheine, Warrants, Ladescheine u. s. w.), kommen in betreff der Form des Indossamentes, der Legitimation des Inhabers, der Kraftloserklärung, sowie in betreff der Verpflichtung des Besitzers zur Herausgabe die für den Wechsel geltenden Bestimmungen zur Anwendung.

Die Kraftloserklärung indossabler Aktien erfolgt jedoch, sofern die Statuten der Gesellschaft kein besonderes Verfahren vorschreiben, nach den Bestimmungen über Inhaberpapiere.

1698 (845).

- III. Ausschluß des Wechselprozeßrechts.

Die Bestimmungen über den Wechselregreß finden bei Ordre- oder anderen indossablen Papieren, die nicht den Erfordernissen des Wechsels, des Schecks oder der wechselähnlichen Ordrepapiere entsprechen, keine Anwendung.

Vierter Abschnitt.

Die Inhaberpapiere.

1699 (846).

- A. Bezeichnung des Gläubigers.

Ein Wertpapier wird als Inhaberpapier behandelt, wenn aus der Urkunde ersichtlich ist, daß der jeweilige Inhaber als Berechtigter anerkannt wird.

Der Verpflichtete darf den Inhaber jedoch auch in diesem Falle nicht als berechtigt betrachten, wenn ein gerichtliches oder polizeiliches Zahlungsverbot an ihn erlassen worden ist, oder wenn er sonst weiß, daß der Inhaber nicht berechtigt ist.

1700 (847).

Der Schuldner kann der Forderung aus einem Inhaberpapiere nur solche Einreden entgegensetzen, die entweder gegen die Gültigkeit der Urkunde gerichtet sind oder aus der Urkunde selbst hervorgehen, sowie solche, die ihm persönlich gegen den jeweiligen Gläubiger zustehen.

Ausgeschlossen ist die Einrede, daß die Urkunde wider seinen Willen in den Verkehr gelangt sei.

Ferner kann er gegen die Forderung aus dem Inhaberszinscoupon die Einrede, daß die Kapitalschuld getilgt sei, nicht erheben.

B. Einreden des Schuldners.

1701 (849, 850).

Inhaberpapiere mit Einschluß von Couponsbogen oder Talons (Bezugscheine für Couponsbogen) werden nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen als kraftlos erklärt.

Der Gesuchsteller hat den Besitz und Verlust des Papierses dem Richter des Wohnsitzes des Schuldners glaubhaft zu machen.

Ist dem Inhaber eines mit Couponsbogen oder Talon versehenen Papierses bloß der Couponsbogen oder Talon abhanden gekommen, so genügt zur Begründung des Antrages die Vorzeigung der Haupturkunde.

- C. Kraftlos-
erklärung.
I. Bei Papieren.
Im allgemeinen.
1. Begründung des Begehrens.

1702 (851).

Erachtet der Richter die Darstellung über den Besitz und Verlust des Papierses für glaubhaft, so fordert er durch

2. Aufgebot.
Anmeldungsfrist
und Zahlungsverbot.

öffentliche Bekanntmachung den unbekannten Inhaber auf, das Papier binnen einer Frist von höchstens drei Jahren, vom Tage der ersten Bekanntmachung an gerechnet, vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung ausgesprochen werde.

Dem Schuldner des Papieres kann auf Verlangen des Antragstellers die Einlösung bei Vermeidung nochmaliger Zahlung untersagt werden.

Handelt es sich um die Kraftloserklärung von Couponsbogen, so findet auch auf die während des Verfahrens verfallenden einzelnen Coupons die Bestimmung über die Kraftloserklärung der Zinscoupons (1706) entsprechende Anwendung.

1703 (852).

3. Art der Bekanntmachung.

Die Aufforderung zur Anmeldung muß dreimal durch das Handelsamtsblatt bekannt gemacht werden.

Es ist in das Ermessen des Richters gestellt, noch in anderer Weise für angemessene Veröffentlichung zu sorgen.

1704 (853).

4. Anmeldung des Inhabers.

Wird das abhanden gekommene Inhaberpapier infolge der Ausschreibung vorgelegt, so ist dem Gesuchsteller eine angemessene Frist zur Prüfung der Identität und Echtheit der vorgelegten Urkunde, sowie zur Stellung sachbezoglicher Anträge, namentlich auf provisorische Verfügungen im Interesse eines von ihm einzuleitenden Vindikationsprozesses oder Strafverfahrens anzusetzen.

Werden innerhalb dieser Frist keinerlei Anträge gestellt, durch die sich der Richter zu weiteren Schritten veranlaßt sieht, so ist die vorgelegte Urkunde zurückzugeben, das an den Aussteller erlassene Zahlungsverbot aufzuheben und das Begehren um Kraftloserklärung abzuweisen.

1705 (854, 855, 856).

Wenn die in der öffentlichen Aufforderung angesetzte Frist abgelaufen ist, ohne daß innerhalb derselben die abhanden gekommene Urkunde vorgelegt wurde, so kann der Richter die Urkunde als kraftlos erklären oder je nach Umständen weitere Anordnungen treffen.

5. Richterliche Anordnungen.

Die Kraftloserklärung einer Urkunde auf den Inhaber ist sofort durch das Handelsamtsblatt und nach Ermessen des Richters anderweitig zu veröffentlichen.

Nach erfolgter Kraftloserklärung ist der Gesuchsteller berechtigt, auf seine Kosten die Ausfertigung einer neuen Urkunde und je nach Umständen die Ausfertigung eines neuen Couponsbogens oder, sofern die Leistung bereits fällig ist, deren Erfüllung zu fordern.

1706 (857).

Sind einzelne Coupons abhanden gekommen, so kann der Richter des Wohnsitzes des Schuldners auf Antrag desjenigen, der den Besitz und Verlust des Papieres glaubhaft zu machen vermag, verfügen, daß der Betrag nach Ablauf des Verfalltages oder, sofern das Papier bereits verfallen ist, sofort gerichtlich deponiert werde.

II. Bei Coupons.

Nach Ablauf von drei Jahren seit dem Verfalltage ist sodann, wenn sich inzwischen kein Berechtigter zum Bezuge gemeldet hat, der Betrag nach Verfügung des Richters an den Antragsteller herauszugeben.

1707 (858).

Bei Banknoten und ähnlichen in größerer Anzahl emittierten, auf Sicht zahlbaren selbständigen Inhaberpapieren mit bestimmter Summe (Kassascheinen des Staates, der Gemeinden u. s. w.) findet eine Kraftloserklärung nicht statt.

III. Bei Banknoten, Kassascheinen u. a.

1708.

- D. Vorbehalt betr. Schuldbrief und Gült. Inhaberpapiere, die durch Grundpfandrecht gedeckt sind, stehen unter den besondern Bestimmungen über den Schuldbrief und die Gült (829 ff., 833 f., 840 ff., 862 ff.).

Fünfter Abschnitt.

Der Check.

1709.

- A. Der Checkvertrag. Durch den Checkvertrag verpflichtet sich der Schuldner gegen eine Deckung, die Anweisungen, die der Gläubiger auf ihn in der Form eines Check ausstellt, ohne besondere Annahme zu bezahlen.

Der Gläubiger ist in der Ausübung seiner Rechte, wie namentlich in bezug auf die Verwahrung der Checkformulare, die ihm übergeben sind, zu aller Sorgfalt verpflichtet.

1710 (830)

- B. Die wesentlichen Erfordernisse des Checks. Die wesentlichen Erfordernisse eines Check sind:
1. die Bezeichnung als „Check“,
 2. die mit Worten auszusetzende Angabe der Geldsumme,
 3. die Unterschrift des Ausstellers mit seinem Namen oder seiner Firma,
 4. die Angabe des Ortes, des Jahres und des Monats-tages der Ausstellung,
 5. der Name der Person oder der Firma, die Zahlung leisten soll,
 6. die Angabe des Ortes, wo die Zahlung geschehen soll.

Der bei dem Namen oder der Firma des Bezogenen angegebene Ort gilt für den Check als Zahlungsort und zugleich als Wohnort des Bezogenen.

1711 (831, 837).

Ein Check darf nur ausgestellt werden, wenn der Aussteller über den angewiesenen Betrag bei dem Bezogenen sofort zu verfügen das Recht hat.

C. Deckungs-
erfordernis.

Wer einen Check ausstellt, ohne bei dem Bezogenen für den angewiesenen Betrag Deckung zu besitzen, hat dem Inhaber des Check außer dem verursachten Schaden fünf vom Hundert der angewiesenen Summe zu vergüten.

1712 (832).

Die Ausstellung des Check kann an den Inhaber, an eine bestimmte Person oder an deren Ordre geschehen.

D. Bezeichnung
des Remittenten.

Er ist, falls er auf einen bestimmten Namen lautet, nur dann nicht Ordrepapier, wenn die Indossierung durch die Worte „nicht an Ordre“ oder einen gleichbedeutenden Ausdruck ausgeschlossen wird.

Ist niemand genannt, an den bezahlt werden soll, so wird Ausstellung auf den Inhaber angenommen.

1713 (833).

Der Check ist auch dann auf Sicht zahlbar, wenn er eine andere oder keine Bestimmung über die Verfallzeit enthält.

E. Verfallzeit.

1714 (834).

Die Präsentation zur Annahme und die Annahme finden bei dem Check nicht statt.

F. Ausschluß der
Annahme.

1715 (834, 835).

Die Frist für Präsentation zur Zahlung beträgt bei dem Check, der am Ausstellungsort zahlbar ist, fünf Tage, bei einem, der an einem andern Orte zahlbar ist, acht Tage.

G. Frist der Präsen-
tation zur Zah-
lung und Säum-
nisfolgen.

Wird der Check innerhalb dieser Frist nicht präsentiert, so erlischt der Rückgriff gegen die Indossanten und

auch gegen den Aussteller, insofern letzterer durch die nicht erfolgte Präsentation dem Bezogenen gegenüber zu Verlust gekommen ist.

1716.

H. Konkurs des
Ausstellers.

Der Check wird durch den Konkurs des Ausstellers nicht widerrufen.

1717 (836).

J. Anwendbarkeit
des Wechsel-
rechts.

Die Bestimmungen über den gezogenen Wechsel gelten, soweit sie mit denjenigen dieses Titels nicht in Widerspruch stehen, auch für den Check.

Dritte Abteilung.

Handelsregister, Geschäftsfirmen und Geschäftsbücher.

Dreiundfünfzigster Titel.

Das Handelsregister.

1718 (859).

In jedem Kanton wird ein Handelsregister geführt, in dem die durch die Bundesgesetzgebung vorgeschriebenen Eintragungen zu geschehen haben.

A. Zweck der
Register und
Einrichtung.
I. Im allgemeinen.

Die Kantone haben die Behörden zu bestimmen, denen die Führung des Handelsregisters und die Aufsicht über dasselbe obliegt.

Es steht jedem Kanton frei, für einzelne Bezirke besondere Handelsregister und besondere Behörden für deren Führung und Beaufsichtigung einzuführen.

1719.

Der Bundesrat erläßt die Vorschriften über Einrichtung, Führung und Beaufsichtigung der Handelsregister, über das bei den Eintragungen zu beobachtende Verfahren, die zu entrichtenden Taxen und die Beschwerdeführung, sowie über die Einrichtung des Handelsamtsblattes.

II. Regelung durch
Verordnung.

1720 (860).

- B. Folgen der Nichterfüllung der Eintragungspflicht.

Wenn der zu einer Eintragung in das Handelsregister Verpflichtete dieselbe unterläßt, so hat er für den allfälligen Schaden, der durch die Unterlassung der Eintragung veranlaßt wurde, einzustehen.

1721 (861).

- C. Eintragungspflicht betr. Änderungen.

Wenn bezüglich einer Tatsache, deren Eintragung in das Handelsregister vorgeschrieben ist, eine Veränderung eintritt, so muß auch diese eingetragen werden.

Ist dieses geschehen, so kann ein Dritter, sofern die Eintragung ihm gegenüber wirksam geworden ist (1723), sich nicht auf Unkenntnis der Veränderung berufen.

Wurde dagegen die Eintragung unterlassen, so kann derjenige bei dem die Veränderung eintrat, diese einem Dritten nur insofern entgegenhalten, als er beweist, daß sie ihm ohnehin bekannt war.

1722 (862).

- D. Bekanntmachung der Eintragung.

Das Handelsregister ist öffentlich.

Die Eintragungen werden, soweit nicht eine nur teilweise oder auszugsweise Bekanntmachung durch Gesetz oder Verordnung angeordnet ist, ihrem ganzen Inhalte nach ohne Verzug durch das Handelsamtsblatt bekannt gemacht.

Die Registerbehörde hat von Amtes wegen für die Vollziehung dieser Vorschriften zu sorgen und gegen Verzögerungen einzuschreiten.

1723 (863).

- E. Beginn der Wirksamkeit der Eintragungen gegen Dritte.

Die Eintragungen in das Handelsregister werden gegenüber dritten Personen in dem Zeitpunkte wirksam, wo sie durch die amtliche Bekanntmachung zu ihrer Kenntnis derselben gelangt sein können.

Vorbehalten bleiben die besonderen Bestimmungen, wonach unmittelbar mit der Eintragung selbst auch Dritten gegenüber Rechtswirkungen verbunden sind.

1724 (864).

Wo das Gesetz die Beteiligten zur Eintragung in das Handelsregister verpflichtet, hat die Registerbehörde von Amtes wegen gegen die Fehlbaren mit Ordnungsbußen im Betrage von 10 bis 500 Franken einzuschreiten.

F. Amtliches
Einschreiten.

Wenn eine zur Eintragung in das Handelsregister verpflichtete Person oder Gesellschaft dieser Obliegenheit nicht nachkommt, so soll der Registerführer von Amtes wegen oder auf Begehren eines Dritten die Eintragung vollziehen.

Vierundfünfzigster Titel.

Die Geschäftsfirmen.

1725 (865).

Wer sich durch Verträge verpflichten kann, hat das Recht, sich in das Handelsregister seines Wohnortes eintragen zu lassen.

A. Recht u. Pflicht
zur Eintragung
einer Firma.
I. Recht auf Ein-
tragung.

Wer unter einer Firma ein Geschäft betreibt, ist befugt, dieselbe in das Handelsregister des Ortes, wo er seine Hauptniederlassung hat, eintragen zu lassen.

Hat er an einem anderen Orte eine Zweigniederlassung (Filiale, Succursale), so kann er an diesem Orte die Firma eintragen lassen, nachdem sie zuvor am Orte der Hauptniederlassung eingetragen worden ist.

1726 (865, Abs. 3).

Wer ein Handels-, Fabrikations- oder anderes nach kaufmännischer Art geführtes Gewerbe betreibt, ist verpflichtet, sich am Orte seiner Hauptniederlassung in das Handelsregister eintragen zu lassen.

II. Pflicht zur Ein-
tragung.

Hat er an einem anderen Orte eine Zweigniederlassung, so ist auch an diesem die Eintragung vorzunehmen.

Der Bundesrat trifft die erforderlichen Verfügungen, damit die Verpflichtung zur Eintragung in das Handelsregister überall gleichmäßig erfüllt werde.

1727 (866).

B. Löschung der Einträge.

Wenn das Geschäft, für das eine Firma eingetragen ist, aufhört, so liegt dem bisherigen Inhaber oder, wenn er verstorben ist, seinen Erben ob, die Eintragung löschen zu lassen.

Geht das Geschäft auf eine andere Person über, so haben der bisherige Inhaber oder dessen Erben ebenso für die Löschung zu sorgen.

1728 (867).

C. Grundsätze der Firmenbildung.
I. Einzelfirmen.

Wer ein Geschäft ohne Beteiligung eines Kollektivgesellschafters oder Kommanditars betreibt, darf nur seinen Familiennamen (bürgerlichen Namen) mit oder ohne Vornamen als Firma führen.

Er darf der Firma keinen Zusatz beifügen, der ein Gesellschaftsverhältnis andeutet.

Dagegen sind andere Zusätze gestattet, die zu einer näheren Bezeichnung der Person oder des Geschäftes dienen.

1729 (868).

II. Ausschließlichkeit der eingetragenen Firma.

Eine in dem Handelsregister eingetragene Firma darf an demselben Orte von keinem anderen als Firma benutzt werden, selbst dann nicht, wenn der neue Geschäftsinhaber den gleichen bürgerlichen Namen hat, mit dem die ältere Firma bezeichnet wird.

In einem solchen Falle hat jener seinem Namen in der Firma einen Zusatz beizufügen, durch den dieselbe deutlich von der älteren Firma unterschieden wird.

1730 (869).

III. Gesellschaftsfirmen.

1. Kollektivgesellschaft.

Die Firma einer Kollektivgesellschaft muß, sofern in dieselbe nicht die Namen sämtlicher Gesellschafter aufge-

nommen sind, den Namen wenigstens eines der Gesellschafter mit einem das Vorhandensein einer Gesellschaft andeutenden Zusatze enthalten.

1731 (870).

Die Firma einer Kommanditgesellschaft muß den Namen wenigstens eines unbeschränkt haftenden Gesellschafters mit einem das Vorhandensein einer Gesellschaft andeutenden Zusatze enthalten.

2. Kommanditgesellschaft.

1732 (871).

Die Namen anderer Personen als der unbeschränkt haftenden Gesellschafter dürfen in die Firma einer Kollektiv- oder Kommanditgesellschaft nicht aufgenommen werden.

Auch darf eine Kollektiv- oder Kommanditgesellschaft sich nicht als Aktiengesellschaft bezeichnen, selbst wenn das Gesellschaftskapital ganz oder teilweise in Aktien zerlegt ist.

3. Unzulässigkeit der Personenennung.

1733 (872).

Wenn eine Person, deren Namen in der Firma einer Kollektiv- oder Kommanditgesellschaft enthalten ist, aufhört, Mitglied der Gesellschaft zu sein, so darf auch mit Einwilligung dieser Person oder ihrer Erben die bisherige Gesellschaftsfirma nicht beibehalten werden.

4. Änderung bei Personenänderung.

1734 (873).

Aktiengesellschaften, Kommanditaktiengesellschaften und Genossenschaften können ihre Firma frei wählen, müssen ihr aber die Bezeichnung „Aktiengesellschaft“, „Kommanditaktiengesellschaft“, oder „Genossenschaft“ unabgekürzt beifügen.

5. Aktiengesellschaften und Genossenschaften.

Die von ihnen gewählte Firma muß sich von jeder bereits eingetragenen Firma unterscheiden.

1735 (874).

Der Erwerber oder Übernehmer eines bestehenden Geschäftes ist an die gleichen Vorschriften gebunden, wie sie

IV. Übernahme eines bestehenden Geschäftes.

für die Bildung und Führung einer Firma aufgestellt sind (1728 bis 1734).

Er kann jedoch, wenn der frühere Inhaber oder dessen Erben ausdrücklich oder tatsächlich dazu einwilligen, seiner Firma einen das Nachfolgeverhältnis andeutenden Zusatz beifügen.

1736 (875).

V. Aufsicht der
Register-
behörden.

Die Registerbehörden sind verpflichtet, von Amtes wegen die Beteiligten zur Beobachtung der vorstehenden Bestimmungen über Eintragung, Löschung und Änderung einer Firma anzuhalten.

1737 (876).

VI. Schutz der
Firma.

Die Firma eines einzelnen Geschäftsinhabers oder einer Gesellschaft, die gemäß den Vorschriften dieses Titels in das Handelsregister eingetragen und in dem Handelsamtsblatte veröffentlicht ist, steht dem Berechtigten zu ausschließlichem Gebrauche zu.

Wer durch den unbefugten Gebrauch einer Firma beeinträchtigt wird, kann den Unberechtigten auf Unterlassung der weiteren Führung der Firma und bei Verschulden auf Schadenersatz belangen.

Fünfundfünfzigster Titel.

Die Geschäftsbücher.

1738 (877).

A. Pflicht zur
Buchführung.

Ist eine Geschäftsfirma in das Handelsregister eingetragen, so hat deren Inhaber die Pflicht, ordnungsgemäß Geschäftsbücher zu führen, aus denen seine Vermögenslage und die einzelnen mit dem Geschäftsbetriebe zusammenhängenden Schuld- und Forderungsverhältnisse ersehen werden können.

Wer dieser Verpflichtung nicht nachkommt, wird mit einer Busse bis fünfhundert Franken bestraft.

Vorbehalten bleibt die strafgerichtliche Verfolgung.

1739 (878).

Wer zur Führung von Geschäftsbüchern verpflichtet ist, hat diese während zehn Jahren von dem Tage der letzten Eintragung an aufzubewahren.

Während der gleichen Zeitdauer, vom Tage ihres Einganges an berechnet, sind auch die empfangenen Geschäftsbriefe und Telegramme und die Kopierbücher aufzubewahren.

Wer diesen Verpflichtungen nicht nachkommt, wird mit einer Busse bis fünfhundert Franken bestraft.

B. Pflicht zur Aufbewahrung der Bücher.

1740 (879).

Bei Streitigkeiten über Rechtsverhältnisse, die aus dem Betriebe eines Geschäftes herrühren, kann, wer zur Führung von Geschäftsbüchern verpflichtet ist, zur Vorlegung derselben sowie der empfangenen Geschäftsbriefe, Telegramme und Kopierbücher angehalten werden.

C. Pflicht zur Herausgabe der Geschäftsbücher und Geschäftspapiere.

Schlusstitel.

Anwendungs- und Einführungsbestimmungen.

Erster Abschnitt.

Die Anwendung schweizerischen und fremden Rechtes.

1741.

- A. Allgemeine Grundlage.
I. Staatsvertrag und Gesetzesvorschrift.

Die Schweizer im Ausland und die Ausländer in der Schweiz stehen unter dem Rechte, das nach Vereinbarung des Bundes mit den andern Staaten für die Anwendung finden soll.

Insoweit solche Vereinbarungen nicht getroffen sind, gelten für sie die nachfolgenden Bestimmungen.

Personen, für die keine Heimatsangehörigkeit nachgewiesen werden kann, werden wie Angehörige des Landes behandelt, in dem sie zuletzt ihren Wohnsitz gehabt haben.

1742.

- II. Nachweis fremden Rechtes.

Steht ein Verhältnis unter ausländischem Rechte, so hat der schweizerische Richter dieses, soweit es ihm bekannt ist, von Amtes wegen anzuwenden.

Kennt er es nicht, so ist er befugt, zu verlangen, daß ihm der Bestand dieses Rechtes von der Partei, die es anruft, nachgewiesen werde.

Wird dieser Nachweis nicht geleistet, so wendet er das schweizerische Recht an.

1743.

- III. Gerichtsstand.

Wo das Gesetz nicht eine andere Vorschrift aufstellt, wird auch der Gerichtsstand in der Schweiz anerkannt, sobald der schweizerische Richter das eigene Recht anzuwenden hat.

Für Schweizer im Ausland ist, soweit sie unter schweizerischem Rechte stehen und das Gesetz nicht eine andere Vorschrift aufstellt, der Richter ihres Heimattortes zuständig.

1744.

In den Fragen des Personen-, Familien- und Erbrechtes gilt für die Schweizer das schweizerische Recht, auch wenn sie ihren Wohnsitz im Auslande haben.

Stellt sie jedoch das Ausland unter das Recht ihres Wohnsitzes, so werden sie auch in der Schweiz nach diesem beurteilt.

Mit bezug auf ihre in der Schweiz liegenden Grundstücke verbleiben sie, auch wenn sie sonst dem ausländischen Rechte unterstellt sind, unter dem schweizerischen Rechte.

- B. Personen-, Familien- und Erbrecht.
- I. Allgemeine Regel.
- 1. Betreffend Schweizer im Ausland.

1745.

In den Fragen des Personen-, Familien- und Erbrechtes gilt für die Ausländer das schweizerische Recht, wenn sie in der Schweiz geboren sind und ihren Wohnsitz haben.

Andere Ausländer werden nach dem Rechte beurteilt, das ihre Heimat für sie als maßgebend erklärt.

- 2. Betreffend Ausländer in der Schweiz.

1746.

Ein handlungsunfähiger Ausländer, der in der Schweiz ein Rechtsgeschäft abgeschlossen hat, kann sich auf seine Unfähigkeit nicht berufen, sobald er nach schweizerischem Recht zur Zeit des Abschlusses handlungsfähig gewesen wäre.

Auf familienrechtliche und erbrechtliche Rechtsgeschäfte, sowie auf solche, durch die über ein im Ausland liegendes Grundstück verfügt wird, findet diese Vorschrift keine Anwendung.

- II. Rechts- und Handlungsfähigkeit.
- 1. Handlungsfähigkeit des Ausländers in der Schweiz.

1747.

Ein Ausländer kann mit Bezug auf Rechtsverhältnisse, für die sein Tod von Einfluß ist, nach schweizerischem Recht

- 2. Verschollenheitserklärung.

für verschollen erklärt werden, wenn sie dem schweizerischen Rechte unterstellt sind oder sich auf Vermögenswerte beziehen, die sich in der Schweiz befinden.

Die Ehefrau eines Ausländers, die vor ihrer Verheiratung Schweizerin gewesen ist, kann verlangen, daß ihr Ehemann nach schweizerischem Rechte für verschollen erklärt werde, wenn sie bei Beginn der nachrichtlosen Abwesenheit des Ehemannes ihren Wohnsitz in der Schweiz gehabt hat.

Die Wirkung der Verschollenheitserklärung auf die Ehe ist in diesem Falle nach schweizerischem Rechte zu beurteilen.

1748.

3. Rechtsfähigkeit
der juristischen
Personen des
Auslandes in der
Schweiz.

Juristischen Personen, die im Auslande ihren Wohnsitz haben, können in der Schweiz das Recht der Persönlichkeit beanspruchen, wie das fremde Recht sie ihnen verleiht, jedoch nicht in größerem Umfange, als ihn das schweizerische Recht bestimmt.

Öffentlichrechtliche juristische Personen des Auslandes bedürfen zum Erwerbe von Liegenschaften der Bewilligung des Bundesrates.

1749.

III. Eheschließung.
1. Eherecht.

Die Gültigkeit einer Eheschließung wird, wenn der Bräutigam oder die Braut oder beide Ausländer sind, in bezug auf jedes von ihnen nach dem heimatlichen Rechte beurteilt.

Die Form einer in der Schweiz erfolgenden Eheschließung bestimmt sich nach schweizerischem Recht.

1750.

2. Verkündung
eines Schweizer
im Ausland.

Ein Schweizer, der im Auslande wohnt, ist befugt, in der Schweiz eine Ehe einzugehen.

Er hat das Gesuch um Verkündung beim Zivilstandsbeamten seines Heimortes anzubringen.

1751.

Will ein Ausländer, der in der Schweiz wohnt, hier eine Ehe eingehen, so hat er das Gesuch um Verkündung beim Zivilstandsbeamten seines Wohnsitzes anzubringen, nachdem er von der Regierung des Wohnsitzkantons die Bewilligung zur Eheschließung erhalten hat.

Diese Bewilligung darf nicht verweigert werden, wenn die Heimatbehörden erklären, daß sie die Ehe ihres Angehörigen mit allen ihren Folgen anerkennen werden, sie kann aber auch ohne eine solche Erklärung erteilt werden.

Die Trauung eines Ausländers, der in der Schweiz keinen Wohnsitz hat, kann mit Bewilligung der Regierung des Kantons, in dem sie erfolgen soll, vorgenommen werden, wenn durch Erklärung der Heimatbehörde oder auf andere Weise dargetan ist, daß die Ehe mit allen ihren Folgen in der Heimat anerkannt werde.

1752.

Eine Ehe, die im Auslande nach dem dort geltenden Rechte abgeschlossen ist, wird in der Schweiz als gültig betrachtet.

Die im Auslande geschlossene Ehe kann in der Schweiz nur dann für ungültig erklärt werden, wenn sie sowohl nach dem dort geltenden und dem heimatlichen Recht der Ehegatten als nach schweizerischem Rechte ungültig ist.

1753.

Ein im Auslande wohnender schweizerischer Ehegatte kann eine Scheidungsklage beim Richter seines Heimortes anbringen.

Ist die Scheidung schweizerischer, im Auslande wohnender Ehegatten durch ein nach dortigem Rechte zuständiges Gericht ausgesprochen, so wird sie in der Schweiz auch dann anerkannt, wenn die Scheidung nach schweizerischem Recht nicht begründet gewesen wäre.

3. Verkündung und Trauung eines Ausländers in der Schweiz.

4. Gültigkeit ausländischer Ehen.

IV. Ehescheidung.
1. Klage des im Auslande wohnenden Schweizer.

.1754.

2. Klage des in der Schweiz wohnenden Ausländers.

Ein ausländischer Ehegatte, der in der Schweiz wohnt, kann eine Scheidungsklage beim Richter seines Wohnsitzes anbringen, wenn er nachweist, daß nach Gesetz oder Gerichtsgebrauch seiner Heimat der geltend gemachte Scheidungsgrund zugelassen und der schweizerische Gerichtsstand anerkannt ist.

Ein Scheidungsgrund, der in einer Zeit eingetreten ist, da die Ehegatten unter einem andern Rechte gestanden haben, kann nur dann geltend gemacht werden, wenn er auch nach dem früheren Rechte als Scheidungsgrund zugelassen ist.

Sind diese Voraussetzungen gegeben, so erfolgt die Scheidung der ausländischen Ehegatten im übrigen nach schweizerischem Recht.

1755.

3. Scheidung und Trennung.

Klage und Urteil betreffend den Ausländer in der Schweiz oder den Schweizer im Ausland können auf Scheidung der Ehe oder Trennung der Ehegatten gehen, wie es das zur Anwendung kommende Recht gestattet.

Die Trennung oder eine ihr nach ausländischem Recht entsprechende Aufhebung der ehelichen Gemeinschaft steht unter dem gleichen Rechte wie die Scheidung.

1756.

V. Güterstand der Ehegatten.

1. Verlegung des Wohnsitzes in die Schweiz.

Der am bisherigen ehelichen Wohnsitz zu Recht bestehende eheliche Güterstand wird dadurch, daß Ehegatten ihren Wohnsitz vom Ausland in die Schweiz verlegen oder daß sie Schweizer werden, nicht verändert.

Zur Wirksamkeit Dritten gegenüber bedarf jedoch ein fremdes Güterrecht am schweizerischen Wohnsitz der Eintragung in das Ehegutsregister.

Ehegatten, die hiernach in der Schweiz unter einem Güterstand des ausländischen Rechtes leben, stehen gleich-

wohl, solange sie in der Schweiz wohnen, mit Hinsicht auf den Abschluß eines Ehevertrages und die Anordnung der gesetzlichen oder richterlichen Gütertrennung unter dem schweizerischen Recht.

1757.

Verlegen Ehegatten ihren Wohnsitz aus der Schweiz in das Ausland, so richtet sich die Fortdauer des schweizerischen Güterrechtes nach dem Rechte ihres neuen Wohnsitzes.

1758.

Die eheliche Abstammung eines Kindes wird nach dem Rechte beurteilt, unter dem der Vater in bezug auf seine familienrechtlichen Verhältnisse zur Zeit der Geburt gestanden hat.

1759.

Die Ehelicherklärung, sowie die Kindesannahme könne für ein Kind, das unter fremdem Rechte steht, nur unter der Voraussetzung stattfinden, daß sie von dessen heimatlichem Rechte nicht untersagt werden.

Ausländer, die in der Schweiz ihren Wohnsitz haben, können die Ehelicherklärung und die Kindesannahme nur unter der Voraussetzung vornehmen, daß ihr heimatliches Recht deren Wirkung nicht ablehnt.

Ein schweizerisches Kind kann im Verhältnis zu seinem unter ausländischem Rechte stehenden Vater von der Ehelicherklärung und der Kindesannahme nur betroffen werden, wenn die Vorschriften des schweizerischen Rechtes beobachtet worden sind.

1760.

Die Wirkungen des außerehelichen Kindesverhältnisses bestimmen sich, wenn die Mutter, das Kind und der Vater in den familienrechtlichen Verhältnissen dem gleichen Rechte unterstellt sind, nach dessen Vorschriften.

2. Verlegung des Wohnsitzes ins Ausland.

VI. Das eheliche Kindesverhältnis.

1. Eheliche Abstammung.

2. Ehelicherklärung und Kindesannahme.

VII. Außereheliches Kindesverhältnis.

1. Rechtsanwendung.

1761.

2. Vermögens-
leistungen und
Standesfolgen.

Ist auf die genannten Personen verschiedenes Recht anzuwenden, so entscheidet über die Vermögensleistungen an Mutter und Kind das Recht, dem diese unterstellt sind.

Standesfolgen gegenüber dem Vater können für das Kind nur entstehen, wenn sie nach dem Rechte sowohl des Vaters als des Kindes begründet sind.

Insbesondere kann einem Ausländer, der in der Schweiz wohnt, ein Kind mit Standesfolgen nur zugesprochen werden, wenn die Anerkennung dieser Folgen nach dem heimatlichen Rechte des Vaters und des Kindes nachgewiesen ist.

1762.

VIII. Bevormundung.
1. Des Schweizers
im Ausland.

Schweizer, die im Auslande wohnen, dürfen nur dann in der Schweiz bevormundet werden, wenn nach schweizerischem Recht ein Bevormundungsgrund vorliegt und entweder das ausländische Recht die heimatliche Vormundschaft anerkennt oder sich Vermögen in der Schweiz befindet.

Die Bevormundung erfolgt in diesen Fällen in der Heimatgemeinde.

1763.

2. Des Ausländers
in der Schweiz.

Ausländer, die in der Schweiz wohnen, dürfen an ihrem Wohnsitz bevormundet werden, wenn nach dem schweizerischen oder dem für sie geltenden heimatlichen Recht (1745) ein Bevormundungsgrund vorliegt.

Beansprucht die Heimatbehörde die Vormundschaft, so wird sie ihr abgegeben, sofern der Heimatstaat Gegenrecht hält.

Auch in diesem Falle bleiben den schweizerischen Behörden die erforderlichen vorsorglichen Maßregeln vorbehalten.

1764.

Die Beistandschaft wird für Ausländer, die in der Schweiz wohnen, wie für die Schweizer durch die Vormundschaftsbehörde ihres Wohnortes angeordnet.

3. Beistandschaft.

1765.

Ein im Auslande wohnender Schweizer wird, auch wenn er im Auslande stirbt, mit seinem ganzen Vermögen unter Einschluß der im Auslande befindlichen Liegenschaften nach schweizerischem Rechte beerbt (1744).

IX. Erbrecht.
1. Erbschafts-
eröffnung.

Stirbt ein in der Schweiz wohnender Ausländer, der dem schweizerischen Recht unterstellt ist (1745), so wird der Erbgang an dessen Wohnsitz eröffnet.

Erkennt die Heimat des Erblassers die Eröffnung in der Schweiz nicht an, so erfolgt in bezug auf alles bewegliche oder unbewegliche Vermögen, das sich nicht im Heimatlande des Erblassers befindet, gleichwohl die Eröffnung am schweizerischen Wohnsitz.

1766.

Die Fähigkeit, von Todes wegen zu verfügen, ist nach dem Rechte zu beurteilen, dem der Verfügende zur Zeit der Errichtung oder Aufhebung einer Verfügung in Bezug auf das Erbrecht unterstellt war.

2. Verfügungs-
fähigkeit und
-freiheit.

Die Verfügungsfreiheit wird nach dem Rechte beurteilt, dem der Erblasser zur Zeit des Todes unterstellt ist.

1767.

Eine letztwillige Verfügung ist gültig, sobald ihre Form den Vorschriften entspricht, die bestanden haben:

3. Form letzt-
williger Ver-
fügungen.

zur Zeit der Errichtung am Errichtungsort oder am Wohnsitz oder in der Heimat des Erblassers, oder zur Zeit des Todes des Erblassers an seinem Wohnsitz oder in seiner Heimat.

1768.

C. Sachenrecht.

Die sachenrechtlichen Bestimmungen des schweizerischen Rechtes über das Eigentum und die beschränkten dinglichen Rechte gelten für alle in der Schweiz liegenden Sachen.

Als in der Schweiz liegend gilt eine bewegliche Sache in jedem Falle, sobald über sie von einer schweizerischen Behörde ein zur Eintragung des Berechtigten bestimmtes Buch geführt wird oder in bezug auf sie für die Geltendmachung der Berechtigung ein schweizerisches Gericht zuständig ist.

1769.

D. Obligationenrecht.

Die Bestimmungen des schweizerischen Zivilrechts über das Obligationenrecht finden, wenn keine andere Willensmeinung der Beteiligten anzunehmen ist, auf alle Verträge Anwendung, die in der Schweiz zur Erfüllung gelangen sollen.

Forderungen aus unerlaubten Handlungen, die in der Schweiz vorgenommen worden sind, werden nach schweizerischem Rechte beurteilt.

1770.

E. Öffentliche Ordnung.

Die Bestimmungen des schweizerischen Zivilrechtes, die um der öffentlichen Ordnung und Sittlichkeit willen aufgestellt sind, haben vor dem schweizerischen Richter ausnahmslos und ausschließlich Geltung.

1771.

F. Formvorschriften.

I. Formerfordernis.

Das Recht, das auf den Gegenstand des Rechtsgeschäftes anwendbar ist, entscheidet auch darüber, ob seine Gültigkeit von der Beobachtung einer bestimmten Form abhängig sei.

1772.

Die im Ausland beobachtete Form wird, wenn sie dem dortigen Rechte entspricht, der entsprechenden Form des schweizerischen Rechtes gleichgestellt.

II. Formerfüllung.

Formen jedoch, die vom schweizerischen Zivilrecht um der öffentlichen Ordnung willen vorgeschrieben sind, können, durch Formen des ausländischen Rechtes nicht ersetzt werden.

1773.

Unter Zustimmung der Bundesversammlung kann der Bundesrat anordnen, daß gegen die Angehörigen eines ausländischen Staates und gegen deren Rechtsnachfolger besondere, von diesem Gesetze abweichende Bestimmungen zur Anwendung kommen sollen.

G. Vergeltungsklausel.

Zweiter Abschnitt.

Die Anwendung bisherigen und neuen Rechtes.

1774.

Die rechtlichen Wirkungen von Tatsachen, die vor dem Inkrafttreten des Zivilgesetzbuches eingetreten sind, werden auch nachher gemäß den Bestimmungen des eidgenössischen oder kantonalen Rechtes beurteilt, die zur Zeit des Eintrittes dieser Tatsachen gegolten haben.

A. Allgemeine Bestimmungen.
I. Regel der Nichtrückwirkung.

Demgemäß unterliegen die vor diesem Zeitpunkt vorgenommenen Handlungen mit Bezug auf ihre rechtliche Verbindlichkeit und ihre rechtlichen Folgen auch in Zukunft den bei ihrer Vornahme geltend gewesenen Bestimmungen.

Die nachher eingetretenen Tatsachen dagegen werden, soweit das Gesetz eine Ausnahme nicht vorgesehen hat, nach dem schweizerischen Zivilgesetzbuche beurteilt.

1775.

II. Rückwirkung im
Interesse der
öffentlichen Ord-
nung und Sitt-
lichkeit.

Die Bestimmungen des schweizerischen Zivilgesetzbuches, die um der öffentlichen Ordnung und Sittlichkeit willen aufgestellt sind, finden sofort mit dessen Inkrafttreten auf alle Tatsachen Anwendung, soweit das Gesetz eine Ausnahme nicht vorgesehen hat.

Demgemäß finden Vorschriften des bisherigen Rechtes, die nach der Auffassung des neuen Rechtes der öffentlichen Ordnung oder Sittlichkeit widersprechen, nach dessen Inkrafttreten keine Anwendung mehr.

1776.

III. Gesetzliche Um-
schreibungen
und nicht erwor-
bene Rechte.

Rechtsverhältnisse, deren Inhalt unabhängig vom Willen der Beteiligten durch das Gesetz umschrieben wird, sind nach dem Inkrafttreten des Zivilgesetzbuches nach dem neuen Rechte zu beurteilen, auch wenn sie vor diesem Zeitpunkt begründet wurden.

Tatsachen, die zwar unter der Herrschaft des alten Rechtes eingetreten sind, durch die aber zur Zeit des Inkrafttretens des Zivilgesetzbuches ein rechtlich geschützter Anspruch noch nicht begründet gewesen ist, stehen mit Bezug auf ihre Wirkung nach diesem Zeitpunkt unter dem neuen Recht.

1777.

B. Personenrecht.
I. Handlungs-
fähigkeit.

Die Handlungsfähigkeit wird in allen Fällen nach den Bestimmungen des Zivilgesetzbuches beurteilt.

Wäre jedoch jemand, der nach dem bisherigen Recht zur Zeit des Inkrafttretens dieses Gesetzes handlungsfähig gewesen ist, nach den Bestimmungen des neuen Rechtes nicht handlungsfähig, so wird er auch nach diesem Zeitpunkt als handlungsfähig anerkannt.

1778.

Die Verschollenheitserklärung steht nach dem Inkrafttreten des Zivilgesetzbuches unter den Bestimmungen des neuen Rechtes. II. Verschollenheit.

Die Todes- oder Abwesenheitserklärungen des bisherigen Rechtes haben nach dem Inkrafttreten des Zivilgesetzbuches die gleichen Wirkungen wie die Verschollenheitserklärung des neuen Rechtes, wobei aber die vor diesem Zeitpunkt nach bisherigem Recht eingetretenen Folgen, wie Erbgang oder Auflösung der Ehe, bestehen bleiben.

Ein zur Zeit des Inkrafttretens des Zivilgesetzbuches schwebendes Verfahren wird unter Anrechnung der bishin abgelaufenen Zeit nach den Bestimmungen des Zivilgesetzbuches neu begonnen oder, auf Antrag der Beteiligten, nach dem bisherigen Verfahren und unter Beobachtung der bisherigen Fristen zu Ende geführt.

1779.

Personenverbände und Anstalten oder Stiftungen, die unter dem bisherigen Recht die Persönlichkeit erlangt haben, behalten sie unter dem Zivilgesetzbuch bei, auch wenn sie nach dessen Bestimmungen die Persönlichkeit nicht erlangt hätten. III Juristische Personen.

Die bereits bestehenden juristischen Personen, für deren Entstehung nach der Vorschrift des Zivilgesetzbuches die Eintragung in das öffentliche Register verlangt wäre, müssen jedoch diese Eintragung, auch wenn sie nach dem bisherigen Rechte für sie nicht vorgesehen war, innerhalb fünf Jahren nach dem Inkrafttreten des Zivilgesetzbuches nachholen und werden nach Ablauf dieser Frist ohne Eintragung nicht mehr als juristische Personen anerkannt.

Der Inhalt der Persönlichkeit bestimmt sich für alle juristische Personen, sobald das Zivilgesetzbuch in Kraft getreten ist, nach dem neuen Recht.

1780.

C. Familienrecht.

I. Eheschließung,
-scheidung und
persönliche Wirkungen.

Alle Ehen stehen mit Bezug auf die Eheschließung, Ehescheidung und die persönlichen Wirkungen der Ehe, sobald das Zivilgesetzbuch in Kraft getreten ist, unter dem neuen Recht.

Eheschließungen und Ehescheidungen, die unter dem bisherigen Rechte rechtsgültig geworden sind, bleiben anerkannt.

Ehen, die nach dem bisherigen Recht nicht gültig wären, können, sobald das Zivilgesetzbuch in Kraft getreten ist, nur nach dessen Bestimmungen für ungültig erklärt werden, wobei jedoch die vor diesem Zeitpunkt abgelaufene Zeit bei den Fristbestimmungen angerechnet wird.

1781.

II. Eheliches Güterrecht.

Die güterrechtlichen Wirkungen der Ehe stehen, sobald das Zivilgesetzbuch in Kraft getreten ist, unter dem neuen Recht.

Die Ehegatten können sich jedoch ihren bisherigen gesetzlichen Güterstand durch Ehevertrag auch weiterhin vorbehalten, dieser Vertrag erhält aber Wirkung Dritten gegenüber nur unter der Voraussetzung, daß sie ihn vor dem Inkrafttreten des Zivilgesetzbuches zur Eintragung in das Ehegutsregister bei der zuständigen Behörde anmelden.

Ein vor dem Inkrafttreten des Zivilgesetzbuches abgeschlossener Ehevertrag behält auch nach diesem Zeitpunkt seine Gültigkeit, hat aber nach dem Inkrafttreten Wirkung Dritten gegenüber nur unter der Voraussetzung, daß er vor diesem Zeitpunkt zur Eintragung in das Ehegutsregister bei der zuständigen Behörde angemeldet wird.

1782.

III. Eltern- und
Kindesrecht.

Das Eltern- und Kindesrecht steht, sobald das Zivilgesetzbuch in Kraft getreten ist, unter dem neuen Recht.

Ein unter dem bisherigen Recht erfolgter Verlust der elterlichen Gewalt bleibt auch nach diesem Zeitpunkt in Kraft, wenn nicht auf Verlangen eines der Eltern nach den Bestimmungen des Zivilgesetzbuches anders entschieden wird.

Befinden sich Kinder, die nach dem Zivilgesetzbuch unter der elterlichen Gewalt stehen, bei dessen Inkrafttreten unter Vormundschaft, so ist diese durch die elterliche Gewalt zu ersetzen, bleibt aber bis zu der durch die vormundschaftlichen Behörden vorzunehmenden Übertragung in Kraft.

1783.

Das außereheliche Kindesverhältnis steht, sobald das Zivilgesetzbuch in Kraft getreten ist, unter dem neuen Recht. IV. Außereheliches Kindesverhältnis.

Ist ein außereheliches Kind vor diesem Zeitpunkt geboren, so können die Mutter und das Kind gegenüber dem Vater nur diejenigen familienrechtlichen Ansprüche geltend machen, die nach dem bisherigen Rechte gegeben waren.

Die Anerkennung durch den Vater erfolgt auch dann nach den Bestimmungen des Zivilgesetzbuches, wenn das Kind vor dessen Inkrafttreten geboren ist.

1784.

Die Vormundschaft steht, sobald das Zivilgesetzbuch in Kraft getreten ist, unter den Bestimmungen des neuen Rechtes. V. Vormundschaft.

Eine vor diesem Zeitpunkt eingetretene Bevormundung bleibt bestehen, ist aber durch die vormundschaftlichen Behörden mit dem Zivilgesetzbuche in Einklang zu bringen.

Bevormundungen, die nach bisherigem Recht eingetreten sind, nach dem Zivilgesetzbuch aber nicht mehr möglich sein würden, sind aufzuheben, bleiben aber bis zum Zeitpunkt der Aufhebung in Kraft.

1785.

D. Erbrecht.
I. Erbe und Erb-
gang.

Die erbrechtlichen Verhältnisse und die mit solchen rechtlich untrennbar verknüpften güterrechtlichen Wirkungen des Todes eines Vaters, einer Mutter oder eines Ehegatten werden, wenn der Erblasser vor dem Inkrafttreten des Zivilgesetzbuches gestorben ist, auch nach diesem Zeitpunkt durch das bisherige Recht bestimmt.

Diese Vorschrift bezieht sich sowohl auf die Erben als auf den Erbgang.

1786.

II. Verfügungen
von Todes
wegen.

Eine vor dem Inkrafttreten des Zivilgesetzbuches erfolgte Errichtung oder Aufhebung einer Verfügung von Todes wegen kann, sobald sie nach dem Rechte, das zur Zeit ihrer Errichtung gegolten hat, von einem verfügungsfähigen Erblasser errichtet worden ist, nicht deshalb angefochten werden, weil der Erblasser nach dem Inkrafttreten des Zivilgesetzbuches gestorben ist und nach dessen Bestimmungen nicht verfügungsfähig gewesen wäre.

Eine letztwillige Verfügung kann wegen eines Formmangels nicht angefochten werden, sobald die Formvorschriften beobachtet sind, die zur Zeit der Errichtung oder des Todes gegolten haben.

Die Anfechtung wegen Überschreitung der Verfügungsfreiheit oder wegen der Art der Verfügung richtet sich bei allen Verfügungen von Todes wegen nach den Bestimmungen des Zivilgesetzbuches, sobald der Erblasser nach dessen Inkrafttreten gestorben ist.

1787.

E. Sachenrecht.
I. Die dinglichen
Rechte im all-
gemeinen.

Die beim Inkrafttreten des Zivilgesetzbuches bestehenden dinglichen Rechte bleiben, unter Vorbehalt der Vorschriften über das Grundbuch, auch unter dem neuen Rechte anerkannt.

In bezug auf ihren Inhalt stehen jedoch das Eigentum und die beschränkten dinglichen Rechte nach dem Inkrafttreten des Zivilgesetzbuches, soweit in diesem Gesetze eine Ausnahme nicht vorgesehen ist, unter dem neuen Recht.

Wäre ihre Errichtung nach dem Zivilgesetzbuche nicht mehr möglich, so bleiben sie unter dem bisherigen Recht.

1788.

Die vor dem Inkrafttreten des Zivilgesetzbuches begründeten Ansprüche auf Errichtung eines dinglichen Rechtes werden als rechtskräftig anerkannt, sobald sie der Form des bisherigen oder des neuen Rechtes entsprechen.

II. Persönliche Ansprüche und vertraglich begründete Verhältnisse.

Über den Ausweis für früher begründete Ansprüche zur Eintragung im Grundbuch wird die Verordnung betreffend die Grundbuchführung nähere Vorschriften aufstellen.

Der vor dem Inkrafttreten des Zivilgesetzbuches durch Rechtsgeschäft festgesetzte Inhalt eines dinglichen Verhältnisses bleibt auch unter dem neuen Recht anerkannt, soweit er nicht mit der neuen Ordnung unverträglich ist.

1789.

Die Ersitzung richtet sich von dem Inkrafttreten des Zivilgesetzbuches an nach dem neuen Rechte.

Hat jedoch eine Ersitzung, die auch dem neuen Rechte entspricht, unter dem bisherigen Rechte begonnen, so wird die bis zum Inkrafttreten des Zivilgesetzbuches abgelaufene Zeit an die Ersitzungsfrist des neuen Rechtes verhältnismäßig angerechnet.

1790.

Die überlieferten Eigentumsrechte an Bäumen auf fremdem Boden werden auch weiterhin nach kantonalem Rechte anerkannt.

IV. Bäume auf fremdem Boden.

Die Kantone bleiben befugt, diese bestehenden Verhältnisse Beschränkungen zu unterwerfen oder aufzuheben.

1791.

V. Grunddienstbarkeiten.

Die vor dem Inkrafttreten des Zivilgesetzbuches entstandenen Grunddienstbarkeiten bleiben nach der Einführung des Grundbuches auch ohne Eintragung in Kraft, können aber, wenn sie nicht eingetragen worden sind, gutgläubigen Dritten gegenüber nicht geltend gemacht werden.

1792.

VI. Grundpfandrechte.

1. Anerkennung der bestehenden Pfandtitel.

Die zur Zeit des Inkrafttretens des Zivilgesetzbuches bestehenden Pfandtitel bleiben in Kraft, ohne daß deren Anpassung an das neue Recht zu erfolgen hat.

Den Kantonen bleibt es jedoch vorbehalten, eine Neuausfertigung der bestehenden Pfandtitel auf der Grundlage des neuen Rechtes mit bestimmten Fristen vorzuschreiben.

1793.

2. Errichtung von Pfandrechten.

Neue Grundpfandrechte können nach dem Inkrafttreten des Zivilgesetzbuches nur noch in den von diesem anerkannten Arten errichtet werden.

Für die Errichtung bleiben jedoch bis zur Durchführung des Grundbuches die bisherigen kantonrechtlichen Formen in Kraft.

1794.

3. Tilgung von Titeln.

Die Tilgung und Umänderung der Titel, die Pfandentlassung und dergleichen stehen nach dem Inkrafttreten des Zivilgesetzbuches unter den Vorschriften des neuen Rechtes.

Bis zur Einführung des Grundbuches bestimmen sich jedoch die Formen nach kantonalem Rechte.

1795.

Der Umfang der Pfandhaft bestimmt sich für alle Pfandrechte nach dem neuen Rechte.

4. Umfang der Pfandhaft.

Hat jedoch der Gläubiger vermöge besonderer Abrede gewisse Gegenstände in rechtsgültiger Weise mit dem Grundstück verpfändet erhalten, so bleibt das Pfandrecht an diesen, auch wenn sie nach dem Zivilgesetzbuch nicht mitverpfändet sein würden, in Kraft.

1796.

Die Rechte und Pflichten des Gläubigers und des Schuldners beurteilen sich für die zur Zeit des Inkrafttretens des Zivilgesetzbuches vorhandenen Pfandrechte nach dem bisherigen Rechte, soweit es sich um Vertragswirkungen handelt.

5. Rechte und Pflichten aus dem Grundpfand.
a. Im allgemeinen.

Für die gesetzlich von selbst eintretenden und vertraglich nicht abzuändernden Wirkungen gilt mit diesem Zeitpunkt auch für die schon bestehenden Pfandrechte das neue Recht.

Erstreckt sich das Pfandrecht auf mehrere Grundstücke, so bleibt die Pfandhaft nach bisherigem Rechte bestehen.

1797.

Die Rechte des Pfandgläubigers während des bestehenden Verhältnisses, wie namentlich die Sicherungsrechte, und ebenso die Befugnisse des Schuldners stehen für alle Pfandrechte vom Zeitpunkt des Inkrafttretens des Zivilgesetzbuches an unter dem neuen Recht.

b. Sicherungsrechte.

1798.

Die Kündbarkeit der Pfandforderungen und die Übertragung der Pfandtitel werden bei den Pfandrechten, die zur

c. Kündigung.

Zeit des Inkrafttretens des Zivilgesetzbuches bereits errichtet sind, nach dem bisherigen Rechte beurteilt, unter Vorbehalt der um der allgemeinen Ordnung willen aufgestellten, zwingenden Vorschriften.

1799.

6. Rang und Pfandstelle.

Der Rang der Pfandrechte bestimmt sich bis zur Aufnahme der Grundstücke in das Grundbuch nach bisherigem Rechte, während vom Zeitpunkt der Herrschaft des Grundbuches an im Verhältnis der Gläubiger untereinander der öffentliche Glaube des Grundbuches nach Maßgabe des neuen Rechtes entscheidet.

Mit bezug auf die feste Pfandstelle oder ein Recht des Gläubigers auf Ein- oder Nachrücken gilt mit dem Inkrafttreten des Zivilgesetzbuches das neue Recht, unter Vorbehalt der dem Gläubiger zugesicherten besondern Ansprüche.

Die Kantone können weitere Übergangsbestimmungen aufstellen, die jedoch der Genehmigung des Bundesrates bedürfen.

1800.

7. Einschränkung nach dem Schätzungswert.

Die Vorschriften des Zivilgesetzbuches über die Beschränkung der Errichtung von Pfandrechten nach dem Schätzungswerte der Pfandsache finden nur auf die künftig zu errichtenden Grundpfandrechte Anwendung.

Pfandstellen, die unter dem bisherigen Recht in gültiger Weise belastet worden sind, bleiben unter dem neuen bis zu ihrer Löschung gewahrt, auch wenn sie nach den Vorschriften des neuen Rechtes nicht mehr geschaffen werden könnten.

Die kantonalen Gülten bleiben demgemäß in Kraft und können erneuert werden ohne Rücksicht auf die beschränkenden Vorschriften des neuen Rechtes.

1801.

Die kantonalen Einführungsgesetze können feststellen, daß im allgemeinen oder in bestimmter Richtung eine Grundpfandart des bisherigen Rechtes einer solchen des Zivilgesetzbuches gleichzuhalten sei.

Soweit dies geschieht, finden die Bestimmungen des Zivilgesetzbuches mit dessen Inkrafttreten auch Anwendung auf solche kantonale Pfandrechte.

Die kantonalen Vorschriften über solche Gleichstellungen bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Genehmigung des Bundesrates.

8. Gleichstellung
bisheriger Pfand-
arten mit solchen
des neuen
Rechtes.

1802.

Fahrnispfandrechte können vom Zeitpunkt des Inkrafttretens des Zivilgesetzbuches an nur in den von diesem vorgesehenen Formen errichtet werden.

Soweit vor diesem Zeitpunkt ein Fahrnispfand in anderer Form errichtet worden ist, erlischt es mit Ablauf von sechs Monaten, die bei fälliger Forderung mit dem Inkrafttreten des neuen Rechtes und bei späterer Fälligkeit mit Eintritt dieser oder mit dem Zeitpunkt, auf den die Kündigung zulässig ist, zu laufen beginnen.

VII. Fahrnispfandrechte.

1. Formvorschriften.

1803.

Die Wirkungen des Fahrnispfandrechtes, die Berechtigungen und Verpflichtungen des Pfandgläubigers, des Verpfänders und des Pfandschuldners richten sich vom Zeitpunkt des Inkrafttretens des Zivilgesetzbuches an, auch wenn das Pfandrecht schon vorher entstanden ist, nach dem neuen Recht.

2. Wirkungen.

Ein vor dem Inkrafttreten des Gesetzes geschlossener Verfallsvertrag verliert mit diesem Zeitpunkte seine Gültigkeit.

1804.

VIII. Retentionsrecht.

Das Retentionsrecht des Zivilgesetzbuches erstreckt sich auch auf solche Sachen, die vor dessen Inkrafttreten in die Verfügungsgewalt des Gläubigers gekommen sind.

Es steht dem Gläubiger auch für solche Forderungen zu, die vor diesem Zeitpunkt entstanden sind.

Früher entstandene Retentionsrechte unterliegen bezüglich ihrer Wirksamkeit den Bestimmungen des Zivilgesetzbuches.

1805.

IX. Besitz.

Der Besitz steht mit dem Inkrafttreten des Zivilgesetzbuches unter dem neuen Rechte.

1806.

X. Grundbuch.**1. Anlage des Grundbuches u. Wasserrechtskataster.**

Die Durchführung der Anlage des Grundbuches wird vom Bundesrat nach Vereinbarung mit den Kantonen festgestellt.

Dabei sollen die bereits vorhandenen grundbuchlichen Einrichtungen soweit möglich, beibehalten werden.

Das gleiche gilt in Bezug auf die Katastrierung der Wasserrechte.

1807.

2. Einführung vor der Vermessung.

Mit Einwilligung des Bundesrates kann das Grundbuch vor der Vermessung eingeführt werden, sobald andere genügende Flächenverzeichnisse vorhanden sind.

1808.

3. Vermessung.

Bezüglich der Zeit der Durchführung der Vermessung ist auf die Verhältnisse der Kantone angemessene Rücksicht zu nehmen.

Die Vermessung und die Einführung des Grundbuches kann für die einzelnen Bezirke eines Kantons nacheinander erfolgen.

Betreffend die Gebiete, für die eine genaue Vermessung unterbleiben darf, wie Wälder, Alpen, Weiden von beträchtlicher Ausdehnung, soll im Einverständnis mit dem Bundesrat für eine andere genügende Planaufnahme gesorgt werden.

1809.

Die Kosten der Vermessung sind in der Hauptsache vom Bunde zu tragen.

4. Kosten der Vermessung.

1810.

Bei der Einführung des Grundbuches müssen die dinglichen Rechte, die bereits bestehen, um der Vorteile des öffentlichen Glaubens des Grundbuches teilhaftig zu werden, zur Eintragung gebracht werden.

5. Eintragung der dinglichen Rechte.

Zu diesem Zwecke ist die öffentliche Aufforderung zur Anmeldung und Eintragung der bestehenden dinglichen Rechte nach Maßgabe des neuen Rechtes zu erlassen.

Diejenigen dinglichen Rechte, die alsdann nicht angemeldet und eingetragen werden, behalten zwar ihre Gültigkeit, können aber Dritten, die sich in gutem Glauben auf das Grundbuch verlassen, nicht entgegengehalten werden.

1811.

Dingliche Rechte, die nach dem Grundbuchrecht nicht mehr begründet werden können, werden im Grundbuch nicht eingetragen.

6. Behandlung aufgehobener Rechtsarten.

Ihr Bestand ist jedoch bei den Anmerkungen in zweckdienlicher Weise einzuschreiben (Stockwerkseigentum, Eigentum an Bäumen auf fremdem Grunde, Nutzungspfandrechte und dergleichen).

Kommen diese Ausnahmeverhältnisse aus irgend welchem Grunde zum Untergang, so können sie nicht neu begründet werden.

1812.

7. Verschiebung der Einführung des Grundbuches.

Die Einführung des Grundbuches nach den Vorschriften dieses Gesetzes kann mit Genehmigung des Bundesrates durch die kantonalen Regierungen für eine gewisse Periode oder auf unbestimmte Zeit verschoben werden, sobald die kantonalen Formvorschriften, mit oder ohne Ergänzungen, als genügend erachtet werden, um die Wirkung des Grundbuches im Sinne des neuen Rechtes zu gewährleisten.

Dabei ist genau festzustellen, mit welchen Formen des bisherigen kantonalen Rechtes die vom neuen Rechte angeordneten Wirkungen verbunden sein sollen.

1813.

8. Einführung des Sachenrechtes vor dem Grundbuch.

Das Sachenrecht des Zivilgesetzbuches tritt im allgemeinen in Kraft, auch ohne daß die Grundbücher angelegt worden sind.

1814.

9. Wirkung kantonalen Formen.

Die Kantone können mit dem Inkrafttreten des Sachenrechtes und vor der Einführung des Grundbuches die Formen bezeichnen, denen sofort Grundbuchwirkung zukommen soll.

Diese Formen des kantonalen Rechtes (Fertigung, Eintragung in Grund-, Pfand- und Servitutenregister) können mit der Wirkung ausgestattet werden, daß auch ohne und vor Einführung des Grundbuches in Bezug auf Entstehung, Übertragung, Umänderung und Untergang der dinglichen Rechte die Grundbuchwirkung mit ihnen verbunden ist.

Dagegen kann, solange nicht das Grundbuch selbst eingeführt oder ein anderes Publizitätsorgan ihm gleichgestellt ist, eine Grundbuchwirkung zu gunsten des gutgläubigen Dritten (1011) nicht bestehen.

1815.

Wo eine Verjährung von fünf oder mehr Jahren neu eingeführt ist, wird der abgelaufene Zeitraum einer vor dem Inkrafttreten des Zivilgesetzbuches begonnenen Verjährung angerechnet, wobei jedoch zur Vollendung der Verjährung noch mindestens zwei Jahre seit diesem Zeitpunkt ablaufen müssen.

F. Obligationenrecht.
I. Verjährung.

Kürzere, durch dieses Gesetz bestimmte Fristen der Verjährung oder der Verwirkung fangen erst mit dem Inkrafttreten des Zivilgesetzbuches zu laufen an.

Im übrigen gelten für die Verjährung von diesem Zeitpunkte an die Bestimmungen des Zivilgesetzbuches.

1816.

Verträge, die vor dem Inkrafttreten des Zivilgesetzbuches abgeschlossen worden sind, behalten ihre Gültigkeit, auch wenn ihre Form den Vorschriften des neuen Rechtes nicht entspricht.

II. Vertragsformen.

1817.

Die Wirkung der Bürgschaften bestimmt sich, auch wenn sie vor dem Inkrafttreten des Zivilgesetzbuches gültig errichtet worden sind, nach dem neuen Rechte.

III. Bürgschaft.

Dritter Abschnitt.

Einführungs- und Übergangsbestimmungen.

1818.

Mit dem Inkrafttreten des Zivilgesetzbuches sind die zivilrechtlichen Bestimmungen des Bundes und der Kantone aufgehoben, soweit nicht in diesem Gesetze etwas anderes vorgesehen ist.

A. Aufhebung des kantonalen Zivilrechts.

1819.

B. Ergänzende kantonale Anordnungen.

I. Recht und Pflicht der Kantone.

Die Kantone treffen die zur Ergänzung des Zivilgesetzbuches vorgesehenen Anordnungen, wie namentlich in Bezug auf die Zuständigkeit der Behörden, die Einrichtung der Zivilstands-, Vormundschafts- und Grundbuchämter, sowie die Ordnung der amtlichen Tätigkeit dieser Behörden.

Soweit das Zivilgesetzbuch zur Ausführung der Ergänzung durch kantonale Anordnungen notwendig bedarf, sind die Kantone verpflichtet, solche aufzustellen und können sie auf dem Verordnungswege erlassen.

Sie haben ihre Anordnungen dem Bundesrat zur Prüfung und Genehmigung vorzulegen.

1820.

II. Ersatzverordnungen des Bundes.

Kommt ein Kanton seiner Pflicht zum Erlaß der notwendigen Anordnungen nicht rechtzeitig nach, so erläßt der Bundesrat die nötigen Verordnungen an Stelle des Kantons unter Anzeige an die Bundesversammlung.

Macht ein Kanton in einer Sache, die dieser Ergänzung nicht notwendig bedarf, von seiner Befugnis keinen Gebrauch, so verbleibt es bei den Vorschriften des Zivilgesetzbuches.

1821.

C. Bezeichnung der zuständigen Behörden.

Wo das Zivilgesetzbuch von einer zuständigen Behörde spricht, bestimmen die Kantone, welche bereits vorhandene oder erst zu schaffende Behörde zuständig sein soll.

Wo das Zivilgesetzbuch nicht ausdrücklich entweder vom Richter oder von einer Verwaltungsbehörde spricht, können die Kantone entweder eine richterliche oder eine Verwaltungsbehörde als zuständig bezeichnen.

Das Verfahren vor der zuständigen Behörde ordnen die Kantone.

1822.

Die Kantone können bestimmen, in welcher Weise auf ihrem Gebiete die öffentliche Beurkundung hergestellt wird.

D. Öffentliche Beurkundung.

1823.

Die Spezialgesetzgebung betreffend das Eisenbahn-, Post-, Telegraphen- und Telephonrecht, sowie betreffend die Fabrikarbeit und die Haftpflicht wird durch das Bundeszivilrecht nicht abgeändert.

E. Vorbehalt der Spezialgesetzgebung.

Ebenso bleiben alle die Bundesgesetze über Gegenstände des Obligationenrechts und des Mobiliarverkehrs, die neben dem Bundesgesetz über das Obligationenrecht erlassen sind, unverändert in Kraft.

1824.

Beim Handel mit Vieh (Pferden, Eseln, Mauleseln, Rindvieh, Schafen, Ziegen und Schweinen) gelten hinsichtlich der Gewährleistung wegen Mängel die Vorschriften der kantonalen Gesetzgebungen oder des Konkordates über die Viehhauptmängel bis zu dem Zeitpunkte, wo hierüber ein eidgenössisches Gesetz erlassen sein wird.

F. Vorbehalt der Regelung der Gewährleistung für Viehhauptmängel.

Soweit die kantonalen Rechte oder das Konkordat keine Bestimmungen enthalten, findet jedoch auch hier das Zivilgesetzbuch Anwendung.

1825.

Bis zum Erlaß eines eidgenössischen Gesetzes über den Versicherungsvertrag bleiben die bestehenden besondern Bestimmungen der kantonalen Rechte über die Versicherungsverträge in Kraft.

G. Vorbehalt der Gesetzgebung über den Versicherungsvertrag.

1826.

Das Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs vom 11. April 1889 kommt für alle Fälle, in denen Ansprüche, die dem Zivilgesetzbuche unterstellt sind, nach

H. Abänderung des Bundesgesetzes betr. Schuldbetreibung und Konkurs.

dessen Inkrafttreten zur Vollziehung gelangen, mit folgenden Abänderungen zur Anwendung:

Art. 37 lautet: Der Ausdruck „Grundpfand“ im Sinne dieses Gesetzes umfasst: Die Grundpfandverschreibung, den Schuldbrief, die Gült, die Grundlast und jedes Vorzugsrecht auf bestimmte Liegenschaften, sowie das Pfandrecht an der Zugehör einer Liegenschaft,

Der Ausdruck „Faustpfand“ begreift auch das Retentionsrecht, das Pfandrecht an Forderungen und anderen Rechten, die Fahrnisverschreibung und das Versatzpfand.

Der Ausdruck „Pfand“ umfasst sowohl das Grundpfand als das Fahrnispfand.

Art. 46 erhält folgenden dritten Absatz: Die Gemeinderschaft ist am Wohnsitz ihres Hauptes oder eines vertretungsberechtigten Mitgliedes zu betreiben.

Art. 49 lautet: Die Erbschaft kann vor der Teilung, solange die Teilung nicht erfolgt oder eine vertragliche Gemeinderschaft gebildet ist, in der auf den Verstorbenen anwendbaren Betreibungsart an dem Ort betrieben werden, wo der Erblasser zur Zeit seines Todes betrieben werden konnte.

Art. 59 lautet in Absatz 2 dementsprechend: Eine zu Lebzeiten des Erblassers angehobene Betreibung kann gegen die Erbschaft gemäss Art. 49 fortgesetzt werden.

Art. 65 erhält folgenden Zusatz: Ist die Betreibung gegen eine Gemeinderschaft gerichtet, so erfolgt die Zustellung an einen vertretungsberechtigten Gemeinder. Ist sie gegen eine unverteilte Erbschaft gerichtet, und nicht gegen einen der solidarisch haftenden Erben, so erfolgt die Zustellung an den für die Erbschaft bestellten Vertreter oder an die Erben gemeinsam.

Art. 94, letzter Absatz, erhält folgende Fassung: Die Rechte der Grundpfandgläubiger nach Art. 794 in Verbindung mit 637, Absatz 3, des C.-G.-B. bleiben vorbehalten.

Art. 96 wird als Absatz 2 angefügt: Verfügungen des Schuldners sind ungültig, soweit dadurch die aus der Pfändung den Gläubigern erwachsenen Rechte verletzt werden, unter Vorbehalt der Wirkungen des Besitzerwerbes durch gutgläubige Dritte.

Art. 101 lautet: Die Pfändung eines Grundstückes hat die Wirkung einer Verfügungsbeschränkung und wird dem Grundbuch-

führer von dem Betreibungsamte mit Angabe des Betrages, für den die Pfändung erfolgt ist, mitgeteilt.

Art. 102 lautet: Die Pfändung eines Grundstückes erfolgt unter Vorbehalt der den Grundpfandgläubigern zustehenden Rechte auf dessen Früchte und sonstige Ertragnisse.

Das Betreibungsamt hat den Grundpfandgläubigern, sowie gegebenenfalls den Mietern oder Pächtern von der erfolgten Pfändung Kenntnis zu geben.

Es sorgt für die Verwaltung und Bewirtschaftung der Liegenschaft.

Art. 111, Absatz 1, erhält folgende Fassung: Der Ehegatte, die Kinder, Mündel und Verbeiständeten des Schuldners haben das Recht für Forderungen aus dem ehelichen, elterlichen oder vormundschaftlichen Verhältnisse während einer Frist von vierzig Tagen auch ohne vorgängige Betreibung an der Pfändung teilzunehmen. Dasselbe Recht steht mündigen Kindern des Schuldners für die aus Art. 342 C.-G.-B. sich ergebenden Forderungen zu. Zur Abgabe der Anschlussklärung der Kinder, Mündel oder Verbeiständeten ist auch die Vormundschaftsbehörde befugt.

In Art. 135 werden die Worte „gemäss dem kantonalen Rechte“ gestrichen.

Art. 136, Absatz 2, wird aufgehoben.

Als Art. 136 a wird die Bestimmung eingefügt: Der Eigentumserwerb des Steigerungskäufers kann nur auf dem Wege der Beschwerdeführung mit dem Verlangen der Aufhebung des Zuschlages angefochten werden.

Art. 137 erhält folgende Fassung: Wenn ein Zahlungstermin gewährt wird, bleibt das Grundstück bis zur Zahlung der Kaufsumme auf Rechnung und Gefahr des Erwerbers in der Verwaltung des Betreibungsamtes. Ohne dessen Bewilligung darf inzwischen in das Grundbuch keine Eintragung vorgenommen werden. Überdies kann sich das Betreibungsamt für den gestundeten Kaufpreis besondere Sicherheiten ausbedingen.

Art. 141 erhält folgenden Zusatz: Im Falle der Belastung eines Grundstückes mit einer Dienstbarkeit ohne Zustimmung des vorgehenden Grundpfandgläubigers hat dieser das Recht, den Aufruf der Liegenschaft sowohl mit als ohne Anzeige der neuen Last zu verlangen. Reicht der Erlös unter Aufrechterhaltung der Dienstbar-

keit nicht zur Befriedigung des Gläubigers hin, so ist dieser berechtigt, deren Löschung im Grundbuch zu verlangen, sobald der Erlös für die Liegenschaft ohne die Dienstbarkeit ihm bessere Deckung verschafft. Bleibt nach dieser Deckung ein Überschuss vom Erlös, so ist er in erster Linie bis zur Höhe der Wertung der Dienstbarkeit zur Entschädigung des Dienstbarkeitsberechtigten zu verwenden.

Art. 150. An die Stelle des Ausdrucks „Hypothek“ tritt der Ausdruck „Grundpfand“.

Der zweite Satz in Abs. 1 von Art. 150 fällt weg.

Art. 152 erhält folgenden Zusatz: Bestehen auf der Liegenschaft Pacht- oder Mietverträge, so hat das Betreibungsamt dem Pächter oder Mieter die Anhebung der Betreibung anzuzeigen.

Art. 153 erhält folgenden Absatz 3: Hat der Dritte das Verfahren nach Art. 815 und 816 des C.-G.-B. eingeleitet, so kann die Liegenschaft nur verwertet werden, wenn der betreibende Gläubiger nach Beendigung des Verfahrens dem Betreibungsamte den Nachweis leistet, dass ihm noch ein Grundpfandrecht für die in Betreibung gesetzte Forderung auf der Liegenschaft zusteht.

In Art. 158, Absatz 2, werden die Worte, „insofern nicht nach der kantonalen Hypothekargesetzgebung die Schuld einzusetzen ist“ ersetzt durch: „insofern es sich nicht um eine Gült oder andere Grundlast handelt“.

Art. 193 erhält den Zusatz: Vorbehalten bleiben die Bestimmungen des Erbrechtes über die Liquidation nicht verschuldeter Erbschaften.

In Art. 219 erhält Absatz 3 folgende Fassung: Der Rang der Grundpfandgläubiger und der Umfang der pfandrechtlichen Sicherung für Zinsen und andere Nebenforderungen bestimmt sich nach den Vorschriften über das Grundpfand.

Die „zweite Klasse“, lit. a, erhält folgende Umschreibung: Die Forderungen von Personen, deren Vermögen kraft Vormundschaft oder elterlicher Gewalt dem Gemeinschuldner als Vormund oder als Inhaber der elterlichen Gewalt anvertraut oder dessen Aufsicht als Mitglied einer vormundschaftlichen Behörde unterstellt war, für alles, was er ihnen in dieser Eigenschaft schuldig geworden ist.

Dieses Vorzugsrecht gilt nur dann, wenn der Konkurs während der Dauer der vormundschaftlichen oder elterlichen Verwaltung durch den Gemeinschuldner oder unter dessen Mitwirkung als Mitglied oder

innerhalb Jahresfrist nach deren Beendigung eröffnet worden ist. Die Dauer eines Prozess- oder Betreibungsverfahrens fällt dabei nicht in Berechnung.

Die „vierte Klasse“ erhält folgende Umschreibung: Die Hälfte der Forderung der Ehefrau des Gemeinschuldners für ihr nicht mehr vorhandenes eingebrachtes, den Bestimmungen der Güterverbindung unterstelltes Frauengut, soweit die Ehefrau nicht durch die Rücknahme des noch vorhandenen Frauengutes oder durch ihr gegebene Sicherheiten für die Hälfte ihres eingebrachten Frauengutes bereits gedeckt ist.

In Art. 258 wird angefügt: Art. 141 findet auch hier Anwendung.

In Art. 259 wird hinter Art. 136 auch Art. 136 a angefügt:

An die Stelle der Zitate aus dem Obligationenrecht treten in den Art. 39, 47, 86, 108, 151, 178, 182, 183, 192, 210, 211, 215, 282, 283, 293 die entsprechenden Zitate aus dem Zivilgesetzbuch.

1827.

Mit dem Inkrafttreten des Zivilgesetzbuches werden aufgehoben:

Das Bundesgesetz betreffend die Feststellung und Beurkundung des Zivilstandes und die Ehe, vom 24. Dezember 1874,

das Bundesgesetz betreffend die persönliche Handlungsfähigkeit, vom 22. Juni 1881,

die Titel eins bis fünfundzwanzig, achtundzwanzig und dreißig bis dreiunddreißig (Art. 1 bis 611, 716 bis 719 und 830 bis 880) des Bundesgesetzes über das Obligationenrecht, vom 14. Juni 1881.

Die Titel sechs- und siebenundzwanzig des Obligationenrechts (Art. 612 bis 715) werden als Nebengesetz des Zivilgesetzbuches mit diesem in Kraft gesetzt unter der Bezeichnung „Bundesgesetz über die Aktiengesellschaften und Genossenschaften“, Art. 1 bis 104.

Der Titel neunundzwanzig (Art. 720 bis 829) wird als Nebengesetz des Zivilgesetzbuches mit diesem in Kraft

J. Aufhebung des Obligationenrechts und anderer Bundesgesetze.

gesetzt unter der Bezeichnung „Bundesgesetz über das Wechselrecht (Wechselordnung)“, Art. 1 bis 110.

Die Übergangsbestimmungen des Obligationenrechts bleiben in Kraft, soweit sie nicht durch die Übergangsbestimmungen des Zivilgesetzbuches für ihr Anwendungsgebiet ersetzt sind.

Das Bundesgesetz betreffend die zivilrechtlichen Verhältnisse der Niedergelassenen und Aufenthalter, vom 25. Juni 1891, bleibt in Kraft, soweit kantonal verschiedenes Recht zur Anwendung kommt.

Schlussbestimmung.

Das Zivilgesetzbuch tritt in Kraft.

Inkrafttreten des
Zivilgesetzbuches.



**Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung zu einem Gesetzesentwurf
betreffend die Ergänzung des Entwurfes eines schweizerischen Zivilgesetzbuches durch
Anfügung des Obligationenrechtes und der Einführungsbestimmungen. (Vom 3. März
1905.)**

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1905
Année	
Anno	
Band	2
Volume	
Volume	
Heft	13
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	---
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	22.03.1905
Date	
Data	
Seite	1-306
Page	
Pagina	
Ref. No	10 021 367

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.